

DAS ARGUMENT 145

25 Jahre Argument — und wie weiter?	356
Günther Anders: Time Inc.	365
Karen Ruoff: Langer Marsch in der Fußgängerzone	366
Krise und Keynesianismus	
Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye Die Dritte Welt in der Krise	367
Harry Magdoff und Paul M. Sweezy Herhören, Keynesianer!	382
Harald Mattfeldt Keynesianismus, Monetarismus und Demokratie	391
Michael Ernst-Pörksen Keynesianismus und die »linke Position«	409
<u>Aktuelle Analyse: SPD-Wirtschaftsprogramm (Ernst-Pörksen)</u>	415
* * *	
A. Grlíckov: Frühsozialistische Länder und offener Marxismus	420
P. Brandt: Deutscher Sozialismus? (Sammelbesprechung)	429
<u>Interventionen: Buhr; Rezensionen-Maßstäbe</u>	439
<u>Aufrufe: Uni El Salvador — Türkische Hochschullehrer</u>	440
<u>Kongreßberichte: Popular Culture; Hamburger Frauenwoche; Christen in Befreiungskämpfen; Germanistischer Mittelbau; Erziehungswissenschaft</u>	442
<u>Besprechungen: Marx-Diskurse; Massenmedien und Sprache; Frauenleid und Gesundheitsberufe; Soziologie-Einführungen; Arbeit und Wohnen; Nachkriegsgeschichte; Staat; Wirtschaftspolitiken</u>	452
<u>Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries</u>	500
26. Jahrgang Mai/Juni 1984	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Claudia Gdaniec, Dr. Karl-Heinz Götz, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jo Rodejohann, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sunne Andresen, Ursula Blankenburg, Jutta Brückner, Anke Bünz-Elfferding, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Ursula Lang, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Erika Niehoff, Dr. Sigrid Pohl, Renate Prinz, Nora Rätzhel, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Dr. Silke Wenk, Heike Wilke

Geschäftsführung: Helga Karl

Verlag und Redaktion: Argument-Verlag GmbH, Altensteinstraße 48a, D-1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079 (montags bis freitags 10 bis 14 Uhr)

Anzeigen (o.Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443
Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Marx, Karl, und Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Abt. 2 Bd. 5: Das Kapital (W.F. Haug)</i>	452
<i>Rohrmoser, Günter: Krise der politischen Kultur (L. Kofler)</i>	456
<i>Lorenz, Konrad, und Franz M. Wuketits (Hrsg.): Die Evolution des Denkens (W. Kunstmann)</i>	457
<i>Dux, Günther: Die Logik der Weltbilder (R. Hesse)</i>	459
<i>Grabsch, Renate: Identität und Tod. Zum Verhältnis von Mythos, Rationalität und Philosophie (L. Flörke)</i>	461

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1984 in 6 Heften (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,80 DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,80 DM. Jahresabo inkl. Versand 69,60 DM; Stud. etc. 55,80 DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten (1 1/2zeilig m.Rand) haben. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postcheck Berlin West 5745-108, BfG 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — 1.-7. Tausend Mai/Juni 1984. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2.

Beilagehinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe Prospekte des Westdeutschen Verlags und des Wagenbach-Verlags.

Editorial

Zu diesem Heft

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat eine katastrophierend-produktive Seite: man kann sie betrachten als eine epochale Umstrukturierung der Weltwirtschaft in unkontrollierter Form und in weitgehend unbekannter Richtung. Wird es der Arbeiterbewegung gelingen, eine Initiative zu entwickeln, um diesen Prozeß zu kontrollieren, oder wird er weiterhin von Märkten, Monopolen und Militärs auf zerstörerische Weise bestimmt werden — das ist die entscheidende Frage. Die Kämpfe um die 35-Stunden-Woche, welche die Szene in diesem Lande in der nächsten Zeit beherrschen werden, sind so gesehen tatsächlich nur eine flankierende Maßnahme — zu einer alternativen Wirtschaftspolitik, von der erst Andeutungen sichtbar sind. Die Einsicht, daß zur Transformation der Wirtschaft die ökonomische mit der ökologischen Problematik und mit der Abrüstung verknüpft werden muß, beginnt in Gewerkschaftskreisen um sich zu greifen (vgl. auch Tjadens Darstellung von »Umweltpolitik in der Sicht der Arbeiterbewegung« in *Argument* 133 und Rodejohanns kommentierte Bibliographie zur Rüstungskonversion in *Argument* 142). Kaum etwas hört man von zwei anderen Problemkreisen, die mit der Weltwirtschaftskrise nicht weniger eng verbunden sind: die Ausbeutung der Dritten Welt und die Frauenunterdrückung. Uns scheint, daß erfolgreiche Wege aus der Krise nur in dem vierfach erweiterten Horizont der Ökologie, des Friedens, der Dritten Welt und der Frauen entwickelt werden können. Zum einen, weil die damit bestimmten Zerstörungs- und Unterdrückungszusammenhänge Aspekte der Krise selbst sind. Zum anderen, weil nur die vereinten Kräfte von Arbeiter-, Ökologie-, Friedens-, Befreiungs- und Frauenbewegung überhaupt in der Lage sein werden, die anstehenden Probleme zu lösen (zum Verhältnis von internationaler und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung vgl. Hilary Roses Beitrag in *Argument* 144; zur Dritten Welt in der Wirtschaftskrise siehe auch die Artikel von Altvater u.a. und von Zinn in *Argument-Sonderband 89* zur »Alternativen Wirtschaftspolitik 4«).

Der Beitrag von Fröbel, Heinrichs und Kreye über die Dritte Welt in der Krise hat die Qualität eines enzyklopädischen Stichwortartikels. Die Autoren, die mit ihrer Analyse der »Neuen internationalen Arbeitsteilung« internationale Anerkennung gewonnen haben, bieten einen umfassenden Überblick über die ökonomischen und militärischen Aspekte der Krise und über die veränderte Stellung der Dritten Welt im kapitalistischen Weltsystem. Der Artikel kann dazu beitragen, den nationalen Egoismus in Fragen alternativer Wirtschaftspolitik zurückzudrängen.

Jede Diskussion über Wege aus der Krise muß den Keynesianismus mitdiskutieren. Keynes hat analysiert, wie der Kapitalismus mit innerer Notwendigkeit immer wieder Krisen und Arbeitslosigkeit hervorbringt, und unter der Bezeichnung »Keynesianismus« firmiert eine lange Zeit erfolgreiche Politik staatlicher Krisenregulierung. Magdoff und Sweezy legen einen Schnitt zwischen diese beiden Aspekte: Sie halten den Keynesianismus als Instrumentarium der Konjunkturankurbelung für völlig unangemessen, plädieren aber zugleich vehement für Keynes als Theoretiker. Sie sehen in ihm den Analytiker eines neuen Stadiums des Kapitalismus, das in den zwanziger Jahren begann und dessen Funktionsweise durch die krisenhafte Abwesenheit von Wachstum gekennzeichnet ist. Die heutige Weltwirtschaftskrise erscheint so als die Fortsetzung der 1929 einsetzenden Großen Depression, unterbrochen durch den Nachkriegsboom.

Auch in der Kontroverse zwischen Mattfeld und Ernst-Pörksen (beide übrigens Mitglieder des »Memorandum«-Kreises, der alljährlich mit Gegenkonzepten zum offiziellen Wirtschaftsgutachten des Sachverständigenrats hervortritt) geht es um den Keynesianismus als Wissenschaft und als Politik. Mattfeld vergleicht ihn mit dem jetzt dominierenden Monetarismus und fragt nach der Nähe oder Ferne beider zu einer demokratischen

Politik; er plädiert für den Keynesianismus als der im Prinzip demokratischeren Wirtschaftspolitik. Ernst-Pörksen befürchtet, daß mit einer solchen politischen Unterstützung des Keynesianismus die Diskussion über seine theoretischen Schwächen, vor allem über theoretische und praktische Alternativen, behindert wird. Er bestreitet überdies die Relevanz wirtschaftswissenschaftlicher Theorien für die gegenwärtige staatliche Politik, wie Mattfeld sie seiner Auffassung nach unterstellt, und skizziert seine eigene Auffassung von den Triebkräften und Bedingungen der aktuellen Wirtschaftspolitik.

»Wir haben es schwer, wenn ein Großteil der Regierung dieses Landes glaubt, daß Bildung an sich schon etwas Subversives sei«, sagt der Rektor der Universität von El Salvador. Wir veröffentlichen einen Appell zur Unterstützung der Universität El Salvador und eine Aufforderung zur Solidarität mit den Hochschulangehörigen in der Türkei. Beide Aufrufe lesen sich wie eine Ergänzung zu den Ausführungen von Fröbel/Heinrichs/Kreye über die Militarisierung der Politik in der Dritten Welt.

Zur Auseinandersetzung mit dem führenden DDR-Philosophen M. Buhr, der sich grob-exkommunizierend in die Marxismus-Diskussion dieses Landes eingemischt hatte (siehe die Hefte 142 und 143), bringen wir eine Intervention von M. Haupt. Die Bandbreite offizieller kommunistischer Positionen zu den angesprochenen Fragen dokumentieren wir diesmal mit dem Plädoyer des jugoslawischen Politikers A. Grlićkov für einen »offenen Marxismus« (vgl. auch L. Sèves Entwurf eines »pluralen Marxismus« und Su Shaozhis Aufgabenbestimmung für den chinesischen Marxismus in Heft 143). Im Rezensionsteil veröffentlichen wir die dritte Folge von W.F. Haug über »Marx-Diskurse«; diesmal geht es um das Konzept der Marx-Engels-Gesamtausgabe am Beispiel des letzerschienenen Bandes (*Kapital*, Erstfassung von 1867). Haug appelliert an die Herausgeber-Institute, das Konzept weltoffener und zukunftsfähiger zu gestalten. Die Folge wird fortgesetzt.

R.N.

In eigener Sache

Im Mai 1984 wurde das *Argument* 25 Jahre alt. Je zwei Redakteurinnen und Redakteure aus drei aufeinanderfolgenden Generationen äußern sich aus diesem Anlaß darüber, wie sie zur Zeitschrift gekommen sind, wie sie die Entwicklung und Aufgaben sehen und wofür sie sich besonders einsetzen werden. Die Stimmung ist nicht schlecht. Gewiß ist die Lage für eine Theoriezeitschrift unserer Art schwierig — aber wir haben uns vergleichsweise gut gehalten. Zum Geburtstag erreichte uns auch eine Parabel von Günther Anders, dem *Argument*-Theoretiker der ersten Stunde. Er hofft, damit die Sparte »Das lustige *Argument*« einzuleiten.

Zu unserem großen Bedauern müssen wir mitteilen, daß Frank Deppe aus dem Kreis der *Ständigen Mitarbeiter*, dem er seit 1971 angehörte, ausgeschieden ist. Anstoß gab die Einladung zur Mitarbeit am *Kritischen Wörterbuch des Marxismus*. Deppe meint, beim *Argument* eine »Abkehr von der Orientierung auf die Arbeiterbewegung« zu spüren. Genauer gesagt, befürchtet er sie hinter Orientierungen wie »pluraler Marxismus« und Kritik an Ökonomismus und Klassenreduktionismus. Schließlich nennt Deppe die im *Argument* vollzogene Anerkennung eines christlichen Marxismus (die durch die Aufnahme von Helmut Gollwitzer und Dorothee Sölle in den Kreis der *Ständigen Mitarbeiter* bekräftigt worden ist) als weiteren Grund. Wir verstehen diesen Austritt als bedrohliches Symptom für Umschichtungen und Spannungen in der (immer schon pluralistischen) tragenden Bündnisstruktur dieser Zeitschrift. Auf dem Spiel steht, ob es uns gelingt, ein wissenschaftliches Diskussionsforum für die Marxisten aus den verschiedenen politischen Strömungen aufrechtzuerhalten und die Entwicklung eines lebensfähigen, den großen aktuellen Problemen zugewandten, vielstimmigen Marxismus dieses Landes zu fördern. Dabei wird hoffentlich auch Frank Deppe mitwirken. Er verspricht, in Zukunft nicht weniger, sondern mehr als in den letzten Jahren fürs *Argument* zu schreiben.

Mit Vergnügen machen wir bekannt, daß Jo Rodejohann *Argument*-Redakteur geworden ist. Er ist Friedensforscher und hat das entsprechende Ressort bereits seit einigen Jahren betreut.

W.F.H.

Volksuni

Zu Pfingsten, vom 8. bis zum 11. Juni, findet in diesem Jahr zum fünften Male in Westberlin die Volksuni statt. Es wird Veranstaltungen geben zur Arbeitszeitverkürzung und zur alternativen Produktion (u.a. mit Dieter Marcello und Eberhard Schmidt), über Weiberräte und Frauenliste (mit Frauen von der SPD, vom Sozialistischen Frauenbund, von Courage und von den Grünen), über die Parteidiskussion der Grünen (mit Thomas Ebermann, Joschka Fischer, Michael Jäger und Otto Kallscheuer), über Waldsterben und Menschensterben, über Kulturpolitik zwischen Populismus und Avantgardismus und vieles andere. Aus dem Ausland kommen Cynthia Cockburn, London, sie spricht über »weibliche Aneignung von Technik«; Barbara Petine, Mitarbeiterin beim Vorstand der italienischen Metallgewerkschaft FLM, verantwortlich für die Koordination der Frauen, sie wird berichten über feministische Politik in italienischen Gewerkschaften; Immanuel Wallerstein (New York) spricht zum Thema »Die Zukunft des historischen Kapitalismus«. Im Abendprogramm gibt es Wolf Biermann, Martin Buchholz sowie ein politisches Nachtgebet für Nicaragua.

Das ausführliche Programmbuch erhält man ab dem 15. Mai für 4 DM im Volksuni-Büro, Muthesiusstraße 38, 1000 Berlin 41, Telefon 030/7928920. Ort der Volksuni: Freie Universität Berlin, Henry-Ford-Bau, Garystraße 39, 1000 Berlin 33.



GESCHLECHTER-
VERHÄLTNISS

Geschlechterverhältnisse und Frauenpolitik

Internationale Marxismus-Feminismus-Diskussion; Probleme einer autonomen sozialistischen Frauenpolitik; Familie und Politik der Arbeiterbewegung.

Argument-Sonderband AS 110
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



NEUNZEHN-
HUNDERT-
VIERUNDACHTZIG

»1984«

Zur Aktualisierung von Orwells Vision: Staatstheorie, Ökologie, Arbeitskontrolle, Frauen und Gentechnologie; Orwell im Englischunterricht

Argument-Sonderband AS 105
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

25 Jahre *Argument* und wie weiter?

Ich erinnere mich gut an die Gründungssitzung des *Argument*. Im vierten Stock, Hinterhaus, in der Pohlstraße in Berlin-Tiergarten trafen sich Atomgegner, Ostermarschierer, um etwas zu schaffen, das Zusammenhang garantierte auch für die Zeit, in der keine Aktionen geplant waren. Etwas, das blieb. Etwas, das der Empfindung von Unrecht eine Stimme gab, die weit zu hören sein sollte.

Wir saßen auf Apfelsinenkisten und diskutierten den Namen für das Organ, das wir gründen wollten. War es zu hoch gegriffen, wenn wir der französischen Zeitschrift »Les Arguments« Klang und Botschaft entliehen? Gab es da einen Titelschutz, der über die Grenzen hinweg galt? Sollte es ein Singular sein oder ein Plural, wie die Schwesterzeitschrift?

Ich selbst war damals im ersten Semester, hergebracht von meiner älteren Schwester, und hörte nur zu mit hungriger Unruhe. Dies alles erschien mir zugleich Verschwörung und die Welt in Bewegung — große Taten, an denen ich würde teilhaben können.

Das *Argument* erschien zunächst als Flugblatt — erhältlich gegen Einsendung von Sieben-Pfennig-Briefmarken. Die Themen: immer wieder die atomare Gefahr, dann der Algerienkrieg, Antisemitismus, Polen — Berichte, Analysen, Rezensionen, Gedichte. In der ab Nummer 15 zum Heftformat (für Politik und Kultur) gewachsenen Zeitschrift äußerten sich kritische Zeitgenossen wie Probst Grüber, Helmut Gollwitzer, Günther Anders, Margherita von Brentano, Dietrich Goldschmidt und viele andere, die später zur Liga für Menschenrechte gehörten. Sie zählten zu den Beschützern der kleinen Zeitschrift, die u.a. wegen der Veröffentlichung eines Artikels von Ernst Bloch schon 1962 in den Ruf geriet, kommunistisches Organ zu sein. Dies war damals, in den Eiszeiten des Kalten Krieges, ein sehr viel unheimlicheres und tödlicheres Verdikt als heute. Zugleich organisierte sich eine schnell wachsende Gruppe um die Zeitschrift. »Die *Argument*-Leute«, das war im damaligen Sozialistischen Studentenbund (SDS) ein fester Kern, der ein halb geachtetes, halb mißtrauisch beäugtes eigenes Leben führte. Sie bestimmten ihre Themen ungeachtet derer, die im Gesamtverband für wichtig gehalten wurden. Das machte die *Argument*-Leute schwerer integrierbar; dabei waren sie produktiv, belesen und organisierten eine Reihe von Aktivitäten, Arbeitsgruppen, gemeinsame Filmbesuche, sogar große Tagungen, schließlich den *Argument*-Club.

Ich gehörte zunächst nicht zur Zeitschrift, sondern zur Mehrheit im SDS und begegnete dem *Argument* nur ab und an, wenn die Hefte, anfangs unregelmäßig, erschienen. Das konnte damals nicht unbemerkt geschehen, es bildete, ebenso wie die Verteilung der Flugschrift »Tua res«, die die FDJ aus Ostberlin in die Mensa trug, Anlaß und Ausgangspunkt heftiger Diskussionen. Ich erinnere mich noch, wie die Autoren des Heftes 22 (1962) ihr Produkt im vollgepackten Hörsaal vorstellten. Unter Geschrei und empörtem Gelächter legten sie dar, warum sie einen Titel wie »Sexualität und Herrschaft« gewählt hatten und warum sie glaubten, daß das eine mit dem anderen zu tun habe. In vielen Ohren klang das damals nicht viel vernünftiger als ein »gelber Logarithmus«. Aber nur fast, denn schließlich war Sexualität ein Thema, das anziehend und abschreckend zugleich war. Und dann noch der Untertitel »Emanzipation der Frau«, lange vor der neuen Frauenbewegung; und schon damals heftig umstritten, ob nicht Mutterschaft als Wesensbestimmung viel mehr sei als nüchterne und trockene Emanzipation.

Ich kam erst 1965 wieder zur Zeitschrift, war Redakteurin ab 1966. Schule und Erziehung, Faschismus-Analysen, Ästhetik, Massenmedien und Kommunikation und Probleme der Entwicklungsländer, dann der Krieg in Vietnam waren die Themen zu Beginn der Studentenbewegung. Unsere ausgreifenden Überlegungen zur Veränderung der Welt wurden eingeholt. Eine Bewegung, eine große soziale, ergriff das *Argument*, das damals die einzige linke Theoriezeitschrift war und das — ebenso wie die Studentenbewegung —

die gesamte Universität umzukehren sich zum Ziel gesetzt hatte. Die Auflage stieg sprunghaft. Unsere Themen wurden die Themen der Studentenbewegung. Die ehemals verlachten Hefte »Sexualität und Herrschaft« erreichten in kurzer Zeit sieben Auflagen (zusammen mit dem Reprint als Studienheft 36 erschienen davon insgesamt 23000 Exemplare). Auch unser erstes Buch, noch deklariert als Heft 50 und zur Vorsicht dreiteilig oder als Gesamtheft mit 400 Seiten angeboten (»Zur Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften«), mußte schnell nachgedruckt werden und erreichte ebenfalls eine Auflage von mehr als 20000. Die Bewegung erfaßte auch Naturwissenschaften und eine Hochburg der Konservativen, die Medizin. Wir gründeten neben der allgemeinen Redaktion unsere erste Spezialkommission »Kritische Medizin«, in der ich mit großem Schwung arbeitete: Heft 60 — schon wieder ein Vierfachheft mit fast 400 Seiten —, 69, 71 und 78 waren Hefte mit medizinischem und psychologischem Schwerpunkt.

Hier geschah vieles auf einmal: Das *Argument* drohte zu einer Zeitschrift für Spezialdisziplinen zu werden, denn der universelle Anspruch, daß alle sich für alles interessieren müßten und vor allem das entsprechende Wissen bräuchten, konnte nicht eingelöst werden, weil zuviele Fächer um die Schwerpunktheft kämpften. Als wir außerdem das Medizinheft 78 (1973) mit 18000 Exemplaren auflegten, hatte wir den Rückgang der Bewegung verpaßt — wir mußten fast ein Drittel der Auflage einstampfen.

In dieser Situation des allgemeinen ungeordneten Zurückweichens der Linken beschlossen wir, nicht nur die Stellung zu halten, sondern unser Programm auszuweiten. Statt die Zeitschrift den Stärken einzelner Mitglieder thematisch zu überlassen, erneuerten wir das *Argument*-Konzept als eines, welches plural verschiedene Richtungen diskutierend verknüpft und verschiedene Fächer in den sie gemeinsam interessierenden Punkten übergreifend verbindet.

Nachdem der *Argument*-Club unter Mitwirkung eines seiner Arbeitsgruppen-Leiter, Rudi Dutschke, auseinandergebrochen war, hatten wir schon 1965 begonnen, Marx-Lesegruppen zu organisieren. Die rückflutende Studentenbewegung ließ eine große Anzahl kritischer Nachwuchswissenschaftler zurück, und wir selbst begannen, unsere durch Marx geschulten Köpfe ausschärfend in den verschiedenen Bereichen auszuprobieren. So erarbeiteten wir das *Argument*-Konzept, das bis heute gilt: Wir gründeten mit mehr als 500 Mitarbeitern eigene Reihen für die verschiedenen Bereiche, um die Zeitschrift herum. Sie sollte das Gesamtchester vorstellen, während die einzelnen Instrumente ihre Themen für ihre Leser weiter ausbauen sollten. Das war der Beginn der sehr erfolgreichen *Argument-Sonderband* (AS)-Reihe. Ihre ersten Themen: Gewerkschaften im Klassenkampf; Der Bürger in Geschichte und Literatur; Soziale Medizin; Hanns Eisler; Staat und Monopole; Automation; Kritische Anglistik, Romanistik, Psychologie. Und die Zeitschrift diskutierte marxistische Grundlagen. Über zehn Nummern setzten wir uns mit der Widerspiegelungstheorie auseinander. Auch dies eine Wende. Den einen galten wir von nun an als orthodoxe DKP-Zeitschrift, während wir bei der marxistisch-leninistischen »Orthodoxie« als Ketzler in Verruf kamen. Wir mußten uns daran gewöhnen, mit solchen Widersprüchen zu leben.

Inzwischen gab es Kommissionen für Philosophie, Pädagogik, Psychologie, Politik, Medizin; und weitere Projekte veränderten das Bild der Sonderbände durch die faktische Gründung von eigenen Zeitschriften als Sub-Reihen im Sonderband-Programm. In der jährlichen Palette von ca. 15 Sonderbänden sind vier als Zeitschriften konzipierte Reihen (mit eigenständigen Redaktionen): Gulliver, Kritische Medizin, Kritische Psychologie, Literatur im historischen Prozeß. Weitere Reihen werden regelmäßig von *Argument*-Forschungsprojekten erarbeitet: Ideologietheorie, Projekt Automation und Qualifikation, Frauen, Alternative Wirtschaftspolitik, Parteitheorie.

Geschichte, Programm und Wendungen des gesamten *Argument* hier zu bearbeiten, würden den Rahmen sprengen. Von daher möchte ich für die Perspektive des *Argument*

aufheben, was mir selbst an der Zeitschrift das Wichtigste ist: die Zeitschrift als Bewegung, als lebensverändernde Kraft. Und immer noch hänge ich an dem vielfach zum Scheitern gezwungenen Entwurf: *Alle sollen alles wissen*. Die Zeitschrift als Projekt ihrer Leser, das ist eine Formel, die meiner Motivation entspricht. Eigentlich bin ich, obwohl bis vor kurzem faktisch Geschäftsführerin des Verlags, zum Beispiel gegen Werbung. Nach meinem Dafürhalten kann das *Argument* keine Zeitschrift sein, mit einer Werbung, die Marktgesetze bedient. Wir folgen in der Bearbeitung von Themen nicht leicht verkäuflichen Moden. Beharrlich versuchen wir das *Argument* als Diskussionsorgan der unterschiedlichen Richtungen zu halten, auch derer, die sonst wenig Gehör finden. Am liebsten ist mir das *Argument* als Gesamtverlag, dessen Publikationen von Projekten erarbeitet werden, die zugleich die Verbreitung (durch Vorträge, Kongresse, Büchertische) mit übernehmen und so den Verlag als den ihren begreifen. Ich denke, wo sich Arbeitsgruppen bilden, wo Diskussionen möglich sind und wo geforscht wird, wo das Unbehagen gemeinsam wird und zu begreifendem, veränderndem Handeln vorangetrieben, da können eine Zeitschrift und ein Verlag wie das *Argument* zugleich möglich und notwendig sein. Aufgabe von *Argument*-Redakteuren ist es dabei, so scheint mir, das *Argument* immer weiter und immer wieder neu von unten zu bauen als Diskussionskultur, als Alternative.

In diesem Zusammenhang sind mir vier Ereignisse aus der jüngsten *Argument*-Geschichte wichtig und vorwärtsweisend:

Die Volksuniversität, die 1980 unter starker Beteiligung des *Argument* in Berlin gegründet wurde (und sich inzwischen auch auf andere Städte ausgebreitet hat). Sie verbindet Wissenschaft mit Arbeit, Kultur und neuen sozialen Bewegungen. Sie ist noch einmal Kritische Universität — wie zu Beginn der Studentenbewegung — und sie ist zugleich deren Überschreitung, weil sie nicht allein die Wissenschaften kritisch wenden, sondern zugleich damit die Grenzen niederreißen möchte, die Wissenschaft vom »gemeinen Volke« trennt.

Das zweite einschneidende Ereignis scheint mir die *Gründung der autonomen Frauenredaktion*. Sie ist jetzt gut zwei Jahre alt und hat (bei fortwährenden inneren Krisen um ihre alternative Struktur) die Zeitschrift schon entscheidend verändert. Die Zahl der weiblichen Schreibenden hat sich vervielfacht; Beiträge zu Frauenfragen sind systematischer Bestandteil eines Jahrgangs, und schließlich hat sich die Schreibweise vieler übriger Beiträge vermenschlicht, in dem Maße wie Fragen nach den Lesern und Auskunft über eigenes Interesse beim Schreiben wieder häufige Bezugspunkte sind. Und vor allem: Die Frauenredaktion reist umher. Selbst zusammengesetzt aus Projekten in unterschiedlichen Städten, organisiert sie Veranstaltungen zu ihren Produkten, besucht Kongresse, macht Büchertische und verlebendigt auf diese Weise den Zusammenhang von Zeitschrift und Leser. Das bedeutet keineswegs, daß das *Argument* auf diese Weise zu einer Zeitschrift der Frauenbewegung geworden ist. Vielmehr artikuliert sich ein Teil der Frauenbewegung — nennen wir sie Sozialistische Feministinnen — über diese Zeitschrift.

Das dritte Ereignis ist der gerade erst begonnene und schon heftig umkämpfte Versuch, ein *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* (KWM) in ca. 10 Bänden herauszubringen. Das ist nicht nur ein Risiko in bezug auf Kraft und Kapital, es ist zugleich ein Weg lebendiger Marxismus-Aneignung und -Aktualisierung. Ein Marxismus, den man diskutieren kann, der Kritik ist und in Bewegung, der lebendig ist und von vielen genutzt wird. Ihn gilt es, als großes Projekt zu erarbeiten. Da werden alle gebraucht, die an Entwicklung von Wissenschaft und Gesellschaft arbeiten und marxistisch dabei vorgehen wollen. Das ist ohne Zweifel ein großes und nützliches Unterfangen und ein gefährdetes zugleich. Sicher geht es nicht ohne Irrwege, wenn alle Gewißheiten zur Diskussion gestellt werden. Was aber wäre ein Marxismus ohne Diskussion, Kritik, ständige Entwicklung? Unser Kritisches Wörterbuch ist gerade im zweiten Band der Übersetzung aus dem fran-

zösischen Dictionnaire Critique erschienen, und schon haben die uns wichtigen Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) die Zusammenarbeit aufgekündigt und mit ihnen einige andere. So wird es ein anderes Kritisches Wörterbuch, ein internationaleres; denn wir werden die uns fehlenden Stimmen der deutschen Kommunisten durch ausländische ersetzen müssen — aus Westeuropa, aber auch aus Asien, Lateinamerika usw. Vielleicht ist dieses uns aufgenötigte Konzept einer Internationalisierung sogar besser und zeitgemäßer, und es gelingt, aus der Not eine Tugend zu machen.

Schließlich gibt es noch ein viertes Ereignis mit Perspektive: die Gründung des Hamburger *Argument-Ladens*. Er ist ein kleines Stück Kultur mehr im Hamburger Asphalt. Seine Kleinheit verhindert nicht, daß sein Kulturprogramm groß ist und viele sich beteiligen. Alle Veröffentlichungen können dort von den Autoren vorgestellt und von den Lesern diskutiert, vorangetrieben, kritisiert werden. Der Laden wird ausgebaut zu einem Ort sinnvoller Argumentation. Die Provinzialität, die aus der Anbindung eines Kulturladens an das *Argument* heraushörbar sein mag, ist nur scheinbar. Denn die Themen der Zeitschrift sind die großen Fragen unserer Zeit: Krieg und Frieden, die drei Welten, Automation und Arbeitslosigkeit, die Umweltkatastrophe und Alternativen, die sozialen Bewegungen, die sozialen Zusammenhänge von Wissenschaft. Wir berichten über Tagungen und Kongresse, verschaffen uns Überblicke über neue Literatur, versuchen, aktuelle Analysen zu verbinden mit dem langen historischen Atem, den die Herausarbeitung von Perspektiven braucht.

Es scheint mir wichtig, alle Momente einer politisch-theoretischen Kultur zu fördern. Das *Argument* als Projekt seiner Leser könnte auf ähnliche Weise, als Ergänzung der kulturellen Infrastruktur an vielen Orten, einen praktischen Sinn erhalten. Frigga Haug

* * *

»25 Jahre *Argument* — und wie weiter« — das kann sein: Erinnerung, Leitartikel, Programm, Wunschzettel. Für Erinnerung ist es auch nach (meinen) zwölf Jahren *Argument*-Mitarbeit zu früh. Darin ähnelt sie der Philosophie, daß sie die Dämmerung liebt, und die Dämmerung ist dem Projekt *Argument* so fern wie die Morgenröte. In einem Leitartikel müßte stehen, daß wir Antworten brauchen auf die großen Fragen, auf die uns Marxisten die Gegenwart meist ziemlich unversehens gestoßen hat. Wie die Arbeitslosigkeit, die Frauenunterdrückung, die Naturzerstörung, die Rüstungseskalation, die zunehmende staatliche Überwachung abschaffen, ohne alle die Fehler noch einmal zu machen, die beim Versuch ihrer Abschaffung schon gemacht worden sind? Auf meinem persönlichen Wunschzettel (Wünsche muß man sich beim *Argument* selbst erfüllen) stände der, daß »literarische«, also gut geschriebene Texte, die Texte ohne Fußnoten, nicht nur ihr kleines, gleichsam symbolisches Plätzchen am Heftanfang einnehmen, sondern das Ganze mehr durchdringen, kultivieren sozusagen.

Statt dessen nur vier Szenen aus der obersten Schicht meiner Erinnerung, um mich zu versichern, was das *Argument* jetzt, nach 25 Jahren eigentlich ist, was daran bleiben kann und was verändert werden muß.

Das vorletzte Mal in Berlin: Redaktion, Frauenredaktion, Kommissionen, Projekte, ca. dreißig Leute im Kreis diskutieren das Papier eines Redakteurs, der der Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung den gleichen theoretischen Status im marxistischen Denken einräumen will wie der Arbeiterbewegung. Da hat einer etwas formuliert, was alle umtreibt, aber so kaum einer theoretisiert sehen will. Die Substanz theoretischer Überzeugungen, aber auch von Lebensentscheidungen steht auf dem Spiel, die Lust, den zu vernichten, auszugrenzen, der zu weit gegangen ist, macht sich verhöhnen breit. Aber: Es kann diskutiert werden, viele kommen zu Wort, nicht nur die, die das Wort zu

führen gewöhnt sind. Die Worte der Klassiker werden nicht als Hammer benutzt, sondern in ihrer argumentativen Substanz zu bedenken gegeben.

Welcher Unterschied zum Stil marxistischer Diskussionen vor zehn Jahren, welcher Wandel auch in unserem eigenen Stil! Wie weiter? An beidem ist festzuhalten, daran, daß der Marxismus ohne Proletariat nicht auskommen kann und die Marxisten nicht ohne Diskussionskultur. Sicher, nicht alles ist der Herrschaft der Argumente zugänglich. Die »Rationalisierungsfunktion« für die linke Diskussion, die uns Wolfgang Abendroth einmal zuschrieb, ist eine doppelsinnige Sache. Aber wir haben nichts Besseres als argumentative Auseinandersetzung. In den letzten 25 Jahren stand fast alles, was die Zeitschrift ausmacht, schon einmal zur Diskussion — ihr Name nie.

Das letzte Mal in Berlin: Redaktion und Frauenredaktion diskutieren gemeinsam die fünf letzten Hefte. Die Redakteure erfahrener, wissenschaftlich ausgewiesener, aber darum keineswegs überlegen. Die Ansprüche einer politischen und sozialen Bewegung, auch die naiven, haben gegenüber der betulichen Bedenklichkeit — auch linker — Wissenschaftler eine begeisternde Produktivität und Selbstverständlichkeit.

Wie weiter? Das *Argument* ist mit politischen und sozialen Bewegungen groß geworden, mit der Anti-Atombewegung, mit der Studentenbewegung. Ohne Wurzeln — ohne wirkliche, feste Wurzeln — in den wirklichen Oppositionsbewegungen der Gegenwart muß es akademisch vergreisen. Was fehlt, ist — zugespitzt gesagt — eine Gewerkschaftsredaktion, eine Ökologieredaktion und eine Friedensredaktion; was fehlt, sind Grüne, Sozialdemokraten, Kommunisten, die die konkreten Problemstellungen ihrer Politik- und Kulturbereiche bei uns einbringen, vertreten, aber auch unsere Lösungsvorschläge umgekehrt weitervermitteln. Die Wissenschaftsfeindlichkeit, die lange Zeit besonders in der grünen und alternativen Bewegung herrschte, beginnt sich unter dem Bedürfnis nach einer langfristigen, fundierten Praxis aufzulösen. Ob das dem *Argument* zugute kommt, ist noch nicht entschieden.

Die letzten Argument-Hefte auf meinem Schreibtisch, eine Aufkündigung ständiger Mitarbeit: Daß uns ein hochgestellter DDR-Philosoph im ideologischen Sumpfgebiet des Imperialismus verortet, hat seine spaßigen Seiten. Aber daß Freunde, Lehrer auch, Diskussionspartner manchen Seminars und einiger Nächte, Diskussionspartner aus dem Umkreis einer Partei, in die einzutreten ich lange Zeit überlegte, dem *Argument* den Rücken kehren, es gar bekämpfen wollen, ist nur noch schmerzlich. Warum eigentlich? Weil wir Marxismus in manchen Bereichen anders auffassen als sie, als ihr? Darüber ist diskutiert worden, darüber kann weiter diskutiert werden. Weil wir ein Lexikon herausbringen, an dem »Marxisten, Marxologen, Strukturalisten, Systemtheoretiker und andere Richtungen« mitgearbeitet haben, weil ein Großteil der Mitarbeiter dieses Lexikons den Marxismus nicht als geschlossenes System des Marxismus-Leninismus begreifen mögen? Aber ihr wißt doch selbst, daß es nicht nur einen Marxismus gibt, ihr wißt doch, daß ihr in allen euren Schriften, auf die ihr stolz seid, mehr getan habt, als die Schablonen auszumalen, die das »Kleine Wörterbuch« von Buhr und Kosing anbietet, ihr wißt, daß keine Redaktion von euch verlangen wird, die Linien des Lexikons von Labica zu colorieren. Hört denn das nie, nie auf, der Umschlag von Diskussion in Abgrenzung, Ausgrenzung, Einstellung der Mitarbeit, Rufmord? Wie weiter? Ja, wie sollen wir weitermachen, wenn ihr uns zu Antikommunisten umstempelt, »Kritik der bürgerlichen Wissenschaft« nun als Kritik *am* *Argument* statt Kritik *im* betreibt? Das *Argument* wird es überleben, ihr auch, aber überlebt es der westdeutsche Marxismus, wenn er sich auf so überlebte Weise präsentiert?

Nach einem Gespräch, in dem ich versuchte, vier kluge, selbständige, politisch und literarisch interessierte ältere Studenten eines Rezensionenarbeitskreises für die Beteiligung an der Betreuung des Argument-Rezensionsteils zu gewinnen: Auf das Angebot erfolgte bedächtige, verantwortungsvolle Prüfung. »Wir würden so nicht schreiben.« »Wissen-

schaftsroutine, bei der für Außenstehende, auch solche, die studiert haben, gar nicht mehr sichtbar wird, was eigentlich *warum* an einem Buch interessant sein soll.« Wie weiter? Die jetzigen Studenten (*die* mindestens unter den Jugendlichen) müssen in den *Argument*-Zusammenhang eindringen können, müssen ebenso die Möglichkeit haben, die Zeitschrift als Ort der Selbsttätigkeit zu erfahren wie wir vor zehn, zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren.

Karl-Heinz Götze

* * *

Ein Blick in den Bücherschrank auf die bunte Reihe: Ab welchem Heft habe ich das *Argument* regelmäßig gelesen? »Fragen der marxistischen Theorie« (Heft 74), »Streitfragen materialistischer Dialektik« (Heft 81). Nach dem Studium hielt mich die Sozialismus-Diskussion in der Nähe der *Argument*-Redaktion. Erste Rezensionen zu Fragen sozialistischer Länder. 1978 kam ich in die Redaktion, 1979 übernahm ich das vakante Ehrenamt des Politik-Redakteurs. Meine Vorstellung war irgendwie: im *Argument* der Politiktheorie einen Platz erobern und zugleich zur wissenschaftlichen Orientierung linker Politik beitragen. An der linken Politik der Sektenzeit war ich beteiligt, das *Argument* erschien mir als alternatives Modell des Bündnisses und der Verwissenschaftlichung linker Politik. Ich hatte mich an einen neuralgischen Punkt des *Argument* gesetzt.

Wissenschaft und Politik im *Argument* — ein Blick auf die Vorgeschichte hilft mir heute, ihr problematisches Verhältnis genauer zu begreifen. Die Widerspiegelungs-Diskussion, von manchem schon als »rein akademische Debatte« beiseite gelegt, nahm die unerwartete Wende eines Streits zwischen Tomberg und Haug. In der Kontroverse über das Verhältnis von Intellektuellen und Arbeiterbewegung (Hefte 98 und 102) »ist der politische Gehalt der Widerspiegelungs-Diskussion im *Argument* deutlich hervorgetreten« (Christoph Kievenheim). Der wissenschaftlich ausgetragene Streit um Bedingungen und Formen der Erkenntnis hatte die politische Frage berührt, wie sich das Bestehen auf der Einsicht und dem Argumentieren zum Wahrheitsanspruch einer Partei verhalten sollte. Die Kontroverse ging insofern zugleich ums *Argument*, um seinen Pluralismus und um die Wissenschaftlichkeit als einzig akzeptables Medium, in dem Gegensätze ausgetragen werden können. Es war kein Zufall, daß die Vertreter von Tombergs Position sich nach und nach aus dem *Argument*-Zusammenhang zurückzogen.

Als Politikum erwies sich gerade die *Argument*-Linie, gegenüber jeglicher Herrschaft einer Linie über die Argumente auf der »Herrschaft der Argumente« zu bestehen. Eben diese argumentative Verbindlichkeit, die viele verbinden kann, ohne sie vereinheitlichen zu müssen, war immer wieder Stein des Anstoßes und Grund für Trennung. Ich sehe heute den Ausgang der Widerspiegelungs-Diskussion als Auslöser einer ganzen Reihe von Entwicklungen, die für das *Argument* wichtig geworden sind — die Sozialismus-Diskussion, die Ideologie-Forschung und die Reform des *Argument*-Konzepts (Heft 107).

Die Sozialismus-Diskussion ist unter dem Gesichtspunkt »Wissenschaft und Politik im *Argument*« interessant. Das war ja eine bewußte Überschreitung der Grenzen des *Argument*-Konzepts, *Argument* sollte keine politische Zeitschrift werden. Vielleicht hat bei der Entscheidung, die Zeitschrift für eine gewisse Zeit den politischen Positionsbestimmungen der Linken zu öffnen, auch die Erfahrung mitgespielt, daß die Widerspiegelungs-Diskussion politische Opfer gekostet hatte: Durch einen demonstrativen Pluralismus sozialistischer Positionsbestimmungen sollte der politische Problemhorizont, innerhalb dessen die Theoriearbeit stattfindet, von neuem präzisiert werden. Der Versuch hatte insofern Erfolg, als sich alle wichtigen Positionen beteiligten. Die Schwierigkeit bestand darin, Positionen nicht nur nebeneinander zu stellen, sondern sie auch in einen Prozeß von *Argument* und Gegenargument zu verwickeln.

Mit *Argument* 108 war die Sozialismus-Diskussion beendet. Das Editorial kündigte an, die aufgeworfenen Fragen sollten in wissenschaftlicher Form weiterverfolgt werden. Zentrale Fragen der vorangegangenen politischen Diskussion versuchten wir in einer Ausarbeitung des Hegemonie-Begriffs zu bündeln. »Politik und Hegemonie in der Bundesrepublik« war der Untertitel von AS 51 (Sozialliberalismus oder rechter Populismus?). Die Untersuchung westdeutscher Politik unter dem Gesichtspunkt zweier großer Blöcke mit gegensätzlichen Hegemoniekonzeptionen und die Frage nach der politischen Handlungsfähigkeit der Linken führte uns weiter zur Theorie der Parteien (AS 91, Marxismus und Theorie der Parteien; Diskussion über die SPD im *Argument*).

Der Zeitraffer tilgt die Brüche und Schwierigkeiten. Er zeigt aber, daß wir, auf nicht vorhergesehene Weise, etwas erreicht haben, was mit meiner anfänglichen vagen Vorstellung zusammenhängt: Mit Beiträgen zur Theorie der Parteien arbeiten wir uns in ein »klassisches« Feld der politischen Wissenschaft vor; auf diesem Untersuchungsfeld laufen zugleich die Bedingungsfäden politischer Handlungsfähigkeit der Linken zusammen, zu deren wissenschaftlicher Orientierung wir beitragen wollen.

Das *Argument*-Machen ist auch eine Politik, gewissermaßen eine Politik in der Theorie: das Organisieren eines Diskussionszusammenhangs zwischen Sozialdemokraten, Grün-Alternativen, Kommunisten, unabhängigen Sozialisten und Radikaldemokraten um die zentralen Fragen der sozialen Bewegungen. In wissenschaftlicher Form verfolgt das *Argument* ein Projekt, ein Bündnis der Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur, das im Zentrum jeder vernünftigen linken *Politik* stehen müßte. *Argument*-Konzept und linke *Politik* sind homolog, aber streng unterschieden. Politische Ungeduld, die einen packen kann, ist aus der besonderen Schwierigkeit der *Argument*-Linie verständlich: Das Bündnis ist schwer zu machen. Jeder Vertreter einer politischen Linie spricht lieber zu seiner Gemeinde als sich auf andere einzulassen.

All diese Schwierigkeiten mit *Argument* und *Politik* werden verstärkt durch die Unterentwicklung hegemonialer *Politik* in der westdeutschen Linken. Mit seiner selbst gestellten Aufgabe zieht das *Argument* eine strukturelle Überlastung auf sich. Schon mit dem Anspruch, die wichtigsten Positionen zur Auseinandersetzung über die brennenden Fragen zu versammeln, ist die Redaktion überfordert. Jeder kennt das Problem der versandeten Diskussionsstränge. Im Einzelfall findet man immer einen Schuldigen: Ein Autor hat nicht repliziert, ein Redakteur geschlafen. Aufs Ganze gesehen, steckt da aber diese unvermeidliche Überlastung der strategischen Stelle dahinter, an die sich das *Argument* stellt.

Die Struktur des *Argument* — in der Mitte die Zeitschrift, die Teilprojekte der *Argument*-Sonderbände locker über sie verbunden — ist gewachsen. Das schlechte Gewissen der Verhältnisse projiziert ab und zu den falschen Anspruch einer Gesamtheorie oder einer Gesamtpolitik auf das *Argument*. Das beste Mittel dagegen ist vielleicht, was schon häufiger passiert ist: daß diese Struktur sich ausdehnt und die Handlungsfähigkeit ihrer Teile wächst. Wenn sie sich, zunächst gegeneinander abgeschottet, aufeinander zu beziehen beginnen, geht der Traum der Redaktion in Erfüllung. Wenn es so etwas wie eine *Politik* des *Argument* gibt, dann ist sie hier vielleicht am ehesten zu fassen: in dem Stimmengewirr seiner Teilprojekte, aus dem immer wieder ganze Sätze, Fragen und Antworten zu verstehen sind, der Beginn einer Diskussion quer zur »Arbeitsteilung« der Fächer und Bewegungen.

Wieland Elfferding

* * *

Ich war 18, wechselte die westfälische Kleinstadt gegen das linke Marburg, lernte dort — als Industriekauffrau auf dem Weg zum Abitur — die studentische Kultur näher kennen. Ohne »rechtliche Erlaubnis« war das Betreten der für mich »Heiligen Stätte« Universität ein zusätzliches Abenteuer. Mir schien, daß alle Studenten das *Argument* lasen — als Literaturangabe fehlte es in keinem Soziologenseminar. Also las ich es auch. Die Widerspiegelungsdebatte erinnere ich als dramatischen Konflikt: Jeder der einander widersprechenden Autoren überzeugte mich. Ich ahnte Tragweiten und begriff wenig. Zerissen zwischen »noch-Schülerin« und »noch-nicht-Studentin« in studentischem Umfeld, wurde das *Argument* zu einer weiteren Lehre. Die Aufrufe an alle Leser, sich in die Diskussionen einzumischen, mitzuarbeiten, selbst Lesegruppen zu gründen, berührten mich, ohne daß sie mich unmittelbar anriefen. Ich mußte noch warten, das *Argument* war Ziel.

Ein Sprung: 11 Jahre später — die Zeitschrift ist jetzt Aufgabe, ist immer noch Seelen- und Denkbewegung und braucht die unentwegte Neuerung. — Die Beantwortung der Frage: wie weiter mit dem und im *Argument* ist wohl auch abhängig vom Zeitpunkt. Auf welche theoretischen und politischen Leidenschaften trifft sie gerade? Die notwendige Erarbeitung von bereichsüberschreitenden Problemlösungen stellt sich für Frauen in besonderer Weise: Traditionelle gesellschaftliche Arbeitsteilungen können von ihnen nicht bedient werden; als Theoretikerinnen arbeiten sie in einer Bewegung, die die politische Umsetzung des neuen Wissens gleichzeitig und von denselben Personen mitfordert. Anders als z.B. in der Arbeiterbewegung gibt es in der Frauenbewegung keine tradierte politische Diskussionskultur; so gilt immer noch, was wir schon bei unserer Frauenredaktionsgründung schrieben: Wir müssen die Theorie — wenn auch nicht ganz allein — erarbeiten und zugleich die wissenschaftliche Politik, um das Wissen zur »materiellen Gewalt« werden zu lassen. Der *Argument*-Zusammenhang ist dabei eine riesige Hypothek und eine große Lehre: Bei unseren Versuchen, Feministinnen für unser Projekt zu gewinnen, stießen wir auch auf Ressentiments und Widerwillen gegenüber »DKP-Orientiertheit« dieser Zeitschrift; so stehen wir in dem zerreibenden Konflikt, nicht einen »Verrat« zu begehen an den sozialistisch orientierten Bündnispartnern und zugleich uns der Ineinssetzung zu widersetzen, indem wir zum Weiterlesen der Zeitschrift — vor wievielen Jahren gaben es die linken Frauen auf? — auffordern.

Kommunistinnen finden unsere Vorhaben und Ausführungen häufig psychologisch und wenig umfassend revolutionär. Eine politische Lehre, die wir daraus zogen, war sehr praktisch: In Hamburg gründeten wir den *Argument-Laden* — ein Projekt, das (auch) eine feministisch-sozialistische Diskussionskultur mitbegründen und verbreiten soll. Ein weiteres von uns initiiertes Projekt sind die »Weiberräte« und die Diskussion um Frauenlisten. Beide Unternehmungen zielen auf Zusammenschluß der Kräfte, auf den Ausbau von Lernstrukturen, auf die Forcierung einer sozialistisch-feministischen Politik und Theoriebildung und letztlich auf Verwissenschaftlichung der Befreiungsbewegungen von unten. Dort brauchen wir die Zeitschrift überlebensnotwendig.

Als Frauen stehen wir auf unanständige Weise: breitbeinig. Ein Bein in der Arbeiterbewegung, dort steht es sich fast heimelig mit all den Sicherheiten, den Klassikern als Stütze, den Diskussionen in gemeinsamer Sprache um das gemeinsame Ziel. Ganz anders das andere Bein: Weit entfernt vom ersten steht es in der Frauenbewegung, dort ist jedes Sich-Bewegen ein Risiko, ist alle Suche nicht nur die nach gemeinsamen Wegen, sondern auch Zielen. Die allseitige Anfechtung des breitbeinigen Stehens wäre abschaffbar, wenn alle Frauen so stünden. Für diesen Prozeß braucht es auch das *Argument* und darin unsere Versuche, internationale Zusammenschlüsse zu probieren: andere Länder, andere Sitten — in Frankreich und Italien stehen schon viele Frauen so. Die Theoretisierung der Konflikte im Nichteingerichtetsein, das Probieren verschiedener Politiken braucht ein theoretisches Organ, und dies selber greift auf verrückende Weise wiederum

in bestehende Kämpfe ein (vgl. den Brief von Anni Bell in Heft 144). — Den Aufruf, der mich selbst vor Jahren berührte, daß wir doch eine Leser/Schreiber/innen-Gemeinschaft sein und werden sollten, haben wir aus Not — auch in den Wissenschaften gibt es nur wenige Frauenkollektive — besonders ernstgenommen. Das Feministische ins Argument einzuarbeiten, dazu braucht es viele Frauen; genau die Hälfte sind wir schon in den Rezensionen-Beiheften; in der Zeitschrift sollten es ebensoviele werden! Kornelia Hauser

**5 Jahre
Wissenschaftliches Volksfest
8. bis 11. Juni
Henry-Ford-Bau der FU Berlin**



Aus dem Programm:

- 35-Stunden-Woche. Sinnvolle Produktion. Verkabelung und Heimarbeit. Arbeit als Lebensbedürfnis. Arbeitszeitverkürzung für den Frieden.
- Weiberräte und Frauenliste. Arbeitszeitverkürzung — mehr Freizeit, mehr Privatheit, mehr Familie? Technologietransfer und Frauenausbeutung in der Dritten Welt.
- Strategien für eine neue Mehrheit. Wirtschafts- und Sozialpolitik jenseits des Keynesianismus. Die Grünen — Fundamentalopposition oder Juniorpartner der SPD?
- Körperkultur in den sozialen Bewegungen. Technikfaszination, Technikpanik, Utopien. Kulturpolitik zwischen Populismus und Avantgarde.
- Ziviler Ungehorsam. Angst und Politik. Politik mit der Angst.
- Katholische Kirche und Nachrüstung. Computer, Macht und Theologie.
- Waldsterben. Gesundheitliche Folgen des Sauren Regens. BI-Bewegung.
- Ausländerpolitik, ausländische Arbeitnehmer und die Gewerkschaften.

Abendveranstaltungen:

Wolf Biermann, Martin Buchholz, George Reis. — Politisches Nachtgebet für Nicaragua. — Fest: viel Kleinkunst, Musik aus dem In- und Ausland, Tanz.

**VOLKSUNI-Büro Muthesiusstraße 38 1000 Berlin (West) 41
Tel.: 030/7928920 (Di + Fr 10-16 Uhr)**

Günther Anders

Time Inc.

Für *Das lustige Argument*

Die Molussian Press Agency (MPA) meldet: Da die Großproduzenten der molussischen Video-Kassetten mit Recht befürchten, daß aufgrund der obsoleten und viel zu knappen (24) täglichen Stundenzahl nicht für alle ihre Blut- und Busenserien (geschweige denn für diejenigen, die sie noch herstellen könnten, also sollten) die Zeit würde ausreichen können, um einer genügenden, also maximalen Anzahl von Konsumenten vorgeführt und von diesen rezipiert zu werden; daß mithin viele der möglichen Produkte aufs unmoralischste und viele der bereits erzeugten ebenso unmoralisch vergeudet bleiben würden, hat Ende 1982 der Sprecher der Congress-Lobby der Videoindustrie energisch dafür plädiert, daß — damit genug Zeit für den Konsum der Produkte zur Verfügung stehe — *die Zahl der Tagesstunden auf volle sechsunddreißig heraufgesetzt werde, ohne daß die Länge der Einzelstunde dadurch beeinträchtigt werden dürfte*. Die Wahrscheinlichkeit, daß diese Idee, die der Lobbysprecher sogar als ein »holy right« bezeichnet hatte, vom Congress günstig aufgenommen und beschieden werden würde, ist, da sie sowohl bei den Demokraten wie bei den Republikanern auf großes Verständnis gestoßen ist, so groß, daß in Milwaukee bereits im Januar vorigen Jahres ein Research Institute für die »Production of Time« (PoT) gegründet worden und Mitte des Jahres der Bau einer Fabrikanlage »Time Inc.« (TI) begonnen worden ist. Nähere Einzelheiten über den Import des Rohmaterials, aus dem die zusätzlichen Stunden hergestellt werden sollen, werden zwar noch geheimgehalten, aber manches ist durchgesichert. Denn große zapfstellenartige Installationen, die seit Juli vorigen Jahres ebenfalls schon stehen, machen es wahrscheinlich, daß man Arbeitslose dazu auffordern werde, sich die leeren Stunden, die sich in ihnen prall angesammelt haben müssen, gegen Bezahlung abmelken zu lassen. Man rechnet vor allem mit jungen Farbigen aus dem Süden, von denen manche sogar schon angereist sind und auf dem prospektiven Gelände herumvagabundieren, scharf darauf, »to sell their time instead of killing it« und einander eifersüchtig beäugen. Vorerst werden diese Arbeitswilligen zwar ihren »time stuff« noch nicht los — was sie höchst unruhig mache —, aber die Tatsache, daß sie von einer bereits tätigen Werkspolizei nicht vertrieben werden, spricht doch überzeugend dafür, daß die »time spenders«, mindestens einige tausend, eine Anstellung werden finden können.

fragezeichnung vom langen marsch in der fußgängerzone

auf die füsse gestellt sind inzwischen
die köpfe. mühselig
lernen die kopffüßler
gehen. suchen nun schüchtern den weg
zum pflastersteinneuland
zur heimat der fußfüßler

befremdet die blicke dort.
es wird wohl verboten
die blöße der füße

sie zucken die achseln:
andere länder, andere sitten

schon springt in den kopf
der vierfüßige spruch

ändre die länder! ändre die sitten!

ist er verführt?
oder voluntaristisch?

sie aber schweigen und
fügen sich. suchen
mit tüten aus jute
nach schuhwerk und strumpf

farbenformfröhlich das angebot:
in allen breiten und längen
gehäuse für zehen
und hacken. verstecke
aus plastik aus holz
aus kandiertem leder

sie zögen vor
die tradierten modelle

das waren länder!
das waren sitten!

den blaustrumpf ...
den bundschuh ...

aber kein laden
selbst keine boutik
bietet sie feil

da finden im neuen
die neurealisten
aufgehoben das alte

geben schnell geld
gegen ware. dann :

buntbesucht
machen sie
sich auf die
bläulichen socken

Karen Ruoff

Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye

Die Dritte Welt in der Krise

I. Die gegenwärtige Krise des kapitalistischen Weltsystems

Die Symptome und Folgen einer anhaltenden und tiefgreifenden weltweiten Krise sind zu Beginn der achtziger Jahre allenthalben sichtbar. Um die derzeitigen internationalen Entwicklungen und ihre Auswirkungen verstehen zu können, ist es erforderlich, Entstehung und Bedeutung dieser Krise zu erklären.¹ Die Krise mit ihren geläufigen Aspekten im wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und ökologischen Bereich in den westlichen Industrieländern ist in der Tat eine Krise des gesamten kapitalistischen Weltsystems und damit selbstverständlich auch der Länder der Dritten Welt. In dem Maße, in dem sie in das kapitalistische Weltsystem einbezogen sind, leiden auch die sozialistischen Länder unter Auswirkungen der Krise. Die Entstehung der Krise läßt sich auf zwei eng miteinander verbundene Prozesse zurückführen — auf die allmähliche Erosion der Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten im kapitalistischen Weltsystem und auf die Entwicklung innerer Widersprüche oder Probleme des Wachstums- und Partnerschaftsmodells in den westlichen Industrieländern.

Die Hegemonialstellung der USA schien am Ende des zweiten Weltkriegs für unabsehbare Zeit sichergestellt. Unter dem Schirm dieser überwältigenden militärisch-ökonomisch-politischen Hegemonie der USA war die freie inter-, ja transnationale Mobilität des Kapitals gewährleistet, am sichtbarsten zunächst in der Form einer fortschreitenden weltweiten Ausbreitung US-amerikanischer Unternehmen und später auch westeuropäischer und japanischer Unternehmen. Mit dem wirtschaftlichen und politischen Erstarken Westeuropas und Japans wurde die hegemoniale Dominanz der Vereinigten Staaten allmählich in Frage gestellt, akzentuiert noch durch die Konsolidierung des sozialistischen Lagers und die wirtschaftlichen Unabhängigkeitsbestrebungen und politischen Befreiungskämpfe in Teilen der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems. Schließlich waren auch die transnationalen Konzerne (einzeln und in ihrer Verflechtung) zu einer von den jeweiligen Staaten weitgehend unabhängigen wirtschaftlichen und politischen Macht herangewachsen, die jedwede Hegemonialstellung eines einzelnen Staates oder irgendeiner noch so mächtigen supranationalen Institution konterkarieren konnte.

Parallel dazu und nicht unverbunden damit fand das Wachstums- und Partnerschaftsmodell der Nachkriegsjahrzehnte sein Ende, das unter US-amerikanischer Hegemonie einen in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems beispiellosen Aufschwung ermöglicht hatte. Dem Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit in den traditionellen Industrieländern wurde die Grundlage entzogen, einem Kompromiß, der dem gut organisierten Teil der Industriearbeiterschaft produktivitätsorientierte Lohnsteigerungen und den Ausbau des Sozialstaats versprach — um den Preis des Wohlverhaltens, das kapitalistische System als solches nicht in Frage zu stellen. Die Unternehmen antworteten mit zwei Maßnahmen, als sich gerade auf Grund des Erfolges des Wachstumsmo-

dells die Arbeitskraft trotz aller Gastarbeiter-Importe zunehmend verknappte und die Profitraten sowie der gesellschaftliche Primat des Kapitals bedroht schienen: mit dem altbewährten Instrument der Einsparung von Arbeitskraft durch Investitionszurückhaltung und die Einführung arbeitssparender Technologien (Rationalisierung) und mit dem auch nicht ganz neuen Instrument der Verlagerung von Teilen der Produktion an neue Standorte überall auf der Welt, darunter auch in bedeutendem Ausmaß an Standorte in der Dritten Welt, an denen kostengünstiger und/oder profitabler produziert werden konnte. Die Kombination beider Maßnahmen erwies sich als so »erfolgreich«, daß binnen weniger Jahre der relative Mangel an Industriearbeitern in den Industrieländern abgelöst wurde durch dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, Rückgang der Reallöhne und Abbau des Sozialstaates. Der damit einhergehende Rückgang der Massenkaufkraft verstärkt wiederum die Tendenz zur Unterauslastung der Produktionskapazitäten und zur Ausweitung der Arbeitslosigkeit; die Möglichkeiten für gewinnversprechende produktive Investitionen nehmen ab; die Spekulation treibt Sumpflüten; usf. — eine Spirale nach unten. Nach zweieinhalb Jahrzehnten erfolgreichen Funktionierens ist so das Nachkriegsmodell in selbsterzeugte Schwierigkeiten geraten. Selbst heute, nach mehr als zehn Jahren scheinbar planlosen Dahintreibens und Waltens der Marktgesetze, ist immer noch nicht zu sehen, auf welche Weise diese Schwierigkeiten systemimmanent zu überwinden sind — nicht zu sprechen von ersten Schritten zu einer Entschärfung und Lösung der großen Menschheitsprobleme von Krieg und Frieden, von Verelendung der Dritten Welt und vom Raubbau an der Natur. Diese scheinbare Ausweglosigkeit ist der eigentliche Kern dessen, was man heute Krise nennt.

Die gegenwärtig dominierende liberal-konservative Wirtschaftspolitik der meisten großen westlichen Industrieländer vermeint, die Kapitalakkumulation trotz andauernder Massenarbeitslosigkeit und schwindender Massenkaufkraft gerade durch weitere Verbilligung des Faktors Arbeit wiederbeleben zu können. Ihre wesentliche Ergänzung findet diese Politik in der Restauration der Hegemonialstellung der Vereinigten Staaten, in erster Linie über einen Aufbau politisch verwertbarer globaler Militärmacht, mit dem Ziel einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen Überlegenheit der Vereinigten Staaten und der Aufrechterhaltung, ja wenn möglich sogar Ausweitung der kapitalistischen Verfaßtheit von Wirtschaft und Gesellschaft überall auf der Welt. Im Einklang mit solchen Bestrebungen verfolgen die transnationalen Konzerne ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Systems. Sie werden dabei unter anderem von Institutionen wie der Weltbank und vor allem dem Internationalen Währungsfonds unterstützt, die immer mehr Ländern, vor allem in der Dritten Welt, auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit Maßnahmen aufzwingen, die die Integration in das kapitalistische Weltsystem garantieren, den Primat des Kapitals sicherstellen, die Anlagerisiken mindern und die globale Kapitalverwertung gewährleisten sollen. Der Ausgang der Krise ist offen. Zwar scheinen zunächst diejenigen liberal-konservativen Kräfte die Oberhand zu haben, die das bestehende System in seinen Grundzügen erhalten und gerade mit dem Mittel der (Reinigungs-)Krise retten wollen, etwa nach der Feststellung Eric J. Hobs-

bawms: »Der Kapitalismus lebte mit den Krisen, der Kapitalismus lebte in den Krisen, der Kapitalismus überlebte die Krisen.« (Hobsbawm 1982) Im Verlauf der Krise, in dem Maße, in dem sich die Erfolglosigkeit und, schlimmer noch, Perspektivenlosigkeit liberal-konservativer Politik herauschält, formieren sich möglicherweise aber auch neue politische Kräfte und Koalitionen, die das kapitalistische System der Ausbeutung, der Unterentwicklung, der Naturvernichtung und der Kriegsdrohung durch ein anderes, weniger menschenverachtendes ablösen wollen.

Nach diesen einleitenden skizzenhaften Bemerkungen zur weltweiten Krise des kapitalistischen Systems, die den theoretischen Hintergrund unserer Analyse andeuten sollen, wenden wir uns nun der spezielleren Frage zu, welche Auswirkungen die weltweite Krise des Kapitalismus auf die Länder der Dritten Welt hat. Uns ist bewußt, daß unsere Analyse der Ergänzung durch konkrete Untersuchungen konkreter Situationen, Länder, Branchen usw. bedarf.

II. Die ökonomische Krise:

Die Länder der Peripherie vor dem wirtschaftlichen Bankrott

Am Anfang der achtziger Jahre ist es offenkundiger denn je, daß die Bedingungen des kapitalistischen Weltsystems eine eigenständige, selbstbestimmte Entwicklung der Länder der Peripherie — der Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas — um so weniger erlauben, je stärker diese Länder in den kapitalistischen Weltmarkt integriert sind. Die tiefgreifende ökonomische und gesellschaftspolitische Krise, in der sich das kapitalistische Weltsystem seit einer Reihe von Jahren befindet, hat ein übriges dazu beigetragen, die Verheißung einer allmählichen Überwindung von Unterentwicklung durch kapitalistische Entwicklung, d.h. durch forcierte Integration der peripheren Länder in den kapitalistischen Weltmarkt ad absurdum zu führen. In fast allen Ländern der kapitalistischen Peripherie haben sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Nachkriegsjahrzehnten stetig und in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Nicht wenige Länder stehen gegenwärtig als solche vor dem wirtschaftlichen Bankrott.

Indikatoren der tiefgreifenden *ökonomischen Krise* und ihrer verheerenden sozialen Auswirkungen sind in den Ländern der Peripherie u.a.:

- Stagnation und Rückgang der für den Inlandsmarkt und Inlandsverbrauch bestimmten und geeigneten landwirtschaftlichen, industriellen und Dienstleistungsproduktion, darunter insbesondere auch der Nahrungsmittelproduktion, und zugleich relative und absolute Zunahme der auf Auslandsmärkte gerichteten — von transnationalen Konzernen kontrollierten — kapitalintensiven landwirtschaftlichen, industriellen und Dienstleistungsproduktion, mit anderen Worten: Abnahme der vorwiegend gebrauchswertorientierten Produktion zu Gunsten einer Zunahme der vorwiegend tauschwertorientierten Produktion.
- Öffentliche und private Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber dem internationalen Finanzsystem und, damit verbunden, eine Auslandsabhängigkeit, die praktisch ein Ausgeliefertsein an das internationale Finanzsystem und die dahinterstehenden Kräfte, sprich: Kapitalinteressen

einschließlich ihrer lokalen Klientel, bedeutet. Die Verschuldung hat mittlerweile eine solche Größenordnung erreicht — 810 Milliarden US-Dollar am Jahresende 1983 (Angabe der Weltbank, Neue Zürcher Zeitung 11.2.84) —, daß allein über den Mechanismus der Verzinsung ein großer Teil des volkswirtschaftlichen Überschusses, d.h. des sonst für Nettoinvestitionen in Frage kommenden Volkseinkommens der Entwicklungsländer aus diesen Ländern abfließt.

- Weitere Zurückdrängung und Zerstörung der ländlichen Subsistenzökonomie, d.h. des Teils der Ökonomie, in dem ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung der Entwicklungsländer das unmittelbar zum Leben Notwendige selbst erzeugt oder bisher selbst erzeugen konnte. Die rasch fortschreitende Eindämmung dieses — nur partiell in die Weltwirtschaft integrierten und zumindest partiell autonomen — Sektors durch kapitalintensive Exportlandwirtschaft und Industrialisierung und durch Raubbau ist ursächlich für die Abwanderung großer Teile der ländlichen Bevölkerung (vgl. hierzu die Untersuchungen von Ernest Feder, etwa Feder 1983).
- Weitreichende Schädigung der Umwelt in den Ländern der Peripherie, die in ihrem Ausmaß und in ihren ökonomischen und sozialen Folgen häufig noch das Ausmaß und die Folgen der Umweltschäden in den Industrieländern übersteigt.
- In der Folge von Stagnation und Rückgang der gebrauchswert-, inlandsorientierten landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, des Überschußabflusses, von fortgeschrittener Verdrängung der Subsistenzökonomie und von fortgeschrittener Umweltzerstörung weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit und Einkommenslosigkeit und allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen bis hin zur absoluten Verelendung der Masse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Die meisten der durch vorstehende Indikatoren bezeichneten Prozesse der Unterentwicklung scheinen so neu nicht zu sein. Es scheint sich eher um die Fortsetzung sattsam bekannter Trends und Prozesse in den Ländern der Peripherie zu handeln. Diese Trends und Prozesse kapitalistischer Unterentwicklung haben allerdings in der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Weltsystems insofern eine neue Dimension erhalten, als sie in den Ländern der Peripherie insgesamt — von wenigen Ausnahmen abgesehen — zu den dominierenden Trends und Prozessen geworden sind, alle zeitweiligen Ansätze alternativer, eigenständiger Entwicklung in einzelnen Ländern, Regionen, Wirtschaftszweigen etc. erstickend und zerstörend. Auch diejenigen Länder und Regionen der Peripherie, die noch vor wenigen Jahren zumindest in Einzelfällen die Möglichkeit kapitalistischer Prosperität auch in der Peripherie zu beweisen schienen — Schwellenländer, semiperiphere Länder, Wirtschaftswunderländer, wie immer die Etikettierung lautete — müssen jetzt fast ausnahmslos den Offenbarungseid leisten, sind, um den unmittelbaren wirtschaftlichen Bankrott zu vermeiden, zur Aufgabe aber auch jeder selbstbestimmten nationalen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung gezwungen.

Die Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt, ihre »Öffnung« für das anlagesuchende internationale Kapital konnte in den Nachkriegsjahr-

zehnten endgültig vollzogen werden. Die Hebel, mit denen diese Öffnung und Integration bewerkstelligt wurde, sind ebenso zahlreich wie vielfältig. Sie reichen von Kapitalexport, Kreditvertrag und Technologietransfer über aktive Korruption bis zur — und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt — militärischen Intervention. Die Akteure waren und sind vor allem transnationale Konzerne in Kooperation mit Weltbank und Internationalem Währungsfonds und in Kollaboration mit der jeweiligen nationalen Bourgeoisie. Die Anlagebereiche waren und sind vor allem Exportlandwirtschaft, Exportindustrie und Exportdienstleistungsproduktionen sowie Importhandel und Importsubstitutionsproduktion. Entstanden sind weltmarktorientierte, exportabhängige Produktionsstrukturen und weltmarktorientierte, importabhängige Konsumtionsstrukturen. Diese Export-Importorientierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den meisten Entwicklungsländern, die in den Boomjahren der sechziger und siebziger Jahre dem Auslandskapital hohe Profite und der Inlandsbourgeoisie hohe Provisionen bescherte, hat in zahlreichen Ländern und Regionen dazu geführt, daß die Landwirtschaft, insbesondere die Nahrungsmittelproduktion, und große Teile der gewerblichen Produktion restlos ruiniert worden sind. So sind Länder, wie zum Beispiel Nigeria, die vor wenigen Jahren noch Netto-Nahrungsmittlexporteur waren, heute in hohem Maße auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Die Weltmarktorientierung der ökonomischen Aktivitäten hat im übrigen die Entwicklungsländer gegenüber Schwankungen der Weltnachfrage mehr denn je anfällig werden lassen. Der drastische Rückgang der Weltnachfrage in der Krise erstreckt sich eben auch, und zum Teil sogar überproportional, auf solche Produktionen und Dienstleistungen, deren Fertigung und Erzeugung im Rahmen transnationaler Reorganisation der Produktion in Entwicklungsländer verlagert worden sind. Der Nachfragerückgang und der damit verbundene Preisverfall haben die Exporterlöse der Entwicklungsländer entsprechend zurückgehen lassen, um so mehr als die Deviseneinnahmen aus der Exportproduktion nicht selten der unmittelbaren staatlichen Kontrolle weitgehend entzogen sind (transfer pricing).

Eine Umstellung der tauschwertorientierten landwirtschaftlichen und industriellen Exportproduktion auf eine gebrauchswertorientierte Produktion für den jeweiligen Inlandsbedarf der Masse der bedürftigen, jedoch einkommenslosen Bevölkerung lassen die Imperative der Kapitalverwertung nicht zu, ganz abgesehen davon, daß der technisch-organisatorische Charakter der Exportproduktion — kapitalintensive, in einem hohen Maße von importierten Vorleistungen abhängige landwirtschaftliche Produktionsstrukturen und nichtkomplexe und gleichfalls stark importabhängige industrielle Teilfertigungen — eine solche Umstellung nicht so ohne weiteres erlauben würde. Die ökonomische Krise des kapitalistischen Weltsystems zeigt sich daher in den Ländern der Peripherie in besonders krasser Form in ihrem Doppelcharakter als zugleich Überproduktions- und Unterkonsumtionskrise.

Noch niemals zuvor in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise ist der Gegensatz zwischen, auf der einen Seite, einem ungeheuren ungedeckten Bedarf eines großen Teils der Menschheit, der in absoluter Armut und im schlimmsten Elend lebt, und, auf der anderen Seite, einer ungeheuren unge-

nutzten produktiven Kapazität, die ungenutzt bleibt, weil ihre Nutzung nicht profitträchtig ist, so manifest gewesen, wie gegenwärtig in der Peripherie. Noch niemals zuvor in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise ist diese ihre eingeschränkte Rationalität so manifest gewesen, wie in der gegenwärtigen Krise.

III. Die politische Krise

Die ökonomische Krise und die latente Drohung des ökonomischen Bankrotts ganzer Staaten findet ihre Entsprechung in der *politischen Krise* sowohl des bürgerlich-demokratischen Staates, soweit er überlebt hat, als auch des bürgerlich-militärischen Staates. Bürgerlich-demokratische Staatsformen und sozialdemokratische oder sonstige reformistisch orientierte Regime sind in der Dritten Welt in einer praktisch ununterbrochenen Serie von Staatsstreich, Militärputschen und externen Interventionen so gut wie beseitigt worden. Die politische Krise des bürgerlich-demokratischen Staates in der Peripherie kann kaum überraschen. In gewisser Weise ist die Ersetzung bürgerlich-demokratischer Staatsformen durch bürgerlich-militärische unvermeidlich. Der bürgerliche Staat der Peripherie, dessen Bourgeoisie um ihrer Herrschaft willen und um ihrer eigenen Emanzipation im kapitalistischen Weltssystem willen auf Entwicklung durch fortdauernde und vertiefte Integration in den Weltmarkt setzt, kann angesichts der gegebenen Strukturen des kapitalistischen Weltsystems und der Akkumulationsimperative (und eben nicht Entwicklungsimperative) dieses Systems das Versprechen von Entwicklung im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Masse der Bevölkerung nicht erfüllen, wachsende soziale Ungleichheit und Verelendung nicht verhindern und schließlich eine Entwicklung auf den ökonomischen Bankrott zu nicht vermeiden. Am Ende solcher Entwicklung steht die Wahrung des »sozialen Friedens« durch die Unterdrückung von Arbeiter-(Gewerkschafts-) und Bauernbewegungen und von sonstigen Reform-, Protest- und Alternativbewegungen; am Ende solcher Entwicklung steht die Sicherung der bürgerlichen Herrschaft durch den Militärputsch und durch die Provokation der militärischen Intervention von außen.

Die ökonomische Krise macht jedoch vor dem *bürgerlich-militärischen* Staat nicht halt. Im Gegenteil, die unproduktive, militärisch-konsumtive Verwendung eines wachsenden Anteils des Volkseinkommens als auch weitere Zugeständnisse an ausländische Kapitalinteressen, die der Preis sind, der für auswärtige militärische Unterstützung zu zahlen ist, wirken sich krisenverschärfend aus. Der bürgerlich-militärische Staat der Peripherie — so wie er sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten vorherrschend herausgebildet hat — ist daher von Anfang an krisengeschüttelt. Die politische Krise des bürgerlich-militärischen Staates der Peripherie machen vor allem die folgenden Indikatoren deutlich:

- Stetige Erhöhung der Rüstungs- und sonstigen Militärausgaben.²
- Aufrechterhaltung und Verschärfung des Ausnahmezustandes über Jahre hinweg, die Suspendierung auch der Reste bürgerlich-demokratischer Freiheiten, Verbot von Parteien und Gewerkschaften, die Folter als tägliches Mittel der Politik.

- Sukzessive Preisgabe nationaler politischer und ökonomischer Souveränität, so zum Beispiel die Zulassung ausländischer Militärstützpunkte auf den jeweiligen nationalen Territorien, die Aufgabe nationaler, zum Beispiel protektionistischer, Wirtschaftspolitik, die Schaffung besonderer Freiräume für ausländisches Kapital (Freie Zonen) etc.
- Verschärfung der Klassegegensätze in einem Ausmaß, daß auch die bürgerliche und kleinbürgerliche Mittelklasse, häufig der Steigbügelhalter des bürgerlich-militärischen Staates, politisch entmachtet und ökonomisch in ihrer Existenz schlechthin bedroht ist.
- Verlust der politischen, ökonomischen, sozialen und auch militärischen Kontrolle über ganze Gebiete, Provinzen, Teilstaaten und die Zunahme und der Erfolg separatistischer und secessionistischer Bewegungen.
- Schließlich der Verlust jeglicher, aber auch jeglicher politischer Legitimation der Aufrechterhaltung der Herrschaft durch Gewehre, aber auch — wie der Schah feststellen mußte — der Verlust der Gewehre selbst, der Zusammenbruch ganzer politisch-sozialer Strukturen als solcher bis hin zum Kollaps des bürgerlich-militärischen Staates.

In dem Bemühen, die aus der Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise resultierenden Konflikte zu beherrschen, sucht der bürgerlich-militärische Staat der Peripherie das Heil in weiterer Kollaboration mit den imperialistischen Mächten, um damit die für die ökonomische und politische Krise ursächlichen Probleme nur noch zu verschärfen. Der Preis für weitere politische, ökonomische und militärische »Hilfe« ist praktisch der totale Verzicht auf die Wahrnehmung der ökonomischen Funktion durch den Staat. Die ökonomischen Aktivitäten werden den transnationalen Konzernen überlassen und sind damit praktisch uneingeschränkt den Möglichkeiten und Zwängen der Kapitalverwertung unterworfen.

Die gegenwärtige Zuspitzung der ökonomischen und politischen Krise in Chile und auf den Philippinen offenbart in exemplarischer Weise, wie die herrschende bürgerlich-militärische Klasse der Peripherie eben gerade dadurch, daß sie ihre Macht durch extreme interne und externe Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung und durch den Ausverkauf schlechthin ihrer jeweiligen Länder zu sichern versucht — dies alles durchgesetzt mit den Mitteln militärischer Gewalt — in kürzester Zeit ihre eigene Krise herbeiführt.³ Die Eigendynamik solcher Entwicklung enthält ein für die Entwicklung dieser Länder wie für die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems insgesamt bedeutsames dialektisches Moment. Die in der Krise unverhüllt zutage tretende Unfähigkeit der bürgerlichen Regime, ein Minimum an ökonomischer, politischer und sozialer Stabilität gewährleisten zu können, läßt den Widerstand gegen die bürgerlich-militärische Herrschaft auf breiter Front so anwachsen, daß antisystemische *Bündnisse* von bäuerlichen, proletarischen *und* bürgerlichen (Mittelstands-)Klassen möglich werden und entstehen, die — wegen der Kraft des Bündnisses — sich fähig zeigen oder fähig zeigen könnten, der bürgerlich-militärischen Herrschaft ein Ende zu setzen.

IV. Integration und Desintegration im kapitalistischen Weltsystem: Die Zuspitzung des Konflikts in der Krise

Wenn es auch keinen Zweifel gibt, daß die Mehrheit der Länder der Peripherie in den Nachkriegsjahrzehnten, aller internationalen Rhetorik einer eigenständigen, unabhängigen Entwicklung Hohn sprechend, endgültig in den Weltmarkt integriert und damit den Imperativen der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab praktisch uneingeschränkt unterworfen worden ist, so ist es jedoch auch richtig, daß sich in einer kleinen Gruppe von Ländern die Machtverhältnisse so geändert haben, daß sich diese Länder der Integration erfolgreich zu widersetzen oder zu entziehen vermochten, oder daß sie zumindest in Ansätzen das Maß und die Art der Integration in den Weltmarkt nationaler Kontrolle unterwerfen konnten. Zu dieser Gruppe zählen die sozialistischen Entwicklungsländer Asiens, ferner Kuba, aber auch Länder wie Mosambique, Simbabwe, Tansania, Nicaragua, Burma und Iran. Der Entwicklungserfolg der *sozialistischen* Entwicklungsländer zeigt, daß es durchaus möglich ist, innerhalb der Zeitspanne einer Generation eine eigenständige, unabhängige wirtschaftliche Basis, nämlich eine leistungsfähige Landwirtschaft und Investitions- und Konsumgüterindustrie zur Versorgung des Bedarfs der *Masse* der Bevölkerung, zu schaffen, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Produktions- und Verhältnisse und die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung grundlegend zu verändern (vgl. zu dieser Debatte Amin 1982). Es ist die Auseinandersetzung um eine solche grundlegende Veränderung der Produktions- und Verhältnisse und um Integration oder Desintegration der Entwicklungsländer in den oder aus dem kapitalistischen Weltmarkt, welche dem Klassenkampf der Gegenwart ihren besonderen Stempel aufdrückt.

Wir möchten die These wagen, daß die Menschen, die politischen Kräfte und die revolutionären Bewegungen, die eine Veränderung der gegebenen Strukturen des kapitalistischen Weltsystems — als eine unabdingbare Voraussetzung für die Überwindung von Unterentwicklung — für notwendig halten, an jedem Ort, zu jedem Zeitpunkt, überall auf der Welt, eine solche Veränderung auf dem Wege parlamentarischer demokratischer Willensbildung und Willensdurchsetzung versucht hätten und versuchen würden, wenn solche Versuche jemals irgendeine Chance gehabt hätten oder haben würden. Die geschichtliche Erfahrung lehrt jedoch, daß so gut wie jeder Versuch einer Veränderung der Strukturen des kapitalistischen Weltsystems auf parlamentarisch-demokratischem Wege auf »Gewalt von oben« stößt, mehr noch, daß »Gewalt von oben« angewendet wird, um jeden Versuch einer Veränderung der Machtverhältnisse von vornherein abzuschrecken. Marcuse (1974) hat dafür den Begriff der »präventiven Konterrevolution« geprägt. Es ist ebenso eine geschichtliche Erfahrung, daß eine Veränderung der Machtstrukturen, wie sie die Produktions- und Verhältnisse des kapitalistischen Weltsystems darstellen, nur durch Machtzuwachs und Machtanwendung möglich ist. Das entscheidende Machtpotential ausgebeuteter und beherrschter Klassen ist immer der *politische Wille* gewesen, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse zu beiseitigen. Wie die Entwicklung in den Nachkriegsjahrzehnten zeigt, kann dieser

politische Wille zu einer Machtverhältnisse verändernden Kraft werden, wenn eine *Mehrheit* der Menschen einer sozialen Klasse, eines Landes, einer Region oder einer Staatengruppe diesen politischen Willen entwickelt. Entscheidend dafür, daß der politische Wille der Ausgebeuteten und Beherrschten zur Veränderung politischer Machtstrukturen wirksam wird, ist die Fähigkeit und Bereitschaft zum *Bündnis*. Die Sterne in der chinesischen Nationalfahne symbolisieren noch heute das Bündnis von Bauern, Proletariat und Bourgeoisie, welches Mao Zedong in den dreißiger Jahren als entscheidende Voraussetzung für den Erfolg eines chinesischen Befreiungskrieges gegen die japanische und sonstige Okkupation ansah. Mao Zedong hielt das Bündnis für möglich, weil alle diese Klassen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, unter der Okkupation zu leiden hatten (vgl. Mao Tse-Tung 1968). Heute wissen wir, daß die Bündnisstrategie Maos richtig und erfolgreich war. Ähnlich hat sich das Bündnis von Bauern, städtischem Proletariat, Mittelstand und ländlichen und städtischen Marginalisierten, beispielsweise im Iran, in Nicaragua, in Simbabwe, als entscheidend erwiesen für die revolutionären Veränderungen der nationalen und internationalen Machtstrukturen, wie sie in diesen Ländern in den letzten Jahren stattgefunden haben oder von ihnen ausgegangen sind. In vielen Ländern und Regionen der Peripherie läßt die ökonomische Krise des kapitalistischen Weltsystems durch ihre verheerenden Folgen für die Angehörigen nicht nur des ländlichen und städtischen Proletariats, sondern eben auch der Mittelklassen, neue Bündniskonstellationen entstehen. Insofern ist es möglich, daß sich in der Krise und durch die Krise politische Kräfte entwickeln könnten, die sich als stark genug erweisen könnten, die internationalen Machtstrukturen zu verändern und die Desintegration der Länder der Peripherie aus der gegenwärtigen Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung voranzutreiben.

Die Krise ist allerdings auch die Periode, in der die Reaktion ihr Haupt erhebt. Es ist die erklärte Absicht der liberal-konservativen Politik der westlichen Industrieländer und ihrer Bündnispartner in den Ländern der Peripherie, die gegenwärtige Krise des kapitalistischen Weltsystems zu nutzen, um den »status quo« der internationalen Produktions- und Verhältnisse ein für alle Male festzuschreiben und darüber hinaus, die Hindernisse, die der Kapitalverwertung in einigen Ländern der Peripherie gegenwärtig gesetzt sind, zum Beispiel in Kuba und Nicaragua, zu beseitigen. An die Spitze der liberal-konservativen Politik der Restauration hat sich die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten gestellt, auch in der Absicht, die USA damit wieder zur unangefochtenen Hegemonialmacht im kapitalistischen Weltsystem werden zu lassen. Die Ziele der US-amerikanischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern sind klar umrissen: Sicherung der US-amerikanischen Interessen in den Entwicklungsländern und weltweit. Jede demokratische, sozialistische oder nationale Politik eines Landes der Peripherie, welche zum Ziel hat, externe Abhängigkeit zu reduzieren, und eine partielle Desintegration anstrebt, wird als Verletzung amerikanischer Interessen angesehen und soll deshalb verhindert werden. Verlorengegangene Einflußsphären in der Dritten Welt und Länder und Regionen, in denen der Wahrnehmung amerikanischer politischer, ökonomischer und auch militärischer Interessen gegenwärtig Grenzen gesetzt sind, sol-

len zurückgewonnen werden. Diesem Ziel dient die unter der ideologischen Formel »Bekämpfung des internationalen Terrorismus« politische oder militärische oder sonstige mittelbare oder unmittelbare Intervention in Mittelamerika (Grenada, Nicaragua), im Nahen Osten (Libanon), im südlichen Afrika (Namibia, Angola) und in anderen Regionen der Welt. Und schließlich soll jedwede Entwicklung in der Dritten Welt, die eine Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zwischen den Supermächten zuungunsten der Vereinigten Staaten und zugunsten der Sowjetunion bedeuten könnte, verhindert werden. Zur Durchsetzung dieser Politik hat die Revitalisierung des Militärischen unter der Reagan-Regierung erste Priorität erhalten. Was die Eigendynamik der kapitalistischen Produktionsweise selbst nicht hervorbringt, nämlich die Stabilität ökonomischer und politischer Strukturen, und was politische Kontrolle nicht zu leisten vermag, nämlich antisystemische Entwicklungen in der Peripherie zu verhindern, soll mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Das Arsenal dieser Mittel wird immer größer.

- Dazu zählt die ungeheure Aufrüstung der Vereinigten Staaten selbst, wie die der Dritten Welt. So sollen die Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten, für die 1983 245 Milliarden US-Dollar vorgesehen sind, im Haushaltsjahr 1989 auf 465 Milliarden US-Dollar angewachsen sein. Von 1985 bis 1989 sollen nach jetzt vorliegenden Plänen annähernd 2.000 Milliarden US-Dollar für das amerikanische Aufrüstungsprogramm ausgegeben werden (vgl. Süddeutsche Zeitung 19./20.3.83).
- Dazu zählt der weitere Ausbau der Militärstützpunkte weltweit. So rüsten die Vereinigten Staaten gegenwärtig zum Beispiel ihre strategische Luftflotte im Fernen Osten mit neuen Langstreckenbombnern aus, die sowohl für Atombomben als auch für den Einsatz von Kurzstreckenatomraketen (SRAMS) geeignet sind (vgl. Süddeutsche Zeitung 4.5.83).
- Dazu zählt der weitere Ausbau der Schnellen Eingreiftruppe (USACC), die im »Krisenfall« über rund 230.000 Angehörige des Heeres, der Luftwaffe und der Marine verfügen kann (vgl. Neue Zürcher Zeitung 2.12.82 und 14.12.83).
- Dazu gehört der Versuch der politischen und militärischen Neuordnung ganzer Regionen, wie zum Beispiel des Mittleren Ostens (Libanon, Jordanien, Israel), der den Verlust bisher innegehabter militärischer Positionen (Iran) wettmachen soll.
- Dazu zählen auch Kommandounternehmen und Sabotageakte, vorwiegend von militärischen Einheiten kollaborierender Regime ausgeführt, wie zum Beispiel im südlichen Afrika, um Regierungen, die einen Kurs der eigenständigen Entwicklung steuern (Angola, Mosambique, Simbabwe), scheitern zu lassen.
- Dazu zählt der Ausbau und die mittelbare und unmittelbare Unterstützung von konterrevolutionären Bürgerkriegsarmeen, wie in Mittelamerika (Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras). Unverhüllt wird in Erklärungen der amerikanischen Regierung dargelegt, daß die mittelbare und unmittelbare Intervention der Vereinigten Staaten in dieser Region dazu dienen soll, die Regierung von Nicaragua zu zwingen, ihre auf Eigenstän-

digkeit gerichtete und auf einen gesellschaftspolitischen Pluralismus gestützte Politik der *nationalen Entwicklung* aufzugeben. Je tiefer Nicaragua in militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden kann, desto weniger wird es der Regierung von Nicaragua nach diesem Konzept möglich sein, ihr nationales Aufbau- und Entwicklungsprogramm zu verwirklichen.⁴

- Und dazu zählt insbesondere auch die Aufrüstung im Bereich der strategischen Waffen, wie die Stationierung einer neuen Generation von Mittelstreckenraketen in Westeuropa, deren Zweck es nicht zuletzt sein soll, die Sowjetunion mit der Drohung des Einsatzes dieser Waffen zukünftig daran hindern zu können, demokratische, sozialistische oder nationale Politik in der Peripherie, die auf Eigenständigkeit ausgerichtet ist, politisch, ökonomisch, militärisch oder auch nur moralisch zu unterstützen (vgl. Magdoff/Sweezy 1982).

In der *wirtschaftspolitischen* Offensive der liberal-konservativen Politik zur Bewahrung der Strukturen des kapitalistischen Weltsystems und zur Aufrechterhaltung der gegebenen Eingliederung der Länder der Peripherie in die internationale Arbeitsteilung hat längst der Internationale Währungsfonds die Hauptrolle übernommen. Seit Jahren exekutiert der Internationale Währungsfonds in den Ländern der Peripherie mit dem Mittel der Gewährung oder der Verweigerung von Beistandskrediten eine Wirtschaftspolitik, die eine eigenständige Entwicklung und eine auch nur ansatzweise Desintegration der Länder der Peripherie zunichte macht und ausnahmslos ihre Integration in den Weltmarkt zu erhalten versucht. Die Auflagen, die der Internationale Währungsfonds an die Gewährung von Krediten knüpft und die im Kern auf eine Durchsetzung liberal-konservativer Politik in den kreditsuchenden Ländern hinauslaufen, sind von Land zu Land fast immer die gleichen, die spezifischen ökonomischen Bedingungen und Probleme der jeweiligen Länder ignorierend. Unter dem Vorwand der Einleitung nationaler Stabilitätsprogramme wird praktisch regelmäßig die Aufgabe jeder souveränen nationalen Wirtschaftspolitik, insbesondere jeder eigenständigen Landwirtschafts-, Industrie-, Handels-, Finanz- und Sozialpolitik, die auch nur ansatzweise an den Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung orientiert ist, verlangt. Stattdessen fordert der Internationale Währungsfonds die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen, die der transnationalen Kapitalakkumulation so gut wie keine Schranken setzen.

Fast ausnahmslos verlangt der Internationale Währungsfonds

- die Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, insbesondere die Beseitigung von Importbeschränkungen und Devisenkontrollen sowie sonstiger protektionistischer Instrumente;
- die Beseitigung von Restriktionen, die den Aktivitäten ausländischen Kapitals entgegenstehen, so zum Beispiel jeglicher Diskriminierung ausländischen Kapitals in bestimmten Branchen und Sektoren und der Beschränkungen des Transfers von Gewinnen und des Abzugs investierten Kapitals;
- die Abwertung der jeweiligen Landeswährungen;
- den Abbau staatlicher Subventionen im Bereich der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, im Gesundheitswesen und im Transportsektor;

- eine Änderung der sonstigen staatlichen Haushaltspolitik zugunsten einer Verminderung direkter und indirekter Unternehmensabgaben und zugunsten einer Erhöhung direkter und indirekter Unternehmenssubventionen, wie zum Beispiel in den Bereichen von Investitionsfinanzierung, Infrastrukturverbesserung und der staatlichen Bereitstellung industrieller Vorleistungen;
- eine Re-orientierung der jeweiligen nationalen Wirtschaftsentwicklung zugunsten einer verstärkten Förderung von Exportproduktionen, mit der Konsequenz der Vernachlässigung solcher Produktionen, die für den inländischen Bedarf und Verbrauch geeignet sind, und daher auch mit der Konsequenz erhöhter Importabhängigkeit;
- schließlich staatliche Eingriffe in die Lohn- und sonstige Tarifpolitik, womit — allen marktwirtschaftlichen Prinzipien, die der Internationale Währungsfonds sonst propagiert, hohnsprechend — der Staat den Unternehmen niedrige Löhne zu garantieren hat.

Die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds', die sich als eine Politik zugunsten einer Stabilisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs dieser Länder mit dem Ausland und als eine Politik zugunsten einer Stabilisierung der sonstigen ökonomischen Entwicklung dieser Länder aus gibt, ist in Wahrheit eine Politik der totalen Vernachlässigung der Bedingungen stabilen Handels- und Zahlungsverkehrs und stabiler sonstiger ökonomischer Entwicklung. So wirkt sich die Auflage, den Transfer von Gewinnen keinen Einschränkungen zu unterwerfen, unmittelbar *destabilisierend* aus, da sie dazu führt, daß ein erheblicher Teil der Devisenerlöse nicht mehr für Importe und für die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen verfügbar ist. So wirkt sich die Auflage, die Landeswährung abzuwerten, die angeblich einer Exportsteigerung und Importdrosselung dienen soll, verbunden mit der Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs, angesichts der gegebenen Bedingungen des Weltmarktes (Rückgang der Weltnachfrage) unmittelbar *de-stabilisierend* aus, da sie eine Verminderung der Exporterlöse und eine Verteuerung der Importe bewirkt. Und so wirkt sich die Auflage, staatliche Subventionen, die den ärmsten Teilen der Bevölkerung zugute kommen, zu streichen, unmittelbar *destabilisierend* aus, »since its inevitable result is to turn the population against the government and to dismember social alliances supporting regimes embarking on a course of internal reforms and economic independence, often resulting in the demise of the government and the installation of authoritarian regimes« (Terra Nova 1979).

In so gut wie keinem Fall und in so gut wie keinem Land hat diese Auflagenpolitik ihren vorgeblichen Zweck — Stabilisierung — erreicht. Es ist daher nicht überraschend, daß der Internationale Währungsfonds nunmehr selbst von den Konsequenzen seiner Politik erreicht wird. Er ist selbst an den Rand einer Liquiditätskrise geraten. Eine Politik, die langfristig die Zahlungsunfähigkeit der kreditaufnehmenden Länder herbeiführen muß, macht es diesen Ländern unmöglich, ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Fonds selbst nachkommen zu können.

Die Revitalisierung des Militärischen durch die Reagan-Administration und die militante Politik des Internationalen Währungsfonds, denen das gemeinsa-

me strategische Ziel zugrunde liegt, die Abhängigkeit der Länder der Peripherie zu bewahren und ihre weitere ungehemmte Ausbeutung und Ausplünderung zu sichern, finden die volle Unterstützung der meisten Regierungen der westlichen Industrieländer, unabhängig davon, ob die Unterstützung manchmal mehr oder manchmal weniger diskret gezeigt wird. Unnötig zu sagen, daß diese Politik auch die Billigung großer Teile des internationalen Großkapitals findet, welches im übrigen seit Beginn der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Weltsystems die Unternehmensstrategie verfolgt, aus den Entwicklungsländern so rasch wie möglich herauszuholen, was gegenwärtig noch herauszuholen ist.

Man wird sich allerdings nicht wundern dürfen, daß die Durchsetzung solcher Politik zur Aufrechterhaltung der gegebenen Strukturen des kapitalistischen Weltsystems nicht nur die Misere der Dritten Welt vergrößern, sondern auch zum Bankrott eben dieser Politik selbst beitragen wird. Die Aufrechterhaltung eines Minimums an politischer, ökonomischer und sozialer Stabilität in den Entwicklungsländern, die eben auch Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik ist, wird durch ihre eigenen destabilisierenden Wirkungen zunehmend schwieriger, wenn nicht unmöglich werden. Es ist daher kaum eine Überraschung, wenn mittlerweile selbst Henry Kissinger (1983) — vor Jahren einer der Architekten dieser Politik — nunmehr vor einer Entwicklung warnt, die »ausgerechnet die gemäßigten Staaten der Dritten Welt in Volkswirtschaften ohne soziale Sicherheitsnetze, in die Massenarbeitslosigkeit und in den nationalen Extremismus treibt«.

V. Wider den Pessimismus

Kein Zweifel, daß sich die Auseinandersetzungen für oder gegen die Imperative der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab in den kommenden Jahren dieses Jahrzehnts verstärken werden. Kein Zweifel auch, daß die Verfechter liberal-konservativer Politik sich gegenwärtig weltweit in der Offensive befinden. Aber ebenso kein Zweifel auch, daß die politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen liberal-konservativer Politik den Widerstand gegen die Imperative der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab nicht nur in den Ländern der Peripherie, sondern ebenso in den westlichen Industrieländern *und* auch in den sozialistischen Ländern verstärken werden.

Was die letztere Gruppe betrifft, so ist nicht zu übersehen, daß die Bedrohung, die von der liberal-konservativen Politik, insbesondere von der Revitalisierung des Militärischen, auch für diese Länder ausgeht, die Bevölkerung eben auch dieser Länder in ihrer Ablehnung des kapitalistischen Systems mit seinen tödlichen Bedrohungen bestärkt, ungeachtet ihrer Kritik an den Bedingungen des realen Sozialismus.

Das liberal-konservative Modell, das gegenwärtig auch in der Mehrzahl der westlichen Industrieländer auf der Tagesordnung steht, wird hier in wenigen Jahren abgewirtschaftet sein. Es wird sich auch hier als unfähig erweisen, zur Lösung irgendeines der bedrohlichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme beizutragen. Der Widerstand gegen die Imperative der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab wird daher auch in den westlichen Industrie-

ländern zunehmen. Die Friedensbewegung, die ökologische Bewegung, die Frauenbewegung, die zunehmende Politisierung der Gewerkschaften sind, ohne daß dies immer politisch reflektiert wird, antisystemische Bewegungen.

Der Widerstand in der Dritten Welt gegen weitere und verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung, gegen die Imperative der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab, findet damit einen Bündnispartner bei einer zunehmenden Zahl von Menschen in den westlichen Industrieländern, und, aller antisozialistischen ideologischen Offensive zum Hohn, auch in den sozialistischen Ländern.

Es scheint sich dennoch ein akademischer Pessimismus breitzumachen, der die Möglichkeit einer Transformation des kapitalistischen Weltsystems in ein menschenwürdiges System deshalb nicht für möglich hält, weil sich auch nichtkapitalistische Länder den Imperativen der Kapitalverwertung in der nach wie vor kapitalistisch dominierten Welt bisher nicht restlos entziehen konnten. Dieser Pessimismus wird auch dadurch gespeist, daß auch solche Entwicklungsländer, deren deklarierte Entwicklungsperspektive sozialistische Produktions- und Verhältnisse sind, auf dem Wege einer Transformation ihrer ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen bisher nur ein kurzes Stück vorangekommen sind. Nichts rechtfertigt jedoch diesen Pessimismus und diese Resignation. Eine Desintegration aus dem kapitalistischen Weltsystem und eine Transformation des Systems selbst findet nicht dadurch statt und wird nicht dadurch stattfinden, daß in einzelnen Ländern und Regionen sozialistische Produktionsverhältnisse von heute auf morgen die kapitalistische Produktionsweise ablösen werden. Daraus ein Scheitern der Transformation der politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen der Peripherie und damit des kapitalistischen Weltsystems selbst folgern zu wollen, wäre nicht nur wissenschaftlich und politisch absurd; es könnte auch selbst dazu beitragen, diese Transformation zu erschweren.

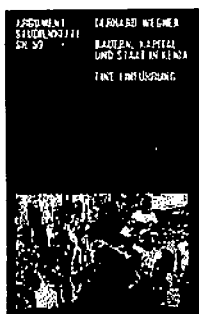
Anmerkungen

- 1 Wir haben an anderer Stelle ausführlicher dargelegt, welche Gründe zur gegenwärtigen Krise geführt haben (siehe Fröbel/Heinrichs/Kreye 1982).
- 2 Die Wachstumsrate der Militärausgaben war in den Entwicklungsländern in den Jahren 1972-1981 doppelt so hoch wie die ihres Bruttoinlandsproduktes. Vgl. UNCTAD 1982.
- 3 Es sollte nicht vergessen werden, daß die gegenwärtig noch herrschende bürgerlich-militärische Klasse Chiles die Ermordung — im wörtlichen Sinne — einer bürgerlich-demokratischen Regierung einmal damit gerechtfertigt hat, ein weltweit beispielhaftes Modell der stabilen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung eines peripheren Landes zu installieren.
- 4 Eine detaillierte Analyse der US-Politik gegenüber Nicaragua hat u.a. Ullmann 1983 vorgelegt.

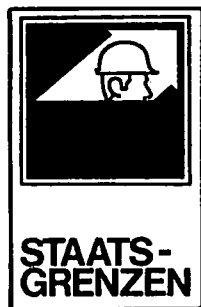
Literaturverzeichnis

- Amin, S., 1982: Crisis, nationalism, and socialism, in: S. Amin, G. Arrighi, A.G. Frank, I. Wallerstein: Dynamics of the Global Crisis, New York, London, dt. Ausgabe beim Westdeutschen Verlag im Erscheinen
- Feder, E., 1983: Perverse Development, Quezon City, Foundation for Nationalist Studies

- Fröbel, F., J. Heinrichs, O. Kreye, 1982: Wege aus der Wirtschaftskrise? In: K.M. Meyer-Abich (Hrsg.): Physik, Philosophie und Politik. Festschrift für C.F. von Weizsäcker, München, 145-167
- Hobsbawm, E.J., 1981: Die Krise des Kapitalismus in historischer Perspektive, in: F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye (Hrsg.): Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie, Reinbek, 35-52
- Kissinger, H.A., 1983: Saving the world economy, in: Newsweek v. 24.1.1983
- Magdoff, H., P.M. Sweezy, 1982: Nuclear Chicken, in: Monthly Review, vol.34, 4, 1-12
- Mao Tse-Tung, 1968: Über die Taktik im Kampf gegen den japanischen Imperialismus, in: ders.: Ausgewählte Werke, Bd.1, Peking, 177-208
- Marcuse, H., 1974: Konterrevolution und Revolte, Frankfurt/M.
- Terra Nova, 1979: The Terra Nova Statement on the International Monetary System and the Third World, Kingston, Jamaica, 7.10.1979
- Ullmann, R.H., 1983: At War with Nicaragua, in: Foreign Affairs, vol.62, No.1, 39-68
- UNCTAD, 1982: Trade and Development Report 1982, New York, 122



Gerhard Wegner
Bauern, Kapital und Staat in Kenia
Eine Einführung in die wirtschaftlichen
und politischen Entwicklungen
Argument-Studienheft SH 59
94 Seiten, 9,80 DM



Staatsgrenzen
Probleme (national-)staatlichen
Handelns in der alternativen
Wirtschaftspolitik.
Altwater, Stamatis, Zinn u.a.
Argument-Sonderband AS 89
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Herhören, Keynesianer!*

Zwischen Ökonomen aller ideologischen und politischen Überzeugungen, konservativen, liberalen und linken, herrscht eine bemerkenswerte Übereinstimmung: die kapitalistische Wirtschaft muß wachsen, um gesund zu sein, und der Schlüssel zum Wachstum liegt in der Kapitalakkumulation oder im Spar- und Investitionsprozeß. In Übereinstimmung mit dieser Sichtweise haben wir lange schon die Auffassung vertreten, daß der Kapitalismus wie lebende Organismen einem natürlichen Reifungsprozeß unterliegt, von der Geburt über die Jugend bis zur Reife. In der frühen Periode, in welcher der gesellschaftliche Kapitalstock, überwiegend Produktions- und Transportmittel, völlig neu aufgebaut wird, scheinen die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation im Prinzip unbegrenzt zu sein. Je mehr Ressourcen von der Konsumgüterproduktion abgezweigt werden können (Ersparnisse), desto mehr können für die Produktionsmittelproduktion verwandt werden (Investitionen). Das Wachstum ist schnell, nur durch finanzielle Engpässe und durch Angebots-Nachfrage-Ungleichgewichte unterbrochen. Nach Beseitigung dieser Engpässe und Ungleichgewichte (diese Funktion wird von Krisen und Depressionen wahrgenommen) schlagen Akkumulation und Wachstum wieder eine Richtung ein, die man bald für ihren Normalverlauf halten wird.

So war es in der Jugend des Kapitalismus. Sie war natürlich zugleich die Periode des Aufstiegs und der Weiterentwicklung der politischen Ökonomie (später Wirtschaftswissenschaft genannt), der Wissenschaft von den Gesetzen und Tendenzen des Kapitalismus; man kann diese Periode von der Zeit von Adam Smith im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts bis zur Zeit von Alfred Marshall ansetzen, damit reicht sie bis ins dritte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Mit vernachlässigbaren Ausnahmen hielten die Ökonomen dieser Periode — die geschichtliche Wirklichkeit um sie herum reflektierend — kräftiges Wachstum für das wesentliche Kennzeichen des Systems und Unterbrechungen des Wachstums für eine vorübergehende und sich selbst heilende Krankheit.¹

Angesichts eines solchen Kapitalismusbildes gab es keinen Bedarf nach einer besonderen Theorie der Nachfrageseite des Investitionsprozesses. Die Existenz einer praktisch unbegrenzten Nachfrage nach zusätzlichen Produktionsmitteln konnte vorausgesetzt werden. Die Bestimmung der jeweiligen Akkumulationsrate wurde deshalb vollständig auf die Angebotsseite der Gleichung verschoben. Die Art, in der Marshall das Problem behandelte, war ziemlich typisch. In einem 17seitigen Kapitel, überschrieben »Die Vermehrung des Reichtums«, befaßte er sich auf knapp einer Seite mit der Nachfrage nach Kapital und auf den meisten übrigen Seiten mit dem Angebot von Ersparnissen. Über ersteres heißt es bei ihm unter anderem:

»Mit dem Fortschritt der Zivilisation hat der Mensch immer neue Bedürfnisse entwickelt, welche auf neuen und kostspieligeren Wegen befriedigt werden. Das Tempo des Fortschritts war manchmal langsam (...); aber jetzt bewegen wir uns mit einer rapiden Schnelligkeit vorwärts, welche von Jahr zu Jahr zunimmt, und das Ende ist noch gar nicht abzusehen. Sicherlich werden sich

nach jeder Richtung hin neue Wege aufzutun, welche den Stil unsres sozialen und industriellen Lebens immer mehr umgestalten und uns in den Stand setzen werden, große Kapitalmassen heranzuziehen, um neue Bedürfnisse zu befriedigen, und neue Wege zu schaffen, um durch Kraftanwendung in Voraussehung zeitlich entlegener Bedürfnisse Kraft zu ersparen. Es ist nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit ein stationäres Stadium eintreten wird, in dem keine neuen wichtigen Bedürfnisse mehr zu befriedigen sein werden, und sich augenblickliche Anstrengungen, welche für die Zukunft berechnet sind, und die Ansammlung von Vermögen nicht mehr lohnen.« (Marshall 1905, 255)

Der Glaube an die Existenz einer unbegrenzten Nachfrage nach zusätzlichen Investitionsgütern hat bis heute überlebt, in Lehrbüchern, im populären ökonomischen Schrifttum und am wirkungsvollsten in der Angebots- oder Supply-side-Theorie, die der Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration die ideologischen Rationalisierungen liefert. Dieser Theorie zufolge rühren die Störungen der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahren daher, daß zu viel ausgegeben und nicht genug gespart worden ist. Diese Verbindung soll zu einer niedrigen Wachstumsrate geführt haben mit den Begleitübeln Stagnation, sinkende Profite, zunehmende Arbeitslosigkeit und allem übrigen.

Aber gerade um die Zeit, als Alfred Marshall die achte und letzte von ihm besorgte Auflage seines berühmten Handbuchs herausgab (1920), befand sich der Kapitalismus mitten in einer Periode des Übergangs von der Jugend zur Reife; Höhepunkt war der Nachkriegsboom der 20er Jahre in den Vereinigten Staaten, zu diesem Zeitpunkt die kapitalistische Führungsnation. Dieser Boom wurde wie andere vor ihm von einer Investitionswelle angeheizt, diesmal vor allem in der Fahrzeugbranche und in verwandten Bereichen (Öl, Gummi, Glas, Straßenbau, Vorortwohnungen). Der Boom zeigte aber auch neue Merkmale, die einen grundlegenden ökonomischen Wandel widerspiegeln. Am wichtigsten waren (1) das Aufkommen der Konsumentenkredite, die die Endnachfrage nach den Produkten dieser führenden Industrien ankurbelten, und (2) ein tendenzielles Absinken der Kapazitätsauslastung des produzierenden Gewerbes nach 1925. Das waren deutliche Zeichen dafür, daß die Investitionsrate, die den Boom der 20er Jahre anheizte, trotz des Impulses einer kreditfinanzierten Nachfrage nach Konsumgütern nicht aufrechterhalten werden konnte. Die Krise von 1929 war eine *Überakkumulations*krise.

Auch frühere kapitalistische Krisen waren mit Überakkumulation in dem Sinne einhergegangen, daß die Investitionen in vorhergehenden Aufschwungsphasen, überwiegend wegen finanzieller Spekulationen, größer waren als die Nachfrage. Aber dieses Ungleichgewicht zwischen Investitionen und Nachfrage war in früheren Krisen, wie sich herausstellte, eine vorübergehende Erscheinung gewesen. Nach einer Periode der Deflation und der Preisanpassungen hatte der Investitionsprozeß wieder seine stimulierende Rolle übernommen: Die althergebrachte Weisheit von der zugrundeliegenden unbegrenzten Nachfrage nach Investitionsgütern wurde so empirisch gestützt und mehr denn je befestigt.

Daß sich mit der Krise von 1929 etwas abspielte, was grundlegend anders war, daß die Überakkumulation in diesem Fall mehr war als eine vorübergehende Erscheinung, daß sie vielmehr eine entscheidende Veränderung in der Funktionsweise des Systems markierte — dies war für niemanden in den An-

fangsjahren der Großen Depression sichtbar. Es ist schwerlich eine Übertreibung: Die gesamte ökonomische Fachwelt rechnete damals damit, daß sich ein im Akkumulationsprozeß wurzelndes Wachstum wieder einstellen würde, wie immer schon in der Vergangenheit.² Gewiß, bald wurde erkannt, daß der durch die Krise hervorgerufene Abschwung ungewöhnlich schroff war und daß die Gesundung voraussichtlich langsam vonstatten gehen würde und Zeit brauchen würde. Aber das hatte es vorher auch schon gegeben, in den 70er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, und es war nicht schwer, in einmaligen Ereignissen im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Nachwirkungen scheinbar befriedigende Erklärungen zu finden.

Was dann schließlich die Botschaft ankommen ließ, daß die Dinge sich tatsächlich geändert hatten, daß (um im Bild zu bleiben) der Übergang des Kapitalismus von der Jugend zur Reife einen Abschluß gefunden hatte, war die Rezession von 1937/38. Dieses Ereignis war ohne Vorläufer. Es war kein kurzfristiger bloßer Rückfall, sondern ein plötzlicher und steiler Abschwung — zu einem Zeitpunkt, an dem der nach der Depression von 1933 beginnende Aufschwung noch einen langen Weg vor sich hatte, um das Niveau zu erreichen, das man nach dem Maßstab vergangener Konjunkturzyklen als völlige Gesundung der Wirtschaft hätte ansehen können. Die Arbeitslosenstatistiken sprechen die deutlichste Sprache. 1933 wurde mit 24,9 Prozent der Arbeitskräfte die höchste Arbeitslosenquote registriert. Sie sank bis 1937 auf 14,3 Prozent und sprang dann wieder hoch auf 19 Prozent im Jahre 1938. Diese Zahlen beschreiben etwas, was damals neu war unter der kapitalistischen Sonne: eine scharfe Rezession mitten in einer tiefen Depression.

Wie war das zu erklären? Niemand war sich über die unmittelbare Ursache im Zweifel — der Zusammenbruch des Kapitalakkumulationsprozesses. In den ersten Depressionsjahren verschwanden nicht nur die Nettoinvestitionen, sie wurden sogar ersetzt durch negative Nettoinvestitionen, daß heißt, es wurde mehr Kapital verbraucht als produziert. Und positive Investitionen, wie sie während des 1933 beginnenden Aufschwungs getätigt wurden, hatten vor allem die Funktion, das zu ersetzen, was verloren gegangen war. Danach war der Dampf wieder raus, was dann den Rückschlag von 1937/38 herbeiführte.

Es überrascht einen nicht, daß eine Generation von Wirtschaftswissenschaftlern, die man (wie der oben zitierte Abschnitt aus Alfred Marshalls »Principles of Economics« belegt) mit der Annahme einer unbegrenzten Nachfrage nach Investitionen aufgezogen hatte, unfähig war, für solche merkwürdigen Vorkommnisse eine Erklärung zu liefern. Konnte die Schwierigkeit vielleicht statt von der *Nachfrage* nach Realinvestitionen vom *Angebot* von Geldkapital zur Finanzierung von Investitionen herrühren? Kaum. Daß finanzielle Mittel verfügbar waren, war offensichtlich: Die Zinsen waren auf ein rein nominales Niveau gefallen (Schatzanweisungen lagen 1936 bei 0,14 Prozent und der Diskontsatz der Federal Reserve Bank bei 1,5 Prozent); und jede echte Verbesserung der Investitionsrate hätte die Unternehmensgewinne gefördert, wodurch Mittel für weitere Investitionen gebildet worden wären.

Die Rezession von 1937/38 enthüllte so die völlige Unfähigkeit der bürgerlichen Wirtschaftstheorie, mit einer neuen Erscheinung fertig zu werden: dem

Reifestadium des Kapitalismus. Um es noch einmal zu wiederholen: insoweit sich diese Theorie auf ökonomisches Wachstum und auf die Ursachen ökonomischer Schwankungen bezog, lag ihr die Annahme einer unbegrenzten Investitionsnachfrage (gewöhnlich implizit) zugrunde. Unter dieser Voraussetzung konnten die Unterbrechungen des Wachstums nur dadurch verursacht sein, daß die institutionellen (finanziellen, staatlichen) Systemmechanismen nicht mehr richtig funktionierten. Der bloße Gedanke, daß diese Unterbrechungen aus der dem System innewohnenden Logik herrühren könnten, statt aus dem fehlerhaften Funktionieren seiner Mechanismen, war im Vorhinein ausgeschlossen.

Die erste ernsthafte Herausforderung an diese tiefverwurzelte Orthodoxie stellte Keynes' »General Theory of Employment, Interest, and Money« (»Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes«) dar; sie erschien 1936, das heißt kurz vor der Rezession, die spät im folgenden Jahr begann. Auch wenn dies meist nicht gesehen wird, es ist dieses Charakteristikum der »Allgemeinen Theorie«, das sie mehr als alles andere zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der bürgerlichen Wirtschaftstheorie macht: zum ersten Mal wurde der Möglichkeit direkt ins Gesicht gesehen, ja, sie wurde in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt, daß Zusammenbrüche des Akkumulationsprozesses — Herz und Seele des Wirtschaftswachstums —, in das System eingebaut sein könnten und sich nicht selbst korrigierten. Damit war die Voraussetzung gegeben für ein gründliches Überdenken der gesamten Theorie der Investitionen.

Was die »Allgemeine Theorie« als theoretisches Problem behandelte, stellte sich mit der Rezession von 1937/38 als äußerst praktisches Problem. Von dieser Kombination gingen Schockwellen aus, die die ökonomische Fachwelt erschütterten und eine Diskussion auslösten, die sich zu einer der intensivsten und bedeutendsten intellektuellen Konfrontationen hätte entwickeln können und sollen, die die Vereinigten Staaten seit dem Kampf gegen die Sklaverei ein Jahrhundert zuvor erlebt hatten. Die Debatte wurde 1938 mit Alvin Hansens »Full Recovery or Stagnation?« eröffnet, und der Fehdehandschuh wurde im folgenden Jahr mit dem zweiten Band von Joseph A. Schumpeters monumentaler Abhandlung über »Konjunkturzyklen« aufgenommen (vgl. Magdoff/Sweezy 1982). Hansen und Schumpeter waren vermutlich die beiden angesehensten amerikanischen Ökonomen der 30er Jahre, und die Tatsache, daß sie die Führung übernahmen bei der Diskussion dieses entscheidenden Problems, des wichtigsten der gegenwärtigen Ökonomie, schien zu garantieren, daß eines jener »glänzenden Turniere« in der Geschichte des ökonomischen Denkens stattfinden würde, von denen Marx geschrieben hatte.³

Aber es sollte nicht sein. Dunkle Wolken sammelten sich 1938 über Europa (im März annektierte Hitler Österreich, und im September wurde das Münchner Abkommen, mit dem die Tschechoslowakei geopfert wurde, unterzeichnet), und der Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahre 1939 bewirkte in den Vereinigten Staaten wie anderswo die endgültige Verschiebung der Aufmerksamkeit weg von der Depression hin zur Kriegsvorbereitung. Bald stellte sich heraus, daß beides nicht, nur als Gegenstände der öffentlichen Aufmerksam-

keit Alternativen waren, sondern auch in der Praxis. Die Arbeitslosenquote, die 1939 bei mehr als 17 Prozent blieb, sank danach rasch, bis sie 1944 während des Krieges ihren Tiefpunkt mit 1,2 Prozent erreichte.

Es ist wenig verwunderlich, daß die Diskussion, die im Gefolge der Rezession von 1937/38 so vielversprechend begonnen hatte, in den Hintergrund trat und nach dem Krieg völlig erstarb. Das nahezu totale Desinteresse der ökonomischen Fachwelt beim Erscheinen von Josef Steindls eindringlicher Analyse »Maturity and Stagnation in American Capitalism« (1952) bewies — falls es tatsächlich noch der Beweise bedurft hätte —, daß das Trauma der 30er Jahre vergessen worden war. Das heißt jedoch nicht, daß man Keynes vergessen hätte. Was sich unter den neuen Bedingungen der Nachkriegszeit abspielte, war vielmehr dies, daß das Schwergewicht der Keynes'schen Theorie, wie es von Hansen interpretiert worden war, drastisch verschoben wurde. An die Stelle des Problems der langfristigen Investitionsnachfrage, wozu Keynes Ansichten sehr stark von Marshalls Auffassungen abwichen, trat das Interesse an den Schwankungen der Investitionsnachfrage im Verlauf des Konjunkturzyklus. Und Keynes' große Errungenschaft wurde jetzt nicht in einem höchst originellen Beitrag zum Verständnis des grundlegenden *modus operandi* des Kapitalismus gesehen, sondern in der Erfindung einer Reihe von schlaun Rezepten gegen das Auf und Ab der Konjunkturbewegungen. In der Abschwungphase soll die Geldpolitik darauf abzielen, die Zinssätze zu senken, während die Finanzpolitik bewußt Haushaltsdefizite produzieren soll, um die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu stimulieren, wobei es dem Markt überlassen bleibt, darüber zu entscheiden, um welche Güter und Dienstleistungen es sich handeln soll und in welchen Proportionen. In der Aufschwungphase soll dieses *policy mix* umgekehrt werden, um eine »Überhitzung« der Wirtschaft (ein Lieblingsausdruck) zu vermeiden: Die Zinssätze sollen steigen, die Regierungsausgaben gekürzt und die Steuern erhöht werden; der sich so ergebende Haushaltsüberschuß kann dann dazu verwandt werden, die Schulden zurückzuzahlen, die zur Finanzierung des vorhergehenden Defizits gemacht worden waren. Dies war der Kern dessen, was dann allmählich »new economics« genannt werden sollte. Joan Robinson und einige andere Keynes-Anhänger aus einer früheren Periode haben es »Bastard-Keynesianismus« genannt.

Der Grund für das Abbrechen und das Vergessen der in den 30er Jahren aufgekommenen Debatte — wobei Keynes in einen ganz ordinären Lieferanten von Rezepten gegen Konjunkturzyklen verwandelt wurde — liegt auf der Hand: nach Beginn des zweiten Weltkrieges schien der Kapitalismus drei Jahrzehnte lang seine Jugend wiedergewonnen zu haben. Die Rezessionen waren schwach, und nach jedem Rückschlag sprangen die Investitionen wieder mindestens genauso kräftig in die Höhe wie früher in der Geschichte des Kapitalismus. Die alte Orthodoxie von der unbegrenzten Nachfrage nach Investitionen, die während der 30er Jahre für kurze Zeit umgestoßen worden war, behauptete sich ganz einfach wieder als ein unerklärtes Axiom der »Neuen Wirtschaftslehre«. Abgesehen von dem Anspruch, die Konjunkturzyklen kontrollieren zu können, unterschied sich die »Neue Wirtschaftslehre« in nichts grundlegend

von der alten. Und als die Probleme der 30er Jahre — Zusammenbruch des Akkumulationsprozesses, Beginn der Stagnation, Ansteigen der Arbeitslosigkeit — in den 70er Jahren wieder in Erscheinung traten, erwiesen sich die neuen Ökonomen als genauso hilflos wie ihre Vorfahren vor dem zweiten Weltkrieg.

Eine Folge dieses Versagens der »Neuen Wirtschaftslehre« bestand darin, daß damit den faden Dogmen des Monetarismus und der Angebots-Ökonomie sowie ihrem schrecklichen Abkömmling, genannt Reagonomics, Tür und Tor geöffnet wurde. In die Praxis umgesetzt — soweit eine Verbindung unvereinbarer und widersprüchlicher Politik-Rezepte überhaupt in die Praxis umgesetzt werden kann —, hat diese Mißbildung die Dinge verschlimmert und wird damit aller Voraussicht nach mindestens bis zu den Wahlen fortfahren. Die andere Hauptfolge besteht darin, daß die große Gruppe respektabler und respektierter Wirtschaftswissenschaftler, die zu intelligent und/oder zu ehrlich ist, um den Schrott zu akzeptieren, der heutzutage in Washington ernstgenommen wird, nicht imstande ist, den Politikern Ratschläge von Bedeutung zu geben oder zur Bildung einer intelligenten öffentlichen Meinung zu vielen der wichtigsten Fragen unserer Zeit beizutragen.

Wie schlimm die Lage inzwischen geworden ist, verdeutlicht gut der Versuch eines der besten jüngeren Ökonomen, einen Weg aus der hier erörterten Sackgasse zu finden. In einem bemerkenswert freimütigen Artikel präsentiert Lester Thurow (1982), Harvard-geschulter Professor für Wirtschaftswissenschaften am MIT, eine erschreckend präzise Beschreibung der gegenwärtigen weltweiten kapitalistischen Krise und schließt mit den Worten:

»All dies läuft auf folgendes hinaus: Die Weltwirtschaft wird wahrscheinlich noch tiefer im Treibsand versinken. Wir werden wahrscheinlich weiter steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Finanzschwierigkeiten haben, wie wir das in den letzten dreieinhalb Jahren bereits erlebt haben. Es gibt schlichtweg keinen Hinweis darauf, daß die westlichen Nationen, einzeln oder gemeinsam, über irgendein Programm oder irgendwelche Maßnahmen verfügten, mit denen die Flut gestoppt und ein Gezeitenwechsel herbeigeführt werden könnte.«

Was dann jedoch im letzten Abschnitt des Artikels folgt, verdient den Antiklimax-Preis für 1982: »Vom Standpunkt dieses Ökonomen aus gesehen, (...) besteht die Lösung in der altmodischen keynesianischen Ankurbelung. Solange wir nicht bereit sind, so etwas zu praktizieren, werden Amerika und die Welt wohl weiterhin in etwas feststecken, was man die Große Stagnation nennen könnte.« Voll Erstaunen reibt man sich die Augen. Da redet jemand von Ankurbeln! In den 70er Jahren, dem Jahrzehnt, in dem die Große Stagnation einsetzte, gab es kein einziges Jahr, in dem der Bundeshaushalt ausgeglichen gewesen wäre, und das Gesamtdefizit der zwölf Jahre 1970 bis 1981 lag bei über 300 Milliarden Dollar. Und die Reagan-Administration hat, trotz allen Geschimpfes auf ihre verschwenderischen Vorgänger, einen Kurs der Steuersenkungen für die Reichen und der Spenden ans Pentagon eingeschlagen, bei dem diese bald wie Geizkragen aussehen werden: in neuesten Schätzungen wird noch für lange Zeit ein Haushaltsdefizit von weit mehr als 200 Milliarden Dollar pro Jahr veranschlagt. Dies ist auch nicht die einzige Art des Ankurbelns, die in den letzten Jahren praktiziert worden ist: Geldpolitik und eine entspre-

chende Bankpolitik und ähnliches waren wesentliche Elemente der beispiellosen Explosion privater Verschuldung, welche die gesamte Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kennzeichnete. Und doch hat dieses ganze Spektrum von Ankurbelungsmaßnahmen furchtbar versagt und es nicht vermocht, dem Akkumulationsprozeß, den Thurow wie alle anderen Ökonomen als Schlüssel zur Gesundheit der kapitalistischen Wirtschaft erkennt, wieder Kraft und Stärke zu verleihen.

Das Gerede über altmodische keynesianische Ankurbelungsmaßnahmen stellt sich demnach als genauso irrelevant heraus wie das sinnlose Geschwätz der Monetaristen und der supply-sider. Aber das heißt nicht, daß Keynes irrelevant wäre. Wie oben festgestellt, hat seine »Allgemeine Theorie« von 1936 die Voraussetzungen für ein gründliches Überdenken der gesamten Theorie der Investitionen geliefert. Unglücklicherweise wurde ein solches Überdenken niemals verwirklicht. Der verstorbene Michael Kalecki, der polnische Ökonom, den man zu Recht als »Erfinder der Keyneschen Revolution vor Keynes« bezeichnet hat, hat dieses Thema kurz vor seinem Tode mit den folgenden Worten kommentiert:

»Warum sollte es nicht sein können, daß ein kapitalistisches System, sobald es einmal vom Pfad erweiterter Reproduktion [Wachstum] abgewichen ist, sich in einer Lage mit langfristig einfacher Reproduktion [kein Wachstum] befindet? Solange wir das Problem der Determinanten der Investitionsentscheidungen nicht gelöst haben, tapen wir tatsächlich völlig im Dunkeln, was in einer solchen Situation passieren wird. Marx hat eine solche Theorie nicht entwickelt, und auch in der modernen Wirtschaftswissenschaft ist das nicht geleistet worden. Es gibt einige Versuche zur Entwicklung einer Theorie der zyklischen Schwankungen. Die Probleme der Determination von Investitionsentscheidungen einschließlich ... des langfristigen Trends sind jedoch sehr viel schwieriger als der Fall des 'reinen Konjunkturzyklus' ... Eins ist mir klar: das langfristige Wachstum des Nationaleinkommens einschließlich zufriedenstellender Auslastung der Anlagen ist alles andere als selbstverständlich.« (Kalecki 1968)

Wir wollen nicht behaupten, daß einfach eine »Theorie der Determinanten von Investitionsentscheidungen« gebraucht werde: Das Problem ist viel breiter und schließt eine entscheidend wichtige historische Dimension ein — dieser ist in den letzten Jahren von denjenigen Ökonomen eine gewisse Aufmerksamkeit geschenkt worden, die von der Hypothese angetan waren, daß sich die kapitalistische Entwicklung in ungefähr den letzten 200 Jahren in langen Zyklen vollzogen hat. Was wir hier sagen wollen, ist nur, daß dies ein stark vernachlässigtes und unentwickeltes Gebiet der Wirtschaftsforschung ist, das von keinem Ökonomen, der zu den wichtigsten Problemen unserer Zeit ernstgenommen werden will, länger vernachlässigt werden kann. Was die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft angeht, so hat Keynes damit begonnen, und es stünde seinen Nachfolgern gut an, den Faden dort aufzunehmen, wo er ihn hat fallen lassen.

Aber es gibt noch andere Gründe, aus denen Keynes relevant ist. Ein Großteil der »Allgemeinen Theorie« befaßt sich damit, inwiefern und warum die klassische und die neoklassische Ökonomie sich irrt, wenn sie von der Annahme ausgeht, in die kapitalistische Wirtschaft seien Tendenzen eingebaut, die auf Vollbeschäftigung hinarbeiten und also darauf hin, jede Abweichung von der Vollbeschäftigung selbsttätig zu korrigieren. Aber hier hat er nicht aufge-

hört. Er hat darüber hinaus seine Auffassungen dazu dargelegt, wie der Staat in kapitalistischen Gesellschaften diesem Mangel an automatischen Regulationsmechanismen abhelfen könnte und seiner Meinung nach sollte. In der Nachkriegszeit haben Keynes' Nachfolger, auf jeden Fall diejenigen, die zu den Propheten der »Neuen Wirtschaftslehre« wurden, diese Anschauungen, wie oben bemerkt, vulgarisiert, bis zu dem Punkt, daß der Keynesianismus in ein Allheilmittel gegen die kapitalistischen Konjunkturzyklen verwandelt wurde.

Gewiß hat Keynes sich selbst mit den Konjunkturbewegungen befaßt, er ist jedoch sehr viel weitergegangen. Jeder, der sich die Mühe macht, das letzte Kapitel der »Allgemeinen Theorie« mit dem Titel »Schlußbetrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnte« zu lesen, wird einen Geist wiedererkennen, der die Tradition der kritischen bürgerlichen Denker der Vergangenheit fortsetzt — derjenigen Tradition, die Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des »Kapital« »uneigennützig Forschung« nennt, im Gegensatz zur »bezahlten Kloppfechtereie«. Keynes hat klar gesehen, daß der Kapitalismus etwas in sich enthält, was langfristig ein potentiell verhängnisvoller Mangel ist, und er wollte ihn eliminieren, nicht nur mit Leukoplast flicken. Um dieses Ziel zu verfolgen, war er bereit, radikale Reformen zu erwägen, wie die weitgehende Angleichung der Einkommensverteilung mittels der eventuellen Beseitigung der Rentierseinkommen (d.h. Zins und Rente) und einer »ziemlich umfassenden Verstaatlichung der Investition« (Keynes 1936, 319). Er erkannte, daß die Ausdehnung der Staatsfunktionen, die diese Reformen mit sich führen würden, »einem Publizisten des neunzehnten Jahrhunderts oder einem zeitgenössischen amerikanischen Finanzmann als ein schrecklicher Eingriff in die persönliche Freiheit erscheinen würden« (ebd., 321) — eine Feststellung, die man, wenn sie heute geäußert würde, als kolossale Unterbreitung bewerten müßte.

»Ist die Erfüllung dieser Ideen eine traumhafte Hoffnung?« fragt Keynes im Schlußabschnitt. »Haben sie ungenügende Wurzeln in den Beweggründen, welche die Umwandlung der politischen Gesellschaft beherrschen? Sind die Interessen, die sie durchkreuzen werden, stärker und deutlicher als jene, denen sie dienen werden?« Und er erwidert: »Ich versuche an dieser Stelle nicht, eine Antwort zu geben. Es würde einen Band erfordern, dessen Charakter von diesem verschieden wäre, um selbst nur im Umriss die praktischen Maßnahmen anzudeuten, in welche sie allmählich gekleidet werden könnten.« (Ebd., 323)

Wir wollen natürlich nicht behaupten, daß Keynes die Antworten bereits hatte oder daß er sie in der nie geschriebenen Fortsetzung der »Allgemeinen Theorie« gegeben haben würde. Wichtig ist, daß er vor die Grundfrage der Macht der herrschenden Klasse gestellt worden wäre, falls er diese Argumentationslinie weiter verfolgt hätte. Ob er das, angesichts seiner ideologischen Bindung an den Kapitalismus, auch getan hätte, ist natürlich eine Frage der Spekulation. Den Lesern von »Monthly Review« ist bekannt, daß wir eine völlig andere Auffassung als Keynes darüber haben, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die enorme latente Macht der heutigen entwickelten Volkswirtschaften aus dem Würgegriff der kapitalistischen Herrschaft zu befreien. Aber

anders als die etablierten Wirtschaftswissenschaftler von heute, einschließlich seiner späten Anhänger, wußte Keynes zumindest, daß die Probleme, die anstehen, real sind und toternt, und er scheute sich nicht, sie in Angriff zu nehmen. Er war ein uneigennütziger Forscher, kein bezahlter Klopffechter. Gibt es davon heute immer noch welche?

Anmerkungen

- * Zuerst erschienen in: *Monthly Review*, vol.34, no.8, Januar 1983, 1-11, unter dem Titel »Listen, Keynesians!«. Copyright 1983 by Monthly Review Press. Nachdruck mit Genehmigung der Monthly Review Foundation. Übersetzt von Rolf Nemitz.
- 1 Einige Historiker des ökonomischen Denkens werden wohl die Auffassung vertreten, daß die Voraussagen der klassischen Ökonomen, beginnend mit Ricardo und Malthus, welche der politischen Ökonomie des frühen 19. Jahrhunderts den Ruf einer »schrecklichen Wissenschaft« einbrachten, zu dieser Zusammenfassung in Widerspruch stehen. Dies ist jedoch mehr scheinbar als wirklich der Fall. Diese Denker, vor allem Ricardo, argumentierten auf der Grundlage von zwei unterstellten Naturgesetzen, dem Gesetz der sinkenden Erträge und dem Malthusschen Bevölkerungsgesetz, daß der Kapitalakkumulation die Luft ausgehen würde, weil Löhne und Renten die Profite so weit auffressen würden, daß den Kapitalisten weder das notwendige Kleingeld bliebe noch der Anreiz zur Fortsetzung der Akkumulation. Man muß unbedingt sehen, daß diese Argumentation einen sehr starken politisch-ideologischen Einschlag hat: sie war mehr oder weniger zu dem Zweck entworfen worden, die Sache des Freihandels zu unterstützen. Die Aufhebung der corn laws (des Agrar-Protektionismus) sollte, soweit England betroffen war, das Gesetz der sinkenden Erträge erfolgreich aufheben und auf diese Weise den Akkumulationsprozeß von seinen Fesseln befreien. Dieses Ziel wurde 1846 erreicht, danach hörten die Ökonomen auf, sich Gedanken darüber zu machen, wovon das zukünftige Wachstum des Kapitalismus bedroht sein könnte.
- 2 Das machen zwei Detailuntersuchungen dieser Periode sehr deutlich: Stoneman 1979 und May 1981.
- 3 Nachwort zur 2. Auflage von Band 1 des »Kapital«, MEW 23, 20. Marx bezieht sich speziell auf den »Hader des industriellen Kapitals mit dem aristokratischen Grundeigentum« (ebd.), welcher die Beteiligung von Englands herausragenden ökonomischen Denkern an den Auseinandersetzungen der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts hervorrief.
- 4 Wir haben die Gründe hierfür viele Male in »Monthly Review« dargelegt. Die neueste und sehr kurze Zusammenfassung findet man in Magdoff/Sweezy 1982.

Literaturverzeichnis

- Hansen, A.H., 1938: Full recovery or stagnation?
- Kalecky, M., 1968: Social Science Information, Dezember
- Keynes, J.M., 1936: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin (verschiedene unveränderte Nachdrucke)
- Magdoff, H., und P.M. Sweezy 1982: Why stagnation? In: *Monthly Review*, Juni
- Marshall, A., 1905: Handbuch der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart, Berlin
- May, D.L., 1981: From New Deal to New Economics: The American liberal response to the recession of 1937, New York
- Schumpeter, J.A., 1961: Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Bd.2, Göttingen
- Steindl, J., 1952: Maturity and stagnation in American capitalism, Oxford
- Stoneman, W.E., 1979: A history of the economic analysis of the Great Depression in America, New York
- Thurow, L., 1982: The Great Stagnation, in: New York Times, Sunday magazine section, 17.10.1982

Harald Mattfeldt

Keynesianismus, Monetarismus und Demokratie

I. Problemstellung

Die Suche nach alternativen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und die Diskussion darum im marxistischen und keynesianischen Spektrum findet statt vor dem Hintergrund einer langanhaltenden Weltwirtschaftskrise und einem weltweiten ideologischen und politischen Vormarsch neoliberaler und neokonservativer Kräfte vor allem auch im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich.¹ Es ist richtig, daß in der Geschichte der Wissenschaften sehr häufig der materielle Gebrauch der Wissenschaften hinter dem ideologischen zurückfiel. Ebenso richtig ist aber auch, daß ihr ideologischer Gebrauchswert in einen mit großer praktischer Bedeutung einmünden kann (Liedman 1982, 499). Für die Wirtschaftswissenschaften kann insgesamt festgestellt werden, daß ihre praxeologische Bedeutung zugenommen hat, wie sich an konkret durchgeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowie an Gesetzesformulierungen (Sachverständigenratsgesetz, Stabilitätsgesetz etc.) zeigen läßt. Daß dies nicht zu Lasten der ideologischen Funktion der Wirtschaftswissenschaften gegangen ist, erweist sich nicht zuletzt an der neokonservativen Offensive, die in wichtigen Teilen mit Argumenten geführt wird, die der neoklassischen Theorie entnommen sind. Darüber hinaus zeigt sich in der letzten Zeit im Bereich der offiziell beratenden Wirtschaftswissenschaft, daß sich ihre Vertreter sowohl bei ihren Krisenanalysen wie auch ihren wirtschaftspolitischen Empfehlungen nicht mehr auf das »eigentlich Wirtschaftliche« beschränken, sondern wieder zu »politischen« Ökonomen werden: Sowohl bei ihren Diagnosen wie in ihren Therapien wird das politische Teilsystem mit seinen Entscheidungsstrukturen (zumindest implizit) immer stärker einbezogen. Gerade bei den wissenschaftlichen Verfechtern marktradikaler Sanierungsstrategien der Krise ist dabei wieder — wie in der Endphase der Weimarer Republik — eine gewisse Vorliebe für die Veränderung bisheriger parlamentarisch-demokratischer hin zu autoritären politischen Entscheidungsstrukturen (»starker Staat«) und zur Einschränkung der Tarifautonomie erkennbar.

Die die Fakultäten, Lehrbücher und Gutachtergremien beherrschende Wirtschaftswissenschaft hat es allerdings (verständlicherweise) bisher versäumt, die Frage, ob es Zusammenhänge zwischen auf der Grundlage ihrer theoretischen Ansätze entwickelten wirtschaftspolitischen Konzeptionen und der Entwicklung des politischen Systems gibt, zu ihrem Forschungsgegenstand zu machen. Überhaupt gibt es hier wenig Analysen über Tendenzen der gesamtgesellschaftlichen, der politischen und der ökonomischen Entwicklung. Die Stufentheorien Fourastiéischer oder Rostowscher Provenienz sind zwar plausible Deskriptionen, sie versuchen aber in keiner Weise, theoretische Zusammenhänge zwischen der ökonomischen und politischen Entwicklung herzustellen, wie dies bei Marx oder etwa noch bei Schumpeter geschieht.² Die Klärung des Verhältnisses zwischen ökonomischer, ideologischer und politischer Entwicklung, einschließlich der Rolle wirtschaftspolitischer Konzeptionen dabei, sollte aber ein

Problembereich jeder Wirtschaftswissenschaft sein, die sich als Politische Ökonomie begreift.

Bei der »linken« Antwort auf die Selbstheilungsstrategien monetaristisch-angebotsorientierter Prägung, bei der Diskussion um eine alternative Wirtschaftspolitik also und über ihre theoretischen Grundlagen im Marx-Keynes-Spektrum wird darauf hingewiesen, daß sich am ehesten im Bereich der Unterkonsumtionstheorien Verbindungs- und damit »Bündnis«glieder finden lassen (Glombowski 1982, 128ff.). Hierin zeigt sich in gewisser Weise eine gegensätzliche Entwicklung bei kritischen Ökonomen im Vergleich zur vorherrschenden Lehre, nämlich eine »theorie-ökonomische« Verkürzung der Diskussion um alternative Wirtschaftspolitik, die fast als Fortsetzung der bisherigen »unpolitischen« Lehrstuhl- und Lehrbuchökonomie erscheint, die sich inzwischen »politisiert« hat und mehrheitlich scharf gegen Sozial- und Reformpolitik und die sie tragenden Gewerkschaften argumentiert. Selbst wenn man der Meinung ist, daß es nicht die Hauptaufgabe oder überhaupt nicht die Aufgabe kritischer Ökonomen als Wissenschaftler sei, alternative und handlungsorientierte wirtschaftspolitische Konzepte, schon gar nicht stellvertretend für die Lohnabhängigen, zu entwickeln, so läßt sich sicherlich Einigkeit darüber erzielen, daß kritische Ökonomen nicht nur über »falsche ökonomische Theorien« — wie die auch immer erkennbar sein mögen —, sondern auch über die impliziten und expliziten undemokratischen und »unsozialen« Gehalte und Tendenzen auf der Basis ökonomischer Theorie erarbeiteter wirtschaftspolitischer Konzepte aufklären sollten (Glombowski 1982, 138). Neben mehr theorie-definierten könnten sich damit weitere gemeinsame Arbeitsfelder für kritische Ökonomen unterschiedlicher Ansätze auftun.

Ein allein auf der Grundlage gemeinsam akzeptierter »richtiger« Theorie zustande gekommenes, also »mono«-alternatives Wissenschaftsprogramm würde andere theoretische Ansätze von vornherein ausgrenzen, die sehr wohl für den Bereich der Kritik wirtschaftspolitischer Konzepte und ihren möglichen Entdemokratisierungs- und Pauperisierungspotentialen zu gleichen Ergebnissen kommen können. Ähnliches gilt für Ausgrenzungsversuche auf der Grundlage eines »Dogmas der Unorthodoxie«, mit dessen Hilfe sogenannte Orthodoxe, seien sie marxistischer oder sonstiger Couleur, verfehmt und für die Bestellung gemeinsamer Erkenntnisfelder als ungeeignet ausgeschieden werden.³ Hält man nichts von diesen Ausgrenzungen und allein im engeren Sinne theorie-definierten Erkenntnisprogrammen für eine alternative Wirtschaftspolitik, so sollte angesichts der aktuellen Probleme und Entwicklungen auch von Keynesianern überlegt werden, ob es Zusammenhänge zwischen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und der Entwicklung des politischen Systems gibt. Dies ist die Frage danach, ob ein von Marx und Keynes als krisenproduzierendes oder instabil erkanntes wirtschaftliches System längerfristig mit einem demokratischen politischen Systems verträglich ist, ohne daß sich die demokratische Qualität des politischen Systems verschlechtert. Hier ist das Problem von strukturellen Unverträglichkeiten von Teilsystemen bei länger anhaltenden Krisen angesprochen und die Frage, ob wirtschaftspolitische Konzepte demokratische politische Strukturen stützen, sie gefährden oder ob sie »regime-neu-

trak« sind. Für den Keynesianismus als wirtschaftspolitischer Konzeption (und als »politischem Prinzip«) wäre eine entsprechende Einschätzung vorzunehmen. Finden sich vergleichbare Einschätzungen in diesem Sinne bei Marxisten und Keynesianern, so ließe sich auch auf dieser Grundlage ein »bündnisorientiertes« wirtschaftswissenschaftliches Erkenntnisprogramm formulieren. In diesem Sinne sollten nicht nur allein »Marxisten ... ihre Kreativität auf die argumentative Unterstützung und die Entwicklung von Widerstandsstrategien für Gewerkschaften, 'neue soziale Bewegungen' und Unterprivilegierte richten« dürfen (Glombowski 1982, 138).

II. Ökonomische Krise und Demokratieentwicklung

1. Grundsätzliche Krisenerklärungsmuster

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist eine Skizze grundlegender Erklärungsmuster für Krisen in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systemen. Nur von hier aus sind die unterschiedlichen Diagnose- und Therapievorstellungen wirtschaftspolitischer Konzeptionen verständlich.

Prinzipiell gibt es zwei verschiedene Erklärungsmuster für Krisen und Instabilitäten in diesen Systemen. Die erste Variante behauptet, daß das Wirtschaftssystem aus sich heraus Krisen produziere, d.h. *endogene* Faktoren werden für die Instabilitäten verantwortlich gemacht. Dabei finden sich zwei Ausprägungen dieser Variante: In Übereinstimmung mit den empirischen Befunden wird in der ersten Version aufgrund der internen Struktur des Systems ein regelmäßig wiederkehrender Krisenzyklus abgeleitet. Bei der zweiten Version wird die Krise als Resultat zeitlich zusammentreffender, mehr oder minder zufälliger Entwicklungen von Systemvariablen erklärt, wobei insbesondere auch psychologische Faktoren die »letzten«, also nicht weiter hinterfragten Faktoren darstellen. Die marxistische Krisentheorie gehört zur ersten Version dieser Variante. Keynes hat keine systematische Krisentheorie entwickelt. Aus der Ableitung seines Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung und der Verwendung seines Analyseapparats, der sich u.a. auf psychologische »Gesetzmäßigkeiten« und Prädispositionen der Wirtschaftssubjekte stützt (fundamentales psychologisches Gesetz, Liquiditätsvorliebe usw.), könnte geschlossen werden, daß er eine Art Beriebsunfallansatz vertritt. Beide Versionen, die marxistischen wie die keynesianischen, gehen aber davon aus, daß Instabilitäten bei Krisenanfälligkeiten im Wirtschaftssystem selbst angelegt sind (Kühne 1977, 182).

Davon setzt sich die zweite Variante ab, die die destabilisierenden Einflüsse nicht im Wirtschaftssystem selbst vermutet, sondern sie auf *exogene*, dem System von außen aufgezwungene, nach dem ursprünglichen Bauplan offenbar nicht vorgesehene Faktoren zurückführt. Sie setzen die im System eingebauten Stabilisatoren »quasi gewaltsam« außer Kraft; ihre Anpassungs- und Ausgleichskapazitäten, die nur für den »internen Gebrauch« ausgelegt sind, werden überbeansprucht. Bei anhaltenden exogenen Stößen wird das Gesamtsystem aus der Bahn geworfen und reagiert bei der Suche nach den alten oder neuen Gleisen (Gleichgewichtslagen) mit entsprechenden Sanktionen. Erst bei Ausschaltung der exogenen Störungen werden nach dieser Version die Selbst-

heilungskräfte und built-in-Stabilisatoren wieder voll wirksam werden können. Bei dieser Variante wird in der Regel auf die *Ableitung* der Stabilisierungsthese verzichtet. Sie wird axiomatisch vorausgesetzt, während bei der ersten Variante die Ableitung von Instabilitäten aus der internen Logik des Wirtschaftsprozesses im Mittelpunkt steht. Im Stabilitätsansatz steht der Staat mit seinen diskretionären Eingriffen in die Güter- und Geldmärkte im Zentrum der Ursachenanalyse von Krisen; im Bereich des Arbeitsmarktes sind die für ein freies Marktsystem mit »systemwidriger Monopolmacht« ausgestatteten Anbieter, d.h. die Organisationen der Arbeitnehmer, Krisenverursacher. Weitere exogene Destabilisierungsfaktoren sind der durch die staatliche Bürokratie und die Verwaltungs- und Auflagenpolitik, einschließlich der Sozialversicherungssysteme, immer enger werdende Rahmen für marktmäßige wirtschaftliche Betätigung.

Aus diesen beiden kurz skizzierten Erklärungsmustern für kapitalistische Krisenerscheinungen folgen prinzipiell unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen. Die Bekämpfung endogen verursachter Krisen kann nur mit Hilfe von Instanzen geschehen, die eben nicht direkt den endogenen Spielregeln des Wirtschaftssystems, vor allem dem Profitkalkül, unterstehen. Das Wirtschaftssystem muß danach durch exogene Einflüsse und Anstöße so beeinflusst werden, daß die gesellschaftlich unerwünschten Folgen der Krise beseitigt bzw. die bisherige wirtschaftliche Systemstruktur muß so verändert werden, daß krisenhafte Erscheinungen erst gar nicht auftreten können. Beides verlangt den außerhalb des wirtschaftlichen Systems geplanten und von außen dirigierten Eingriff durch staatliche Instanzen, also eine *Politisierung der Ökonomie*. Aus dem Stabilitätsansatz hingegen ist wirtschaftspolitisch die Zurückdrängung der staatlichen und sonstigen exogenen wirtschaftssystemwidrigen Einflüsse zu fordern. Auch letzteres kann zu einer Systemveränderung führen, diesmal aber des »staatlichen«, des politischen Systems. Ist dies nämlich wegen der ständigen exogenen Eingriffe »schuldig« an der Instabilität bzw. mangelnden Selbstheilungskraft des ökonomischen Systems, so muß sich »der Staat« ändern. Gleiches gilt für den exogenen Einfluß »Gewerkschaftsmacht«. Wer die Krise, ihre Ursachen und/oder ihre Symptome bekämpfen will, muß also jeweils Teile des gesellschaftlichen Gesamtsystems verändern. Dies kann nicht nur quantitative, sondern vor allem auch qualitative Änderungen mit sich bringen.⁴ Die beiden wirtschaftspolitischen Positionen, die hier angesprochen sind, werden üblicherweise mit den Begriffen des *Keynesianismus* auf der einen und der *Laissez-faire-* oder *Selbstheilungsdoktrin* auf der anderen Seite bezeichnet. Dabei ist Keynesianismus als Sammelbezeichnung für eine Position zu verstehen, die eine konsequente Antikrisen- und Beschäftigungspolitik durch aktive staatliche Prozeßsteuerung fordert. Die inhaltlichen Ausprägungen der beiden wirtschaftspolitischen Positionen sind so hinreichend bekannt, daß hier nicht weiter darauf eingegangen werden muß.

2. Demokratisches System und wirtschaftspolitische Konzeptionen

In diesem Abschnitt geht es um die Kompatibilitäten bzw. Inkompatibilitäten dieser beiden grundsätzlichen Sanierungsstrategien mit demokratischen politischen Systemen. Auch versteht es sich von selbst, daß bisher prinzipiell argu-

mentiert wurde und weiter argumentiert werden wird. Selbstverständlich sind alle möglichen Kombinationen zwischen den beiden grundsätzlichen Positionen denkbar im Sinne eines »ein bißchen weniger Keynes, ein bißchen mehr *laisser-faire*«. Die Fragestellung bezieht sich damit darauf, welche Beiträge wirtschaftspolitische Konzeptionen zur Bestandserhaltung des demokratischen politischen Systems unter Krisenbedingungen erbringen oder ob, bei konsequenter Anwendung ihrer Rezepturen, ihnen innewohnende Entdemokratisierungspotentiale freiwerden, die die Qualität des politischen Systems in negativer Weise beeinflussen.

Die herrschende Vorstellung bezüglich der wirtschaftspolitischen Konzeption, die das Selbststeuerungsmodell zugrunde legt, ist die, daß sie die ideale Entsprechung zu einer parlamentarischen Demokratie darstelle. Die Verknüpfung liberal-demokratischer Systeme⁵ und liberaler Wirtschaftskonzeptionen findet ihren Ausdruck etwa in den politökonomischen Ansätzen, die das politische System mit Hilfe des marktanalytischen Instrumentariums untersuchen und Interessen- und Wählermärkte konstruieren, auf denen Politiker, Parteien und Verbände als Anbieter und Nachfrager fungieren.⁶ Die »freie Marktwirtschaft« scheint danach am ehesten mit den Spielregeln eines »freiheitlich demokratischen« politischen Systems vereinbar zu sein und umgekehrt. Der freie Austausch von Gütern, die Steuerung durch das Nutzen- und Gewinnmaximierungskalkül vertrage ebensowenig den autoritären Staat, wie das Ringen um die politische Macht zwischen verschiedenen Parteien nach dem Wählermaximierungskalkül mit der Unterdrückung von Meinungs- und Koalitionsfreiheit usw. vereinbar sei. Die Verfechter des liberalistischen Modells von Adam Smith, der sein Hauptwerk »Reichtum der Nationen« ja explizit gegen den merkantilistischen, politisch und ökonomisch autoritären Staat schrieb, bis zu Milton Friedman (»Kapitalismus und Freiheit«) stellen den genannten Zusammenhang immer wieder her.⁷ Auf der anderen Seite ist aber bekannt, daß autoritäre politische Systeme, wie etwa das Regime in Chile, im größten Zeitraum ihrer Herrschaft die monetaristische Selbstheilungsdoktrin zu ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption gemacht haben (Hertwig 1983, 1124ff.). Also ist das liberalistische wirtschaftspolitische Modell auch mit extrem antidemokratischen Regimen vereinbar.

Gleiches gilt für den Keynesianismus. Man könnte behaupten, daß eine quantitativ relevante keynesianische Wirtschaftspolitik eher mit totalitären Regimen betrieben werden kann als mit parlamentarisch-demokratischen. Die wirtschaftspolitischen Praktiken des Nationalsozialismus bezüglich seiner Beschäftigungs- und Wachstumspolitik sind als keynesianische Wirtschaftspolitik in diesem Sinne interpretierbar (Erbe 1958). Keynes selbst scheint diese Auffassung nicht von der Hand zu weisen, wie sich aus dem Vorwort zur deutschsprachigen Ausgabe der »General Theory« herauslesen läßt (Keynes 1966, IX). Allerdings ist auch eindeutig, daß sich keynesianische Wirtschaftspolitiken sehr wohl mit parlamentarisch-demokratischen politischen Systemen vertragen. Hier ließen sich zahlreiche Beispiele anführen. Nicht zuletzt war auch die Globalsteuerung in der BRD und sind wesentliche Teile der österreichischen Wirtschaftspolitik keynesianisch inspiriert.⁸

Die kurzen Ausführungen zum Laissez-faire-Modell wie zur keynesianischen Wirtschaftspolitik scheinen die These zu bestätigen, daß beide wirtschaftspolitischen Konzeptionen *regimeneutral*, also mit verschiedenen Formen politischer Herrschaft im Kapitalismus vereinbar sind und es damit einer bewußten Entscheidung der jeweiligen politischen Entscheidungsträger bedarf, welcher wirtschaftspolitischen Grundkonzeption sie sich anschließen wollen. Das Entscheidungskalkül bei Regimeneutralität würde von politischen Vorstellungen und ökonomischen Effizienzkriterien bestimmt werden.

Die vorläufige Kennzeichnung der beiden wirtschaftspolitischen Positionen als *regimeneutral* beruht auf Selbsteinschätzungen der Vertreter der Konzepte bzw. auf Plausibilitätshinweisen bezüglich ihrer Anwendung in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Herrschaftsformen. Die Leistungen dieser Konzeptionen für die Erhaltung des politischen Systems der parlamentarischen Demokratie sind damit aber noch nicht untersucht worden. Wir wenden uns jetzt dieser Frage zu. Der zentrale Gesichtspunkt dabei ist der des *ökonomisch vermittelten Basiskonsenses bezüglich des Gesamtsystems*. Dies zielt auf das Problem, wie die in einer kapitalistischen Gesellschaft mit parlamentarischer Demokratie vorhandenen unterschiedlichen Interessenslagen und Konfliktpotentiale ausgesteuert werden können, ohne den Bestand des Gesamtsystems zu gefährden, und welche Rolle die Wirtschaftspolitik dabei spielt.

3. *Ökonomisch vermittelter Basiskonsens*

In kapitalismuskritischen Untersuchungen über keynesianische Politik wird häufig von dem Widerspruch von Kapitalismus und liberaler Demokratie ausgegangen (Altwater 1983, 14). Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik ist es dann, Stabilisierungspraktiken zu entwickeln, die die Bestandserhaltung des gesellschaftlichen Gesamtkomplexes sichern, d.h. auch zu verhindern, daß Ungleichgewichte in Teilkomplexen auf andere übergreifen und so das Gesamtsystem gefährden. Vor dem Hintergrund klassentheoretischer Analysen bedeutet dies, daß die Wirtschaftspolitik die Überlebensfähigkeit der durch die Kapitalverwertung bestimmten politischen und ökonomischen Struktur des Systems nur durch einen ständigen Kompromiß zwischen den Klassen sichern kann (Altwater 1983, 16). Die Versöhnung des Widerspruchs zwischen im engen Sinne ökonomischen und demokratisch-politischem Teilsystem erfolgt auf der Grundlage einer Aussteuerung der Konflikte bzw. einer Verhinderung ihres Ausbrechens mit Hilfe eines ökonomischen, sprich wirtschaftspolitischen — und nicht allgemeinpolitischen — Instrumentariums. Der Konsens über das gesellschaftliche Gesamtsystem mit kapitalistischer Produktionsweise und parlamentarischer Demokratie bei gegebener Widersprüchlichkeit dieser Teilkomplexe wird letztlich ökonomisch und nicht politisch vermittelt.

Den ökonomisch vermittelten Konsens über die Grundlagen der gesellschaftlichen Struktur und ihrer Teilstrukturen schlechthin als typisch keynesianisches Politikmodell oder Keynesianismus zu bezeichnen, ist ungenau.⁹ Mit dem Begriff des Keynesianismus ist ja untrennbar verbunden der bewußte staatliche Eingriff in den Wirtschaftsprozeß, d.h. Keynesianismus ist im Unterschied zum Liberalismus und Neoliberalismus im wesentlichen immer auch

Ablaufpolitik und legt sein Schwergewicht nicht auf Ordnungspolitik, wie dies beim Neoliberalismus der Fall ist. Ein ökonomisch vermittelter Basiskonsens ist keineswegs notwendigerweise keynesianisch. Die Geschichte der Bundesrepublik gibt ein anschauliches Beispiel hierfür.

Von der Gründung der BRD bis Anfang der 60er Jahre wurde der gesellschaftliche Konsens über die kapitalistische Produktionsweise in der parlamentarischen Demokratie in Form der »sozialen Marktwirtschaft« neoliberalistisch-privatwirtschaftlich (im Gegensatz zu, wenn man so will, keynesianisch-staatswirtschaftlich) vermittelt. Dies war möglich wegen der hohen realen Wachstumsraten, abnehmender Arbeitslosigkeit und geringer Inflation. Außerdem war der konservativ-regierte neoliberale Staat in vergleichbarem Maße sozialstaatlich wie der spätere »keynesianische Staat« der Globalsteuerungsära. Die Zeit nach der Währungsreform mit ihren durchschnittlich hohen Wachstumsraten war notwendige Voraussetzung für die Verankerung eines Konsenses über die Grundstruktur des politischen und ökonomischen Systems in der Bevölkerung. Angesichts der Sozialismus- und Gemeinwirtschaftsdiskussion nach dem Kriege und der Sozialisierungsforderungen in der Programmatik aller Parteien in dieser Zeit wäre es für die privatwirtschaftlich-kapitalistische Struktur des ökonomischen Systems prekär geworden, wenn unter marktwirtschaftlich-neoliberalen Vorzeichen gleich zu Beginn der BRD einschneidende Krisen aufgetreten wären. Der Basiskonsens über die ökonomische Struktur wäre vermutlich parlamentarisch-demokratisch längerfristig nicht herstellbar gewesen. Erst in der »Wirtschaftswunderzeit« wuchs dieser Konsens, und neoliberale Positionen, die mit Selbststeuerungsdoktrinen einhergehen, erhielten nach ihrem Versagen in der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre ihre Glaubwürdigkeit zurück. Der Erfolg dieser wirtschaftspolitischen Konzeption in den 50er Jahren erklärt erst die Halbherzigkeit des in der BRD später real durchgesetzten Keynesianismus in seiner Ausprägung als Globalsteuerung (»Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig«). Das Versagen dieser Form des Keynesianismus in den 70er Jahren begründet (teilweise) den Erfolg bei der Wiederbelebung der Selbstheilungsdoktrin in der Bundesrepublik. Diese Position tritt aktuell in der BRD sowohl in ihrem theoretischen Anspruch wie in ihren wirtschaftspolitischen Ausformungen in weit schärferer Form auf als in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, wo die soziale Komponente der »sozialen Marktwirtschaft« nicht nur verbal sehr viel stärker betont wurde, sondern wegen der hohen realen Wachstumsraten auch einfacher realisierbar war. Die Phase des in der BRD in expliziter Form betriebenen Keynesianismus umfaßt allerhöchstens acht bis zehn Jahre, von 1967 bis zur Mitte der 70er Jahre, also weniger als ein Drittel der Zeit der Existenz der BRD. Die Übergangszeit von der neoliberalen Wirtschaftspolitik bis zum Stabilitätsgesetz auf keynesianischer Grundlage, d.h. die Zeit von Anfang bis Mitte der 60er Jahre, als die zunehmenden Inflationsraten die ersten Vorboten dafür waren, daß die gleichzeitige Erreichung der Zielsetzungen des magischen Vierecks nicht lange dauern würde, läßt sich ebenfalls nicht als keynesianisch vermittelter Grundkonsens kennzeichnen. In dieser Zeit wurde eher der Versuch gemacht, den Basiskonsens über die Propagierung der Systemrationalitäten

durch die »neutrale« Instanz Wissenschaft herzustellen bzw. ein entsprechendes Instrumentarium für die absehbare Brüchigkeit des liberal-ökonomisch vermittelten Grundkonsenses bereitzustellen. In diese Zeit fällt deshalb auch nicht zufällig die Gründung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Durch diese Ausführungen sollte verdeutlicht werden, daß die generelle Kennzeichnung der Gesamtepoche der BRD als ökonomisch vermittelter Basiskonsens mit keynesianischem Vorzeichen eine Verkürzung darstellt, die aufgrund des Versagens des BRD-Keynesianismus — der Austro-Keynesianismus ist wegen seiner größeren Konsequenz und anderer Voraussetzungen erfolgreicher¹⁰ — in der neuen Weltwirtschaftskrise verhindert, daß diese Konzeption wieder stärker und in konsequenterer Weise zu einer sinnvollen und durchsetzbaren wirtschaftspolitischen Alternative wird. Die obige Kennzeichnung ist analytisch dann kaum verwertbar, wenn mit ihr lediglich ausgedrückt werden soll, daß der ökonomisch vermittelte Basiskonsens bisher nur eine Chance im Wachstumsstaat hatte. Diese Aussage ist bei gegebener ökonomischer Struktur banal, da Wachstum das Ziel aller bisherigen, auch der neoliberalen, Wirtschaftspolitik in der BRD war.

Die Feststellung eines Widerspruchs zwischen Kapitalismus und liberaler Demokratie und seiner Bewegungform in Gestalt wirtschaftspolitischer Konzeptionen gibt nicht automatisch einen Hinweis darauf, ob die eine oder andere wirtschaftspolitische Konzeption in der konkreten Krise Demokratisierungs- oder Entdemokratisierungspotentiale freisetzt. Die Kennzeichnung der Wirtschaftspolitik der neueren Krisenzeiträume in der BRD als rein keynesianische Versuche zur Herstellung des Basiskonsenses durch Wachstum kann aber, gewollt oder ungewollt, einen *antikeynesianischen Bias* erzeugen und konnte sich von der kapitalismuskritischen Seite her damit objektiv mit der monetaristischen Gegenrevolution verbünden, die die prinzipielle Unfähigkeit des Staates zur Regulierung ebenso behauptet wie kapitalismuskritische Positionen.¹¹ Dabei werden trade-off Beziehungen zwischen staatlich-ökonomischen Regulierungsrückzügen und negativen Veränderungen im liberal-demokratischen System außer acht gelassen. Wenn behauptet wird, daß der Staat grundsätzlich nicht in der Lage sei, krisenregulierend tätig zu werden, kann dies zur Ablehnung keynesianischer Politik führen. Dies ist jedoch nicht zwingend. Bei einer Einbeziehung von Wirkungen praktizierter Selbstheilungsdoktrinen auf das liberal-demokratisch politische System, d.h. der politischen Opportunitätskosten eines Verzichts auf keynesianische Regulierungen, kann die Entscheidung sehr wohl für diese wirtschaftspolitische Variante ausfallen, und zwar — je nach politischem Standort — im Sinne einer *Position des second-best*. Dies impliziert die These, daß die Konsequenz nicht-keynesianischer Wirtschaftspolitik unter Krisenbedingungen mit längerfristigem Charakter einen zunehmend autoritären und repressiven Staat im Gefolge hat, der für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung weit unerträglicher ist als der keynesianische Staat, der die Option einer reformerischen Umgestaltung bei konsequenten quantitativen und *qualitativen* Keynesianismus (staatliche Prozeßpolitik unter Berücksichtigung der Gebrauchswertaspekte der Produktion und betrieblicher sowie überbetrieblicher Demokratisierung) offenläßt.

III. Wirtschaftspolitische Konzeptionen und Demokratie

1. Selbstheilungsdoktrinen und Entdemokratisierung

Das Gesamtsystem ist nach liberalistischer Auffassung harmonisch konstruiert, d.h. marktwirtschaftlich-kapitalistisches System und liberale Demokratie entsprechen sich. Danach können Systemstörungen im wirtschaftlichen Bereich, die das Gesamtsystem gefährden, nur durch »marktfremde« Gruppeninteressen, Einflüsse aus dem politischen Subsystem herbeigeführt werden. Die »mit Macht« vertretenen Gruppeninteressen kämpfen gegeneinander. Die »sozialen Gruppen« erkennen nicht, daß sie alle »in einem Boot sitzen« und durch die Auseinandersetzungen nur alle verlieren können. Im Namen des »Allgemeinwohls«, dessen Vertretung ja nach liberalistischer Vorstellung dem Staat obliegt, ist der Staat verpflichtet, die die Gesamtwohlfahrt gefährdenden Streitigkeiten zu schlichten oder sonstwie zu unterbinden.

Für das Gesamtsystem und seine Gefährdungen gelten aus liberalistischer Sicht gleiche Erklärungsmuster wie für das ökonomische Teilsystem. Als Lösungsmodell und Lösungspraxis wird nicht — gewissermaßen in liberalistischer Konsequenz — ein Mehr an Demokratie empfohlen, sondern der nicht ökonomisch starke Staat bzw. die Änderung bisheriger demokratischer Entscheidungsregeln. Konsens- und Loyalitätskrisen, produziert durch Krisen im ökonomischen Teilkomplex, sollen daran gehindert werden, auf das Gesamtsystem durchzuschlagen, indem sowohl die Ursachen ökonomischer Krisen wie ihre Lösungen im politischen Bereich gesucht werden. Das Paradoxon besteht darin, daß das politische Teilsystem die nach liberalistischer Ansicht von ihm ausgehenden Hemmnisse für den Selbstheilungsprozeß im ökonomischen Teilsystem beseitigen soll, Hemmnisse, die ja ihre Ursachen in den Entscheidungsregeln bzw. ihren »Entartungen« angeblich im politischen Bereich selbst haben. Dem läßt sich deshalb nur dadurch beikommen, daß die Entscheidungsstrukturen und -regeln im politischen Teilkomplex der Gesellschaft geändert werden. Die Forderung danach wird dann verstärkt auftreten, wenn praktisch angewendete Selbstheilungsdoktrinen nicht erfolgreich sind, weil sie die destabilisierenden Systemstrukturen des privatwirtschaftlichen Bereichs eben nicht außer Kraft setzen, sondern verstärken und somit weiterhin Massenarbeitslosigkeit und eine große Zahl von Konkursen produziert werden. Die durch die Propagierung der Selbstheilungsdoktrin geweckten Hoffnungen können dann in einen weiteren Verfall der Massenloyalität umschlagen (Holtz 1982, 601f.). Dies kann in stärkerem Maße Veränderungspotentiale freisetzen. Lassen sie sich dadurch einfangen, daß glaubwürdig weiterhin Selbstheilungsdoktrinen vertreten werden, weil die in der Vergangenheit durchgeführten Maßnahmen noch nicht ausgereicht haben (Senkung des Staatskonsums, Sozialabbau, Einflußnahme auf die Tarifautonomie), dann kann es zu weiteren staatlich vermittelten Pauperisierungs- und Entdemokratisierungsprozessen kommen. Ein so *politisch vermittelter Basiskonsens* (auf der Grundlage von Selbstheilungsdoktrinen, Aufbau von Feindbildern, Entprivilegierungsängsten, sonstigen populistischen Ideologemen) kann in einen autoritären Staat münden bzw. in einer Anpassung der Strukturen der politischen Entscheidungsfindung an solche,

wie sie im ökonomischen Bereich vorherrschen. Wirtschaftspolitische Konzeptionen auf liberalistischer Grundlage, in Krisenzeiten praktiziert, enthalten also Veränderungspotentiale für das politische System in der Weise, daß sie eine Anpassung des politischen Bereichs an den ökonomischen implizieren und damit auch an die allgemeinen Entscheidungsmuster im kapitalistischen Betrieb.

Die Forderung, die politischen Spielregeln zu ändern, wird, das läßt sich prognostizieren, in Zukunft vermehrt von den wissenschaftlichen Protagonisten liberalistischer Selbststeuerungsmodelle kommen, wie dies schon in der Weimarer Republik der Fall war (Krohn 1981, 167ff.). Insofern könnte die Diskussion über den Zusammenhang von marktwirtschaftlichem System und politischer Ordnung im Lager der wissenschaftlichen Vertreter von Selbstheilungsdoktrinen ein Indikator für unsere These der Korrespondenz zwischen Selbstheilungsmodell und Entdemokratisierung unter Krisenbedingungen sein. Dies soll an einigen Beispielen gezeigt werden.

Einer der bekanntesten Vertreter im deutschsprachigen liberalistischen Lager, H. Giersch, hat den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik in 16 Thesen beleuchtet. Überschriften sind sie mit dem programmatischen Titel »Die gefesselte Marktwirtschaft« (Giersch 1983, 13). Im Mittelpunkt steht die übliche Krisenableitung der Monetaristen, daß nämlich die Ursache der Krise in den sozialstaatlichen Interventionen liege und daß nicht umgekehrt die Wirtschaftskrise die Ursache der Krise des Sozialstaates sei. Da das Soziale das Unternehmerische beenge, die Selbstheilungskräfte wegen der »Schlepplast des Sozialstaates« nicht zur Geltung kommen könnten, sei es notwendig, diese Fesseln »in einem befreienden Akt« zu lösen. Der Sozialstaat sei so »zu redressieren, daß er volkswirtschaftlich nur soviel kostet, wie er als Produktionsfaktor wert ist«. Dies könne in der »parlamentarischen Demokratie europäischer Prägung auf Anhieb kaum gelingen«, »zu anfällig für den kurzfristigen Ruf nach dem Sozialen sind die Politiker im harten Parteienwettbewerb in der repräsentativen Demokratie«. Zwei Therapieschritte seien deshalb notwendig: zum einen ein geistiger und moralischer Wandel (»geistige Revolution«), die die alten Tugenden von Selbstvertrauen und Selbstbehauptung im Gegensatz zur »Versorgungsmentalität« wiederbelebe. »Kann eine Gesellschaft, die im staatlichen Volksheim moralisch erkrankt ist, sich selber helfen?« »Den geistigen Wandel herbeizuführen, ist Aufgabe der Intellektuellen.« Der zweite Schritt bestehe darin, die politischen »Spielregeln« zu ändern. Denn die Aufgabe der Sanierung der Wirtschaft, die »nicht weniger Zeit verlangt als die Inkubation, also die Zeit, in der die Entwicklung unbemerkt in die falsche Richtung lief«, sei um so schwieriger, als »die Öffentlichkeit auf schnelle Erfolge erpicht ist und in ihrer Ungeduld angeheizt wird durch Opponenten, die an die Macht drängen. Da möchte man die politischen Spielregeln geändert sehen, damit die Politik nicht so kurzatmig sein muß, aber dazu gehört ein sehr breiter Konsens quer durch die zerrissene Parteienlandschaft, der nur zustande kommen kann, wenn die Wähler einen grundlegenden Wandel wirklich wollen.« Abgesehen von der elitentheoretischen Position bezüglich der Initiatoren einer »geistigen Revolution«, sind solche Ausführungen nicht geeignet (und wohl auch nicht dazu gemacht), das Vertrauen in das repräsentativ-demokrati-

sche System und seine Fähigkeit, mit einer wirtschaftlichen Krisensituation fertigzuwerden, zu stärken. Zwar wird nicht explizit der autoritäre Staat gefordert, aber eine Änderung der Spielregeln, die die regulierende Funktion einer starken Opposition im politischen Bereich, wie sie von liberalen Demokratietheoretikern betont wird, ausschließt. Zumindest für die Zeit der Krise ist sie nach dieser Ansicht dysfunktional für den Sanierungsprozeß. Der Wirtschafts- und Sozialdarwinismus in diesen Ausführungen ist als Sanierungsstrategie unverkennbar und offenbar nur durch eine Änderung der politischen Spielregeln zu garantieren. In einer Diskussion über die Zukunft der Marktwirtschaft wird festgestellt, daß sich die Krise der öffentlichen Finanzen und der Sozialversicherung nicht mehr verheimlichen lasse. Deshalb müsse man »zunächst mit einer Reform des Staates selber anfangen«. Da das bisherige Gesetzgebungsverfahren Folge- und Effizienzkosten in der Regel nicht berücksichtigte, wäre es da nicht sinnvoll, so wird gefragt, eine zusätzliche staatliche Instanz zu installieren, die am Gesetzgebungsprozeß nicht beteiligt ist?¹² Dieser Vorschlag ist ebenfalls ein Mißtrauensvotum für die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems in Krisenzeiten. Hier soll ja immerhin eine staatliche, »neutrale« Instanz außerhalb des Gesetzgebers geschaffen werden, die, wie ein oberster Verfassungsgerichtshof, die Umverteilungskosten an der Logik des wirtschaftlichen Systems überprüft, d.h. dem Willen und der Entscheidung der Volksvertretung übergeordnet ist, damit »eine bessere Gesetzgebung« möglich wird. Was »besser« ist, kann dann nur noch am Maßstab des ökonomischen Systems und seiner Sachgesetzlichkeit definiert werden und wäre einer echten parlamentarischen Entscheidung entzogen. Eine »Diktatur der Sachzwänge« wäre die Folge, exekutiert durch das Parlament, dessen Entscheidungsspielräume zumindest unter Krisenbedingungen soweit eingeschränkt werden würden, daß es auch durch eine Rechenmaschine ersetzt werden könnte. So gesehen, wäre die parlamentarische Demokratie dann eine Art »Luxuseinrichtung«, die aus Legitimationsgründen beibehalten würde, die aber grundsätzlich einer »Wegrationalisierung« zugänglich wäre.

Bezüglich der Sanierungsfähigkeiten der liberalen Demokratie werden also bereits jetzt von Anhängern des Selbstheilungsmodells erhebliche Zweifel angemeldet. Sie setzen nicht bei einer Reform des ökonomischen Systems an, sondern es wird eine politische Reform hinsichtlich einer schnelleren, effizienteren und für das ökonomische System systemrationaleren Entscheidungsfindung gefordert, wie sie im betrieblichen Bereich besteht. Von gleicher Seite wird auch die Tarifautonomie angegriffen, ein Angriff, der immer auf die eine Seite zielt, nämlich auf die, die in der Öffentlichkeit als Fordernde auftritt, die Arbeitnehmerorganisationen (Vaubel 1982, 116f.). Ein Vertreter des BDI fordert in der oben zitierten Veröffentlichung, daß der Artikel 9 des Grundgesetzes geändert werden solle, und zwar in der Weise, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände *gemeinwohlverpflichtet* werden sollen. Dieser Artikel 9, als Anti-Arbeitsfront-Artikel in die Verfassung aufgenommen, hat nach Meinung des BDI-Vertreters seine Berechtigung verloren, da sich das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Gewerkschaften verschoben habe bzw. seit ca. 1968 nicht mehr vorhanden sei. Hier habe »eine Grundre-

form anzusetzen ..., denn alle anderen Palliativmittel werden uns nicht helfen, wenn diese starken pluralen Kräfte in unserem Staat nicht an das Gemeinwohl gebunden werden« (Fundamentalkorrektur 1978, 55).

Ohne hier einzelne Äußerungen überstrapazieren zu müssen, läßt sich doch feststellen, daß es im Lager der Vertreter von Selbstheilungsdoktrinen Überlegungen zur Änderung bisheriger demokratischer Entscheidungsregeln gibt, da offenbar nach diesen Auffassungen die bisherige Form der Entscheidung wegen der »zerrissenen Parteienlandschaft« die Ökonomie nicht »in Ordnung« bringen kann. Wissenschaftliche Anhänger des Selbstheilungsmodells erfüllen hier Vordenkerfunktionen und setzen die Tradition der liberalen Nationalökonomie aus der Zeit der Endphase der Weimarer Republik fort (Krohn 1981, 168ff.). Hier wurde unter dem Vorzeichen der geistigen Erneuerung der autoritäre Staat gepredigt. Der Begriff der »geistigen Erneuerung« oder »geistigen Revolution« ist in diesem Zusammenhang eine verbale Figur, die nicht geschaffen und geeignet ist, die Erneuerung des demokratischen Denkens und Handelns voranzutreiben. Vielmehr handelt es sich um einen eingängigen Slogan, der das »geistig Alte und Morsche« wegzudrücken in der Lage ist, um Platz zu schaffen für ein in Vorbereitung befindliches, wenn nicht schon vorhandenes, Neues. Dieses soll nicht an einem pluralistischen Verständnis der Demokratie ausgerichtet sein, sondern am Gemeinwohl, das als die gegensätzlichen Interessen überwindendes Prinzip angesehen wird und das, wenn es sich nicht von allein herstellt, durch einen mit geeigneten Instrumenten ausgestatteten Staat herzustellen ist.

2. *Keynesianismus und liberal-demokratisches System*

Zehn Jahre vor Erscheinen der »General Theory«, also 1926, hat Keynes eine Abhandlung mit dem Titel »The End of Laissez-faire« veröffentlicht. Anders als in der »General Theory« finden sich hier explizit Bezüge auf den Zusammenhang von kapitalistischem Wirtschaftssystem und Demokratie. Zunächst analysiert Keynes die Unhaltbarkeit des Laissez-faire-Modells, das zwar als sozialdarwinistisches System den höchsten Reichtum weniger ermögliche, aber nur unter massiver Verletzung sozialer Gerechtigkeitsvorstellungen (Keynes 1926, 28ff.). Nach Ansicht von Keynes läßt sich dieses Dilemma im Rahmen einer liberalen Demokratie nur durch die Einführung von gesamtgesellschaftlichen Entscheidungs- und Kontrolleinheiten für das Wirtschaftssystem erreichen. »Die wichtigste Arbeit für Ökonomen besteht vielleicht zur Zeit darin, die wesentlichen Ziele und Schwerpunkte der Regierungsarbeit neu zu bestimmen und von dem abzugrenzen, was nicht dazu gehört; die Begleitaufgabe der Politik besteht darin, für eine Demokratie Regierungsformen zu entwerfen, die geeignet sind, die Hauptaufgaben zu bewältigen.« (Ebd., 40) Keynes Ansicht ist, daß es sich bei diesen gesellschaftlichen Entscheidungs- und Kontrollorganen von ihrer Größe her um Organisationen handeln sollte, die zwischen den bisherigen einzelwirtschaftlichen Einheiten und gesamtstaatlichen Gebilden liegen. Er denkt dabei an semi-autonome Institutionen, die aber letztlich der Entscheidung des demokratisch gewählten Parlaments unterworfen sind (ebd., 41).

Eine Aufgabe dieser Institutionen besteht darin, eine Art gesellschaftlicher Planung, Durchführung und Kontrolle der Investitionen einzuführen, vor allem hinsichtlich der öffentlichen, aber auch der großen privatwirtschaftlichen Investitionsvorhaben. Keynes bezeichnet dies als »Semi-Sozialismus« (ebd., 45). Weiterhin kommt ihnen die Aufgabe zu, die für eine Marktwirtschaft konstitutiven Elemente wie Risiko und Ungewißheit zu vermindern, in deren Gefolge auch Arbeitslosigkeit auftritt. Ihre Beseitigung ist ebenfalls eine öffentliche Aufgabe, die durch die Sammlung und Offenlegung (nötigenfalls durch Gesetz zu erzwingen) aller geschäftlichen Informationen erreichbar ist. Erst diese Informationen ermöglichen ja eine gesellschaftliche Entscheidung (»Diese Maßnahmen würden es ermöglichen, gesamtgesellschaftliche Vernunft durch geeignete Lenkungsorgane wirksam werden zu lassen« [ebd., 48]). Sowohl die Informationen über die Investitions- und Sparströme wie ihre Lenkung sollte nach Auffassung von Keynes nicht allein in den Händen privater Entscheider und Profitmaximierer liegen, sondern sollte nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten in die produktivsten Kanäle geleitet werden (ebd., 49). Unter der Voraussetzung eines demokratisch-politischen Systems sieht Keynes also nur in der Verlagerung der privatwirtschaftlichen Entscheidungen in die gesamtwirtschaftliche Sphäre eine Möglichkeit, das Versagen des Laissez-faire-Systems ohne eine totale Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise aufzuheben. Die »Semi-Sozialisierung« markiert also einen Punkt auf der trade-off-Linie zwischen liberaler Demokratie und kapitalistischer Produktion. Das Gesamtsystem ist also nach Keynes nicht auf Kosten sozialstaatlicher Errungenschaften und liberal-demokratischer Entscheidungsregeln zu sanieren, sondern durch die Einschränkung privater Dispositionsfreiheiten im wirtschaftlichen Bereich zugunsten einer stärker gesellschaftlichen Entscheidung in Analogie zum politischen System.

Vor dem Hintergrund des Legitimationsproblems bekommt diese Position ihre demokratischere Logik als die der Selbstheilungsdoktrin. Wenn die parlamentarische Demokratie bei kapitalistischer Produktionsweise ihre Legitimation u. a. auf die Teilhabe der Bürger am Willensbildungsprozeß gründet, so ist die *Möglichkeit der Teilhabe* für den wirtschaftlichen Bereich beim Selbststeuerungsmodell von vornherein nicht gegeben. Dort, wo es, prinzipiell gesprochen, keine Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Eingriffe gibt, wo das wirtschaftliche System sich selbst regelt, entsteht kein singuläres Legitimationsproblem, wenigstens nicht, solange der liberalistisch vermittelte Basiskonsens hält. Treten Krisen auf und werden die Krisenursachen den ständigen wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffen des Staates bzw. den nicht konkurrenzkonformen Teilnehmern auf dem Arbeitsmarkt angelastet, so haben sich diese zu rechtfertigen, nicht aber die »Naturgesetzlichkeit des Marktes«. Genau umgekehrt ist es beim Keynesianismus. Bei keynesianischer staatlicher Wirtschaftspolitik gibt es für alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen jeweils ein Legitimationsproblem. Sobald etwas zum Gegenstand nichtautomatisierter Entscheidungen wird, muß der Entscheider in einem demokratischen System bei vorhandenen Alternativen begründen, warum er so und nicht anders entschieden hat. Die Legitimationsproblematik läßt sich allerdings vermindern, indem

die Anzahl und Komplexität der in Betracht kommenden Entscheidungsalternativen reduziert oder der Entscheidungsprozeß von Einwilligung und Konsensbildung abhängig gemacht wird (Offe 1972a, 50f.). Wird die Entscheidungsalternative im ersten Fall in den Augen der Öffentlichkeit auf Null reduziert und läßt sich hierfür die Systemrationalität (Sachzwang) und/oder der Sachverstand unabhängiger Sachverständiger mobilisieren, so entfällt die Legitimationsnotwendigkeit. Im zweiten Fall eröffnen sich aber *Möglichkeiten* für demokratische Entscheidungs- und Kontrollprozesse.

Bei sich wiederholendem einseitigem Sozialabbau im Vollzug von Selbstheilungsdoktrinen, begründet mit Sachzwangargumenten und begleitet von zunehmender Massenarbeitslosigkeit, nagt am Selbstheilungsmodell der Zahn der Zeit. Die Forderung nach mehr Mitwirkung bei wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen kann bei länger anhaltenden Krisenerscheinungen lauter werden und hat in demokratischen politischen Systemen Durchsetzungschancen. Hieraus können, wie gezeigt wurde, aus der Sicht der Anhänger von Selbstheilungsdoktrinen Dysfunktionalitäten des politischen Systems entstehen, die zu Entdemokratisierungsprozessen führen. Diesen Tendenzen nun einfach den »demokratiestiftenden bzw. -verstärkenden« Keynesianismus gegenüberzustellen, wäre allerdings etwas gewagt. Bisher ist lediglich abgeleitet worden, daß der Keynesianismus *Optionen* einer demokratischen Entwicklung auch unter Krisenbedingungen enthält, die in den Selbstheilungsdoktrinen nicht ausmachbar sind. Auch für den Keynesianismus gilt die generelle Interdependenzregel für Systemzusammenhänge, daß die Bekämpfung eines Krisenherdes regelmäßig die Gefahr hervorruft, daß andere Krisenherde aktualisiert werden (Offe 1972b, 157). Es lassen sich Entdemokratisierungspotentiale auch bei keynesianischer Wirtschaftspolitik orten.

Ein nur quantitatives Deficit-spending zum Füllen großer Nachfragerücken in der Rezession kann die Instabilität des privatwirtschaftlichen Sektors mittelfristig perpetuieren oder sogar verstärken. Wird etwa durch eine entsprechende Subventionspolitik die Produktionsstruktur festgeschrieben und damit, auch vor dem Hintergrund von Weltmarktentwicklungen, eine Sanierung und Anpassung in kleinen Schritten verhindert, so kann die Strukturkrise letztlich ein solches Ausmaß annehmen, daß nur noch durch eine gigantische Umverteilung öffentlicher Mittel, d.h. zu Lasten anderer öffentlicher Aufgaben, eine Sanierung möglich ist. Erfolgt dies nicht, so werden bisher zentrale Bereiche in eine tiefe Krise mit hoher Arbeitslosigkeit gezogen, die die Massenloyalität untergräbt. Werden die notwendigen Mittel aus anderen Budgets, etwa den Sozialfonds, bereitgestellt, so führt das in diesen Bereichen zu dem gleichen Effekt. Erfolgt die Finanzierung der staatlichen Defizite durch Kreditaufnahme, so wird, abgesehen von Geld- und Kapitalmarktbewegungen, ein staatlicher Umverteilungsprozeß finanzieller Vermögen in Gang gesetzt, der ebenfalls soziale Sprengkraft enthält, falls die Tilgung und Verzinsung der aufgenommenen Kredite nicht durch entsprechende selektive Besteuerung der vermögenden Bevölkerungsteile, sondern die Finanzierung durch weitere Staatsverschuldung bewerkstelligt wird. Ein nur als Globalsteuerung angesetzter rein quantitativer Ad-hoc-Keynesianismus kann in diesem Sinne die Looyalitätsressourcen über

die Zeit hin ebenfalls abnutzen. Dies kann dazu führen, daß das politische System, das die entsprechenden Entscheidungen hervorgebracht hat, hierfür verantwortlich gemacht wird. So kann der Ruf nach dem »starken Staat« bzw. dem »starken Mann« ertönen, der den hochverwickelten gordischen Knoten »machtvoll« durchtrennt. Vorstehend Gesagtes spricht nicht gegen den Keynesianismus schlechthin, sondern gegen die übliche Ausprägung als rein quantitative und globale, nicht aber qualitative, regionale und sektorale Wirtschaftspolitik, welche die Betroffenen in die entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse einbezieht, wie Keynes dies selbst vorgeschlagen hat. Ein so konzipierter Keynesianismus birgt die Chance, daß die Krisensanierungen nicht allein zu Lasten der Arbeitnehmer und derjenigen geschieht, die auf die sozialstaatlichen Errungenschaften angewiesen sind. Ist diese Ausprägung des Keynesianismus erfolgreich, so können auf dieser Grundlage die in der Krise massenhaft abgebauten Demokratisierungsläger in der Bevölkerung wieder aufgefüllt werden.

3. *Unternehmersystem, Vollbeschäftigung und autoritärer Staat — die Position von Kalecki*

Michał Kalecki hat neben Keynes und teilweise vor ihm den Zusammenhang von effektiver Nachfrage, Konjunktur- und Wachstumsproblemen in den Mittelpunkt seiner Arbeiten gestellt. Durch explizite Einbeziehung von Verteilungs- und Konzentrationsaspekten geht er in vieler Beziehung über Keynes hinaus. Da er — ebenso wie Keynes selbst — Verfechter einer konsequenten Vollbeschäftigungspolitik durch aktive Staatseingriffe in den Wirtschaftsablauf war, ist es berechtigt, Kalecki neben Keynes als einen der Väter des »Keynesianismus« zu bezeichnen. Ohne im einzelnen auf Kaleckis Werk und dessen Bedeutung für die Wirtschaftswissenschaften eingehen zu können, soll hier kurz sein Gedankengang über den Zusammenhang von ökonomischem und politischem System vorgestellt werden.

In seinem Aufsatz »Politische Aspekte der Vollbeschäftigung« (Kalecki 1974, 176ff.) fragt sich Kalecki, wieso es kommt, daß in den liberaldemokratischen Staaten während der großen Depression bei den Großunternehmen eine ausgesprochene Abneigung gegen Experimente zur Steigerung der Beschäftigung durch Staatsausgaben bestand, mit der Ausnahme des nationalsozialistischen Deutschland. Das sei erstaunlich, weil eine höhere Produktion und Beschäftigtenzahl nicht nur den Arbeitnehmern nützt, sondern auch die Gewinne der Unternehmer steigen läßt. Kalecki nennt drei Gründe für diese Abneigung: a) eine grundsätzliche Ablehnung staatlicher Interventionen in den Wirtschaftsablauf durch die Unternehmer; b) ihre Abneigung gegen eine Lenkung der Staatsausgaben im Sinne einer Subventionierung des Konsums bzw. gegen öffentliche Investitionen; c) eine Ablehnung solcher einer Wirtschaftspolitik wegen der sozialen und politischen Folgen der Vollbeschäftigung.

Den ersten Punkt erklärt er damit, daß in einem Wirtschaftssystem, in dem die Regierung gelernt hat, die Beschäftigungsrate hoch zu halten, die Rücksichtnahme auf das sogenannte »Vertrauen der Wirtschaft« nachlassen wird. Für ein Laissez-faire-System gilt ja, daß bei nachlassendem Vertrauen die pri-

vaten Investitionen sinken, damit auch die Produktion und die Beschäftigung sinkt. Dies gibt den Unternehmern die Möglichkeit einer indirekten Kontrolle über den Staat. Alles, was das Vertrauen der Wirtschaft erschüttern könnte, muß damit vermieden werden (ebd., 179). Haushaltsdefizite, die eine Vollbeschäftigungspolitik ermöglichen, werden damit abgelehnt, da sie zu »ungesunden« Staatsfinanzen führen, ein emotionaler Appell, der zur Unterstützung der Unternehmerposition führen und eine rationale Argumentation verhindern soll. Die Subventionierung des Massenkonsums wird von den Unternehmern aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, da sie gegen den moralischen Grundsatz »Im Schweiß Deines Angesichts sollst Du Dein Brot verdienen« verstoße, ein Argument, das heute als »Verfall des Leistungsgedankens« wieder auftaucht. Öffentliche Investitionen sind in den Augen der Unternehmer nur solange tragbar, wie es sich um Investitionen handelt, die nicht mit privaten Investitionen konkurrieren. Der Unternehmer geht aber davon aus, daß der Staat bei Verfolgung des Vollbeschäftigungszieles immer stärker in solche Bereiche eindringen könnte, in denen er in Konkurrenz zur Privatwirtschaft tritt (ebd., 180). Der dritte Grund ist der wesentlichste. Bei staatlicher Vollbeschäftigungsgarantie verliert eine Entlassung ihren Schrecken und damit ihre disziplinierende Wirkung, die soziale Stellung des Unternehmers würde unterhöhlt und der Kampf der Arbeitnehmer um bessere Arbeitsbedingungen und Lohnsteigerungen hätte sehr viel günstigere Ausgangsbedingungen (ebd.).

Die drei Gründe der Unternehmer gegen eine Garantie der Vollbeschäftigung beziehen sich auf den Bereich des politischen Einflusses wie auf die »Disziplin in den Fabriken« in einem demokratischen System, in dem die Unternehmer zahlenmäßig immer in der Minderzahl sind. »Vertrauen der Wirtschaft« wie »gesunde Staatsfinanzen« in einem Steuerstaat als Hebel zur Garantie einer Berücksichtigung der Unternehmerinteressen im politischen System sowie Disziplinierungsnotwendigkeiten setzen die Arbeitslosigkeit voraus. Selbst wenn die Profite bei Vollbeschäftigung kurzfristig größer sind als bei Unterbeschäftigung, muß die Arbeitslosigkeit integraler Bestandteil des Gesamtsystems sein, damit das Profitsystem langfristig überleben kann. Der kurzfristige Verzicht auf zusätzliche Gewinne bei Vollbeschäftigung ist also langfristig durchaus profitorientiert.

Diese Überlegungen sind für Kalecki der Ausgangspunkt für seine Erklärung, daß es im nationalsozialistischen Deutschland keine Vorbehalte gegen eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik und auch nicht gegen umfangreiche Staatsverschuldungen gibt. Das nationalsozialistische System hat die Bedenken der Unternehmer gegen die Vollbeschäftigung beseitigt. »Die Abneigung gegen staatliche Ausgabenpolitik wird im Faschismus durch die Tatsache überwunden, daß der Staatsapparat sich unter der direkten Kontrolle einer Geschäftsverbindung aus Großfinanz und faschistischen Emporkömmlingen befindet. Der Mythos der 'gesunden Finanzen', der dazu diente, den Staat davon abzuhalten, einer Vertrauenskrise durch Ausgaben entgegenzuwirken, wird beseitigt. In einer Demokratie weiß man nicht, wie die nächste Regierung sein wird. Im Faschismus gibt es keine nächste Regierung.« (Ebd., 181) Die Disziplin in den Unternehmungen wird durch die gewaltsame Unterdrückung der Gewerk-

schaften und durch den sonstigen Terrorapparat aufrechterhalten. Im faschistischen Staat wie in anderen Formen des autoritären Staates wird der wirtschaftliche Druck durch den politischen Druck ersetzt. Die Knute der Arbeitslosigkeit verliert dann ihre Notwendigkeit.

Nachdem Kalecki diesen »Hang zur Arbeitslosigkeit« im Unternehmersystem bei demokratischem politischem System festgestellt hat, wendet er sich den Zukunftsaussichten solch eines Gesamtsystems zu. Da nach seiner Meinung die Wirkung von Staatsmaßnahmen zur Erhöhung der privaten Investitionen wie Zinssenkungen und Einkommenssteuersenkungen hinsichtlich ihrer Beschäftigungswirkungen unsicher sind, vor allen Dingen auch unter langfristigen Aspekten, bleibt für dieses System nach Kalecki nur der Weg öffentlicher Ausgaben. Dabei lehnt er es ab, unsinnige öffentliche Investitionen (im Sinne des Keyneschen »Pyramidenbeispiels«) vorzuschlagen. Staatliche Ausgabenprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung sollten sich auf solche Gebrauchswerte beziehen, die gesellschaftlich sinnvoll sind. Kalecki ist klar, daß »Vollbeschäftigungskapitalismus« überhaupt nur eine Chance hat, wenn neue soziale und politische Investitionsfelder entwickelt werden, und daß dies wiederum voraussetzt, daß fundamentale Reformen notwendig sind, damit sich der Kapitalismus an Vollbeschäftigung »gewöhnt« (ebd., 184).

Anmerkungen

- 1 Zum Unterschied zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus aus aktueller Sicht vgl. Liedman 1982.
- 2 Vgl. etwa Schumpeter 1950.
- 3 Siehe hierzu die Einleitung zum neuen Jahrbuch »Ökonomie und Gesellschaft I«, Frankfurt/New York 1983, VIII.
- 4 Schlagwortartig geht es prinzipiell, je nach Position, um ein »anderes Wirtschaftssystem« oder ein »anderes politisches System«.
- 5 Zur Definition siehe Shell 1981.
- 6 Neben der schon zitierten Arbeit von Schumpeter ist als grundlegendes Werk Downs 1957 zu nennen.
- 7 Vgl. z.B. Frickhöffer 1968. Dabei sollte beachtet werden, daß es einen erheblichen Unterschied macht, ob die Herstellung dieses Zusammenhangs von den klassischen Liberalen oder den Neoliberalen stammt. Beide hatten bzw. haben nicht denselben Gegner. »Der klassische Liberalismus war anti-staatlich, der Neoliberalismus kritisiert den 'öffentlichen Sektor' außer einer Funktion, seiner repressiven, gewaltsförmigen Macht.« Liedman 1982, 502. Vgl. hierzu auch Saage 1969, 174, insbesondere Fn. 2.
- 8 Vgl. hierzu »Wirtschaftspolitische Blätter«, 29.Jg. (1982), Heft 3, 10ff.
- 9 Das liegt nicht zuletzt an der recht undifferenzierten Gleichsetzung von Keynesianismus, sozialstaatlichen Errungenschaften und Sozialdemokratie, wie sie etwa von Buci-Glucksmann vorgenommen wird. Vgl. Buci-Glucksmann 1982, 16f. In einigen Untersuchungen zum Themenbereich »Keynesianismus — Sozialdemokratie — Staat« steckt, als These von der »Keynesianisierung der Gesellschaft«, nichts anderes als ein massiver, leider sehr akademischer Reformismusvorwurf (manchmal hinsichtlich der Sozialdemokratie agententheoretisch formuliert) mit der alten These von der ökonomischen Bestechung der Lohnabhängigen (die Bestechlichkeit voraussetzt!). Vgl. hierzu Blanke 1978, insbesondere 383f.
- 10 »Wirtschaftspolitische Blätter«, a.a.O.
- 11 Vgl. Altwater 1973, 193; anders aber Kühne 1977, 63ff. sowie ders. 1981, 184 und 200. Dieser Eindruck eines »argumentativen Bündnisses« kann um so nachhaltiger entstehen wie von der kapitalismuskritischen Seite keine konkreten wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen mit nachvollziehbaren zeitlichen Horizonten angeboten werden.

- 12 Siehe den Sammelband »Fundamentalkorrektur statt Symptomtherapie«. Von der Zukunft der Marktwirtschaft, Stuttgart 1978, 51f.

Literaturverzeichnis

- Altwater, E., 1973: Zu einigen Problemen des »Krisenmanagements« in der kapitalistischen Gesellschaft, in: M. Jänicke (Hrsg.): Herrschaft und Krise, Opladen
- Ders., K. Hübner, M. Stanger, 1983: Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa, Opladen
- Blanke, B., 1978: Sozialdemokratie und Gesellschaftskrise. Hypothesen zu einer sozialwissenschaftlichen Reformismustheorie, in: W. Luthardt: Sozialdemokratie und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Bd.2, Frankfurt/M.
- Buci-Glucksmann, Ch., 1982: Sozialdemokratie und Keynesianischer Staat, in: *Prokla* 47
- Downs, A., 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York
- Erbe, R., 1958: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich
- Frickhöffer, W., 1968: Offene und stabile Demokratie durch konsequente Marktwirtschaft, Ludwigsburg
- Fundamentalkorrektur, 1978: = Fundamentalkorrektur statt Symptomtherapie. Von der Zukunft der Marktwirtschaft, Stuttgart
- Giersch, H., 1983: Die gefesselte Marktwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.2., Nr.42, 13
- Glombowski, J., 1982: Marx und Keynes: Krisentheorie und »alternative Wirtschaftspolitik«, in: *Alternative Wirtschaftspolitik* 4, Argument-Sonderband AS 89, Berlin/West
- Hertwig, H., 1983: Zehn Jahre Diktatur in Chile. Die Resultate eines monetaristischen Modellversuchs, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 28.Jg., Heft 8
- Holtz, B., 1982: Konservative Wirtschaftspolitik aus neokeynesscher Sicht, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 8.Jg., Heft 3
- Kalecki, M., 1974: *Political Aspects of Full Employment*, in: *Political Quarterly*, Vol.14 (1943), zitiert nach der dt. Übersetzung in: B.S. Frey, W. Meißner (Hrsg.): *Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie*, Frankfurt/M.
- Keynes, J.M., 1926: *The End of Laissez-faire*, London
- Ders., 1966: *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, 3.Aufl., Berlin/West
- Krohn, C.-D., 1981: *Wirtschaftstheorien als politische Interessen*, Frankfurt/New York
- Kühne, K., 1977: Das vierfache Begräbnis des John Maynard Keynes. Von der Beschäftigungstherapie zur Staatsanteils politik, in: K.G. Zinn (Hrsg.): *Strategien gegen die Arbeitslosigkeit*, Frankfurt/M.-Köln
- Ders., 1981: Die Wende der Siebziger Jahre, in: W. Meißner (Hrsg.): *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt/M.
- Liedman, S.-E., 1982: Neoliberalismus und Neokonservatismus, in: *Das Argument* 134, 24.Jg. Offe, C., 1972a: Tauschverhältnis und politische Steuerung. Zur Aktualität des Legitimationsproblems, in: ders.: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt/M.
- Ders., 1972b: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: G. Kress, D. Senghaas (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, Frankfurt/M.
- Rothschild, K.W., 1983: Vollbeschäftigung — eine Ausnahmesituation? In: *Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«* v. 6.8.1983
- Saage, R., 1969: Zum Begriff der Parteien und des Parlaments bei Carl Schmitt und Gerhard Leibholz, in: *Das Argument* 50 (Sonderband), 10.Jg.
- Schumpeter, J.A., 1950: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2. Aufl., München
- Shell, K.L., 1981: *Liberal-demokratische Systeme. Eine politisch-soziologische Analyse*, Stuttgart
- Vaubel, R., 1982: Eine marktwirtschaftliche Lösung des Beschäftigungsproblems, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 31.Jg., Heft 2

Michael Ernst-Pörksen

Keynesianismus und die »linke Position«

Sechs Thesen zu Harald Mattfeldts Beitrag

1. Die gegenwärtige Ausrichtung der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften ist das Ergebnis eines bis in die 60er Jahre zurückreichenden rollback der im kurzen Keynesianischen Zeitalter längst überwunden geglaubten Neoklassik. Unter den weltweit gehandelten Titeln »Monetarismus« und »Angebots-theorie« kam die Lehre von der prinzipiellen Stabilität der freien Märkte wieder soweit zum Tragen, daß die bis Mitte der 70er Jahre respektabel vertretenen Keynesianer inzwischen weitgehend an Einfluß verloren haben. Mattfeldt kennzeichnet die Einsamkeit des keynesianischen Ökonomen daher zutreffend, wenn er sie als keynesianische Inseln beschreibt.

2. So schwierig es ist, die komplexen Ursachen wissenschaftlicher Paradigmenwechsel auf eine einfache Formel zu bringen, so offensichtlich ist im Falle des Keynesianismus, daß er im wesentlichen ein Opfer seiner eigenen im engeren Sinne ökonomisch-theoretischen Mängel geworden ist. Zu sehr wurde der Marktprozeß als handhabbares Kreis(lauf)spiel betrachtet, in das entsprechend jeweiliger politischer Optionen eingegriffen werden kann. Am deutlichsten hat dies Abba P. Lerner in der von ihm formulierten »Functional Finance« (»Funktionale Finanzpolitik«) demonstriert. Danach ist es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so zu manipulieren, daß es weder zu Inflation noch zu Arbeitslosigkeit kommt: »Die funktionale Finanzpolitik führt, sofern man sie nicht überfordert, die Wirtschaft beharrlich zu dem Gleichgewicht, bei welchem der Haushalt ausgeglichen ist.«¹ Genau diese Illusion von der über die bloße Globalsteuerung gegebenen politischen Machbarkeit der Ökonomie innerhalb des kapitalistischen Marktsystems beherrschte auch die westdeutschen Keynesianer, die mit der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik unter Karl Schiller zu staatstragenden Ökonomen wurden. Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, sah es 1968 so: »Dieses Rezept (der Functional Finance, E.-P.) ist — wie die Überwindung der Rezession im Jahre 1967 gezeigt hat — so gut wie unfehlbar, wenn die kreditfinanzierten Staatsausgaben rechtzeitig erfolgen, richtig dosiert werden und somit hinreichende Produktions-, Umsatz- und Ertragsverbesserungen in der privaten Wirtschaft auslösen.«² Und wenn Schlecht unter Lambsdorff solche Sätze heute sicher nicht wieder formulieren würde, so entsprechen sie doch noch immer keynesianischer Lehrbuchtradition. Ganz im Unterschied dazu ist Keynes skeptisch gewesen, was die Steuerungsmöglichkeiten des kapitalistischen Marktgeschehens angeht — hier eher mit den Monetaristen im Bunde. Der Hauptgrund für diese Skepsis — die bei Keynes hervorgekehrte Rolle des Geldes — wurde von den Keynesianern weitgehend vernachlässigt, mit der Folge, daß sie den Monetaristen wenig bis nichts entgegenzusetzen hatten.

3. Man muß diese Zusammenhänge kennen, um die Vorstellungen Mattfeldts einschätzen zu können. Wenn Mattfeldt nämlich meint, »kritische Öko-

nomen« sollten sich nicht alleine über Konsistenz und Wahrheitsgehalt von Theorien auseinandersetzen, sondern »auch über die impliziten und expliziten undemokratischen und 'unsozialen' Gehalte und Tendenzen auf der Basis ökonomischer Theorie erarbeiteter wirtschaftspolitischer Konzepte aufklären«, so ist damit zwar ein wichtiges Element wissenschaftlicher Arbeit benannt. Hier auf muß die Mehrzahl der von Mattfeldt angesprochenen »kritischen Ökonomen« aber gerade nicht hingewiesen werden. Vielmehr muß die Unzulänglichkeit einer bloß auf sozial- und gesellschaftspolitische Implikationen orientierende Kritik verdeutlicht werden — und dies gerade im Verein der kritischen Ökonomen! Es reicht eben nicht aus, nachzuweisen, daß Friedman/Gilder/Giersch und Vaubel reaktionäre Wissenschaft betreiben und reaktionäre Politik favorisieren. Man muß deren theoretische Position als ihrem Gegenstand unangemessen kritisieren und vor allem: man muß ihr eine überlegene Theorie entgegensetzen. Der Keynesianismus ist keine solche Theorie, und deshalb ist er auch als Plattform für eine gegen die neoklassische Formierung der ökonomischen Wissenschaft gerichteten Strategie ungeeignet. Denn so wenig es ausreicht, die Reaktionäre reaktionär zu nennen, so wenig lassen sich die Mängel eines theoretischen Ansatzes durch »soziale Orientierung« wettmachen. Mattfeldts Kritik zielt nicht zufällig in Richtung »Arbeitskreis Politische Ökonomie« um Winfried Vogt (vgl. Mattfeldts Fn.3). Dabei ist ihm darin zuzustimmen, daß einzelne der sich dort versammelnden Wissenschaftler die Abkehr von einer perspektivischen Kapitalismuskritik kultivieren und mit der Parole des Antidogmatismus und der Nichtorthodoxie³ nur ihren Rückzug von der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung kaschieren. Mattfeldt läßt aber außer acht, daß sich in diesem Rückzug zumindest teilweise die Enttäuschung über jene Phase westdeutscher Kapitalismuskritik widerspiegelt, in der theoretische Ansätze vor allem nach ihren sozialen Implikationen sortiert wurden. Bei Mattfeldt klingt dieses Raster der Theorieeinordnung noch an, wenn er schreibt, die bei Altvater formulierte Keynesianismuskritik könne sich »objektiv mit der monetaristischen Gegenrevolution verbünden«. Derlei Verlängerungen theoretischer Positionen in das, was sie angeblich »objektiv« bedeuten, die berühmte Redeweise vom »gefährlichen Argument« — wie sehr belasten sie die wissenschaftliche Arbeit und die Auseinandersetzung zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher Positionen, und wie sehr stehen sie erst recht dem im Wege, was Mattfeldt als »'bündnisorientiertes' wirtschaftswissenschaftliches Erkenntnisprogramm« formuliert!

4. Wirtschaftspolitisches Handeln ist — wie jedes bewußte Handeln — verknüpft mit den Vorstellungen des handelnden Subjekts über die spezifische Beschaffenheit des jeweiligen Handlungsraumes und -gegenstands und über mögliche Handlungsalternativen. Insoweit ist wirtschaftspolitisches Handeln auch verknüpft mit wirtschaftstheoretischen Vorstellungen der jeweils Handelnden. Form und Struktur dieser Verknüpfung sind dabei variabel und von Subjekt zu Subjekt und Handlung zu Handlung als unterschiedlich zu denken. Daher soll hier keine bestimmte Verknüpfung von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik angenommen werden. Ausgeschlossen werden kann aber meines Erachtens die bei Mattfeldt implizit und teilweise auch explizit ausge-

führte Vorstellung vom Zusammenhang zwischen den theoretischen Positionen der Fachökonomien, den Vorstellungen der Regierenden über »die Wirtschaft« und der faktisch zum Tragen kommenden Wirtschaftspolitik einer Regierung. Dieser Zusammenhang liest sich bei Mattfeldt teilweise so, als sei Politik nichts weiter als praktisch gewordene Theorie. So zum Beispiel, wenn er meint, unterschiedliche Konzeptionen in der Wirtschaftspolitik seien nur über die unterschiedlichen »Erklärungsmuster für die Krisen in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systemen« verständlich zu machen. Diese Auffassung unterstellt erstens, daß die Maßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik zumindest weitgehend Ergebnis wissenschaftlicher Erörterung sind. In den Ministerien herrscht demnach der Sachverstand, möglicherweise ein falscher, aber ein Sachverstand. Würde dieser Sachverstand fehlen, oder wären die wirtschaftspolitischen Anweisungen des gewählten oder irgendwie vorhandenen Theorierasters nicht klar ausgearbeitet, erst dann würde, Mattfeldt zufolge, das Entscheidungskalkül der wirtschaftspolitischen Instanz »von politischen Vorstellungen und ökonomischen Effizienzkriterien bestimmt werden«. Zweitens impliziert Mattfeldts Position zum Verhältnis von ökonomischer Theorie und staatlicher Wirtschaftspolitik die Vorstellung vom Staat als Leerstelle. Daß nämlich eine bestimmte Wirtschaftspolitik gemacht wird — so läßt sich Mattfeldts Ansatz interpretieren —, liegt an dem theoretischen Ansatz, den die Wirtschaftswissenschaftler den Politikern zur Grundlage gemacht haben. Läge eine andere Theorie vor, wäre eine andere Politik möglich.

Meiner Ansicht nach läßt sich gerade gegenwärtig und im Rückblick auf die zweite Hälfte der 70er Jahre etwas anderes feststellen: Mitte des letzten Jahrzehnts war klar, daß die großen Unternehmen in erheblichem Ausmaß Rationalisierungsmaßnahmen ergreifen werden, um der veränderten Weltmarktkonkurrenz nach wie vor gewachsen zu sein. Zu diesem Zeitpunkt war ebenfalls klar — dies belegen die damals im Regierungsauftrag erstellten Prognosen —, daß Rationalisierungsmaßnahmen und demografische Entwicklung die Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren in Millionenhöhe schrauben würden, weil die zu erwartenden Wachstumsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion nicht groß genug sein würden, um die Beschäftigungszahl trotz Produktivitätsfortschritt in ausreichendem Maße wachsen zu lassen. Die enorme Mehrbelastung des Staatshaushalts durch das Absacken der Beschäftigung war somit absehbar. Die wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung zielte in dieser Situation auf das politische Abfedern und Flankieren des für erforderlich gehaltenen Modernisierungsprozesses. Konkret erfordert dies, einen Weg zu finden, der die politische Ruhigstellung der hiervon am stärksten betroffenen Lohnabhängigen verbindet mit der Begrenzung der für diese Ruhigstellung erforderlichen Staatsausgaben. Dieser Weg war der des gebremsten Sozialabbaus und der Hinnahme wachsender Arbeitslosigkeit. Diesen Weg ging die sozialliberale Koalition unter Schmidt ebenso wie die gegenwärtige Koalition unter Kohl, deren Politik sich von der sozialliberalen ja vor allem dadurch unterscheidet, daß sie den damals gesponnenen Faden unter veränderter politischer Konstellation und — was den Sozialabbau angeht — eher ungebremst bzw. — was die wachsende Arbeitslosigkeit angeht — eher ungerührt weiterspinnnt.

Daß die sozialdemokratische Regierungsfraktion — besonders deutlich der damalige Finanzminister Matthöfer — gegen Ende der 70er Jahre, als die Rede von der »Mißbrauchskorrektur des Sozialstaats« nicht mehr greifen konnte, auch vom Keynesianismus nichts mehr wissen wollte und öffentlich der expansiven Haushaltspolitik abschwor, kann nicht verwundern. Was hätten sie denn anders tun sollen? Keinesfalls kann dieser Umschwung in der öffentlichen Redeweise zur Ursache des politischen Schwenks gemacht werden. Vielmehr muß das Gerede von der Nichtfinanzierbarkeit und der Unangemessenheit staatlicher Ausgabenprogramme als für den bereits vollzogenen Politikwechsel erforderliche Begründung angesehen werden. Nicht viel anderes gilt für die jetzige Bundesregierung. Oder sollen wir annehmen, daß Norbert Blüm, wenn er vor den Fernsehkameras der Deutschen Pressekonferenz behauptet, die Schwarzarbeit sei das Grundübel der gegenwärtigen Misere, diesen Unsinn auch nur annähernd selbst glaubt?

Nein: eine gegen die Interessen der Lohnabhängigen gerichtete Wirtschaftspolitik ist nicht das Ergebnis einer entsprechend ausgerichteten Wirtschaftstheorie, die sich der Köpfe der Politiker bemächtigt hat. Aber der Wirtschaftspolitiker, der die Staatsverschuldung in der Krise abbauen will, kann nicht gleichzeitig den Keynesianismus predigen. Er muß — unabhängig von Partei, Religion und persönlicher Neigung — die Staatsverschuldung dämonisieren und Rettung durch nachhaltigen Sozialabbau versprechen. Weiterhin muß es zu denken geben, daß die antikeynesianische Politik nicht allein von CDU und FDP, sondern zunächst einmal unter sozialdemokratischer Regierungsführung durchgeführt wurde, und dies nicht nur in der BRD, sondern nahezu überall da, wo sozialdemokratische Regierungen einmal mit einem keynesianischen Programm angetreten waren. Offensichtlich ist »der Staat« nicht die Leerstelle, die je nach Regierungspartei und -programm politisch besetzt werden kann. Offensichtlich sind die Rollen — zumindest was den Rahmen angeht — bereits verteilt, bevor es ans Regieren geht. Die SPD hat so gesehen eine einwandfreie Vorstellung gegeben, indem sie als Regierungspartei die Politik des Sozialabbaus eingeführt und dessen Notwendigkeit in die Arbeiterbewegung hinein verdolmetscht hat. Und sie spielt ihre Rolle als Opposition gut, wenn es ihr gelingt, das außerparlamentarische Kritikpotential zu binden.

Diesen Zusammenhängen — hier bewußt verkürzt, ihrer Widersprüche entledigt und auf den Aspekt zugespitzt, daß der Staat keine beliebig besetzbare »Leerstelle« ist — kann die Vorstellung, Wirtschaftspolitik sei praktisch gewordene Wirtschaftstheorie, nicht gerecht werden. Die Wirtschaftstheorie wird dadurch nicht politisch entlastet. Sie erweist sich als brauchbar oder unbrauchbar für die herrschenden Politikstrategien und kann daher Hilfsdienste leisten oder nicht. Kritische Wirtschaftswissenschaftler sollten nicht so tun, als sei es heute ihre Aufgabe, die Regierenden von der Richtigkeit oder Falschheit von Theorien zu überzeugen. Vielmehr geht es darum, durch den öffentlich gemachten Nachweis möglicher Alternativen in der Wirtschaftspolitik der Politik des angeblichen Sachzwangs die Massenloyalität zu entziehen.

5. Es ist Mode, nicht zu wissen, was Keynesianismus ist. Gerät man in die Debatte über die Grenzen keynesianischer Theorie und Politik, so wird man

schnell mit der Frage konfrontiert, von welchem Keynesianismus denn die Rede sei, so als gäbe es ihn nicht, den Keynesianismus, wie wir ihn in x Lehrbüchern und in ebensovielen politischen Programmatiken vorfinden. Mattfeldt weiß glücklicherweise wohl, wovon die Rede ist, wenn er von Keynesianismus spricht. Allerdings nur in der ersten Runde. Wo es um die Perspektiven einer kritischen Wirtschaftswissenschaft geht, taucht plötzlich eine ganze Reihe von Keynesianismen auf, denen jeweils unterschiedliche Attribute zugeordnet werden: »quantitativer«, »qualitativer«, »linker« Keynesianismus. Sicherlich bieten alle theoretischen Raster unterschiedliche konkrete Spielarten. Dennoch sind diese Raster nicht beliebig dehnbar. So ist für den Keynesianismus typisch, die Steuerung des ökonomischen Prozesses vor allem als monetäre und globale Steuerung zu vollziehen. Die Umdeutung des Keynesianismus-Begriffs in eine »qualitative, regionale und sektorale Wirtschaftspolitik, welche die Betroffenen in die entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse einbezieht«, halte ich für unangebracht, weil sie den Begriff des Keynesianismus so sehr erweitern, daß er als abgrenzende Kategorie nicht mehr zu verwenden ist. Bei Mattfeldt ist diese Entleerung allerdings schon angelegt an der Stelle, wo er überhaupt nur zwei wirtschaftspolitische Positionen kennt, den »Keynesianismus auf der einen« und »Laisser-faire oder Selbstheilungsdoktrin auf der anderen Seite«. Keynesianismus ist dabei nichts weniger als die »Sammelbezeichnung für eine Position (...), die eine konsequente Antikrisen- und Beschäftigungspolitik durch staatliche Prozeßsteuerung fordert«. Jede Strategie also, die sich auch des Staatshaushalts bedient, um Arbeitslosigkeit abzubauen ist demnach keynesianisch, unabhängig davon, ob sie bloß Geld verteilt oder ob sie eine ökologisierte, selbstverwaltete Wirtschaft ansteuert. Möglicherweise wäre dies dann eben ein »sozialistischer Keynesianismus«. Ich sehe in dieser Dehnung des Keynesianismusbegriffs keinen Vorteil, sondern vor allem das Problem, daß wirtschaftspolitische Strategien alleine nach dem Kriterium des Staatseingriffs sortiert werden, wobei die Kritik des Staatseingriffs allein auf der Seite der — ebenfalls unscharf benannten — »Selbstheilungsdoktrin« angesiedelt wird. Für die Linke bleibt dann nur eine Wahl: Keynesianer werden, oder wenigstens Sympathisant!

6. Eine Ablehnung keynesianischer Politik hält Mattfeldt noch nicht einmal dann für zwingend, wenn das prinzipielle Funktionieren staatlicher Steuerung in Zweifel gezogen wird. Auch dies liegt am bereits dargestellten Zwei-Theorien-Schema. Gegenüber dem bloßen Laufenlassen der »Selbstheilungsdoktrin« nämlich erscheint selbst ein Keynesianismus mit Mängeln als kleineres Übel oder — wie es bei Mattfeldt heißt — als »Position des second-best«. Der Einsatz des staatlichen Budgets zur Krisenbekämpfung ist Bestandteil aller linken Strategien in der Wirtschaftspolitik. Dies deshalb, weil die expansive Haushaltspolitik — auch unabhängig von ihren positiven Beschäftigungswirkungen und im Gegensatz zu einer restriktiven Haushaltspolitik — jene Reformpotentiale erhält oder erweitert, auf die Mattfeldt zu Recht hinweist. Der Keynesianismus aber macht den Einsatz des Budgets zum *Zentrum* der wirtschaftspolitischen Strategie, und dies ist — worauf Mattfeldt ebenfalls hinweist — für eine Alternative unangemessen, die nicht allein quantitativ orien-

tiert sein will. So finden linke Positionen heute im Keynesianismus auf der instrumentellen Ebene durchaus Anknüpfungspunkte, aber nicht materiell, weil der Keynesianismus eben vor allem »Prozeßsteuerung« ist, also monetäre Globalsteuerung und Einkommenspolitik, den Eingriff in die Produktionsstruktur aber vermeidet. Weil dies aber wiederum der Kern einer heute tragfähigen linken Alternative in der Wirtschaftspolitik ist, weil das Aufbrechen der gegenwärtigen Produktions-, Arbeits- und Konsumformen und -inhalte zentrales Anliegen einer wirtschaftspolitischen Alternative ist, steht »die linke Position« dem Keynesianismus nur vordergründig näher als der Neoklassik. Erst recht fragwürdig wird Mattfeldts These vom »second-best«, wenn die Mängel des Keynesianismus als monetäre Steuerungspolitik in Betracht gezogen werden. Wenn nämlich der Keynesianismus auch als quantitativ orientierte Strategie nicht tragfähig ist — und auch hierfür bringt Mattfeldt wichtige Argumente —, dann ist der Keynesianismus auch keine »second-best«-Lösung, sondern gar keine. Dies gilt vor allem dann, wenn nach weiterführenden Lösungen gefragt wird, nach Lösungen, die aus den herrschenden Systemzwängen herausführen. Hier bietet der Keynesianismus keinerlei Ansatzpunkte. Keynesianische Politik ist deshalb auch als Ausgangspunkt für eine wirtschaftspolitische Alternative ungeeignet. Diese muß in die hier vorherrschenden Formen von Arbeiten und Leben nachhaltig eingreifen, muß Arbeits- und Verteilungsstrukturen, Produktions- und Konsumformen umstülpen, wenn sie das Minimalprogramm — die langfristige Lebenssicherung der Gattung Mensch — einlösen will. Die wirtschaftspolitische Alternative darf sich deshalb nicht auf den Keynesianismus als »Bündniskonzept« verpflichten lassen, sondern muß weitergehende Ansätze entwickeln. Dabei gilt es zunächst, die keynesianische Fixierung auf staatliche Politik und die Orientierung auf die allein monetäre und indirekte Steuerung zu überwinden. Diese Aufgabe ist zwar schwieriger als die bei Mattfeldt geforderte argumentative Unterstützung der wenigen politischen »keynesianischen Inseln«. Sie ist aber mit Sicherheit auch die langfristig lohnendere.

Anmerkungen

- 1 Lerner, A.P.: *The Burden of the National Debt* (1948), New York 1964, 265, Übersetzung E.-P.
- 2 Schlecht, O.: Staatsverschuldung — ein Übel?, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 54 vom 4. Mai 1968, 442.
- 3 Vgl. hierzu das Editorial des »Jahrbuch 1« der Reihe »Ökonomie und Gesellschaft«, Frankfurt/New York 1983.

Michael Ernst-Pörksen

Programm ohne Perspektive*

Zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf des SPD-Vorstands

Der Entwurf für ein neues wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, den die Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Bundesvorstand im Dezember letzten Jahres vorgelegt hat, zeigt keine gesellschaftspolitische, ja noch nicht einmal eine wirtschaftspolitische Alternative zum CDU-Staat auf und ist deshalb auch kaum geeignet, jene programmatische Diskussion in Gang zu setzen, die für eine Neuorientierung sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderlich wäre.

Schon der Ausgangspunkt (»Sozialdemokraten gehen in der Bundesrepublik Deutschland von einer marktwirtschaftlichen, aber sozial verpflichteten Wirtschaftsordnung aus.«) ist zu eng bestimmt. Wovon soll die große Debatte handeln, wenn schon zu Beginn festgelegt ist, daß sich an den Grundlagen unseres Wirtschaftens nichts ändern soll? Wenn die Programmdiskussion der 80er Jahre im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik für die SPD mehr sein soll als die Suche nach der besten Form der Haushaltskonsolidierung, dann müssen andere Fragen formuliert werden als die des Programmentwurfs. Vor allem muß ein anderer Ausgangspunkt gewählt werden. Dieser kann nur in den zu lösenden Problemen selbst und in den zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten bestehen, nicht aber in der Festlegung eines ordnungspolitischen Rahmens (»soziale Marktwirtschaft«), dessen Angemessenheit zur Lösung der anstehenden Probleme dann gar nicht mehr zur Debatte gestellt wird. Allerdings muß in Rechnung gestellt werden: Die Kommission selbst hat mit dieser Festlegung offenbar keinerlei Probleme. Weil sie in ihrem Programmentwurf ohnehin an so gut wie keiner Stelle den Rahmen marktwirtschaftlicher Orientierung verläßt, ist für sie der selbst gewählte Ausgangspunkt offensichtlich weit genug. Und so geht es im Programmentwurf weitgehend um Millimeterkorrekturen an der Politik der Vergangenheit, und manches hätte der Regierungserklärung Helmut Kohls vom Mai 1983 entnommen sein können.

Modernisierung und sozialer Konsens

Kern der programmatischen Aussagen ist die Forderung nach einer forcierten Modernisierung der Volkswirtschaft. Diesem Ziel — das sich für die Kommission zwingend aus der Weltmarkt Konkurrenz ergibt — soll die Gesellschaftspolitik der 80er Jahre untergeordnet werden:

- Die Forschungshaushalte sollen »zugunsten neuer Technologien« umgeschichtet und ausgebaut werden.
- Eine Qualifizierungsoffensive (in der Schul- und Weiterbildung) soll zwar kurzfristig auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterstützen. Mittel-

* Arbeit für Alle — die Zukunft gestalten. Sozialdemokratische Antworten auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Gegenwart, hrsg. von der Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik beim SPD-Bundesvorstand (»Ehrenbergpapier«), Bonn 1983.

fristig aber — und dies ist der entscheidende Aspekt im Programmmzusammenhang — »dient sie der Modernisierung und Durchsetzung des Strukturwandels«.

- Ein Ausbau der Mitbestimmung soll Gelegenheit geben, die Beschäftigten selbst an der Durchsetzung neuer Technologien zu beteiligen: »Die Einsicht der Betroffenen in die Notwendigkeit der Umstrukturierung kann nur erreicht werden, wenn ihnen eine mitbestimmende, mitgestaltende, damit aber auch mitverantwortliche Rolle zugestanden wird.« Die Mitbestimmung verkümmert hier ebenso zum Vehikel der Modernisierung wie das Konzept der »Humanisierung der Arbeit«, mit deren Hilfe sich die Auswirkungen der Modernisierung am Arbeitsplatz nach Meinung der Autoren des Programmentwurfs »besser bewältigen« lassen.

Der Programmentwurf zeigt deutlich, daß es der Kommission keineswegs um die politische Steuerung des Modernisierungsprozesses geht. Soziale Kontrolle des technischen Fortschritts ist nicht gefragt: »Die Verantwortung für die Bewältigung dieser Aufgabe muß bei den Unternehmen bleiben.« Worum es der Kommission geht, sind die politischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer der als vorgezeichnet und gegeben angesehene Prozeß der Modernisierung abgefedert oder, wie es die Kommission selbst formuliert: »sozial verträglich« gemacht werden soll. Da ist es natürlich besser, bereits in den Schulen auf bestimmte Arbeitsformen hinzuerziehen; da ist es ebenfalls besser, man lasse die Beschäftigten Belegschaft für Belegschaft — und damit in Konkurrenz zueinander — »mitbestimmen«, weil man sie dann auch »mitverantwortlich« machen kann. Dies alles fördert den im marktorientierten Konzept forcierter Modernisierung so notwendigen »sozialen Konsens«. Und dieser spielt im Kommissions-Papier ebenfalls eine wichtige Rolle, war er doch — so die Autoren — »so viele Jahre die Basis unseres Wohlstands«.

Es ist in der Tat allerhöchste Zeit, den Entsolidarisierungsstrategien der Regierungsparteien und anderer konservativer Kräfte Solidarisierungsstrategien entgegenzusetzen. Droht die bundesrepublikanische Wirklichkeit doch dem britischen und US-amerikanischen Muster zu folgen, nach dem die sozial Schwächeren — hierzulande vor allem die Alten, die Arbeitslosen, die Jugendlichen und nicht zuletzt die Ausländer — immer stärker ausgegrenzt werden, um der organisierten (und für die Parlamentswahlen so entscheidenden) Facharbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft bei insgesamt sinkendem Einkommens- und Lebensniveau einen »mittleren Platz« in der Hierarchie der Lebensstandards einzuräumen und so für politische Ruhe zu sorgen. Die Solidarisierung der abhängig Beschäftigten, seien sie in Ausbildung oder Rente, akut beschäftigt oder arbeitslos, tut also Not und ist eine Aufgabe, der sich gerade die SPD und die ihr nahestehenden Gewerkschaften annehmen müssen. Nur: diese Sorte Solidarisierung hat der Programmentwurf gar nicht im Auge, wenn er von »sozialem Konsensus« spricht. Solidarisierung, sozialer Konsens innerhalb der lohnabhängigen Schichten nämlich ist weniger »die Basis unseres Wohlstands« als vielmehr die Basis für ein gemeinsames Handeln der Bevölkerungsmehrheit, u.U. gegen die Minderheitsinteressen der Vermögensbesitzer. »Sozialer Konsensus« im Sinne des Programmentwurfs aber meint das große

Boot der gemeinsamen Interessen aller. Diese Sorte Konsens ist ebenfalls als ein zentrales Ziel demokratischer Politik anzusehen, aber nicht zum Zwecke der materiellen Wohlstandssteigerung bzw. als notwendige Bedingung einer raschen Modernisierung des gesellschaftlichen Produktionsapparats, sondern als Form des Ausgleichs unterschiedlicher, gleichberechtigter Interessen. Wer unter den gegenwärtigen Bedingungen der Einführung neuer Technologien den sozialen Konsens beschwört, kann nur die Vertuschung der konkreten Auswirkungen dieser Modernisierungsstrategien meinen — oder er kennt diese Auswirkungen nicht. In der Nutzbarmachung des technischen Fortschritts gibt es gegenwärtig keinen sozialen Konsens, der auch die Interessen der Lohnabhängigen berücksichtigt. Vielmehr gibt es eine harte gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, ob der technische Fortschritt vor allem zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Humanisierung der Arbeit genutzt werden soll oder vor allem zur privatwirtschaftlichen Kostensenkung. Mit seiner strikten Option für eine rasche Modernisierung im Interesse einer privatwirtschaftlichen Anpassung an neue Weltmarktbedingungen steht der Programmentwurf — auch wenn er aus beschäftigungspolitischen Erwägungen die Arbeitszeit verkürzt wissen will — implizit eher auf der Seite der Kostensenker als auf der Seite der Arbeitszeitverkürzer.

Dabei ist der Kommission zuzustimmen, wenn sie feststellt, daß die Bundesrepublik als Industriestaat »in den Weltmarkt eingebunden ist«. Daß sich daraus Modernisierungszwänge ableiten lassen, ist ebenfalls unstrittig. Diese Zwänge aber unbesehen absolut zu setzen und zur eisernen Marschlinie der Gesellschaftspolitik zu machen, ist eine übereifrige und im Sinne der wirtschaftspolitischen Alternative perspektivlose Konsequenz. Statt die nationale Industriepolitik zum bloßen Erfüllungsgehilfen »des Weltmarktes« zu machen, wäre es erforderlich, die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik selbst zu problematisieren und die Frage zu behandeln, ob die Exportlastigkeit der westdeutschen Industrie langfristig gewollt wird oder nicht, und — falls die Exportabhängigkeit reduziert werden soll — darüber nachzudenken, wie die Exportquote der Bundesrepublik politisch steuerbar gemacht werden kann.

Statt dessen ergeht sich die Kommission in (sicher gut gemeinten) Hinweisen auf die Notwendigkeit stärkerer internationaler Zusammenarbeit (»für die Weltwirtschaft ein Ordnungsrahmen«). Dabei zeigen die jüngsten Erfahrungen, daß jede Zunahme an internationaler Verknüpfung mit einer Abnahme politischer Steuerbarkeit verbunden ist. Für die großen privaten Konzerne mag dies ein Vorteil sein, für die Lohnabhängigen der jeweiligen Länder mit Sicherheit nicht. Jenen wäre besser gedient, würde nach Wegen Ausschau gehalten, die Produktionsstruktur der Bundesrepublik stärker auf die Binnenwirtschaft zu orientieren.

Arbeitszeitverkürzung und Umweltschutz

Das klare Bekenntnis der Kommission für eine Verkürzung der Arbeitszeit generell und für die 35-Stunden-Woche im besonderen ist ein Lichtblick im Programmentwurf. Zu kritisieren ist allerdings, daß es ein Bekenntnis bleibt. Wo an anderer Stelle nahezu epische Breite herrscht, wird hier nur knapp darauf

verwiesen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit »ein wirksamer und unverzichtbarer Beitrag zu einer Strategie für mehr Beschäftigung« ist. Wie die Mitbestimmung zur Form der Durchsetzung bereits vorgezeichneter Rationalisierungslinien verkürzt wird, wird aus der Arbeitszeitverkürzung in diesen dürren Worten eine bloße Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahme. Eine Politisierung des Phänomens Arbeitszeit bleibt aus, die borniert technokratische Sichtweise der Kommission wird deutlich.

Das Thema Lohnausgleich bleibt dabei nicht zufällig ausgespart. Ein Blick auf die Gesamtargumentation des Programmentwurfs läßt nämlich nur folgenden Schluß zu: Nach Meinung der Kommission ist die Modernisierung unabdingbar, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können. Dies wiederum ist für die Bundesrepublik existentiell erforderlich. Die durch Modernisierung gewonnene Erhöhung der Arbeitsproduktivität kann aber die Konkurrenzposition der westdeutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nur erhöhen, wenn sie nicht allein in Form von Arbeitszeitverkürzung genutzt wird, sondern sich vor allem als Kostensenkung niederschlagen kann. Die auch bei vollem Lohnausgleich gesamtwirtschaftlich mögliche Kostenniveauneutralität der Einführung der 35-Stunden-Woche ist deshalb für die Kommission keine Perspektive. Aus ihrer Sicht müssen Arbeitszeit und Kosten sinken. Dies gelingt unter den vorherrschenden Bedingungen jedoch nur bei einem Reallohnverzicht der Beschäftigten. Ein Hinweis für die Haltung der Programmkommission zum Lohnausgleich läßt sich auch aus deren Ausführungen zum Thema Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst entnehmen. Im Staatsdienst — so die Autoren — könne die Beschäftigtenzahl nur zunehmen, »wenn die Einkommen an die veränderte Situation angepaßt werden«, also sinken. Es sei beispielsweise unhaltbar, daß das Einkommen der Lehrer »weit über dem vieler Facharbeiter« liege, während gleichzeitig so viele Lehrer arbeitslos und Facharbeiter »nach wie vor« knapp seien. Dies gelte auch für die sozialen Dienste. Es braucht schon eine ganze Menge zynischer Distanz zur Lebenslage junger Menschen unter den gegenwärtigen Bedingungen, diesen Gedanken die Bemerkung anzuhängen, daß »erfreulicherweise« »viele junge Lehrer und Sozialarbeiter Verständnis für die hier liegenden Probleme« haben: Viele Lohnabhängige, vor allem die jungen, haben in dieser Zeit für alle möglichen Reduzierungen ihrer Lebensansprüche »Verständnis«, weil sie darauf hoffen, im Beschäftigungssystem überhaupt erst einmal Tritt zu fassen. Wenn aber die Kommission dort, wo sie selbst noch am ehesten Einblick und Einflußmöglichkeiten besitzt — im Bereich des öffentlichen Dienstes nämlich — einen Ausbau der Beschäftigung nur bei sinkenden Einkommen für möglich und dies auch generell für angebracht hält, dann ist kaum zu erwarten, daß sie dies im Falle privater Unternehmen und in Verbindung mit der Verkürzung der Arbeitszeit anders sehen kann.

Noch enttäuschender — und dies vor allem mit Blick auf den Auftrag der Kommission, programmatisch zu formulieren — sind die Auslassungen des Programmentwurfs zum Thema Umweltschutz. Leidenschaftlich erinnern die Autoren an die jetzt drängenden Aufgaben: »Massenarbeitslosigkeit und zunehmende Umweltzerstörung erlauben kein Abwarten«. Was dann aber

kommt, unterscheidet sich nur instrumentell vom Grundkonzept christdemokratischen Nichtstuns in Sachen Ökologie: Ähnlich dem Wasserabgabengesetz sollen Abgaben für die Belastung der Luft mit Schadstoffen und die Verwendung bleihaltigen Benzins erhoben werden. Die Unternehmen sollen also für den Verbrauch der Umwelt zahlen, die auf diesem Wege zur Ware mit staatlich reguliertem Preis wird. Ein mit den Erträgen der Abgaben nach Vorstellung der Kommission zu finanzierendes »Sondervermögen Arbeit und Umwelt« kann sich dann in der Reparatur der rechtmäßig belasteten Umwelt versuchen. Mit anderen Worten: Das Abgabekonzept funktioniert, wenn die Unternehmen die Umwelt massiv belasten, dafür dann Abgaben entrichten und die auf dem Gebiet des Umweltschutzes tätigen — u.U. privaten — Unternehmen mit dem aus den Abgaben erhaltenen Geld die Umweltschäden wieder zu beseitigen versuchen. Im Ergebnis würde sogar das Sozialprodukt wachsen! Ist es dieser Zusammenhang, den die Kommission meint, wenn sie erklärt, es sei »also auch ökonomisch sinnvoll, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit der Bekämpfung der Umweltzerstörung zu verbinden«? Was immer gemeint sei: Die »marktkonformen Abgaben« des Programmentwurfs lassen nur so viel Umweltschutz zu, wie die Unternehmen zuzulassen bereit sind. Dies ist durchaus im Sinne der Autoren des Entwurfs: »Es ist dann eine Sache der Teilnehmer am Wirtschaftsprozeß, auf die so veränderten Nutzungsbedingungen der Umwelt angemessen zu reagieren.« Im Klartext: Die Rentabilitätsbetrachtung entscheidet weiterhin, ob die Umwelt belastet und dafür gezahlt wird oder ob bereits bei der Güterproduktion eine Umweltschädigung vermieden wird. Der ökologischen Krise ist jedoch mit derlei Maßnahmen, die die Qualität unserer Umwelt der unternehmerischen Privatentscheidung überläßt, nicht beizukommen. Die programmatische Ökologiedebatte benötigt stattdessen auch in der SPD dringend weitergreifende Vorschläge, die vor allem den Zusammenhang von Wirtschaftssystem, Arbeits- und Konsumformen und ökologischer Zukunftssicherung thematisieren.

Ein Programm ohne Perspektiven

Insgesamt läßt sich der Programmentwurf als äußerst defensiv bezeichnen. Eigenständige politische Perspektiven werden nicht aufgezeigt. Der Frage, wie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung politisch steuerbar gemacht werden kann, wird nicht nachgegangen. Vielmehr geht es nahezu ausschließlich darum, wie die Politik den ohnehin herrschenden Markttendenzen am besten dienlich zu machen ist. Die wirtschaftspolitische Alternative zur Unterwerfung der Politik unter das Primat der Ökonomie, wie wir sie in der gegenwärtigen Regierungspolitik vorfinden, ist jedoch die Politisierung der Ökonomie, die demokratische Planung und Steuerung des ökonomischen Prozesses. Hierfür Mittel und Wege aufzuzeigen, die über traditionelle Maßnahmen der Verstaatlichung und über traditionelle zentralistische Planungsmodelle hinausgehen, muß zum Gegenstand programmatischer Diskussionen werden, die nach Auswegen aus der gegenwärtigen Krise suchen. Der vorliegende Programmentwurf ist für eine solche Diskussion kein geeigneter Ansatzpunkt.

Aleksandar Grlićkov

Die frühsozialistischen Länder und die Notwendigkeit eines offenen Marxismus

Vorbemerkung des Übersetzers

Der folgende Text ist die gekürzte Fassung der Eröffnungsansprache zum VIII. Internationalen Forum »Sozialismus in der Welt« (in Cavtat/Jugoslawien, siehe den Kongreßbericht in *Argument* 143, 98f.). Die Übersetzung fußt leider nicht auf der serbokroatischen Originalfassung, sondern ihrerseits auf — von Jugoslawen angefertigten — Übersetzungen ins Englische und Französische. Sie sollte daher etwa so gelesen werden, wie man auf einem Kongreß einer Simultanübersetzung lauscht. Man muß die Botschaft heraus-hören (oder -lesen). So ist auch die Übersetzung zustandegekommen. Die englische und die französische Fassung widersprechen einander oft. Jede enthält Stellen, die keinen Sinn ergeben. Beim Übersetzen mußte nach eigenem Gutdünken auf die eine oder andere Fassung zurückgegriffen werden.

Dieses erste Problem kann als Gleichnis dienen für ein zweites: Aleksandar Grlićkov ist nicht nur einer von uns, ein Intellektueller, der seine eigene Auffassung ausdrückt, sondern auch ein Politiker, ranghoher Vertreter einer regierenden Partei, des »Bundes der Kommunisten Jugoslawiens«. Ein Politiker — zumal im föderalistischen Jugoslawien, dessen Bundesländer sorgsam ihre Kompetenzen wahren — kann kaum wie ein Theoretiker sprechen. Die Grundform der Politik ist der Kompromiß, im Idealfall der kleinste gemeinsame Nenner. Formeln, funktionale Undeutlichkeiten, orientierende Harmonisierungen und ähnliches mehr prägen die politische Rhetorik. Wie es nicht anders sein kann, ist auch der folgende Text nicht frei davon. Auch in dieser Hinsicht muß man beim Lesen gleichsam mit-übersetzen.

Ist der folgende Text auch eine Politikerrede, so sticht er aus diesem Genre heraus durch seine ungewöhnliche Offenheit. Probleme werden hier relativ schonungslos benannt, die im kommunistischen Offizialdiskurs zumeist verdeckt bleiben. Hier spricht vor allem jemand, der, als Vertreter seines Staats, weiß, daß im Schatten des Staats die Probleme unlösbar bleiben, solange nicht zusätzliche gesellschaftliche Lösungspotentiale erschlossen werden. Die fürs erste unüberschreitbare historische Beschränktheit (und Widersprüchlichkeit) sozialistischer Staatsmacht wird mit dem Begriff *frühsozialistische Staaten* (bzw. Länder) artikuliert. Und es wird — wie bei den marxistischen Klassikern, aber im Gegensatz zu fast aller bisherigen sozialistischen Staatsmacht — die relative Autonomie wissenschaftlicher Arbeit im Marxismus nicht nur anerkannt, sondern als für das wohlverstandene Interesse auch der sozialistischen Staatsmacht *notwendig* erkannt. Die Rede gipfelt in einen Aufruf an die marxistischen Forscher — gerade auch an die »unabhängigen marxistischen Intellektuellen« des Westens —, ihren Beitrag zur Artikulation der gegenwärtigen Problematik und zur Vorbereitung neuartiger Problemlösungen zu leisten.

Schließlich erlaubt genau diese Anerkennung des Eigenrechts und der Notwendigkeit autonomer wissenschaftlicher Forschung im Marxismus einen Eingriff in die Diskussion um die Frage, ob man noch von *einem* Marxismus sprechen kann und nicht vielmehr von *Marxismen* gesprochen werden muß (vgl. dazu Haug 1983 und die Beiträge zur Kontroverse mit Buhr, schließlich Sève 1984). Grlićkov besteht auf der Notwendigkeit, den Marxismus als Einheit zu fassen. Er legt — sehr im Unterschied zu Einheitsbeschwörungen, die nur die Spaltung bewußtlos vertiefen — die unabdingbare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung eines integralen Marxismus dar: seine *Offenheit*. Das Wort »Offenheit« ist freilich oft genug blamiert worden, indem man es für ein Abdrif-

ten ins Wischiwaschi eines gedankenlosen und kompromißlerischen Eklektizismus gebraucht hat. Es kommt daher darauf an, ihm hier eine klare Bedeutung zu geben, die der notwendigen Wissenschaftlichkeit ebensowenig widerspricht wie den politisch-strategischen Anforderungen. Grlićkov geht entscheidende erste Schritte in Richtung einer Anerkennung des dialektischen Zusammenwirkens relativ autonomer Instanzen im Marxismus, die nicht aufeinander reduzierbar sind. Vor allem auf wissenschaftlich-theoretischer Ebene heißt dies: die überfällige Anerkennung der Tatsache, die ein Entwicklungsgesetz von Wissenschaft ausdrückt, daß ohne unabschließbare argumentative Austragung von Auffassungsunterschieden das Wissenschaftliche des Sozialismus zur Phrase herabsinkt.

Inzwischen ist die französische Fassung (übersetzt von Vera Smiljanić) erschienen: »Marx, marxisme et le monde contemporain«, in: *Sozialism in the World* 40/1984, 5-19 (die Zeitschrift kann über den Argument-Vertrieb bezogen werden).

Erwähnte Literatur

- Buhr, Manfred, 1983: »Ideologischer Sumpf«, in: *Argument* 142, 869-71
Haug, Wolfgang Fritz, 1983: Krise oder Dialektik des Marxismus? In: Aktualisierung Marx' (= AS 100, Argument-Sonderband)
Ridder, Helmut, 1984: Wer darf des Grales Hüter sein? In: *Argument* 143, 5-9
Sève, Lucien, 1984: Für einen entschieden konkreten Marxismus. In: *Argument* 143, 81-84
Wulff, Erich, 1983: Vordenken, Nachdenken, Hinterherdenken. In: *Argument* 142, 871-74

W.F.H.

1. Die drei Revolutionen und das Fehlen ihrer strategischen Verknüpfung

Auf den ersten Blick zeigt die Welt heute ein chaotisches Bild höchst widersprüchlicher und unvorhersehbarer Entwicklungen paradoxer, ja irrationaler Erscheinungen. Abhanden gekommen scheinen oft die Kriterien der Deutung von Ursprung, Tendenz, Gesetzen, schließlich von Gehalt und Sinn bestimmter gesellschaftlicher Entwicklungen. Wie sollen wir konservative und reaktionäre von fortschrittlichen und revolutionären Richtungen unterscheiden? Wie können wir historische Tendenzen und ihre Gesetzmäßigkeiten identifizieren? Wie die Bedingungen und Faktoren gegenwärtiger Entwicklungen feststellen und ihre Resultate vorhersehen?

Es scheint, als wäre die wirtschaftliche, politisch-soziale und ideologische Krise, welche die ganze Welt befallen hat, nicht begreifbar in der Tradition theoretisch-kritischen Denkens, einer dialektischen Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenkämpfe heute. Und dazu scheint es, als könnte eine fortschrittliche Überwindung dieser Krise nicht gefunden werden im Rahmen des Konflikts zwischen dem niedergehenden Kapitalismus und dem Sozialismus/Kommunismus als einer positiven, revolutionären Antwort auf die Widersprüche, die zur Krise geführt haben und unlösbar sind im Rahmen der gegenwärtigen Klassengesellschaften. Angesichts der Unfähigkeit, die Anatomie und Dialektik unserer Epoche zu entschlüsseln, scheint es einer Reihe von Forschern, Theoretikern, Beobachtern, daß der Marxismus insgesamt — und mit ihm der Sozialismus/Kommunismus als historische Bewegung und Lösungsperspektive der epochalen Widersprüche — in Frage gestellt ist. — Im folgenden versuche ich,

einige allgemeine Bedingungen für die Lösung der anstehenden Fragen zu skizzieren.

Drei gleichzeitig verlaufende Umwälzungen, drei Seiten eines einheitlichen revolutionären Prozesses determinieren die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen in der heutigen Welt. Die nationale Befreiung, die sozialistische Revolution und die wissenschaftlich-technische Revolutionierung bedingen die wesentlichen Veränderungen in der Lebensweise der Völker. Historisch sind sie konvergent, aber in konkreten Situationen können sie in Gegensatz zu einander geraten. Technologische Überlegenheit dient oft als Hebel zur Aufrechterhaltung oder Durchsetzung von Herrschaft. Unabhängigkeit und nationale Identität werden zuweilen unterdrückt im Namen der sozialen Revolution. Dennoch kann keiner der drei Prozesse die andern negieren, ohne sich selbst zu gefährden. Nur als Ganzes bedeuten sie eine revolutionäre Umwandlung der Welt. Getrennt operierend, ohne eine dialektische Einheit zu bilden, führen sie zu Krisen und Konflikten ...

Die Vertiefung der Krise des gegenwärtigen Kapitalismus ist eines der Hauptmerkmale der heutigen Entwicklung. Die wissenschaftlich-technische Revolutionierung, die sich den hervorragenden Errungenschaften des menschlichen Geistes und der Vorstellungskraft verdankt, wurde von den entwickelten Ländern angeeignet, die sie zuerst zu nutzen verstanden. Zunächst wurde dadurch die Reproduktionsfähigkeit des Kapitals gestärkt. Es sah aus, als sei der Kapitalismus in der Lage, sein Leben dank der technologischen Umwälzung zu verlängern. Es stellte sich indes heraus, daß die beispiellose Ausdehnung der materiellen Produktivkräfte die alten Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärft und dazu neue aufgerissen hatte. Schnellwachsende Produktion und Konsumtion führten zu umfangreichen sozialen Konflikten. Außer der Arbeiterklasse fanden sich andere gesellschaftliche Gruppen, nämlich Teile der Intelligenz und der Verwaltung, in der Stellung von Lohnarbeitern. Der Kapitalismus ist nach wie vor zur materiellen Reproduktion fähig, aber er vermag immer weniger die Produktionsverhältnisse, auf denen er gründet, zu reproduzieren. Natürlich bedeutet die soziale Krise des Kapitalismus in keiner Weise sein Verschwinden von der politischen Bühne der Welt.

2. Die frühsozialistischen Länder und das Fehlen ihrer marxistischen Analyse

Ein anderes zunehmend aktuelles strategisches Gebiet marxistischer Analyse ist durch die Entstehung und Entwicklung frühsozialistischer Gesellschaften und sozialistischer Revolutionen bestimmt. Um voranzukommen in Richtung auf ein Verständnis der Möglichkeiten eines reiferen Sozialismus, der reicher an menschlichen Werten ist und einen Weg aus der Weltkrise weist, müssen mindestens zwei Bedingungen erfüllt sein: *Erstens* muß alles, was im Laufe der letzten hundert Jahre in Praxis und Ideologie des Frühsozialismus und der den Sozialismus anstrebenden Bewegungen geschehen ist, einer kritischen Analyse unterzogen werden. Das theoretisch-historische Niveau dieser Analyse darf nicht unter dem Niveau der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft durch Marx (und anderer Denker der Arbeiterbewegung) fallen, sondern muß von diesem Niveau aufsteigen zu den komplexeren Problemen, die durch das Auftauchen des

Sozialismus in der Geschichte gestellt sind. *Zweitens* sollten die Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus und die Wege des Kampfes für Sozialismus in der heutigen Welt auf Grundlage der Resultate einer derartigen kritischen Analyse der historischen Erfahrungen erforscht werden. Diese Forschungen müssen entschieden befreit werden von einer zweifachen ideologischen Ablagerung: vom ideologischen Sedimentgestein, das der Kapitalismus hervorgebracht hat und noch immer hervorbringt und das die Möglichkeiten einer alternativen Produktionsweise des Lebens verbaut, *und* von der Ideologie, die aus der etatisierten (verstaatlichten) und jeder anderen beschränkten bisherigen Praxis von Frühsozialismen hervorgegangen ist.

Die Entwicklung frühsozialistischer Gesellschaften — ihre Erfolge und Fehler, ihre Widersprüchlichkeiten und die Aussichten auf deren Lösung — wirken in der einen oder anderen Weise auf die sozialistischen Kräfte der ganzen Welt, ungeachtet ihrer ideologischen Orientierung. Daher das nachdrückliche Interesse an der theoretischen, ideologischen und politischen Analyse der Entwicklung dieser Gesellschaften und an einer Untersuchung ihrer Realität. Auf dieser Ebene wird das kritische Bewußtsein immer entschiedener, leidenschaftlicher — und zwar nicht vor allem bei den Gegnern der Ziele und Ideale des Sozialismus/Kommunismus, sondern sogar noch viel stärker bei den politischen Kräften und Individuen, die diesen Zielen ihr Leben gewidmet und ihre eigenen politischen und moralischen Bestrebungen mit ihnen verknüpft haben.

Die weltweite Krise, die auch alle sozialistischen Gesellschaften einbezogen hat, verschärft deren Widersprüche und trägt zu ihrem Auftauchen an der Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens bei, aber auch zu einer erneuerten Suche nach ihren Gründen und nach Lösungsmöglichkeiten. Alte Positionen sind in Frage gestellt, und mögliche Auswege werden außerhalb der etablierten Routine gesucht. Kritisches Bewußtsein, marxistisches und sozialistisches Denken in der Welt fragt einmal mehr nach der umfassenden historischen Entwicklung, nach ihrem theoretischen, ideologischen, politischen und praktischen Gehalt. In der Tat richtet es sich auf die Entstehung dessen, was wir heute als Sozialismus ansehen, in Bezug auf sozialistische Ziele und Ideale. In strategischer Hinsicht sollte die Forschung sich vergewissern, ob es möglich ist, innerhalb des Rahmens der existierenden politischen und ökonomischen Systeme und ihrer Verbesserung einen Ausweg aus der Krise auf Grundlage neuer theoretischer, ideologischer und politischer Sichtweisen zu bewirken und dadurch sich auf ein neues Entwicklungsstadium zuzubewegen.

Der historische Augenblick verlangt unabweisbar neue Antworten, die den Zielen und Idealen des Sozialismus/Kommunismus entsprechen. Strategische Lösungen sind gesucht, nicht nur für die Wirtschaftskrise, sondern auch für all die grundlegenden sozio-ökonomischen, politischen, ideologischen, moralischen und anderen Probleme, die den gegenwärtigen Sozialismus plagen. Es geht nicht nur um Antworten für die Gegenwart und Zukunft der frühsozialistischen Gesellschaften, sondern für den gesamten weltweiten Prozeß des Sozialismus. Da der Sozialismus eine Übergangsperiode ist und seine ökonomischen Grundgesetze durch diesen Übergangscharakter bestimmt sind, er also nicht die Macht hat, sich ohne weiteres selbst zu reproduzieren, lauten die

grundlegenden Fragen: Wie und mittels welcher ökonomischen und wirtschaftlichen Systeme das weitere dynamische Wachstum der materiellen Produktivkräfte gewährleisten (das zum ersten Mal in vielen sozialistischen Ländern sich alarmierend verlangsamte), und wie die industriell entwickelten frühsozialistischen Länder produktiv in die wissenschaftlich-technische Revolution als führende Kräfte einfügen und hierdurch dieses gewaltige Potential zum Vorteil der Entwicklung des Sozialismus/Kommunismus nutzen, statt es zur Stärkung des Kapitalismus ausbeuten zu lassen? Das Problem besteht in der Herstellung einer Dialektik zwischen der weiteren beschleunigten Entwicklung der materiellen Produktivkräfte und dem gleichzeitigen Aufgeben der herkömmlichen Produktionsweise, die auf der Ausbeutung der Arbeit und ihrer Trennung von den Mitteln und Ergebnissen der Produktion beruht. In anderen Worten, gesucht ist ein politisches und ökonomisches System, das den Weg zu einer schrittweisen Emanzipation der Arbeit öffnet und zur Umgestaltung der Gesellschaft in eine freie Assoziation der Produzenten. Wie können wir ein politisches und ökonomisches System gestalten, das die von den Arbeitern in generationenlangen Klassenkämpfen eroberten Freiheiten und demokratischen Rechte nicht nur weiter garantiert, sondern sie von den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft befreit? Denn der Sozialismus kann nur dann als produktive historische Alternative aufgebaut werden, wenn er den Rahmen der Demokratie ausweitet, bis er in Freiheit förmlich eingetaucht ist. Oder mehr in Bezug auf die konkrete historische Situation gefragt: Wie kann man verhindern, daß die politische Partei, die ideologisch-politisch führende Kraft, mit dem Staatsapparat verschmilzt; wie verhindern, daß sie so die Eigenschaften einer revolutionären Bewegung einbüßt, die den bestehenden Zustand ändern will; wie verhindern, daß sie in der Praxis die dialektische Verbindung mit der eignen Arbeiterklasse verliert, ja mit ihren eignen Mitgliedern, was für gewöhnlich allen politischen Parteien, unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung, widerfährt? Von nicht geringerer historischer und theoretischer Bedeutung ist die Frage: Wie und unter welchen institutionellen Bedingungen ein gesellschaftliches Bewußtsein bilden, das die authentischen Ziele des Sozialismus trägt? Und wie die Diskrepanz zwischen dem offiziellen und dem wirklichen Bewußtsein überwinden, dieses fundamentale moralisch-politische Problem des gegenwärtigen Sozialismus? Usw. ...

3. Die Ideologisierung des Marxismus als Entwicklungsschranke

Wenn der Marxismus, wie Althusser bemerkte, nicht nur eine »neue Philosophie«, sondern eine »neue Praxis der Philosophie« ist, die die gesamte menschliche Praxis zur Selbstkritik und Revolutionierung hebt, dann kann er kraft seiner inneren Logik seine philosophische Analyse auch auf sein eignes Sein richten, das aus konkreten historischen Situationen erwächst und entsprechend auch durch ihre Beschränkungen determiniert ist.

Ein Teil der Mißverständnisse, die den Marxismus begleiten, ist mit seiner Entstehung aufgetreten. Indem er sich als Theorie des weltverändernden Handelns konstituiert hat, mußte der Marxismus — um sein kopernikanisches Projekt verwirklichen zu können — alle bisherige Lebensweise entmystifizieren

und sich zur wissenschaftlichen Kritik der menschlichen Vorgeschichte, wie Marx die Epoche der Klassengesellschaften zu bezeichnen liebte, herausbilden. Um wirksam zu werden und sein Projekt der Theorie gemäß durchführen zu können, mußte der Marxismus andererseits zum herrschenden Bewußtsein der sozialen Schichten werden, an die er sich wandte (vor allem die Arbeiterklasse) und von denen er erwartete, daß sie die Träger der Umgestaltung der Welt wären. In diesem Zusammentreffen, bei dem die Wissenschaft durch ihre soziale Dispersion zu gesellschaftlichem Bewußtsein wurde, war sie unvermeidlich einer Reduktion unterworfen, wie sie andererseits Elemente der soziokulturellen Umgebung, in die sie verpflanzt wurde, in sich aufnehmen mußte. Je mehr der Marxismus von den Menschen angeeignet und assimiliert wurde, desto mehr wurde er ihr Eigentum, ihre Ideologie. Indem er sich zu einer Ideologie entwickelte, veränderte der Marxismus notwendig seinen ursprünglichen Aggregatzustand. Zuerst verkümmerte seine kritische Substanz; Glaube ersetzte Selbstkritik. Die Ideologisierung des Marxismus ist nicht so sehr bestrebt, das Bild der Wirklichkeit zu verzerren, als daß sie versucht, sich hinter einer Bestätigung einer gegebenen Wirklichkeit zu verstecken. Die ideologische Erosion hat den Marxismus doppelt behindert. Auf der Ebene der Erkenntnis verschließt er sich der Verarbeitung wissenschaftlicher Neuerungen; und auf gesellschaftlicher Ebene verschließt er sich neuen sozialen Energien von Gruppen, die von den Gründern des Wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht als mögliche Subjekte der gesellschaftlichen Umwandlung gesehen worden sind.

Der nächste Widerspruch hat seinen Ort in den Gesellschaften, die sich auf den Marxismus stützen. Indem aus der Arbeiterbewegung ein soziales System wurde, durch die unvermeidliche Institutionalisierung des Lebens, so sehr auch immer diese Institutionen den menschlichen Bedürfnissen angepaßt sein mögen — angesichts der konkreten historischen Bedingungen des Sozialismus sind sie nicht in der Lage, den Einfluß der Ideologie abzuschütteln. Mehr noch, sie sind die Operationalisierung ihrer Ansprüche. Gerade die ideologischen Normen werden von den Institutionen als ein »Naturgesetz« auferlegt. Da sie auf standardisiertem Verhalten aufgebaut sind, weisen sie die kreativen Impulse der Praxis ab, die dessen kritische Überwindung bewirken könnten.

Während diese Borniertheiten objektive Gründe haben, gibt es in der Geschichte des Sozialismus auch solche Krisen des Marxismus, die seinen konkreten historischen Fortbestand und dadurch die Idee des Sozialismus selbst in Frage gestellt haben. Gemeint ist die stalinistische Erosion des Sozialismus, bei der die Institution des Staates, vor allem mit ihren repressiven Attributen, zur Grundlage, zum zentralen Knochengerüst des Sozialismus gemacht worden ist.

4. Die Pluralisierung des Marxismus und die Frage seiner Universalität

Entwicklung und theoretischer Ertrag des Marxismus sind eng verknüpft mit seiner Fähigkeit der Erkenntnisgewinnung. Die zentralen Kategorien seines Begriffsapparats sind im Verlauf seiner Kritik der bürgerlichen Gesellschaft in der europäischen Tradition formuliert worden. Aber die Welt hat sich in den letzten hundert Jahren so sehr verändert, daß die ursprüngliche Epistemologie des Marxismus nicht mehr umfassend genug ist. Der Gehalt sozialer Prozesse, die

historische Etablierung des Sozialismus, die antikoloniale Revolution und die wissenschaftlich-technische Revolutionierung stellen die marxistische Theorie vor neue Herausforderungen, denen diese im Rahmen ihrer alten Kategorien objektiv nicht gewachsen ist.

Die neuen Erfahrungen weiten das Forschungsobjekt aus, während sie zugleich den ideologisch-theoretischen Blickwinkel der Gesellschaftsanalyse verändern. Die intellektuelle Anstrengung zielte zunächst darauf ab, den Marxismus von »offiziellen« Interpretationen zu befreien. Die intellektuellen Kräfte des Marxismus machten sich, jede für sich, auf die Suche nach ihrer eignen Identität und integrierten in ihre Forschungsergebnisse die Bestimmungen ihrer eignen konkreten Situation, Tradition und Kultur. All dies hat zur »*Pluralisierung*« des Marxismus geführt. Der ursprüngliche einheitliche Kern hat sich verteilt auf »Kulturkreise«, die den je besonderen Charakter des Marxismus bestimmen. So gibt es z.B. einen »östlichen« und einen »westlichen« Marxismus, oder einen »Marxismus der Dritten Welt«. Diese Vervielfachung der theoretischen Matrix bzw. des Grundmusters des Marxismus ist ebenso durch historische Erfahrungen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse bestimmt, wie sie auf Bedürfnisse jener politischen Kräfte antwortet, die ihre soziale Lage verbessert haben durch Anwendung der Marxschen Lehren auf ihre eigene konkrete politische Situation. Folglich war die Vervielfachung des Marxismus auch durch ideologische Voraussetzungen bestimmt, die sich unvermeidlicherweise auch in den theoretischen Errungenschaften niedergeschlagen haben.

Dieses praktisch-politische Syndrom hat die Universalität der Marxschen Theorie beeinträchtigt und sogar in Frage gestellt. Die bereits erwähnten drei Bewußtseinsblöcke (der »östliche«, der »westliche« und der »Dritte-Welt-Marxismus«) haben sich ihrerseits aufgespalten in kleinere Einheiten, so daß uns im entsprechenden Jargon begegnet: ein Sowjetmarxismus, dann ein chinesischer, polnischer, italienischer, jugoslawischer usw. Marxismus. Jeder dieser Marxismen beanspruchte »seinen« Marx, um ihn als Deckmantel fürs politische Alltagshandeln zu benutzen. Wenn diese Art von Relativierung zum Extrem getrieben wird, muß sie die wissenschaftliche Theorie des Sozialismus von ihrer universellen Substanz trennen und aus seiner Methodologie und seinem begrifflich-kategorialen System ein Instrument der jeweiligen Tagespolitik machen.

Aus diesem Grund sehen wir in der Alternative »ein Marxismus oder mehrere Marxismen« eine intellektuelle Falle, die den Marxismus ins seichte Wasser der Tagespolitik geraten zu lassen droht. Marxens Denken ist vieldimensional und offen für neue Erkenntnisse und neue menschliche Werte. Statt von der Alternative »Marxismus oder Marxismen« zu sprechen, ziehen wir es daher vor, von einem *offenen Marxismus* zu sprechen, der die weltgeschichtlichen Entwicklungen erklären kann und in diesem Kontext auch die Entwicklung des historischen Prozesses des Sozialismus.

5. Die Notwendigkeit des theoretischen Dialogs

Statt auf einem ideologischen Pluralismus beruht der offene Marxismus auf einem kognitiven Pluralismus, einem Pluralismus der Erkenntnisse, der die neu-

en wissenschaftlichen Erfahrungen und ihre Argumentation respektiert und zu einer Koexistenz und Artikulation unterschiedlicher Strömungen in seinem Rahmen befähigt. Dazu ist es nötig, bestimmte alte Gewohnheiten zu ändern. Statt die wissenschaftlichen Positionen in offiziellen und autorisierten politisch-ideologischen Machtzentren »verifizieren« zu lassen, wird ihr theoretischer Wert in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und im Dialog getestet. Durch die Konfrontation von Auffassungen und Forschungsverfahren wird die intellektuelle Welt des Marxismus um eine neue Syntax der Argumentation bereichert, die das Selbstgespräch der Taubheit unterbricht und das Recht institutionalisiert, »Resultate intellektueller Arbeit« dem wissenschaftlichen Zweifel auszusetzen bzw. zu verlangen, daß sie erklärt und begründet werden. Diese neue Variable wird eine zusätzliche Energiequelle, eine neue Triebkraft der Erweiterung des Feldes der Erkenntnisgewinnung. Die Dinge nachmessend, kommen wir zu genaueren Maßen, verringern wir den immer möglichen Irrtum und nähern uns der Objektivität an, ohne ins Prokrustesbett zu geraten. In der Auseinandersetzung erfährt der Marxismus eine Katharsis eigener Art, indem er sich von den ideologischen Ablagerungen wie von den Sedimenten des Alltagslebens befreit.

Der Marxismus ist zum Hauptträger der sozialistischen Theorie geworden, er wird mehr und mehr zur wichtigsten Komponente gesellschaftlichen Bewußtseins überhaupt, aber die immer schärferen Widersprüche der Geschichte und der Gegenwart konfrontieren ihn mit immer neuen Unbekannten. Wir sind heute in der Lage, dies zu sehen. Es ist daher erforderlich, einen Dialog wieder in Gang zu bringen, der von Toleranz geprägt ist — was Auseinandersetzungen nicht ausschließt —, der es uns ermöglicht, die marxistische Theorie und Praxis neu zu durchdenken, einen neuen Dialog mit und in der Geschichte, damit die Resultate des Marxismus nicht im Anpassungsdruck, dem Mimetismus seiner Tendenzen und dem Konservatismus derer, die sich verzweifelt am Gegenwärtigen festklammern, verloren gehen.

Angesichts der gegenwärtigen weltweiten Entwicklungen müssen wir die gebieterische Notwendigkeit des Dialogs bewußt machen. Wir müssen den Gedanken zur Geltung bringen, daß ein theoretischer Dialog über den ganzen Fächer von Fragen, die sich dem marxistischen Denken stellen, entscheidende Bedeutung für die Zukunftsaussichten des Sozialismus erhält; daß die gesellschaftlichen und politischen Subjekte des Sozialismus in der gesamten Welt aufgerufen sind, diesen theoretischen Dialog zu unterstützen und zuzulassen; daß die historische Situation von ihnen verlangt, ihre Verbundenheit mit dem Sozialismus durch ihren Beitrag zu einem solchen Dialog unter Beweis zu stellen.

Die unterschiedlichen Klassen und gesellschaftlichen und politischen Kräfte, die im Kampf für den Sozialismus engagiert sind, befinden sich jeweils in unterschiedlicher Situation innerhalb des weltweiten Ensembles von Widersprüchen des Sozialismus. Jede sieht dieses Ensemble auf ihre Weise, genauso die Wege und Mittel zu ihrer Lösung. Ihre Fähigkeit, im erforderlichen Umfang ihre Anstrengungen solidarisch einander zuzuordnen, hängt vor allem von ihrer Fähigkeit ab, das Ensemble der Widersprüche ihrer historisch-gesellschaft-

lichen Praxis in den Griff zu bekommen, also von ihrer Fähigkeit, mit diesen Widersprüchen produktiv umgehen zu lernen. Um dies zu erreichen, müssen sie ihre theoretische Erkenntnis der Welt vertiefen und eine wechselseitige Kritik der einseitigen Ansichten und Positionen sowie eine produktive theoretische Auseinandersetzung betreiben. Keiner kann sich — in gesellschaftlicher, politischer, ideologischer und kultureller Hinsicht — über seine partielle Situation und Stellung erheben ohne entwickeltes theoretisch-kritisches Denken, das ihm erlaubt, die Einseitigkeit der Positionen und Argumente in der Auseinandersetzung zu überwinden.

Die begrenzte Fähigkeit oder die Unfähigkeit der gesellschaftlichen und politischen Subjekte des Sozialismus, beschränkte Positionen und Orientierungen zu überwinden, sind im Grunde das Resultat der Einwirkung des antagonistischen Gesellschaftsprozesses, d.h. des kapitalistischen, auf diese Subjekte. Der antagonistische Gesellschaftsprozeß spaltet die möglichen Subjekte des Sozialismus und richtet sie gegeneinander, sie derart je einzeln seinem ökonomischen und ideologischen Einfluß unterwerfend. Verhaltensweisen wie die, sich an erstarre ideologische Positionen zu halten, einen dogmatischen Alleinvertretungsanspruch zu erheben, die Tendenz, sich wechselseitig vom ideologischen Standpunkt zu negieren, politische Kräfte des Sozialismus zu diskreditieren (Parteien, Bewegungen, ideologische Strömungen usw.), kurz, solche Verhaltensweisen kommen zur Einwirkung der kapitalistischen Prozesse hinzu, vertiefen diese und werden ihrerseits durch sie vertieft. In diesem Sinn gefährden alle politischen und ideologischen Bestrebungen, die einen theoretischen Dialog be- und verhindern, in letzter Instanz die Solidarität der gesellschaftlichen und politischen Subjekte des Sozialismus, jene Solidarität, die in der Welt von heute zu einem Imperativ im Kampf für den historischen Prozeß, den wir Sozialismus nennen, geworden ist.

Angesichts dieser rauen Wirklichkeit der heutigen Welt kann das theoretische Denken des Sozialismus gewiß nicht abwarten, daß die Subjekte des Sozialismus die ersten wären, die ideologischen Trennschranken aufzuheben und ein Klima zu schaffen, das für einen theoretischen Dialog geeigneter wäre. Aber wenn man die Welt, in der wir leben, wirklich begreift, müßte das sozialistische Denken den Mut haben, eine relativ autonome Rolle zu spielen, zu versuchen — durch die Entwicklung des theoretischen Dialogs zwischen den unterschiedlichen Schulen und Strömungen des sozialistischen Denkens, durch den Abbau der ideologischen Hindernisse und der wechselseitigen Alleinvertretungsansprüche —, beizutragen zu einer besseren Kenntnis der Potentialitäten des Sozialismus, der Wege und der Mittel, die erlauben, seine Widersprüche zu lösen; beizutragen zur Überwindung der Beschränkungen, die auf den Positionen der verschiedenen Bewegungen zum Sozialismus lasten; kurz, sich zu bemühen, auf der Ebene der Theorie den Weg zu bereiten für ihre wirkliche Rehabilitierung und Solidarität im praktisch-politischen Handeln.

Peter Brandt

Deutscher Sozialismus?

Zu einigen Neuerscheinungen

I. »Deutschland (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik) ist wieder ins Gerede gekommen: Durch die Friedens- und Abrüstungsdiskussion in Ost und West, durch die Bedrohung des Friedens ist gerade in Mitteleuropa, und hier insbesondere in den beiden deutschen Staaten, die Frage nach der Zukunft der Menschen, des Landes und der Staaten gestellt. Ohne Zweifel ist die Diskussion dieser Problematik nicht als 'modische' Attitüde zu erklären. Sie entspringt vielmehr dem vitalen Lebens- und Überlebensbedürfnis von uns Betroffenen.« Mit diesen Bemerkungen leitet der Berliner Publizist *Hans-Jürgen Degen* einen von ihm herausgegebenen Sammelband ein. Das Buch ist im AHDE-Verlag Berlin erschienen, dessen politische Richtung man als »national-anarchistisch« bezeichnen könnte. Zu den bei AHDE verlegten Autoren gehören sowohl der 1967 verstorbene »Nationalbolshewist« Ernst Niekisch als auch libertär-sozialistische Autoren. Augustin Souchy, der große alte Mann des deutschen Anarchismus, ist in dem Deutschlandband mit einem Brief an Ronald Reagan und Leonid Breschnew vertreten. Man muß nicht die Meinung des Herausgebers teilen, der den Status Deutschlands als kolonial definiert — zugrunde liegt eine kulturalistische Auffassung von der Nation — und die Aufgabe der Deutschen in einer basisdemokratisch-sozialistischen Dezentralisierung bestehender staatlicher Strukturen sieht, um den Band für eine nützliche Bereicherung der kräftig anschwellenden Literatur zu diesem Thema zu halten. Theoretische bzw. konzeptionelle Erörterungen wird man nur ansatzweise finden. Zu den Beiträgern gehören *Peter-Paul Zahl* (mit einem seiner Gedichte), der Friedensforscher *Ulrich Albrecht* und der engagierte Anti-Nationalist *Arno Klönne* (mit einem informativen und einfühlsamen Artikel über die Nachkriegszeitung »Ost und West« Alfred Kantorowicz) ebenso wie die (Ex-) DDR-Bürger *Reiner Kunze*, *Stefan Heym*, *Jürgen Fuchs* und *Siegmar Faust*; der nationalneutralistische Aufrüstungsgegner *Wolf Schenke* (1936/37 Auslandspresreferent der NS-Reichsjugendführung) ebenso wie der antifaschistische Emigrant *Erich Fried* und der »Linksnationale« *Herbert Ammon* (eine unvollständige Aufzählung). Wer vermutet, diese Autoren würden gemeinsam so etwas wie einen nationalen Einheitsbrei kochen, irrt. Das Widerborstige bleibt erhalten; es macht geradezu den Reiz des Buches aus. Man muß aber schon ein Interesse für andere Auffassungen und für Zwischentöne aufbringen, wenn man dem Band etwas abgewinnen will.

Mich hat am stärksten die betont subjektive Erlebnisschilderung der in England aufgewachsenen *Sarah Haffner* beeindruckt, die seit 1954 in West-Berlin lebt. »Ich sah, wie Menschen, die doch Landsleute waren, gegenseitig kübelweise Dreck aufeinander ausschütteten, gegeneinander auftrumpften, alles nur Mögliche taten, um die Teilung, die doch noch nicht lange bestand, zu vertiefen und zu verfestigen ... Und das hiesige heuchlerische Gerede von den Brüdern und Schwestern machte alles nur noch unerträglicher ... Je schlimmer die

Versorgungsschwierigkeiten, desto besser. Kurzes gespielteres Mitleid und dann unverhohlener Triumph ... Es scheint, als könne man hier nur glücklich sein, wenn man sich über andere erhebt, sie verhöhnt, duckt, beschimpft, erniedrigt ... Bis sich diese Mentalität ändert, wird wohl viel Zeit vergehen. Zeit, die wir vielleicht gar nicht mehr haben ... Mir ist in diesem Land vieles fremd geblieben und wird es immer bleiben. Und doch habe ich nach all den Jahren in Berlin eine Art Heimat gefunden. Eine schwierige Heimat und eine, die ich vielleicht auch gerade deswegen liebe. Ich habe eine Sehnsucht: in meiner Heimatstadt Berlin die Mauer fallen zu sehen. Und nicht in Schutt und Asche.« Sind auch diejenigen von uns, die diese Emotionen überhaupt nicht teilen, bereit, einer solchen Schilderung erst einmal zuzuhören, ohne sie im Hinblick auf mögliche negative politische Konsequenzen sogleich abzuwehren?

II. Solche Konsequenzen erblicken manche Kritiker des »Neo-Nationalismus« in Positionen, wie sie die diversen nationalrevolutionären Gruppen artikulieren. Ideologisch zum Teil an die »linken Leute von rechts« in der Weimarer Republik, jene Grenzgänger zwischen extremem Nationalismus und radikalem Sozialismus, anknüpfend, sind die heutigen nationalrevolutionären Gruppen im Verlauf des Zerfallsprozesses der NPD aus der rechtsextremen Szene hervorgegangen, von der sie sich inzwischen inhaltlich unterschiedlich weit abgesetzt haben. (Nicht zu verwechseln sind alle diese Zirkel mit neonazistischen Vereinigungen, die sich heute verschiedentlich ebenfalls als Nationalrevolutionäre bezeichnen.) Die politischen Zielvorstellungen der nationalrevolutionären Gruppen und Zeitschriften unterscheiden sich nicht unerheblich, wobei das Bewußtsein für immanente konzeptionelle Widersprüche bei manchen gar nicht vorhanden zu sein scheint. So findet man anarchoid-ökologisch-regionalistisches Denken, wie es am profiliertesten der Historiker *Henning Eichberg* (unter dem Schlagwort »Balkanisierung für jedermann«) und die Zeitschrift »Wir selbst« formulieren, — Einwände gegen diese Position ähneln insofern Einwänden gegen einen grünen Fundamentalismus überhaupt — in Kombination mit traditionell-etatistischen Vorstellungen, basis- und staatssozialistische neben volksgemeinschaftlichen Sozialutopien. Spezifisch für die Nationalrevolutionäre sind — soweit ich sehen kann — nach wie vor ein stark biologisches Menschenbild und die Betonung des Volkstums, der Ethnie, als einer objektiven, weitgehend konstanten Größe, die sie ihrem Nationsbegriff zugrunde legen. Manche Nationalrevolutionäre treten indes, offenbar nicht nur taktisch, vehement für die Rechte von nationalen Minderheiten ein, z.B. der Sinti und Roma in der BRD. Ihren »Ethnopluralismus« mag man für eine unrealistische, auch mit einer alternativen industriellen Zivilisation unvereinbare Utopie halten; man mag auch auf noch nicht abgebrochene ideologische Brücken nach ultrarechts verweisen. Unzulässig scheint es mir jedoch, ohne weiteres eine rassistische Kontinuität des Denkens zu unterstellen.

Einer der bekannteren Vertreter nationalrevolutionären Gedankenguts, *Wolfgang Strauss*, hat im einschlägigen Druffel-Verlag (»Aus unserem Verlagsprogramm: Endkampf in Afrika; Krieg ohne Grenzen; Ich, Adolf Eichmann; 1933 — Die nationale Erhebung; Ein anderer Hitler; Duell im Pazifik«) ein Buch über die historische Bedeutung des 17. Juni 1953 veröffentlicht. Die

Biographie des Verfassers — 1931 in Lettland geboren, 1941 ins Reich umgesiedelt, 1949 Mitglied der LDPD der DDR, 1950-56 in Workuta und Bautzen inhaftiert, danach Journalist und Schriftsteller in der Bundesrepublik — mahnt mich, die Sorgfaltspflicht des Rezensenten nicht ausgerechnet hier, wo es billig genug wäre, zu verletzen. Ich will aber nicht verhehlen, daß mir die von Strauss dargelegten Standpunkte so gut wie keinerlei konstruktive Elemente für die Bestimmung der Position der Linken zur »deutschen Frage« zu enthalten scheinen. Trotzdem — um auch das vorwegzunehmen — halte ich von a priori Aus- oder Abgrenzungen wenig. Das Ringen um ideologische Hegemonie kennt per definitionem keine chemisch reinen Frontenbildungen. Nur die praktisch-politische Auseinandersetzung entscheidet darüber, »auf welcher Seite der Barrikade« Gruppen oder Individuen letzten Endes landen. Auch Richard Scheringer, einer der beeindruckendsten DKP-Veteranen, ist nicht von einem Tag auf den anderen Kommunist geworden. Seine politische Laufbahn erreichte ihren ersten Höhepunkt 1930, als er wegen nationalsozialistischer Zellenbildung in der Reichswehr zu einer Festungshaft verurteilt wurde. Ich vermute, daß sich der heutige »revolutionäre Nationalismus« in der Folgezeit genauso in verschiedene Richtungen differenzieren wird wie sein Vorläufer ein halbes Jahrhundert früher.

Es ist nicht ganz einfach, den Charakter des Buches von Wolfgang Strauss zutreffend zu beschreiben. Es ist eine Mischung aus politischem Pamphlet und journalistischem Geschichtsbuch, beginnend und endend mit allgemeinen Aussagen, dazwischen der Hauptteil über den 17. Juni-Aufstand selbst (einschließlich einer Sammlung von im Einzelfall schwer zugänglichen Dokumenten) — das Ganze lebendig und für den Sympathisanten sicher mitreißend geschrieben. Auf mich wirkt die suggestive, an kaum einer Stelle argumentierende Darstellungsweise zusätzlich irritierend. Das Buch endet denn auch in der Apotheose des »metaphysischen Abenteurers«, das die neue Generation »in der Epoche des Unterganges aller universalistischen Beglückungstheorien« suche. Haß pflegt blind zu machen für Wahrnehmungen, die die als Vernichtungswillen konkretisierten Emotionen bremsen würden. Strauss phantasiert nicht nur Walter Ulbricht an einen »Laternenpfahl in der Stalinallee« (63), sondern läßt auch jedes Verständnis für das Dilemma der ostdeutschen Linksintellektuellen am 17. Juni vermissen, die er lediglich als Zyniker und Parasiten der »neuen Klasse« sieht. Überhaupt ist der Sinn für Ambivalentes und in sich Widersprüchliches bei dem Autor nicht besonders stark entwickelt. »Deutscher Befreiungsnationalismus« als eine Mischung von Turnvater Jahn und Marschall Blücher, von Chomeini, Walesa und Solschenizyn, das ist jedenfalls nicht meine Sache.

Was den eigentlichen Gegenstand angeht, den 17. Juni 1953, kann man dem Buch sachlichen Informationsgehalt nicht absprechen. Manches wird hier sogar klarer gesehen als bei kommunistischen, sozialdemokratischen, liberalen oder konservativen Kommentatoren, die nur »Ost« oder »West« zu denken vermögen. Zu recht weist Strauss auf die bremsende Rolle der Amerikaner im entscheidenden Zeitpunkt des Aufstandes hin (z.B. das Aufhalten des Berliner sozialdemokratisch-antikommunistischen Volkstribunen Ernst Reuter in

Wien), was die Bedeutung der Nachrichtenübermittlung durch westliche Medien nicht mindert. Ebenso zutreffend ist sein Einspruch gegen die Interpretation der Erhebung als einer antisozialistischen: »In den Dokumenten der Juni-Revolutionäre (Reden, Streikbeschlüsse, Aussagen vor Gericht, Memoiren) findet sich kein einziger Hinweis auf eine Restauration des westlichen, das heißt liberal-kapitalistischen Systems. Ein Ruf nach Rehabilitierung oder Wiedereinsetzung der 1945/46 entmachteten Großgrundbesitzer ('Junker'), Fabrikherren, Großaktionäre, Bankenchefs, Truststechnokraten erklang am 17. Juni nicht.« (79)

So lebendig zum Teil der Ablauf der Erhebung geschildert wird, so marginal bleibt der soziale Ursprung des Konfliktes im Betrieb. Wer sich darüber informieren möchte, sollte — neben den älteren Werken von A. Baring, B. Sarel und M. Jänicke — zu den Arbeiten von A. Bust-Bartels und K. Evers/T. Quest greifen. Von diesen Autoren wird die Bedeutung der nationalen Komponente des Aufstands manchmal zu stark relativiert; unbestreitbar scheint mir aber, daß im Mittelpunkt des 17. Juni die soziale Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und der aus ihr hervorgegangenen verselbständigten Partei- und Staatsbürokratie stand. Unter den besonderen Bedingungen der Teilung Deutschlands hatte dieser Kampf jedoch von vornherein eine nationale Dimension. Die entsprechenden Artikulationen der Aufständischen, die dabei nicht einfach den Parolen der westdeutschen Bourgeoisie und der Amerikaner folgten, drückten diesen Zusammenhang aus — in einer anderen Weise, als es einerseits die SED und andererseits der westdeutsche Bürgerblock taten. Um das zu begreifen, muß man nicht irrationale Sehnsüchte als Erklärung heranziehen. (Strauss spricht auf S. 268 von einem »Arbeiter-Nibelungenlied«.

Der nationalrevolutionären Verklärung des 17. Juni entspricht ein mangelndes Verständnis für die Rolle der deutschen Sozialdemokratie, die nur unter dem Gesichtspunkt vermeintlichen Verrats angesprochen wird. Es sind nicht nur dezidierte Sympathiebekundungen der ostdeutschen Arbeiter für die SPD überliefert, die zumindest derzeit für die politisierten Kernschichten der Arbeiterklasse in ganz Deutschland — wenn auch diffus — so etwas wie eine dritte, demokratisch-sozialistische Kraft repräsentierte. Der ganze Aufstand ist in seinen Verlaufs- und Äußerungsformen ohne die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung gar nicht zu deuten. Man darf nicht aus den Augen verlieren, daß 1953 noch ein erheblicher Teil der ostdeutschen Arbeiter über Klassenkampf Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik verfügte, die durch die Nazizeit nicht einfach ausgelöscht waren. Welche Bedeutung gerade dieser Gruppe beim nicht- und antikapitalistischen Neubeginn 1945-48 zukam, hat S. Suckut in seiner umfassenden empirischen Studie über die Betriebsrätebewegung in der SBZ herausgearbeitet. In diese Kontinuität der Arbeiterinitiative seit 1945 wäre der 17. Juni 1953 zu stellen. (Diese Bemerkungen sollen nicht das Einwirken auch tatsächlich konterrevolutionärer Gruppen und Ideologien und die Diversionstätigkeit ausländischer und westdeutscher Dienste in Abrede stellen. Es berührt jedoch nicht das Wesen der Sache.)

Wolfgang Strauss arbeitet eingangs — auf einer ganz anderen, machtpolitischen Ebene der Darstellung — sein eigentliches Anliegen heraus: Er erteilt je-

dem Gedanken an einen kalkulierten Ausgleich mit der Sowjetunion eine klare Absage. »Wer sich, selbst aus edelsten Motiven, mit dieser Macht verbündet, macht sich zum Handlanger und schließlich zum Gefangenen des totalitärsten Imperialismus aller Zeiten, und dies in einem geschichtlichen Augenblick, da die national- und sozialrevolutionären Zentrifugalkräfte im Imperium das Fundament der anachronistischen Despotie aufspalten.« (48) »Die deutsche Frage ist Teilfrage der osteuropäischen Kolonialismusfrage.« (53) So ähnlich, weniger schön formuliert, hörte man es seinerzeit auch vom Rheinbundpolitiker Adenauer. Strauss hält diesen zwar für einen Verräter an der Nation; er postuliert für heute ein atomwaffen- und blockfreies Deutschland und einen (betont nicht-marxistischen) »Sozialismus«. Doch in seinem Antikommunismus und Antisowjetismus, den er als Antiimperialismus begreift, übertrifft Strauss nicht nur Adenauer und Dulles, sondern auch Franz Josef Strauß und Reagan. »Eine Sicherheitspartnerschaft mit der despotischen UdSSR kann es nicht geben. Sicherheit garantiert nur die revolutionäre Vernichtung des Ostimperialismus.« (271)

Ich setze dagegen: Die Identifizierung der deutschen Frage mit der »Völkerbefreiungsrevolution« ganz Osteuropas garantiert die Verfestigung der Teilung Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten. Abgesehen davon, daß Strauss ein stark verzerrtes Bild der Gesellschaften sowjetischen Typs besitzt, die er als reines Terrorsystem mißversteht, formuliert er — nicht als erster — den Bruch eines Großteils der heutigen Nationalrevolutionäre mit ihrer eigenen außenpolitischen Tradition. Es ist heute außer bei historisch Interessierten kaum bekannt, daß in der Weimarer Zeit ein gewichtiger Flügel der deutschen Rechten die prussische Orientierung des alten Preußen auch auf die Sowjetunion übertragen hatte. Bei den damaligen Nationalrevolutionären kam zu der gemeinsamen Gegnerschaft Deutschlands und der Sowjetunion gegen den Versailler Frieden eine mehr oder weniger bestimmte Sympathie für die soziale Revolution Rußlands als Revolte gegen den abendländischen Westen. Eine der Fehlkalkulationen Stalins nach 1945 bestand in der Überschätzung des nationalen Motivs für das deutsche Bürgertum, das mit der von Adenauer vorangetriebenen Westintegration der Bundesrepublik eben nicht nur eine taktische, sondern eine strategische Wende in der Außenpolitik vornahm. Tauroggen, Rückversicherungsvertrag, Rapallo — nach 1945 lösten diese Stichworte in Deutschland kaum Begeisterung aus. Der Bruch des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts und der Vernichtungskrieg des Hitlerfaschismus gegen Sowjetrußland schienen diese Traditionslinie zerrissen zu haben. Als Partner für eine deutsch-sowjetische Verständigung kam — zumindest nach Kurt Schumachers Tod — eher die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Frage als die schwachen neutralistischen Gruppen des Bürgertums. Andererseits beinhaltete gerade eine solche Perspektive — die UdSSR besaß in begrenzten Maße durchaus die Möglichkeit, die Position der SPD zu stärken — wegen der Gefahr des »Sozialdemokratismus« angesichts reform- und nationalkommunistischer Abweichungen in ganz Osteuropa für die Sowjetunion besonders große Risiken, ein Dilemma, das die Beziehungen der Sowjetunion zu tendenziell progressiven Kräften Westdeutschlands bis heute bestimmt und ohne das Hinzutreten weiterer Faktoren nicht aufzulösen ist.

III. Ein Teil der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitiker hat aus der Erkenntnis der realen Dialektik von innerer gesellschaftlicher Entwicklung und Annäherungsprozeß von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die Konsequenz gezogen, man müsse sich offen zu der konservativen Dimension der Entspannungspolitik (im Sinne der Erhaltung des sozialen und machtpolitischen Status quo in ganz Europa) bekennen und den Mut aufbringen, rebellische Volksbewegungen hüben wie drüben als dysfunktional zu bezeichnen und zu behandeln. Es wäre unbillig, den Vertretern dieser Position zu unterstellen, sie wollten überhaupt keine Veränderung. Indessen könne diese nur auf der Grundlage der bestehenden internationalen Staatenordnung und strikt im Rahmen der jeweiligen politischen und sozialen Ordnungen angestrebt werden — mit der sehr langfristigen Perspektive einer zukünftigen Teilkonvergenz der kapitalistischen und staatsökonomischen Gesellschaften Europas.

Einer derjenigen, die ähnlich argumentieren, ist *Günter Gaus*. Gaus brillierte als Fernseh- und Zeitschriftenjournalist, bevor er die Bundesrepublik Deutschland in der DDR repräsentierte. Bereits in dem berühmten »Zeit«-Interview vom 30.1.1981 hat Günter Gaus — von den meisten Kritikern wie Anhängern unverstanden — seine innere Anteilnahme an den Zuständen in der DDR kundgetan. Erst dort habe er erkannt, daß die Elbe »Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze« sei. Gaus, aus Braunschweig stammend, eignet eine unterkühlte, aber für Emotionen durchaus empfängliche Mentalität. Jenes Preußen-Sachsen, das auf dem Gebiet der Sowjetzone zum deutschen Staat wurde, war ihm — wie er selbst mehrfach gesagt hat — vor seinem Amtsantritt in Ost-Berlin mindestens so fremd wie Adenauers abendländisch-katholisches Kernland am Rhein. Inzwischen muß man bei Gaus von einer fast sentimental Zuneigung zum anderen Deutschland — Gaus zufolge dem »deutscheren« —, seinen Landschaften, Kulturstätten und Menschen sprechen. Und ein DDR-Bürger hat es ihm offenbar besonders angetan: der SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, der nach Ansicht seines häufigen westdeutschen Gesprächspartners Gaus bei uns sowohl in seiner intellektuellen als auch in seiner menschlichen Substanz unterschätzt wird. Man müsse den Nationsbegriff »entstaatlichen«, empfiehlt Gaus, um die Kulturturnation zu retten. Den Inhalt der nationalen Frage bildet für ihn neben dem »nationalen Interesse« und verbunden damit die »nationale Identität«, sicher auch deswegen, weil er bei sich selbst in der Auseinandersetzung mit der DDR Identitätsveränderungen erlebt hat. Die für ihn wohl wichtigste Erkenntnis formuliert Gaus am Ende des Einleitungskapitels von »Wo Deutschland liegt« mit den Worten: »In sechseinhalb Jahren Dienst als erster Leiter der Ständigen Vertretung unseres deutschen Staates bei dem anderen deutschen Staat, von Juni 1974 bis Januar 1981, habe ich gelernt, daß der eine nicht zu verstehen ist ohne den anderen.« (36) Und: »Die Frage nach der nationalen Identität der Deutschen wurde in Westdeutschland verengt auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.« (32) Der von vergleichbaren Gesellschaften in ihrem Innern ausgetragene »Ideologiekonflikt« sei in Gestalt der DDR »staatlich ausgegrenzt« worden. »Unsere wirkliche und nicht nur scheinbare Rückkehr zur

europäischen Normalität verlangt, die nationale Bewußtlosigkeit auf der linken Seite unseres politischen Spektrums zu überwinden.« (27) Wie solle »unser Land« angesichts wachsender Unsicherheit der internationalen Lage und im Innern bestehen, »wenn die Maßstäbe für nationale Interessen allein in den Händen der Kräfte rechts von der Mitte bleiben« (28)?

Wohlthuend die Abrechnung mit der »europäischen« Phrase, von links bis rechts beliebt, in der politischen Praxis bisher aber lediglich zur Kaschierung der weiteren Spaltung des Kontinents (und damit Deutschlands) durch die Integration Westeuropas benutzt. »Über Brüssel, soviel ist gewiß, führt nicht einmal ein Umweg zu Antworten auf deutsche Fragen.« (240) Und der Deutschlandpolitik der jetzigen Bundesregierung — »wie Brandt und Schmidt zu handeln und wie Adenauer und der frühe Barzel zu reden« — traut Gaus nur kurzfristige Erfolge zu. Man sollte allerdings hinzufügen, daß Regierungsvertreter selbst die Funktion der gesamtdeutschen Rhetorik bereits hinreichend klargelegt haben: »Jetzt beginnt ein Ringen darum, ob der Gedanke der Wiedervereinigung durch Selbstbestimmung und Menschenrechte gekennzeichnet wird oder auf neutralistischen Wegen zu Lasten der Sicherheit des Westens verläuft.« (Alois Mertes laut FAZ v. 14.7.1983, 5) Ebensowenig wie zu Adenauers Zeiten geht es seitens der CDU um Wiedervereinigungspolitik im eigentlichen Sinne, sondern um die ideologische Entschärfung eines der wichtigsten Legitimationsprobleme des westdeutschen Staates: des Spannungsverhältnisses von Westintegration und Deutschlandpolitik. Diese Spannung konnte von der sozialliberalen Koalition, wie Gaus zutreffend bemerkt, anfangs gemindert werden, weil die Neue Ost- und Deutschlandpolitik mit einer zeitweiligen »Détente« zwischen den Weltmächten zusammenfiel. »In den kommenden Jahren wird die auf die DDR gerichtete Politik der Bundesrepublik sich zu entfalten haben gegen den Konfrontationskurs der Blöcke.« (236) Zwar sieht Gaus die Friedensbewegung als ermutigend an, begrüßt auch das seit einigen Jahren vermehrte Interesse an der deutschen Frage. Andererseits befürchtet er, es würde zu viel auf einmal gefordert und durchzusetzen versucht, wo es doch allein um die Defensive gehe. Vor allem an der Basis der Friedensbewegung meint er, Tendenzen zum Irrationalismus zu entdecken, die er mit dumpfen »antirationalen Gelüsten« älteren Ursprungs bei seinen Generationsgenossen, den Fünfzigjährigen, zum Schaden der politischen Vernunft und der demokratischen Ordnung in der BRD konvergieren sieht. »Deutschlands Unglück hat sein volles Maß noch nicht erreicht«, steht am Anfang und am Ende seines Buches. Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, »Konföderationen auf Teilgebieten« zwischen den beiden deutschen Staaten sind auch für Gaus lohnende Ziele. Aber: »Die Stabilität Europas beruht für jede kalkulierbare Zeitspanne auf der ordnenden Kraft der Blöcke; deren innere Reform und schrittweise Annäherung, nicht ihre alsbaldige Auflösung sind das friedenssichernde Ziel.« (286) Darüber soll hier nicht weiter gestritten werden. Diese Überlegungen stehen in dem Buch eher am Rande. Nur so viel: Welches unmittelbare Interesse sollten die USA besitzen, eine »gaullistische« Reform der NATO zu befürworten? Wer soll sie ihnen wie aufzwingen angesichts der Interessendivergenzen »der Westeuropäer«? Nicht ohne Grund werden von seiten der Atlantiker ge-

gen Anregungen, wie sie Gaus vertritt, ganz ähnliche Einwände vorgebracht wie gegen weitergehende, »neutralistische« Positionen.

Wie auch immer: »Wo Deutschland liegt« ist in erster Linie ein Buch über die DDR, eines, das Verständnis für den ostdeutschen Staat und die Deutschen östlich der Elbe wecken will. Veröffentlicht im westdeutschen Staat, »in dem Dünkel und Selbstgerechtigkeit gegen die DDR um die Wette stinken« (Wolf Biermann). Ärger muß Gaus' Buch Anhängern und Gegnern der Verhältnisse in der DDR bereiten — den einen, weil seine Schilderung substantielle Diskrepanzen zwischen der Idee DDR und ihrer Realität erkennen läßt, den anderen, weil es konsequent gegen fast sämtliche gängigen Anti-DDR-Affekte bei uns angeschrieben ist.

Am gelungensten scheint mir das Kapitel über die SED. Die größte deutsche Partei zu entdämonisieren, ohne ihre innere Struktur und politische Funktion harmonisierend zu verschleiern, ist dringend erforderlich. Die Schilderung der Funktionärsmentalität, bestimmter Bräuche (siehe die Einführung des »Zarenisches« bei diplomatischen Empfängen) und Denkweisen, Hinweise wie der auf die Existenz einer Art SED-Öffentlichkeit, an der die Parteispitze nicht einfach vorbeiregieren könne, oder auf den spezifischen Realitätsgehalt offizieller Verlautbarungen (kommunistische Funktionäre als »die letzten Scholastiker«) sind geeignet, unser Bild von der DDR zu bereichern, auch wenn da wenig ganz Neues berichtet wird.

Auch die beiden Kapitel über das »Staatsvolk der kleinen Leute« und über die »Nischengesellschaft« sind von der Absicht bestimmt, die DDR aus ihren eigenen Voraussetzungen, zu denen allerdings das spezielle Verhältnis zur Bundesrepublik gehört, und in ihrer eigenen Logik zu erklären, anstatt sie mit Hilfe westlicher Maßstäbe zu beurteilen. Dabei werden Umrisse einer Ordnung sichtbar, die durch relativ große soziale Homogenität, einen hohen Bildungsstand, bescheidenen, aber doch im osteuropäischen Vergleich hervorstechenden Wohlstand, seitens der Bevölkerung durch ein »linkes« Gesellschaftsbild und zugleich konservative Werthaltungen und Verhaltensweisen, durch systemimmanente private »Nischen« als Ausdruck des Arrangements zwischen Staat und Bürgern, eine begrenzte Rechtssicherheit und eine eher »autoritäre« als »totalitäre« Regierungsweise gekennzeichnet ist. Plastisch vermag Gaus Besonderheiten der DDR gegenüber den anderen Volksdemokratien herauszuarbeiten: nicht nur das übertriebene Mißtrauen, das der normale SED-Funktionär jeder Art von Kritik aus dem Westen entgegenbringt, sondern auch der »Export« des wohl überwiegenden Teils des Besitz- und Bildungsbürgertums bis 1961 nach Westdeutschland, womit der Autor vor allem die ausgeprägte »Kleinbürgerlichkeit« der DDR-Alltagskultur erklärt.

IV. Ich möchte als ergänzende Lektüre ein kleines Buch vorschlagen, das nicht so schnell auf die Bestseller-Listen gelangen dürfte: *Günter Minnerup, DDR — Vor und hinter der Mauer*. Innerhalb der Linken der 70er Jahre waren es vor allem maoistische Gruppen (KPD, KPD/ML), die das Thema auf ihre (dogmatische) Art zur Sprache zu bringen versuchten, dabei jedoch neben »nationalbolschewistischen« Anklängen an die Propaganda der KPD der frühen 50er Jahre (»Deutschland dem Deutschen Volk!«) in diesem Zusam-

menhang fatalerweise auch ein Feld für die Bekämpfung des »Hauptfeindes Sozialimperialismus« entdeckten. So fiel es den linken Nationalallergetikern aller Schattierungen leicht, die — seit der Biermann-Ausweisung und Dutschkes Thesen von 1977/78 von links aktualisierte — deutsche Frage abzuwehren. Stärker als die Maoisten stellten die »lambertistischen« Trotzlisten, die seit 1972 in der SPD arbeiten, die »Einheit Deutschlands« in das Zentrum ihrer politischen Aktivität; auch hier wurde der agitatorische Hauptstoß gegen das »stalinistische« Herrschaftssystem gerichtet, dessen Existenz auf deutschem Boden zugleich als die wichtigste Lebensversicherung des Kapitalismus im Westen galt. Ungeachtet einiger nicht von der Hand zu weisender Teilerkenntnisse, die gesamtdeutsche Bedeutung der Sozialdemokratie und den Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage in Deutschland betreffend, war und ist die praktische Politik der »lambertistischen« Gruppe in der SPD — ihre weitgehende Bereitschaft, mit rechten antikommunistischen und prowestlichen Tendenzen zu kooperieren — kaum geeignet, für ihre Programmatik innerhalb der Linken Sympathien zu gewinnen. Aus einer konkurrierenden Fraktion des trotzkistischen Lagers — aus dem Umfeld der der »Vierten Internationale« angehörenden »Gruppe Internationale Marxisten« — kommt die Broschüre, auf die hier hingewiesen werden soll.

Wer in dem Aufwerfen der nationalen Frage in Deutschland einen »neuen Nationalismus« sehen will, wird in Minnerups Schrift kein Belegmaterial für diese These finden. Die Broschüre enthält erstens einen empirisch-analytischen, gut lesbaren Artikel über die DDR als »eingemauerten Arbeiterstaat« und zweitens »Acht Thesen zur nationalen Frage in Deutschland«. Der Aufsatz liefert auf engem Raum Zahlen, Daten, Fakten, namentlich zum Problem von Macht und Herrschaft in der DDR, die — entsprechend der klassischen Definition der Trotzlisten — als »bürokratisch deformierter Arbeiterstaat« bezeichnet wird. (Der wesentliche Punkt dieser Definition besteht darin, daß die Bürokratie als privilegierte und herrschende Schicht bestimmt, ihr Klassencharakter aber geleugnet wird.) Die Besonderheit der DDR, auch gegenüber den »Bruderstaaten«, ihr Mangel sowohl an nationaler wie an demokratischer Legitimität, sei durch die Umstände ihrer Entstehung, die »Revolution von außen« und die Teilung Deutschlands, determiniert. Der trotz beachtlicher Leistungen immer noch gravierende ökonomische Rückstand gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik, den Gaus offenbar als unveränderlich ansieht, hat laut Minnerup in erster Linie Gründe, für die nicht die Planwirtschaft als solche verantwortlich sei, wohl aber die politische Abhängigkeit von der Sowjetunion und das Fehlen einer Produzenten-Demokratie auf den wesentlichen Entscheidungsebenen. In einer solchen Perspektive wird natürlich die, wenn nicht aktuelle, so doch potentielle zukünftige Relevanz antistalinistisch-sozialistischer Oppositionskerne (à la Biermann, Havemann und Bahro) stärker betont als bei Gaus, der seinerseits die gegenwärtigen, elementareren Basisregungen in der Art von Quasi-»Bürgerinitiativen«, eigenständigen Friedensgruppen und autonomen kirchlichen Zirkeln anführt.

Die »Thesen« versuchen, eine in sich geschlossene — wenn auch erst in Grundzügen skizzierte — revolutionär-marxistische Position zum Deutsch-

landproblem zu formulieren. Zugrunde liegen die beiden Feststellungen, daß die Nachkriegsordnung in Europa auf einem geographischen Kompromiß von Imperialismus und stalinistischer Bürokratie basiere, dessen Scharnier die Spaltung Deutschlands bilde, und daß sozialistische Veränderungen in beiden Teilen Deutschlands durch die Begleitumstände, Formen und Inhalte der nationalen Spaltung als territorialer Spaltung des deutschen Proletariats in besonderem Maße behindert würden. »... nicht etwa das 'Wirtschaftswunder', sondern die (gegen den Widerstand der Arbeiterbewegung vom Imperialismus durchgesetzte) deutsche Teilung ist die eigentliche materielle Grundlage der ideologischen Verbürgerlichung der westdeutschen Arbeiterklasse« (79f.). »Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat eine gesamtdeutsche Verantwortung, die nicht im nationalistischen Mythos des Deutschlandlieds, sondern in der objektiven Lage und den Interessen der ostdeutschen wie der westdeutschen Arbeiter selbst begründet ist.« (106) Die deutsche Frage ist also für Minnerup wie für die SED seit 1945 »in erster Linie eine Klassenfrage«; sie könne letztlich nur durch Klassenkampf der west- und ostdeutschen Arbeiter gelöst werden. Nicht in diesem Ansatz sieht der Autor den Fehler der SED-Position, sondern in der Negierung der subjektiven Nationalidentifikation der Werktätigen Ostdeutschlands und in der Auffassung, die künstliche und fremdbestimmte Staatsgründung (ein Tatbestand, der auch für den Westen gilt, aber dort durch eine Reihe günstiger Faktoren im Nachhinein besser überdeckt werden konnte) zu einer inneren Nationsbildung erweitern zu können.

Ich stimme mit der hier zugespitzt referierten Analyse Minnerups in der Grundtendenz überein; nicht unwichtige kategoriale Einzelheiten wie der »bürokratisch deformierte Arbeiterstaat« seien hier vernachlässigt. Notwendig wäre m.E. eine Erweiterung in Richtung der Nation-Theorie von Leopoldo Mármora (Nation und Internationalismus. Edition Con, Bremen 1983). Mármora definiert die bürgerliche bzw. »populär-demokratische« Nationsbildung als Entstehung eines Hegemoniesystems. Mein damit nicht unmittelbar verknüpfter Einwand bezieht sich auf Minnerups Kritik an Etappenlosungen (Friedensvertrag mit Abzug der ausländischen und Ab- und Umrüstung der deutschen Armeen, Paktfreiheit, Konföderation usw.), die auf ein breiteres soziales und politisches Spektrum zielen. So wenig die Vermittlung solcher Vorschläge mit einer, auf die Konstituierung des »neuen historischen Blocks« gerichteten, antikapitalistischen Bündnisstrategie bereits geleistet ist — ein allgemeines Desiderat linker bzw. grün-alternativer Politik in der BRD —, so unfruchtbar scheint mir Günter Minnerups Beschwörung der »revolutionären Sprengung« des »gesamten Nachkriegs-Status-quo« als Alternative dazu.

Literaturverzeichnis

- Degen, Hans-Jürgen (Hrsg.), 1982: Was soll bloß aus Deutschland werden? AHDE-Verlag, Berlin/West
- Gaus, Günter, 1983: Wo Deutschland liegt. Hoffmann und Campe, Hamburg
- Minnerup, Günter, 1982: DDR — Vor und hinter der Mauer. isp-Verlag, Frankfurt/M.
- Strauss, Wolfgang, 1983: Aufstand für Deutschland. Druffel-Verlag, Starnberg.

Interventionen

Michael Haupt: Zu Buhr

Was mich zum Schreiben bewegt, ist die im *Argument* geführte Debatte über die Angriffe von Buhr, die ihr — einmal moderat, einmal sehr energisch — zurückgewiesen habt. Das ist natürlich richtig, trotzdem ist mir in den Argumentationen ein blinder Fleck aufgefallen, der die Tradition solcher ausgrenzenden Verfahrensweisen, wie Buhr sie dokumentiert, verdeckt, obwohl diese ihren Ursprung in den Klassikern selbst haben. M.a.W.: die gralshüterisch inspirierte Bewahrung der Lehre als unbefleckter hat die Ausbreitung der marxistischen Theorie seit jeher begleitet und jenen Ton gehässiger Unduldsamkeit erzeugt, der sich nicht nur durch die Briefe, sondern auch die polemischen Schriften von Marx und Engels zieht (etwa in der Kampagne gegen Bakunin, aber durchaus nicht nur dort). Und sind nicht die Auslassungen Buhrs ein Nachhall des Leninischen Kampfes gegen Bogdanov und die »Otzovisten«? Der Stil der Verkündigung, mit der die wahre Lehre vorgetragen und zugleich der Abweichter ausgegrenzt wird, ist viel älter als der Versuch, marxistische Theorie der »pluralistischen« wissenschaftlichen Diskussion auszusetzen, was ja immer die Befähigung zur Relativierung der eigenen Position voraussetzt, zu der die Begründer des Marxismus nie geneigt haben. Es kann von daher nicht erstaunen, daß deren minder begabte selbsternannte Erben auch dieser Traditionen sich verpflichtet fühlen. Wie aber verfahren mit einem zur Staatsphilosophie geronnenen Marxismus? Könnte es helfen, Buhr zur Diskussion aufzufordern? Aber wer die reine Lehre vertritt, wer sie mithin als Besitz vorweist, der diskutiert nicht. Aber die Gründe für eine solche Haltung liegen, so fürchte ich, nicht nur in innersozialistischen Verhältnissen, sie liegen auch im argumentativen Stil einer Theorie, die von Anfang an wenig Wert auf das gelegt hat, was die Menschen sich vorstellen und denken, sondern der es darum ging, was sie gezwungen (sein) werden, zu tun. Vielleicht wäre einmal darüber nachzudenken, auf welche Weise im marxistischen Diskurs Inhalt und stilistische Form zusammenhängen. — Bleibt noch nachzutragen, daß mir das letzte Heft (143) endlich wieder in allen Beiträgen den Impuls gegeben hat, das Abonnement (trotz schmaler Brieftasche) beizubehalten.

Waltraud Schwab: Rezensions-Maßstäbe

Annette Kluitmann aus Marburg hat in Ihrem Heft Nr. 143 das Buch »Das andere Gefühl — Eifersucht«, Hrsg. Gudula Lorez, rezensiert. (...) Sie macht eine Voraussetzung, unter der das Thema aufgeschlüsselt werden könnte, zum unabdingbaren Muß; läßt keine andere zu und beweist den Frauen, die sie zum Thema ausgelassen haben, daß ihr Geschriebenes total daneben liegt. Jede Frau hat das Thema Eifersucht (nach A. K.) nämlich so anzugehen und wiederzugeben, wie es irgendwelchen alt-linken Halbgöttern aus dem Munde sprudelte: reflektiert, analysiert, zergliedert, eingeteilt, aufgeschlüsselt, kategorisiert und so phantasievoll, daß es von den Massen nachvollzogen werden kann. Nicht zu vergessen, bei all dem soll es auch *authentisch* sein. Es ist, als ob Annette Kluitmann eine Birne beschreiben will und ihr ständig vorwirft, daß sie kein Apfel ist. Diese Auswölbung der Birne zum Stif(e) hin ist ganz und gar unreflektiert, ja sogar vulgär, »auf hollywoodbekanntem Niveau« sozusagen (Zitate alle aus der Rezension, *Argument* 143, 147/8). Die Farbe der Birne »wird zum Ablatsch der in den Produkten« der Farbindustrie transportierten Farbpigmente. Warum ist die Birne rot-grün wie der Apfel? (Wie Marx schon sagte, und Freud auch: Hat Eva Adam vielleicht mit einer Birne verführt?) »Als Folge der unreflektierten Betrachtungsweise« wird eine Birne immer mehr der Ausdruck von sich selbst, wo es doch viel besser wäre, wenn sie ein Apfel wäre. Nicht zu sprechen vom Geschmack, dem sinnlichen Erleben, einer Birne, an der noch lange wird gearbeitet werden müssen, bis sie wie ein Apfel schmeckt. »Die sich in der Banalität« einer Birne »ausdrückende Unfähigkeit ... bestätigt sich ... im Verharren in der Gegenwart« (z.B. Gute Luise). (...) Ich habe Das *Argument* ja eigentlich nie besonders gemocht (um nicht zu sagen: nie gelesen), aber jetzt ist Das *Argument* für mich schon sehr nahe an »Christ und Welt« — und das mag ich ja überhaupt nicht — gerückt. Es würde mich nämlich nicht wundern, wenn in einer Rezension in »Christ und Welt« das Buch deshalb verrissen würde, weil es das Thema Eifersucht nicht vom religiösen Standpunkt aus angeht, und das ist, wie wenn jemand einer Birne vorwirft, daß sie kein Pfirsich ist. (Steht doch auch schon in der Bibel, die Frau sei dem Mann untertan. Und die Bibel ist viel älter als Negt/Kluge.) Sagt nicht, das eine hätte mit dem anderen nichts zu tun, dann hättet ihr auch A.Ks. Rezension nicht drucken dürfen. Mit solidarischen Grüßen, Genossen.

Susan Neiman

Unterstützt die Universität El Salvador!

In einer Untergrundgarage in San Salvador beobachten Medizinstudenten einen Sezierungsvorgang. In ihren eigenen Mietwohnungen auf dem Fußboden sitzend, erhalten Studenten der Geistes- und Sozialwissenschaften ihren Unterricht. Die Universität von El Salvador befindet sich in einer einmaligen Situation. Obwohl ihre Gebäude seit fast vier Jahren militärisch besetzt sind und zum großen Teil zerstört und geplündert, fungiert sie noch immer als El Salvadors Hauptuniversität. Trotz ständiger Verfolgung, trotz der Ermordung von mehr als fünfhundert Dozenten und von Tausenden von Studenten versuchen die in Freiheit befindlichen Universitätsangehörigen, den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten. Die Militärs gaben als Vorwand für die gesetzeswidrige Besetzung an, die Universität sei ein Zentrum des Terrorismus gewesen. In den Zeitungen wurden »Beweise« veröffentlicht: das Foto einer Aufführung des Studententheaters, auf dem Schauspieler Maschinengewehr-Attrappen in Händen halten (es handelt sich um Brechts »Gewehre der Frau Carrar«), sollte die Bewaffnung der Universitätsmitglieder dokumentieren; weißgestrichene Räume wurden als »Folterkammern« präsentiert. Die Universitätsverwaltung hat die Behauptung, die Universität sei ein Waffenlager und ein Ort der Guerillaschulung gewesen, strikt zurückgewiesen. Sie sagt, wenn das so gewesen sei, würden die Militärs mehr als zwei Stunden gebraucht haben, um den Campus zu besetzen. Die Universität war jedoch immer auch ein Zentrum der Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen. Sie hat auch Alphabetisierungskampagnen, Kliniken und allgemeine Erziehungsprogramme auf dem Lande und in den Armenvierteln von San Salvador organisiert. Bei den letzten demokratischen Wahlen war sie ein Treffpunkt für Gewerkschafter und Landarbeiter, für Mitglieder christlicher Organisationen und politischer Parteien. Musik-, Theater- und Filmaufführungen machten sie zu einem Mittelpunkt der fortschrittlichen Kultur. »Die Universitätsmitglieder stehen nicht getrennt von der Revolution der bewaffneten Freiheitsbewegung, aber sie können nicht die Sprache der Waffen sprechen«, sagte der Rektor, Dr. Miguel Angel Parada, auf einer Pressekonferenz in Westberlin. »Sie leisten den Beitrag, der ihnen möglich ist, und wir betrachten die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs als Widerstand gegen die Ungerechtigkeit.« Die Besetzung war die letzte in einer Reihe von repressiven Maßnahmen seit 1972. Um die Solidarisierung zwischen den Studenten und den Befreiungsbewegungen zu verhindern, hatte die Regierung versucht, die Universität in ein Zentrum für die technische Ausbildung des Mittelstands umzuwandeln. Die Studentenzahlen wurden herabgesetzt. Mensa und Wohnheime für Studenten aus dem Landesinneren geschlossen, die Stipendien um 80 Prozent gekürzt. Dennoch gelang es der Regierung nicht, den Widerstand der Universitätsangehörigen zu brechen. So befahl sie am 26. Juni 1980 den Angriff auf die Universität, der zum Tod führender Mitglieder, wie des damaligen Rektors Ulloa, führte. Trotz eines Beschlusses des salvadorianischen Parlaments vom Januar 1983, die Universität wieder zu eröffnen, sind die Universitätsgebäude noch immer in Händen des Militärs. Um Unterstützung für seine Universität und für die Menschen seines Landes zu gewinnen, bereiste Rektor Parada im Herbst 1983 die USA und verschiedene Länder Europas. Überall wurde er von Kollegen empfangen. In Westberlin aber hielt die Freie Universität es für angebracht, ihre »Bündnistreue« zu den USA zu beweisen. Sie hat der Bitte um offizielle Unterstützung von Paradass Besuch nicht stattgegeben. Materielle und symbolische Hilfe ist für die Universität von El Salvador lebensnotwendig. Man kann Ehrenmitglied der Universität werden: für einen Mindestbeitrag von 5 DM erhält man eine Immatrikulationsbescheinigung der internationalen Solidarität. Wir bitten um Spenden auf das Konto 0119112800 (Tejada de Skomske, Stichwort »Uni El Salvador«) bei der Berliner Bank (BLZ 100 200 00). Informationen geben die »Westberliner Freunde der Universität von El Salvador«, Kontaktadresse: Angela Tejada de Skomske, Kaiser-Friedrich-Straße 76, 1000 Berlin 10, Telefon: 030/826 26 10.

Solidaritätskomitee mit den Demokraten der Türkei

Solidarität mit den Hochschullehrern der Türkei

Seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 sind die Hochschullehrer in der Türkei schweren Unterdrückungen ausgesetzt. Neben den Gewerkschaften und demokratischen Organisationen gehören die Universitäten zu den gesellschaftlichen Bereichen, auf die die Militärs ihre Angriffe konzentrieren. Die demokratischen und fortschrittlichen Hochschullehrer werden heute von den Universitäten entlassen, gezwungen, ihre Ämter niederzulegen oder in kleinanatolische Städte verbannt. Die Unterdrückungskampagne gegen die Hochschullehrer beschleunigte sich insbesondere nach der Verabschiedung des »Hochschulgesetzes« im November 1981. Durch dieses Gesetz wurde die Autonomie der Universitäten aufgehoben. Nach seiner Verabschiedung wurde sofort mit einer breit angelegten »Reinigung« der universitären Kreise begonnen. Bislang konnten die Namen sämtlicher entlassener Hochschullehrer noch nicht erfaßt werden. Aus verschiedenen Zeitungen wurde jedoch eine Zahl von ca. 500 Betroffenen ermittelt. Sie wurden ohne Angabe von Gründen suspendiert. Gemeinsam ist ihr Eintreten für demokratische Rechte und akademische Freiheiten. Darüber hinaus wurden Hochschullehrer wegen Zugehörigkeit und Tätigkeit in einigen demokratischen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, wie z.B. dem türkischen Friedenskomitee oder der Konföderation der fortschrittlichen Arbeitergewerkschaften (DISK) von der Staatsanwaltschaft angeklagt. Das beantragte Strafmaß reicht z.T. bis zu lebenslanger Haft.

Infolge der Säuberungsaktionen der Militärs ist innerhalb von drei Jahren der Lehrbetrieb an einigen Fachbereichen stark beeinträchtigt. An der naturwissenschaftlichen Fakultät Ankaras sind bis zum jetzigen Zeitpunkt z.B. 93 der 250 bis zum September beschäftigten Hochschullehrer entfernt worden. Um das dadurch stark dezimierte Lehrpersonal aufzufüllen, versuchen das Kultusministerium und der Hochschulrat der Türkei, ausländische Lehrkräfte durch das sechsfache Gehalt eines türkischen Hochschullehrers anzuwerben. 1982 galten diese Versuche in erster Linie Belgien und Großbritannien. Seit 1983 werden diese Bestrebungen auf die Bundesrepublik ausgedehnt. Wir, Wissenschaftler und Hochschulangehörige fordern deshalb:

1. Unsere Kollegen sollten den antidemokratischen Entwicklungen an den türkischen Universitäten gegenüber eindeutig Stellung beziehen und in den ihnen nahestehenden Gremien und Vereinigungen dieses Thema zur Sprache bringen. Sie sollten in ihren Fachzeitschriften und Mitteilungsorganen aufklären. Außerdem sollten sie den betroffenen Kollegen Hilfe leisten, indem sie auf sämtliche Arbeitsmöglichkeiten im Ausland hinweisen und dies der unten genannten Kontaktperson mitteilen.

Wir erklären 2., daß wir uns mit den türkischen Kollegen solidarisieren, die entlassen worden sind oder ihre Ämter niederlegen mußten und nur unter schwersten Bedingungen ihren Beruf weiter ausüben können. Wir rufen dazu auf, solange keine wirkliche Redemokratisierung eingeleitet wird, keine Stellen an türkische Lehr- und Forschungseinrichtungen anzunehmen. Wir appellieren an das Bundesbildungsministerium und die Kultusministerien der Länder sämtliche von türkischer Seite geknüpften Kontakte mit sofortiger Wirkung abzubrechen.

Wir fordern 3., alle mit dieser Thematik befaßten internationalen Organisationen, vor allem aber die UNESCO dazu auf, die Unterdrückungsmaßnahmen und den täglichen Terror gegen die Akademiker der Türkei umgehend auf die Tagesordnung zu setzen und effektive Beschlüsse zur Verteidigung der demokratischen Rechte und der akademischen Freiheit zu fassen sowie konkrete Solidarität mit den betroffenen türkischen Kollegen zu entwickeln.

Unterschriftenlisten: Prof. Dr. G. Auernheimer, Roter Graben 6, 3550 Marburg.

Kongreßberichte

Populism and Popular Culture

The Inaugural Conference of the Association for Cultural Studies
London, 17. bis 19. Februar 1984

Die Konferenz — an der 70 Personen teilnahmen — eröffnete ein Mitglied des fortschrittlichen Londoner Labour GLC (Greater London Council) mit einem praxisorientierten Vortrag über »Popular Cultures and Socialist Practices«, in dem er für eine Einheitsfront gegen den rechten Thatcherismus plädierte. Diese Möglichkeit bzw. Sinnhaftigkeit stellte Ernesto Laclau in seinem Beitrag »Varieties of Populism« in Frage: Um eine Einheitsfront herzustellen sei es notwendig, daß es in der Gesellschaft eine klare Polarisierung zwischen herrschendem Machtblock und dem Volk gebe. Diese Polarisierung stelle sich dadurch her, daß alle Verhaltensweisen und Eigenschaften des herrschenden Blocks von den Beherrschten negativ besetzt werden. So werde eine Äquivalenzkette konstruiert aus den verschiedensten Haltungen und Eigenschaften, die nichts anderes gemeinsam haben, als daß sie als Attribute der herrschenden Klasse gelten. In der gegenwärtigen britischen Gesellschaft gebe es eine solche Polarisierung nicht. Die Frage sei auch, ob sie wünschenswert sei, ob es in einer so differenziert strukturierten Gesellschaft noch solche Polarisierungen geben könne. Die Politik müsse in so differenzierten Gesellschaften eher darin bestehen, die unterschiedlichen sozialen Bewegungen, die jeweils unterschiedliche Befreiungsinteressen haben, zu multiplizieren, ihre Kräfte zusammenzufügen, ohne sie zu vereinheitlichen und einem vereinheitlichten herrschenden Block gegenüberzustellen.

Diskutiert wurde anschließend aktuell politisch-strategisch, z.B. welche Rolle die Labour Party für die Bewegungen und für die Veränderung der Gesellschaft spiele. Für weiße, männliche Mittelschichtsangehörige, die sich den verschiedenen Basis- und autonomen Bewegungen nicht anschließen können, bedeutet die Zugehörigkeit zur Labour Party symbolisch den Anschluß an die Arbeiterbewegung (die örtlichen LP-Sektionen bestehen zum größten Teil aus männlichen Intellektuellen) und die einzige Möglichkeit für politische Aktivität. Ist die LP eine Bewegung unter anderen, oder soll sie als Massenpartei im Mittelpunkt stehen? Immer mehr Sozialisten und Feministinnen treten ihr in letzter Zeit bei.

Weiter ging es mit einer eher wissenschaftlich-methodischen Diskussion des Problems des »popular conservatism«. Tony Dunn polemisierte (ähnlich wie später die Filmemacherin Laura Mulvey) gegen die Vorstellung, die Volkskultur habe immer auch Momente von Widerstand beinhaltet. Tatsächlich sei sie konservativ (gewesen) und angepaßt. Seine Definition vom Volkskonservatismus im Vereinigten Königreich: Privatheit + Freiheit + monarchistischer Konstitutionalismus.

Richard Johnson von der Gruppe Popular Memory des Birminghamer Centre for Contemporary Cultural Studies referierte über die Schwerpunktverlagerung in der Arbeit der Gruppe: Bisher wurden in erster Linie Formen *öffentlichen* Wissens analysiert, Reden von Mrs. Thatcher, die Medien usw. Bei dieser Herangehensweise komme das *private* Wissen zu kurz. Der Prozeß der Rezeption — wie die Leser/innen die Texte »lesen«, Auswahl, Blockierungen, Transformationen usw. —, der als aktiver und kreativer begriffen wird, kann so nicht erfaßt werden. Das Thema der Popular Memory Group ist die Konstruktion von Geschichte durch den Konservatismus, den politisch organisierten, aber auch den Konservatismus des Volkes. Der »Präsentation der Vergangenheit« werden sozialistische Diskurse über Geschichte gegenübergestellt mit der Hypothese, daß sie möglicherweise ähnliche Ideologien reproduzieren, z.B. die Konstruktion von Helden. Zwei Momente sollen untersucht werden: die Reproduktion des Konservativen im Alltag

— Elemente in den Alltagspraxen sind nicht ihrem Wesen nach konservativ, können aber so verknüpft werden — und die Organisation von Massenaktivitäten: der Falklandkrieg, die königliche Hochzeit. Analysegegenstände sind u.a.: 1) die sozialistischen William-Morris-Gedenkfeiern zum 100. und 150. Geburtstag, an denen sich zeigen läßt, wie traditionalistisch, patriotisch, konservativ und sexistisch sozialistische Formen sein können; 2) Analyse dessen, wie die Menschen sich in ihrer eigenen Geschichte und Erinnerung auf Ereignisse in der königlichen Familie beziehen (»Das war doch zur Zeit des Jubilées«); 3) historischer Tourismus: das Schloß als Modellfall konservativer Volksgeschichte; der Tagesausflug zu einem Schloß ist die Hauptform des historischen Tourismus geworden; 4) Bilder vom Essen: die Rolle traditioneller britischer Gerichte für den Nationalismus des Volkes usw. Eine wichtige Quelle für die Erforschung sind die Forschenden selbst, individuell und als Kollektiv; ihre Autobiografien werden einbezogen. Wenn die Diskurse des Volkes untersucht sind, will man sich Thatchers Diskurse wieder vornehmen, um herauszufinden, welche Elemente und Praxen sie aufgreift, welche nicht.

James Donald von der Open University problematisierte die Kategorien »popular«, Volk und Konservatismus, ohne allerdings zu deutlichen Kriterien für ihre Bestimmung zu gelangen. Er endete mit der These, daß das Individuum sich am ehesten für konservative Ziele mobilisieren läßt, wenn es Angst hat, unsicher ist, und mit der provozierenden Frage: Warum sehen wir mit Vergnügen reaktionäre Filme oder lesen gern reaktionäre Zeitungen?

Zur Leitfrage »Popular Culture?« äußerten sich am letzten Konferenztage die avantgardistische Filmemacherin Laura Mulvey, Angela Partington, die am CCCS über Dekonstruktion und Avantgardismus in den visuellen Künsten arbeitet, sowie Angela McRobbie, die den Ansatz von Paul Willis kritisch aufgegriffen und für die Mädchenforschung weiterentwickelt hat. Laura Mulvey vertrat vehement die These, die Volkskultur sei von den Herrschenden »kolonisiert und karnibalisiert«. Wie Marxismus, Psychoanalyse und Feminismus wurzeln auch Volkskultur und Avantgarde im 19. Jahrhundert. Sie zeichnete die Entwicklungen der verschiedenen Formen der Volkskultur historisch nach, die alle eine Bewegung über Klassengrenzen hinweg waren und massive Kapitalisierung involvierten (vom bürgerlichen Melodrama zum populären Kitsch, vom proletarischen Stummfilm im Nickleodeon zum großen Kino mit Publikum aus allen Schichten, vom Frauenroman des 19. Jahrhunderts zum Groschenroman). Am ausführlichsten beschrieb sie den Vergnügungspark auf Coney Island, den sie *postproletarisch* nennt. Ein wichtiges Moment ist die *Familie*, die nach ihrer Etablierung als zentraler Ort im 19. Jahrhundert zum Publikum wurde. Das Fernsehen als populäre Vergnügungsinstanz brauchte sich kein neues Publikum zu erobern, es gelangte unmittelbar in das Zuhause, in die Familie.

Angela McRobbie gab Anstöße, über Inhalte und Methoden des Cultural-Studies-Unterrichts in den verschiedenen Bildungsinstitutionen nachzudenken. Wenn wir Cultural Studies unterrichten, welche Ziele wollen wir erreichen? Wollen wir Eigeninitiative und Kreativität fördern und dabei die nötige formale Qualifikation vernachlässigen? Welche Methoden verwenden wir? Bleiben wir beim autoritären förmlichen Unterrichtsstil: heute Gramsci, morgen Althusser? Inhaltlich kritisierte sie die arrogante Unterscheidung zwischen Volkskultur und gehobener Kultur bzw. Avantgardismus, die in sich eine Konstruktion (aus pädagogischen Gründen) sei. Darüber hinaus habe sich auch in den Cultural Studies ein Unterrichtskanon herausgebildet, der die Mädchen und ihre kulturellen Praxen ausschließt. Dabei verwies sie auf die Gedichte achtjähriger Arbeitertöchter, die Carolyn Steedman in »The Tidy House« (London 1983) dokumentiert. Diese Ausdrucksform gibt es im Kanon der Cultural Studies ebensowenig wie die Rezeption Virginia Woolfs in der Frauenbewegung. McRobbie plädierte für ein Überdenken von

Form und Inhalt des Unterrichts, wobei die eigene Erfahrung eine Rolle spielen soll, damit die Cultural Studies nicht zu einer weiteren Orthodoxie erstarren. In der Diskussion jedoch wurden die von ihr angesprochenen Probleme kaum aufgegriffen. Es wurde der Versuch unternommen, Volkskultur und Avantgardismus in Bezug aufeinander als Räume zu bestimmen, in denen Ausgrenzungen in Frage gestellt werden. Beide Kulturformen operieren an den Grenzen festgelegter, abgeschlossener Räume, deshalb seien auch Einordnung und politischer Inhalt so schwer zu bestimmen.

Der Vormittag des 19.2. war der festen Einrichtung des Verbandes »Association for Cultural Studies« sowie seiner Struktur und seinem Programm gewidmet. (Er ist aus dem Cultural Studies Network entstanden, das es seit 1980 gab.) Ein Ziel: die Cultural Studies trotz drastischer finanzieller Beschneidungen als interdisziplinäres Forschungsgebiet und als Gegenstand der Lehre weiterzuentwickeln. Es gibt inzwischen (oder noch!) fünf Institute in Großbritannien, die in dem Gebiet forschen und lehren. Der Verband wird weitere Konferenzen organisieren und einen Newsletter herausgeben. Kontaktadresse: Mike Dawney, Middlesex Polytechnic, Cat Hill, Barnet Herts. EN4 8HU England.
Claudia Gdaniec und Nora Räthzel (Berlin/West)

Frauen Macht Politik

Vierte Hamburger Frauenwoche, 26. bis 31. März 1984

In diesem Jahr stand die Frauenwoche unter einer besonderen Spannung. Schon Wochen vorher hatten sich die unterschiedlichsten Gruppen getroffen, um Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zu erstreiten, die Kräfte zu bündeln, der Resignation und dem folgenlosen Zerbröckeln Einhalt zu gebieten. Zur Diskussion stand in einer Großveranstaltung das von Frauen des sozialistischen Frauenbundes vorgeschlagene und inzwischen von vielen Gruppen veränderte und schon dabei mit Leben sich füllende Konzept eines Weiberrates. »Weiber« — der Name sollte die die Frauen zugleich erniedrigende und erhöhende Beurteilung offensiv aufnehmen. In einem »Rat« wären die vielfältigen Projekte, Gruppen, Fragen der Frauenbewegung zu verknüpfen, zu beratschlagen, um als gemeinsame Stärke Politik zu machen, nicht bloß zu erleiden.

Die große Diskussion war schwierig. Zu wenig waren die Frauen gewohnt, für Zusammenschlüsse zu sprechen, wo Trennungen und Abgrenzungen angeboten werden, die einfacher und übersichtlicher sind. Zu wehrlos schreckten sie vor ihrem eignen Mut zurück, als einige Frauenbuchladenfrauen und eine Frauenzeitungsfrau, die ja selber organisierende Momente in der Bewegung darstellen, vor Organisation warnten. Zurückblicken, nicht nach vorn bewegen — eine solche Aufforderung ließ schließlich die Versammelten erstarrt zurück wie Lots Weib, und die Hoffnung auf sofortigen Zusammenschluß, zu der mehr als 1000 Frauen gekommen waren, zerrann. Sie wurden nicht befragt, dafür gab es noch keine Formen, statt dessen wurde der Unmut der wenigen, die sich äußerten, fürs Ganze genommen und die Gründung des Weiberrates vertagt. — Da die Sammlung der Frauenbewegung kein lokales Projekt sein kann, sondern mindestens ein nationales sein muß, wird die Gründung von Frauenräten in anderen Städten die Hamburger wohl doch noch bald zur Gründung bringen.

Der in Folgeveranstaltungen auf der Hamburger Frauenwoche ersatzweise konzipierte feministische Politikkongreß kann so schon ein Projekt des Weiberrates sein, kann Vergangenes mit Zukünftigem verbinden, die Möglichkeiten der Einflußnahme auf parlamentarische Machtpolitik diskutieren. Weitere Veranstaltungen um Frauenpolitik zeigten die Gräben, die zuzuschütten oder zu überspringen sind, und welchen Mangel an politischen Fähigkeiten die lange Abwesenheit von den männerdominierten Machtzentren hinterlassen haben: Vorbehalte gegen Politikkonzepte und Organisationsformen überhaupt wurden in der Veranstaltung »Die Frauenbewegung entläßt ihre Kinder« formu-

liert und damit Politik hinterrücks durchgesetzt. Resümierend wurde Rückschau gehalten auf 15 Jahre Frauenbewegung. Wo blieben die Frauen aus den Anfängen? Warum gehen die Alten, und was treibt dennoch die Neuen, sich der Bewegung anzuschließen? Ist die Frauenbewegung ein Durchlauferhitzer? Wie muß Politik verändert werden, um Frauen aus allen Bereichen zu erreichen? Am Schluß kam als Votum gegen einen Weiberrat eines für ihn heraus: es soll weiter beratschlagt werden.

»Frauenpartei — ja oder nein?« fragten sich rund 20 Frauen nach dem Vortrag einer Veranstalterin über die historischen Kämpfe um das Wahlrecht von Frauen. Hannelore Mabry, bekannt im Zusammenhang mit der Zeitschrift »Der Feminist«, führte in dieser Veranstaltung vor, wie frau jede produktive Diskussion verhindern kann, indem sie Unterschiede in der Frauenbewegung systematisch zu tiefen Spaltungsgräben vergrößerte. Am deutlichsten trennte sie die in der Arbeiterbewegung oder bei den Grün-Alternativen organisierten Frauen ab, die unweigerlich zu Patriarchalistinnen würden und damit zu den politischen Feinden gehörten. Die nächste Abspaltung traf die »unpolitischen« Frauen der Frauenbewegung. Der Effekt ihrer Ausführungen bestand darin, daß sie durch lange Reden und provokative Festlegungen jede Diskussion von politischen Vorschlägen, selbst ihrer eigenen (Frauenpartei und/oder feministische Gewerkschaft) verhinderte.

In einer anderen Veranstaltung ging es um »Staatsknete«: Die 25 Frauen, die fast alle in Frauengesundheitsprojekten arbeiten oder dazu forschen, waren sich darin einig, daß für gesellschaftliche Mißstände nicht unbezahlte politische Arbeit geleistet werden sollte. Mit Annahme der Staatsgelder aber müssen sie sich mit vielen Problemen befassen, die ihre konkrete Arbeit beeinflussen, z.B. erhöhte Bürokratisierung, weiterbestehende Unsicherheit durch unzureichende, befristete Stelleneinrichtung und Zweckgebundenheit der Gelder, Spannungen unter bezahlten und unbezahlten Kräften, Konzeptverlagerung auf Bereiche, die zusätzlich Geld einbringen usw. Sie verwenden sehr viel Energien darauf, sich Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen und Strategien zu entwickeln, wie sie dem Staatseinfluß entgegen können, und zwar jede Gruppe für sich allein. (Öffentlichkeit könne zur Gefahr für ihre Arbeit werden.) Die Bedeutung dieser Staatspolitik als Schwächung der Frauengesundheitsbewegung und mögliche Konzepte für eine Vernetzung und gemeinsame Politik kamen nicht zur Sprache.

Frauen der Jungsozialisten machten eine gutbesuchte Veranstaltung zur 35-Stunden-Woche. Sie sei eine Chance für mehr Gleichberechtigung, vor allem im Haushalt, behaupteten die Referentinnen. Zugleich bedeute die tägliche Arbeitszeitverkürzung für Frauen die Möglichkeit zu verstärktem Engagement in Parteien und Gewerkschaften. Daß Männer nicht unbedingt freiwillig die gewonnene tägliche Stunde mit Putzen im Hause verbringen würden, ahnten die Veranstalterinnen wohl — sie schlugen zusätzlich als Strategie vor, die Männer müßten sich ändern (sehr ähnlich argumentierten SPD-Politikerinnen Anfang dieses Jahrhunderts). Die Geschichte allerdings lehrt uns, daß die bloße Hoffnung auf veränderte Männer die Frauenunterdrückung nicht behebt.

Die größte Kraft der Frauenbewegung liegt immer noch in der Kultur. Schnell war es den vielen Frauen gelungen, dem Hamburger Universitätscampus ein neues, buntes Gesicht zu geben. Ein Gewirr von Frauen und Kindern zwischen Woll- und Schmuckständen, Holzkohleöfen mit frisch zubereiteten Reisgerichten. Eine Frau hatte sogar eine »Open-Air-Fahrrad-Werkstatt« aufgebaut, um gemeinsam mit anderen Frauen das Reparieren von Zweirädern zu lernen. Daß der Markt wesentlich draußen stattfand, war nicht zufällig. Die Veranstalterinnen hatten in diesem Jahr bewußt dafür gesorgt, daß im Innern der Hochschule wesentlich Platz war für Dokumentationen und Ausstellungen, Bücher und Informationstische. Zwischen den Veranstaltungen sollte das Foyer Möglichkeiten zu weiteren Diskussionen, aber auch zum Ausspannen und zum Kaffeetrinken bieten. Insgesamt hatte das Äußere der Woche etwas sehr Anziehendes, auch nach

Beendigung der Veranstaltungen blieb die Lust, sich unterzumischen, zu gucken, sich einzumischen und sich mitzubewegen.

Dennoch gab es auch Schwierigkeiten im Kulturellen. Neben einem klassischen Liederabend und einer musikalisch-kabarettistischen One-Woman-Show gab es eine Kulturgroßveranstaltung mit dem ver-rückenden Titel: *STELL DIR VOR, ALLES BLEIBT SO WIE ES IST, UND ALLE MACHEN MIT* — eine politische Revue in Tönen und Bildern. Von den über 1500 Frauen am Anfang waren gegen Ende nur noch wenige geblieben. Was die Veranstalterinnen sehr kontrastreich (Texte von Jutta Heinrich und Margot Schröder sich abwechselnd mit lauter Rockmusik) vom Podium den Zuschauerinnen als politische Kultur boten, kam bei diesen überwiegend als unzumutbare Aufgabe an: den Texten konzentriert folgen zu müssen, der Musik die akustisch unverständlichen Texte nachzusehen. Von dieser Veranstaltung ergeht an uns gerade durch ihr Mißlingen die Aufgabe, daß wir eine politische Kultur der Frauenbewegung weiter bauen müssen.

Sünne Andresen, Ursula Czock,

Gisela Heinrich, Margret Lüdemann, Erika Niehoff (Hamburg)

Christen in Befreiungskämpfen

Weltversammlung von »Christen für den Sozialismus« und verwandten Gruppierungen
Barcelona, 2. bis 8. Januar 1984

Das internationale Treffen von »Christen in Befreiungskämpfen« war das zweite seiner Art auf Weltebene. Die Geschichte der Bewegung geht zurück in die frühen siebziger Jahre. Ein wichtiger Impuls war das Treffen der chilenischen »Christen für den Sozialismus« in Santiago 1973. Zur selben Zeit formierten sich ähnliche Gruppen auch in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern. Nach dem Putsch und der Ermordung Allendes in Chile geriet die Bewegung in Lateinamerika vielerorts in Bedrängnis, sprang aber andererseits nach Westeuropa über und formierte sich ab Mitte der siebziger Jahre auch in verschiedenen Ländern Afrikas und Asiens. 1975 fand das erste Welttreffen in Quebec (Kanada) statt. Seitdem gab es verschiedene europäische und lateinamerikanische Treffen. Das Welttreffen in Barcelona bestand aus etwa 120 Teilnehmern (Delegierten, Mitgliedern des Internationalen Rates und Beobachtern), davon etwa die Hälfte aus Ländern der Dritten Welt. Trotz lateinamerikanischen Übergewichts gab es auch gute Repräsentation aus Asien (Philippinen, Indien, Sri Lanka, Bangladesh) und Afrika (insbesondere Südafrika, aber auch Zaire u.a.m.). Im Unterschied zu früheren europäischen Treffen war es nicht gelungen, die Anwesenheit von Delegierten aus Osteuropa zu gewährleisten. Trotz ausdrücklicher Bemühungen war es auch nicht gelungen, die Teilnahme von Frauen auf zumindest ein Drittel heraufzusetzen.

Der Form nach war das Treffen äußerst demokratisch, indem es auf lange Einzelbeiträge verzichtete und im wesentlichen in interkontinental gemischten Diskussionsgruppen in Englisch, Französisch und Spanisch arbeitete. Die verschiedenen Delegationen hatten im voraus Berichte über die Lage in ihren Ländern und über das Engagement linker Christen in dieser Situation in Umlauf gesetzt. Außerdem hatte es eine Reihe von Vorbereitungspapieren gegeben zu Themen wie Internationalismus, Materialismus und Glaube, feministische Theologie und marxistische Konzeptualisierung der Frauenfrage, kritische Analyse existierender »christlicher« Politik in verschiedenen Ländern etc. Viel Vorarbeit war durch Coeli (Centre Oecuménique de Liaisons Internationales) in Brüssel geleistet worden. Einige Grundtendenzen wurden am ersten Tag von drei Sprechern des Internationalen Rates nachgezeichnet. Pablo Richard (Zentralamerika) warf mit großer Eindringlichkeit die Grundproblematik vieler Dritte-Welt-Länder auf: das Vegetieren der Mehrheit unterhalb der Armutsgrenze, hohe Kindersterblichkeit, Unfähigkeit, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, gleichzeitig extremer Reichtum von kleinen Eliten und

zunehmende Militarisierung, wo immer die verarmten Bevölkerungsteile versuchen, sich gegen diesen skandalösen Zustand zu verteidigen. Daß solche Zustände nach wie vor der größte Skandal der Welt sind, muß heute, nach Ablauf der »Entwicklungsdekaden« der sechziger und siebziger Jahre, wieder laut gesagt werden, denn es besteht die Tendenz, diesen Sachverhalt wegen der Abrüstungsdebatte zu verdrängen. Obwohl Pablo Richard mit einer Gegenüberstellung von »Erster« und »Dritter Welt« arbeitete, verblieb er doch nicht in populistischen Konzepten, sondern machte deutlich, daß es die kapitalistische Wirtschaftsform ist, die das Massenelend verursacht, und daß es mithin notwendig ist, Wege zum Sozialismus zu beschreiten, wenn es gilt, die »Wahl für das Leben« in Taten umzusetzen. Was die Situation der Christen anbelangt, so war Pablo Richards Position von Lateinamerika bestimmt. Es ist dort in vielen Ländern nicht mehr nötig, »Christen für den Sozialismus« als Organisation zu formieren, weil oftmals die Kirche als Ganze mit der Option der Massen »für das Leben« mitgeht und sich daher selbst von Grund auf verändert. Demgegenüber spiegelte der europäische Beitrag von Giulio Girardi eine total andere Situation wider. Die Linke in Europa und mithin auch die Christen in ihr stehen unter dem Eindruck der neuen Massenbewegungen (Frieden, Ökologie, Frauen) und sind daher eher geneigt, den Klassenkampf klein- oder abzuschreiben, dem Arbeiten mit der Mittelklasse hohe Priorität zu geben und mehr von der »Krise des Marxismus« zu sprechen als von der des Kapitalismus. Solche Töne kamen vor allem aus Frankreich, Italien und Spanien, während aus den meisten nordeuropäischen Ländern nur wenige Repräsentanten anwesend waren und die starke flämische Delegation sich eher in der Nähe zum Ansatz Pablo Richards befand. Erschwerend kommt in Europa die Erstarrung und Bürokratisierung der organisatorisch und finanziell immer noch mächtigen Kirchen hinzu. Der dritte Beitrag, von mir, warf die Frage auf, warum sich die Bewegung »Christen für den Sozialismus« auch in solchen Ländern formiert, wo die Kirche zahlenmäßig unbedeutend und die Bewegung der Arbeiterklasse gespalten ist (z.B. in den meisten asiatischen Ländern), die Arbeit linker Christen sich also völlig im säkularen Bereich und unter erschwerten Bedingungen vollzieht.

Die Diskussionen in den workshops kreisten um die folgenden Fragen: 1. Wie sehen wir die neuen übergreifenden Weltprobleme (z.B. Weltwirtschaftskrise; neue Technologie — »Ende der Industriegesellschaft«; Konflikt der Großmächte — Wetttrüsten; »Imperialismus und militärische Aggression«; Suche nach neuen Gesellschaftsmodellen — »Krise des Marxismus«; die neuen Massenbewegungen — Frieden, Ökologie, Frauen, religiöse und ethnische Bewegungen). 2. Spezische Probleme von Christen in Befreiungskämpfen und linken Parteien. 3. Spezifische Probleme christlicher Vorkämpfer für den Sozialismus in den Kirchen. 4. Grundfragen christlichen Glaubens im Herzen der Befreiungskämpfe.

Natürlich ist es im Rahmen eines Kongreßberichts unmöglich, die Konklusionen zu so komplexen Fragen zu referieren. Durchgehend zeichnete sich ein Konflikt ab zwischen einer »Dritte-Welt-Position«, die der von Pablo Richard sehr nahe kam und auch von Teilnehmern aus Afrika und Asien vertreten wurde, und einer von Teilen Westeuropas entwickelten Linie (beschrieben, aber nicht vertreten von Giulio Girardi). Teil des Konflikts war auch Uneinigkeit in der Haltung gegenüber Osteuropa. Girardi half am Ende, zwischen diesen Tendenzen zu vermitteln, zusammen mit anderen »oldtimers« der Bewegung wie François Houtart, Gouzalvo Arroyo, George Casalis und vielen andern. Die große Stärke dieses Treffens war ein Reichtum an internationalen Begegnungen, ernstes Suchen nach politischer und theologischer Orientierung in der komplexen Weltlage und Erneuerung internationaler Solidarität, neue Öffnung gegenüber marxistischer Theorie und neuen Wegen revolutionärer Praxis sowie Ansätze zur Erneuerung von Kirche und Theologie von der Basis her.

Gabriele Dietrich (Madurai/Indien)

Erste Arbeitstagung des germanistischen Mittelbaus

Freie Universität Berlin, 20. bis 22. Januar 1984

Status und Berufsperspektiven des germanistischen Mittelbaus *und* Weiterentwicklung des Faches waren die beiden Themen, die die Teilnehmer der vom Fachbereich Germanistik der FU unterstützten 1. Arbeitstagung diskutierten. Die prekäre Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere in den Geistes- und Kulturwissenschaften, steht ebenso außer Zweifel wie die bisher nur wenig beachtete Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Germanistik über die Lehrerausbildung hinaus. In drei Sektionen und einer zusammenfassenden Übersicht wurde gerade dieser Zusammenhang zwischen Beschäftigungssituation, öffentlicher Wertung und Wirkung der Germanistik und inhaltlichem Profil verdeutlicht.

Sektion I (Leitung: Lothar Klawohn, FU Berlin) thematisierte mit der Frage nach der »Politisierung der Germanistik« die aktuelle Herausforderung des Faches durch die Friedensbewegung und damit das Problem, inwieweit der insbesondere mit Christa Wolfs »Kassandra« formulierte Zusammenhang von »Vor-Krieg« und Sprache eine Orientierungslinie für die literarische Interpretation generell bieten kann. In Sektion II (Leitung: Dietrich Scheunemann, FU Berlin) wurden unter dem Titel »Germanistik und Medien« nicht nur mögliche Verbindungen des Faches zur Film- und Kommunikationswissenschaft diskutiert, sondern auch die bisherige, meist nicht reflektierte Orientierung vor allem der neueren Literaturwissenschaft am Medium Buch thematisiert. Gerade die neueste Literatur fordert ja den Interpreten durch die Integration verschiedener Künste dazu heraus, sich nach der Angemessenheit seines Instrumentariums zu fragen. Für die Lehre könnte dies die Auffächerung tradierter Aneignungsformen und die Transposition des literarischen Textes in andere Medien wie Film, Essay, Video oder Feature bedeuten. Sie würde zwar die Interpretation differenzieren und vielleicht auch die berufliche Flexibilität erweitern können — ob sie aber eher Accessoire der bisherigen Ausbildung bleibt oder ob von ihr Impulse für die inhaltliche Erneuerung der Faches ausgehen könnten, blieb zunächst noch offen.

Ähnliches gilt für Sektion III »Germanistik als Kulturwissenschaft« (Leitung: Claudia Albert, FU Berlin). Hier wurde vor allem diskutiert, ob und wie sich die Germanistik auf die außerhalb der Universität prosperierenden Teil- und Alternativkulturen beziehen soll. Besonders lebhaftes Kontroversen rief die von einer Gruppe Bochumer Literaturwissenschaftler vorgetragene, an der französischen Diskursanalyse orientierte Konzeption hervor, durch die Analyse der subjektkonstituierenden Funktion von Kollektivsymbolen in den verschiedenen öffentlichen Diskursen und die entsprechende publizistische Aufbereitung (so in der von Jürgen Link und Ulla Link-Heer herausgegebenen Zeitschrift »KultuRRRevolution«) in die aktuellen kulturellen und politischen Auseinandersetzungen einzugreifen.

Die Arbeitstagung wurde von allen Teilnehmern als so lohnend und anregend empfunden, daß sie fortgesetzt werden soll, und zwar unter der Regie der Bochumer Kollegen. Kontakt: Gerhard Plumpe, Germanistisches Institut, Universitätsstraße 150, 4630 Bochum.
Claudia Albert (Berlin/West)

Arbeit — Bildung — Arbeitslosigkeit

9. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
Kiel, 26. bis 28. März 1984

Im Programmheft wird auf den widersprüchlichen Zusammenhang von Arbeit/Arbeitslosigkeit und Bildung aufmerksam gemacht: Die Arbeitslosigkeit sei »kein primär pädagogisches Problem«; Bildungsmaßnahmen seien eher geeignet, die Ursachen »eines gesellschaftlichen Problems in ein durch Bildung überwindbar scheinendes individuelles

Versagen Arbeitsloser umzudeuten«. Andererseits sei »die überragende Bedeutung der menschlichen Arbeit ... ein pädagogisches Thema par excellence«. Daraus folge für die erziehungswissenschaftliche Diskussion, daß über den Begriff der Arbeit, die gesellschaftliche Organisation der Arbeit und den »Wertewandel« beruflicher Arbeit neu nachzudenken sei, um »menschliche Arbeit als wertschöpfende und sinnstiftende Potenz des Menschen wiederzugewinnen«. Das historisch Bemerkenswerte an dieser programmatischen Aussage ist, denkt man an die Tradition humanistischer Bildungskonzeptionen, daß Nicht-Arbeit als Chance und Zeit zu universaler Bildung das erziehungswissenschaftliche Denken anscheinend nicht mehr kategorial bestimmt. Daran wird erkennbar, wie die Bildungsreformen der letzten beiden Jahrzehnte — bei allen Halbheiten, Rücknahmen und »Verwässerungen« — das Denken in den Erziehungswissenschaften verändert haben. Mit der fortdauernden und massenhaften Arbeitslosigkeit wird der Zusammenhang von Arbeit und Bildung scheinbar »entkoppelt«, wie einige Erziehungswissenschaftler sagen. In Wirklichkeit ist jedoch das Verhältnis zwischen beiden Seiten nicht als gleichwertig anzusehen: Einer schärferen Indienstnahme der Bildung für die Arbeit (vgl. z.B. Computer in den Schulen) steht eine relative Unabhängigkeit der Arbeit von der Bildung entgegen.

Im Plenum, in den Symposien und Arbeitsgruppen war allenthalben von der »Krise der Arbeitsgesellschaft« die Rede, die »die prästabilisierte Harmonie zwischen Bildung und Arbeit zerstört« habe. Dabei blieb jedoch unklar, was mit dem Begriff »Arbeitsgesellschaft« gemeint ist und wie darin die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse vorkommen. Vereinzelt wurde darauf hingewiesen, daß die »Krise der Arbeitsgesellschaft« zu einer »Krise der Bildung und Berufsbildung« führe, und zwar nicht nur in ihrer Legitimation, sondern ihrer Konzeptionen. Allerdings, so wurde zugleich betont, könnten nun nicht Kultur und Freizeit zu neuen Schwerpunkten der Bildung gemacht werden, wie es nicht nur bei einigen Freizeitpädagogen deutlich anlang. Die meisten Anstrengungen in den Veranstaltungen wurden daher auch darauf verwendet, im Sinne einer Aufrechterhaltung der »prästabilisierten Harmonie« Begriff, Organisation und Perspektive der gesellschaftlichen Arbeit neu zu denken und Konsequenzen für die verschiedenen Bildungsbereiche zu diskutieren. — Wichtig daran ist das Festhalten an gewonnenen Positionen. Jedoch scheint der wachsende Zwang zur Verteidigung des Erreichten dazu zu verleiten, den Ausbau von Kultur und Freizeit zu vernachlässigen, der aufgrund gewinnbarer »Zeitsouveränität« durch Arbeitszeitverkürzungen insbesondere den bislang, z.B. in der Erwachsenenbildung, unterrepräsentierten Arbeitergruppen zugute kommen könnte.

Die Ansicht, daß gesellschaftliche Arbeit nicht mehr wie bisher eingeschränkt als Erwerbsarbeit, also als Arbeit gegen Geld, zu begreifen sei, war weithin unstrittig; alle gebrauchswertschaffende Arbeit solle mit dem Begriff »Arbeit« gefaßt werden, gleichgültig in welchen gesellschaftlichen Formen die Arbeit verrichtet werde, ob als Lohnarbeit, als selbständige Arbeit, Heimarbeit, Hausarbeit oder in alternativen Betrieben. Wobei zugleich alle nichtindustrielle Arbeit gelobt wurde, weil sie »ganzheitlichere Arbeitsvollzüge« erlaube. Daß die Entwicklung der Automationsarbeit auf einem höheren gesellschaftlichen Niveau eine Integration bislang getrennter Arbeiten möglich und notwendig macht, war dabei nirgends ein Thema. Jedoch waren die Blicke auf die neuen Informationstechnologien gerichtet, von denen eine weitere Dezentralisierung der gesellschaftlichen Arbeit erwartet wird. Für diese Entwicklungstendenzen wurde der Begriff »Externalisierung der gesellschaftlichen Arbeit« angeboten. Wobei die Frage der gesellschaftlichen Form zu einem nebensächlichen Aspekt gemacht wird, der im Grunde die begrifflichen Anstrengungen »stört«. Daher wurde vorgeschlagen, auf den Begriff »Arbeit« radikal zu verzichten und statt dessen von »Tätigkeit« und »Tätigen« zu sprechen. Dem wurde entgegengehalten, daß der Begriff »Arbeit« unverzichtbar sei, weil er die ge-

brauchswertschaffenden Tätigkeiten in ihren gesellschaftlichen Formen zu fassen erlaube. Entscheidend für Bildungsprozesse sei nicht, daß Menschen mit Materialien und Werkzeugen tätig sein können, sondern *wie*, unter welchen begrenzenden Bedingungen, zu welchen Zwecken und mit welchen Entwicklungsperspektiven sie tätig sein können. Allerdings sei an dem Begriff »Tätigkeit« als Unterbegriff von »Arbeit festzuhalten, weil er es erlaube, das wirkliche Handeln der Arbeitenden am Arbeitsplatz zu begreifen. Tätigkeiten seien die grundlegenden Elemente, auf die sich auf Arbeit bezogene Bildungsprozesse zu beziehen haben.

Die vorgestellten Ergebnisse aus einer Untersuchung des Arbeitsbegriffs in fachdidaktischen Konzeptionen und Lehrplänen allgemeinbildender Schulen zeigten, daß »Arbeit als Bildungsprozeß« kaum auftaucht, ja sich zunehmend verflüchtigt. Thematisiert würden dagegen Aspekte der Berufswahl, Arbeit und Recht, Jugendarbeitslosigkeit, Technikentwicklung usw. Somit sei eine eminente Diskrepanz zwischen den Lehr-/Lernprozessen in den Schulen und der gesellschaftlichen Entwicklung der Arbeit festzustellen. Vorbereitet würde auf die Form der Erwerbsarbeit; Fragen der Selbstorganisation der Arbeit, der Humanisierung, der Qualifizierung und Identifikation blieben weithin außerhalb unterrichtlicher Betrachtung.

In der Erwachsenenbildung/Weiterbildung standen sich grob zwei Konzeptionen gegenüber: Die eine will durch Lebensweltforschung bislang unentdeckte bildungsrelevante »Potentiale« aufgreifen und der Erwachsenenbildung zuführen. Diese läge nicht nur in Bereichen beruflicher Arbeit, sondern auch in der Ökologie, den privaten Konsumgewohnheiten, den neuen Tugenden usw. Dabei ginge es nicht um moralische Bewusstseinsbildung, weil sich dadurch praktisch nichts ändere, wie man ja aus der Vergangenheit wisse. Vielmehr hätte die Erwachsenenbildung andere Formen des Handelns anzubieten. Mit diesem Konzept werden Lernformen, wie sie in Bürgerinitiativen entwickelt wurden, aufgegriffen, um die traditionellen, gesellschaftlich folgenlosen Formen institutionalisierter Erwachsenenbildung zu verändern. Die arbeitsbezogene Erwachsenenbildung schließt lebensweltbezogene »Potentiale« nicht aus, bezieht sie jedoch auf die gesellschaftliche Arbeit und orientiert sich dabei an den Interessen der Arbeiter. Hier gelte es vor allem, Arbeitslosen Wiedereingliederungshilfen zu geben, Bildungsversäumnisse nachzuholen, Qualifikationen zur Ermöglichung einer Umverteilung der Arbeit zu vermitteln und die persönlichkeitsbildende Bedeutung der Arbeit herauszuarbeiten. Ein zentrales Problem der Erwachsenenbildung sei es, daß bislang durch Arbeitszeitverkürzungen gewonnene Zeitsouveränität gerade von den Arbeitergruppen mit geringeren Bildungsabschlüssen nur als Konsumzeit genutzt werde; arbeitsorientierte Erwachsenenbildung werde meist als Arbeit, also als zusätzliche Leistungsforderung verstanden.

Mit etwa 900 Teilnehmern war der Kongreß erheblich kleiner als in früheren Jahren. Und die Wissenschaftler waren weitgehend unter sich; diejenigen, an die sich ihre Arbeit richtet, Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter, Studenten oder gar Eltern, sah man nicht. Sind das Signale einer »Krise der Praxisrelevanz der Erziehungswissenschaft«? Ein Referent berichtete aus einer Umfrage unter Arbeitslehre-Lehrern, daß diese für ihre Unterrichtspraxis von den Wissenschaftlern gar nichts mehr erwarten würden, ja Theoriefeindlichkeit sei fast durchgängig festzustellen. Und dies, obgleich es eine historische Tatsache sei, daß ohne die Beharrlichkeit der Wissenschaftler und ohne die Bereitstellung eines »didaktischen Netzes« (Unterrichtsmaterialien, Beratung) durch die Schulverwaltungen das Fach Arbeitslehre heute gar nicht existieren würde. Die Gründe und möglichen Wege der Überwindung dieses Widerspruchs konnten nicht mehr diskutiert werden. Es bleibt die Frage: Hat die Erziehungswissenschaft die gesellschaftlichen Veränderungen versäumt? Die Kongreßthemen signalisieren Anstrengungen des Aufholens.

Gerhard Zimmer (Berlin/West)

Ankündigungen

2. Lernfest der Volksuni Hamburg

31. August bis 2. September

Ort: Gesamtschule Steilshoop.

Informationen: Volksuni-Büro, Jarrestraße 20-26, 2000 Hamburg 60, Telefon 040/47 35 97 oder 420 27 81

Arbeitsgruppe Biographieforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Die Arbeitsgruppe ist offen für alle diejenigen Personen und Projekte, die sich mit Fragen der Lebenslauf- und Biographieforschung beschäftigen. Für den 22. Deutschen Soziologentag (9. bis 12. Oktober 1984 in Dortmund) sind sechs thematische Gruppen vorbereitet worden.

Informationen: Dr. Erika M. Hoerning, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Lentzeallee 94, 1000 Berlin 22, Telefon 030/83 99 51

»German Sociology — Challenges From the Left«

Aufruf zur Mitarbeit an »The Insurgent Sociologist«

Die Zeitschrift »The Insurgent Sociologist« bereitet ein Sonderheft zum Thema »German Sociology — Challenges From the Left« vor und bittet um Beiträge.

Themen: Die Transformation der politischen Kultur in der Bundesrepublik (die Grünen, Friedensbewegung, Frauenbewegung, veränderte Strategien der Sozialdemokratie usw.), die Entwicklung der westdeutschen Klassenstruktur (Arbeitslosigkeit, vor allem bei Jugendlichen und Frauen, ausländische Arbeitskräfte, Verkürzung der Wochenarbeitszeit usw.), die »Wende« (Stabilität der Demokratie in Westdeutschland, Politik der Kohl-Regierung, NATO-Bündnis, veränderte Rolle der Polizei usw.), theoretische Diskussionen (Entwicklung der deutschen Soziologie, Austromarxismus, neue Entwicklungen in der Klassentheorie und in der feministischen Theorie).

Einsendeschluß für Manuskripte — möglichst in Englisch — ist der 30. November 1984.
Adresse: The Insurgent Sociologist, Project Berlin, FU Berlin, c/o FB Pol. Wissenschaft, Ihnstraße 21, 1000 Berlin 33.



Geier/Woetzel (Hrsg.):
Das Subjekt des Diskurses

Beiträge zur sprachlichen Bildung von
Subjektivität und Intersubjektivität
von Authier, Doppler, Gdaniec, Lipo-
watz, Nothdurft, Pêcheux, Strecker u.a.
Argument-Sonderband AS 98
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Besprechungen

Philosophie

Marx, Karl, und Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und IML beim ZK der SED (Hrsg.). Abt. 2, Bd. 5: Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Hamburg 1867. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983 (Text und Apparat in 2 Teilbänden, zusammen 60* + 1092 S., Ln., 135,- DM)

Die Veröffentlichungsgeschichte der Schriften von Marx und Engels muß noch geschrieben werden. Sie ist mit den Wendungen, Brüchen, Spaltungen, Deformationen, Niederlagen und Siegen in der Geschichte des Sozialismus verknüpft. Jeder Epoche war ein anderes Schriftenmaterial als »Werk« zugänglich. Stets lag politische Berechnung, auswählend oder zurückhaltend, den Veröffentlichungen zugrunde. Die SPD, Erbin des Materials, ließ es schließlich im Archiv begraben liegen. Die junge Sowjetmacht beauftragte alsbald David Rjazanow mit der Sammlung und Herausgabe aller nur erreichbaren Schriften in Moskau. Ein Abenteuer-Roman der Beschaffung von Manuskripten oder Kopien begann. Das Projekt einer Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA¹) begann Wirklichkeit zu werden. Sie erschien parallel auf deutsch und russisch. Der deutsche Faschismus veranlaßte die Sowjetunion zur Einstellung des Unternehmens. Rjazanow verfiel der stalinistischen Repression. Die russische Ausgabe der *Werke* wurde herausgebracht. Derweil wurde sozialdemokratisches Archivmaterial von einzelnen Genossen unter abenteuerlichen Umständen versteckt oder ins Ausland geschmuggelt. Manches ist bis heute verschwunden. Erst die Gründung der DDR gab einer deutschen Veröffentlichung einen neuen Ort. Ab 1958 begann die »MEW«-Ausgabe zu erscheinen, die der russischen Werke-Ausgabe folgte und 1968 vorläufig abgeschlossen war. Sie bestimmte (von wenigen anderen, oft spezialistischen Veröffentlichungen, wie denen von M. Rubel, abgesehen) bis heute die Rezeption. Es war ein historisches Ereignis, als 1975 ein zweiter Anfang mit einer Gesamtausgabe (MEGA²), wiederum parallel russisch und deutsch, gemacht wurde. Diesmal soll es schlechterdings alles auftreibbare schriftliche Material sein. Jedes Machtkalkül der Auswahl und Zensur soll dadurch ausgeschaltet (bzw. jedem derartigen Verdacht der Boden entzogen) werden, daß einfach *nichts*, auch nichts offensichtlich Unwichtiges, auch keine Wiederholung, *nicht* veröffentlicht wird. Im zehnten Jahr des Unternehmens liegen nun schon über 20 Bände vor. Am Beispiel des letzterschienenen Bandes soll eine exemplarische Stichprobe einen Eindruck von Stärken und Problemen der Ausgabe vermitteln.

Wie alle Bände besteht auch dieser aus drei Elementen: 1) dem Text; 2) rund 50 Seiten Einleitung nebst ein paar editorischen Notizen; 3) dem Apparat-Teilband.

1. *Der Text.* Es handelt sich um die Erstausgabe von *Kapital I* (1867). Sie war in 1000 Exemplaren erschienen und erst nach fünf Jahren verkauft. Der Text ist seither zweimal fotomechanisch nachgedruckt worden, zuletzt 1980 (siehe die Rezension in *Argument* 123/1980, 739). Die MEGA²-Fassung unterscheidet sich davon doppelt. Sie ist neu gesetzt, unter sorgfältiger Respektierung der alten Schreibweise (»Waaere«, »Reichthum«, »Bedürfniß«, »Werth«, »krystallisiert« usw.). Andererseits sind Hunderte von Satzfehlern berichtigt. Schließlich ist die Paginierung der Erstausgabe eingetragen. Kurz, der Text stellt ein »ontologisches« Kuriosum dar: Ein Stück *korrigierend* restaurierter Vergangenheit, wie sie zuvor »nie und nimmer sich begeben« hat. — Der Text ist wichtig fürs Verständnis des Lernprozesses von Marx. Vor allem die Wertformanalyse wird von Marx noch beim Korrekturlesen neu geschrieben und als Anhang beigefügt; sie ist also in zwei Fassungen vertreten. Für die 2. Auflage von 1872 wird sie nochmals umgeschrieben. Die

drei Fassungen der Wertformanalyse zeigen ein enormes Fortschreiten von Marx; für wissenschaftstheoretische oder methodologische Untersuchungen zum *Kapital* bietet die Richtung dieser Überarbeitungen wichtiges Material. Freilich gibt es auch die rückwärtsorientierende Interpretation, welche die Endfassung als verkümmert gegenüber der früheren ausbildet. Daß die Texte zugänglich und vergleichbar sind, mag helfen, diesen Streit an der Sache zu entscheiden.

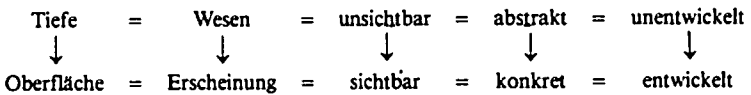
2. *Die Einleitung.* Verfasser ist Hannes Skambraks. Der Text ist zunächst und länglich Lobrede. »Fest ... unwiderlegbar ... einzigartig ... vollendet ... In der Gesamtheit aller Bände des 'Kapitals' gipfelt auch das Lebenswerk seines Schöpfers ... flossen die reichen Erfahrungen ... ein« (11). »Die Größe der wissenschaftlichen Leistung von Marx liegt in der vollkommenen Einheit des unerschütterlichen Wahrheitsgehaltes seiner Gesellschaftsanalyse und ihrer revolutionären Folgerungen.« (13) »In vollendeter Weise ... bedeutend ... wichtig ... besonders ... weiter vervollkommenet ... gedankentiefe Betrachtung über den Fetischcharakter der Ware ...« (22-25). Ein »Meisterwerk der Methodik ... Das Ergebnis bestand nun aber nicht in einer wahren und unwiderleglichen Theorie der kapitalistischen Gesellschaftsformation, dem eigentlichen Zweck ..., sondern ging darüber hinaus: ... erwies sich als allgemeingültig und fand ... endgültige Bestätigung sowohl für die Vergangenheit als auch für die Zukunft ...« (51) »... mustergültig und in vollendeter Weise gehandhabt« (die Dialektik, 53). »Die titanische Leistung von Marx ... ist klassisch; das heißt, sie ist wahr, umfassend, unwiderleglich und anwendbar, und sie trägt in sich die Potenz und Dynamik der Entwicklungsfähigkeit.« (55)

Die Rhetorik spannt den imaginären Raum der Ewigkeit des Ideologischen auf. Die Lobrede wirkt, als sei sie gegen die am Schluß behauptete Entwicklungsfähigkeit gehalten. Zumindest zeigt sie das Gegenteil: einen lebensgefährlichen Rück-Fall. »War doch«, wie Wilhelm Liebknecht bei der Beerdigung von Marx gesagt hat, »niemand ein leidenschaftlicher Feind der Phrase als Karl Marx.« Ausdrücke wie »wissenschaftlich«, »Methode« und »Dialektik« sind in Skambraks Diskurs rhetorisch gebunden. Seine einzige Methode besteht in der Versicherung. Sein Denken ist statisch. Seine Grundfigur ist geradezu theologisch: »unerschütterlich in Vergangenheit und Zukunft«.

Die lange Einleitung nimmt sich hauptsächlich diese Funktion heraus: weihevoller Markierung zu sein. Sie gibt kaum brauchbare Informationen. Wenn Skambraks am Schluß der Einleitung sagt, er habe nunmehr damit »das wirkliche Bild der Entstehung« des *Kapitals* gezeichnet, so reißt ihn sein Lobgestus, auf sich selbst angewandt, vollends ins Imaginäre. Was er wortreich versichert, läuft auf die schlichte Mitteilung hinaus, daß das *Kapital* die Frucht von umfangreichen Vorarbeiten ist, die Marx beim Verfassen benutzt hat. In diesen Vorarbeiten gelangte Marxens Theorie »über eine vielfache Stufenleiter des stetigen Erkenntniszuwachses zur Vollendung« (55). Über das Unstetige an dieser Herausbildung, die Krisen und Brüche, die Sackgassen, Rückzüge, Zweifel, Irrtümer usw. erfahren wir ebensowenig wie über die wirklichen Sprünge.

Zur Darstellung der Wissenschaftslogik des *Kapitals* benützt Skambraks folgende Gedankenmaterialien: 1) die Metaphorik von Oberfläche/Tiefe; 2) die (Hegelsche) Formulierung vom »Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten«, die Marx in dem fragmentarischen Entwurf einer Einleitung (1857) zu den *Grundrissen* zur Beschreibung der Wissenschaftslogik aller Systeme etwa seit Adam Smith gebraucht; 3) die von Engels 1859 (in einer Rezension von *Zur Kritik* ..., vgl. MEW 13, 468ff.) aus dem Vergleich mit Hegels *Logik* gezogenen Formulierungen von der »logischen Entwicklung«, die nichts als die von Zufälligkeiten gereinigte historische Entwicklung sei. Skambraks denkt nicht darüber nach, daß (2) und (3) sich nicht aufs *Kapital* beziehen und 1867 bereits überwundene Vorstufen der wissenschaftstheoretischen Selbstreflexion von Marx darstellten. Und er übergeht die unmetaphorischen Bestimmungen, mit denen Marx im *Kapital* die Metaphern von Oberfläche und Tiefe (und eine ganze Familie verwandter Bilder) aufs

Niveau seiner Wissenschaft bringt. Vom Markt heißt es etwa (MEW 23, 189): »Diese geräuschvolle, auf der Oberfläche hausende und aller Augen zugängliche Sphäre verlassen wir daher ... in die verborgene Stätte der Produktion, an deren Schwelle steht: No admittance except on business (Zutritt nur geschäftlich).« Wie so manche vor ihm knüpft Skambraks die Bedeutungen folgendermaßen: Oberfläche = Erscheinung = sichtbar = verkehrt; Tiefe = Wesen = unsichtbar. (Bei Marx war der Gegensatz nicht »sichtbar/unsichtbar«, sondern »aller Augen zugänglich / nur den Zutrittsberechtigten.«) Wie nun diesen Wesen/Erscheinungs-Rahmen mit den beiden anderen Redeweisen (»abstrakt/konkret« und »logisch/historisch«) zusammenschließen? Nichts einfacher als das! Wir setzen das Abstrakte = unterentwickelt, das Konkrete aber = entwickelt. Das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten ergibt sich damit mühelos als Gang vom Unentwickelten zum Entwickelten oder »logische Entwicklung«. Da aber Marx am Schluß des Dritten Bandes bei der Konkretion der täglichen Erscheinungen anlangt, setzen wir noch Wesen = abstrakt und Erscheinung = konkret. Wir erhalten nun folgendes Artikulationsmuster für den Gang wissenschaftlicher Erkenntnis:



Freilich haben wir uns damit zweifachen Unsinn eingehandelt: das Wesen als Unentwickeltes und dieses als Unsichtbares aufzufassen. Dies ist sozusagen der manifeste Teil des Unsinnns. Der latente Teil ist schlimmer, wird aber erst mit der Zeit und bei genauerer Überlegung bewußt werden: Wir haben uns damit jeden Zugang zu einem historisch-materialistischen Verständnis der Erkenntnisgewinnung bei Marx verbaut. Und wir haben die »Dialektik« auf eine Wunderphrase heruntergebracht, die zwischen diesen Ungereimtheiten versichernd vermitteln soll. Es ist verblüffend, daß Skambraks, der ansonsten bestrebt ist, einen Durchschnitt autorisierter Formeln herzustellen, einen der seltenen Texte übergeht, in dem Marx sich *nach* der Veröffentlichung des *Kapital* und dazu noch auf dem Niveau der an späteren Auflagen und Übersetzungen angebrachten Verbesserungen, über seine Methode äußert, wegzulassen: Die »Randglossen zu A. Wagner« (MEW 19, 355-83; geschrieben zweite Hälfte 1879 bis Nov. 1880).

Im Diskurs von Skambraks herrscht ein rhetorisches Verhältnis zur Wissenschaft. Die epistemologische Terminologie wird wirkungstaktisch benutzt. Sie soll Eindruck schinden. Sie verlangt Glauben. Dieser Gebrauch entwertet sie zur Phraseologie. Er wirkt in seiner maßlosen Übertreibung, in seinem Dick-Auftragen, in der monoton-repetitiven Anreihung von Versicherungen, Behauptungen, superlativischen Wertungen usw. wie ein Ausdruck tiefer Ratlosigkeit und Unüberzeugtheit. Marx wirkt wie Zukunft in den Händen einer Vergangenheit, die noch nichts mit ihm anzufangen weiß. Das Mikroskop wird, unter Absingen einer pompösen Liturgie, zum Einschlagen von Nägeln benutzt. Marx will das Bewegungsgesetz des Kapitalismus herausfinden? »Dieses liegt nicht auf der den Sinnen zugänglichen Oberfläche der Gesellschaft.« (52) — Nach Marx' *Einleitung* (1857) geht es darum, das wirklich Konkrete im Denken als »Gedankenkonkretum« zu reproduzieren, dessen Herstellung ja nicht mit der Entstehung des Realkonkreten verwechselt werden darf? »Am Ende der logischen Untersuchung und Darstellung steht wieder die Wirklichkeit ...« (53) — »Die Methode des Aufstiegens vom Abstrakten, als dem weniger Entwickelten, zum Konkreten, als dem reicher Entwickelten, ist deshalb die wissenschaftlich richtige Methode, weil die Gesamtheit der kapitalistischen Verhältnisse selbst sich vom Einfachen zum Komplizierten, vom Niederen zum Höheren entwickelt.« (53) Man sollte diesen Satz als Fehlersuch-Material in *Kapital*-Lesegruppen verwenden. Einfach/kompliziert ist mit einfach/komplex verwechselt. Schließlich heißt es in dem hier veröffentlichten Urtext des *Kapital* von der einfachen Wertform zu Recht:

»Diese Form ist etwas schwierig zu analysieren, weil sie *einfach* ist.« (28) — Ist ferner die abstrakte Arbeit »weniger entwickelt« als die konkrete? Oder auch als Kapital? Ist Ausgedehntheit weniger entwickelt als, sagen wir, ein Kohlkopf? — Schließlich: Schärft Marx nicht ein, daß man die Elemente gerade *nicht* in der Reihenfolge analysieren darf (bzw. kann), in der sie in der »Gesamtheit der Verhältnisse« die herrschenden waren? Vor allem hätte er sonst das Wucher- und das Handelskapital vor dem industriellen Kapital abhandeln müssen, das Monopol vor der Konkurrenz (denn Handelsmonopole sind eine herrschende Form im frühen Kapitalismus). — Des weiteren verwechselt Skambraks die Analyse des Wertausdrucks mit der des Warenaustauschs. Usw. usf. Der Rückfall hinter Marx wird vollends zum Rücksturz in der Auffassung der Dialektik. Wie überhaupt der Ausdruck »Gesetze« zum besonders beliebten rhetorischen Material rechnet, so auch beim Reden über Dialektik. Deren »Grundgesetze« würden von Marx »als Instrumente der Analyse und Darstellung« benützt (54). Engels' Polemik gegen diese wissenschaftsfremde Vorstellung (im Anti-Dühring) wird nicht gehört. Schließlich läuft es hinaus auf die oft wiederholte, aber höchst forschungsfremde Meinung, Marx sei von einer Philosophie ausgegangen, insbesondere »der materialistischen Dialektik als allgemeinsten philosophischer Methode« (55), und habe diese nurmehr auf den ökonomischen Stoff *angewandt*.

Diese Einleitung, in der ein bestimmter unentwickelter Stand der theoretischen Auffassung sich als Ewigkeit präsentiert, wird nun mit ihrer Megalomanie für die nächsten Generationen diese einzigartige Ausgabe markieren ... Wie weise wäre mehr Zurückhaltung, Schlichtheit gewesen!

3. *Der Apparat*. Auf knapp 10 Seiten Informationen zur Entstehung und Überlieferung des Textes folgen zunächst 16 Seiten Verzeichnis der durchgeführten Korrekturen, dann über 300 Seiten Erläuterungen, schließlich Verzeichnisse der erwähnten Schriften und Namen. »Das *Sachregister*«, heißt es in den editorischen Hinweisen (59*), »enthält die (!) Begriffe und Kategorien des Marxismus, insbesondere der marxistischen politischen Ökonomie, wie sie Marx bis zum Erscheinen der Erstausgabe des »Kapital« geprägt hatte, sowie wesentliche Sachbegriffe.« *Die Begriffe des Marxismus* — diese Rede-weise bedeutet einen strategischen Kode legitimer Artikulation (vgl. meine Rezension des MEW-Sachregisters von Herferth, in *Argument* 143/1984, 115-17). Ein Element der oben zitierten Ankündigung hat symptomalen Charakter: Was bei Marx *Kritik der politischen Ökonomie* heißt, ist hier als *marxistische politische Ökonomie* artikuliert. Ein Blick in das (von Jürgen Jungnickel erarbeitete) Register bestärkt den Verdacht: *Kritik*, im Sachregister von MEW 23 noch vertreten, glänzt jetzt durch Abwesenheit. (Gleiches gilt übrigens für *Marxismus*. — Neu hinzugekommen (immer im Vergleich zum Sachregister von MEW 23) sind z.B. *Ideologie, Gesamtarbeiter, Extramehrwert, Subsumtion*. — Unter *Ideologie* ist freilich *nicht* verzeichnet die höchst wichtige Anmerkung 89 zum Kapitel über *Große Industrie*, wo Marx die »ideologischen Vorstellungen« der Wortführer des »abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus« kritisiert (vgl. MEW 23, 393). Folgenden Begriffen von Marx, die schon im Register zu MEW 23 fehlen, ist auch hier die Aufnahme unter die »Begriffe und Kategorien des Marxismus« verweigert: z.B. *Bewegungsgesetz, Charaktermaske, Denkformen, Elementarform, Form, Formbestimmtheit, Gedankenformen (objektive), gegensätzliche Bewegung, Subjektiver Faktor, Verdinglichung, Vergegenständlichung, Zellenform*. — Dafür gibt es, wie schon in MEW 23, den Begriff *Mehrwertgesetz* (von Skambraks spezifiziert als »Ökonomisches Grundgesetz des Kapitalismus«, 31*). Von den drei Stellen, auf die verwiesen wird, sind zwei unspezifisch (das *Vorwort* mit seiner Rede vom »ökonomischen Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft«), die dritte lautet: »... Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise« (498; vgl. MEW 23, 647). Aber der Gesetzesbegriff ist hier nicht in der strengen Weise gebraucht wie in Marxens Rede vom Wertgesetz, dem alle ökonomischen

mischen Phänomene (einschließlich der Formen des Mehrwerts) letztlich unterworfen sind.

Vielleicht ist es noch nicht zu spät, und es läßt sich für die mehrheitlich noch ausstehenden Bände eine weltoffenere und haltbarere, weniger auf kurzfristige symbolische Machtdemonstrationen bedachte Einrahmung der Schriften von Marx und Engels erreichen. Dazu bedarf es der unbefangenen und rücksichtslosen Diskussion unter Marxisten.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Rohrmoser, Günter: Krise der politischen Kultur. Verlag Hase & Köhler, Mainz 1983 (412 S., br., 48,- DM)

Ein Buch von 400 großformatigen Seiten in eine kurze Rezension zu pressen ist kaum möglich, speziell, wenn es »mit der lächerlichsten Gelehrt- und Wichtigtuerei geschrieben« ist (Marx) und es ihm hauptsächlich der Marxismus angetan hat. Das Dreiste dabei ist die offensichtliche Fälschung. Ein Beispiel: Von Marx bis Lukács und für alle informierten Marxisten erfüllt die Kunst die Aufgabe, dem Humanen (»Gattungsmäßigen«) zum Selbstverständnis zu verhelfen und auf diesem Wege die Wahrheit erscheinen oder zumindest durchscheinen zu lassen. Demgegenüber heißt es bei Rohrmoser, alles auf den Kopf stellend und mit einer unverschämten Ungeniertheit: »Die Kunst hat [im Marxismus, L.K.] als Ideologie betrachtet die Funktion, vollzogene oder bevorstehende Veränderungen falsch zu interpretieren, um so den Menschen die Einsicht in die wirkliche Lage zu ersparen.« Und dann dreist weiter: »Auf diesen Gedanken hat Georg Lukács in seiner Interpretation der Geschichte der künstlerischen Formen immer [!, L.K.] den größten Nachdruck gelegt.« (100)

Rohrmoser vermeint seine Auffassung begründen zu können mit Hilfe seiner Ausdeutung des Historischen Materialismus. Hier wird der Schwindel noch greifbarer. Er zitiert Marx: Auf der Grundlage »einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte« (1. Stufe) »gehen die Menschen bestimmte Verhältnisse ein«, »Produktionsverhältnisse« (2. Stufe), worauf sich »ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher Basis bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen« (3. Stufe). Und dann die Zusammenfassung, die vortäuscht, daß der Marxismus alle Kunst aus der Art und Weise der Anwendung der Produktivkräfte ableitet (also die 3. Stufe aus der 1.); der naive Leser nimmt, wie der Zusammenhang im Text dargestellt wird, das Wort »Produktionsweise« dafür — und da entsteht der Unsinn, daß für die Marxisten sich die Kunst, so Rohrmoser wörtlich, direkt »von den Umbrüchen der ökonomischen Grundlage« ableiten läßt.

Unsere bürgerliche Verfassung ist gut, an sich, wie auch darin, daß sie, wie Rohrmoser bemerkt, die »offene Gesellschaft« garantiert. Aber zugleich steht vor uns das Gespenst eines totalen Verfalls der Massenintelligenz wie der emotionalen Kräfte. Viele wissenschaftliche Aussagen weisen nach dieser Richtung. Das interessiert aber Rohrmoser nicht im geringsten. Einerseits wagt er zu behaupten: »Repressive, sie in ihrem Drang zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten hemmende Schranken sind aus der Sicht der etablierten Kultur kaum zu erkennen.« Aber es gibt andererseits erkennbare Gründe: »... an die Stelle des marxistischen Klassenschemas aus dem 19. Jahrhundert (ist) der Antagonismus tendenziell zweier Kulturen getreten ..., so daß es Gemeinsames nicht mehr gibt.« Sonst gibt es nichts: Keine Massenverdummung (wahrscheinlich weitaus mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist nicht in der Lage, das Wort »Demokratie« zu übersetzen), keine ideologische Indoktrination größten Ausmaßes (vgl. meine Schrift »Beherrscht uns die Technik?«, VSA, Hamburg 1983), keine »repressive Entsublimierung« (Marcuse), keinen geist- und seelenzerstörenden Praktizismus, keine bis ins Kriminelle reichende Vermaterialisierung des Individuums, keine Zersetzung der Kunst bis auf das Niveau des Kindischen, keinen Verfall des Schulwesens, keine Primitivisierung

der Jugend usw. usw., sondern nur einen »Antagonismus zweier Kulturen«. Wenn die Phrase töten könnte!

Zudem gibt der dem Nihilismus sich zuwendende Adorno die Antwort: »Man sollte auf Adorno hören. Adorno hat die Welt der Zivilisation ... dargestellt, die technologische Welt im Lichte einer Apokalypse gezeigt, die ... ihre [der Individuen, L.K.] Selbstverwirklichung verhindere.« Niemand ist schuld, kein Kapitalismus, keine Verschleuderung ungeheuren Vermögens, die man der Kultur zur Verfügung stellen könnte, in der Aufrüstung, keine Video-, Porno-, Peep- und »Sport«-Kultur, sondern ausschließlich die »Apokalypse«. Wir Deutschen waren immer schon sprachgewaltig.

Verfälscht Habermas, den Rohrmoser für sich reklamiert, Marx dahingehend, daß für diesen das Proletariat mit der Fähigkeit ausgestattet sei, ein metaphysisches (»eschatologisches«) Endziel der Geschichte zu erreichen, so entgeht Rohrmoser wie zahlreichen bürgerlichen Fälschern das Marxsche Wort von der »Bourgeois-Ansteckung« der Arbeiter (mehrfach weist Marx auf die Dummheit der Arbeiter hin), wogegen Marx die Rolle des »Philosophen« als »Kopf der Revolution«, d.h. als Führer des Arbeiters, der nur das »Herz« der Revolution darstellt, herausstellt, ebenso von der »Verwirklichung der Philosophie« und nicht etwa des Willens des Proletariats spricht und den »Pfaffen« Luther lobt, weil »in dessen Kopf die Revolution begonnen hat«, so wagt es Rohrmoser, Georg Lukács als hemmungslosen Idealisten zu verleumden, weil er in »Geschichte und Klassenbewußtsein«, statt von proletarischer »Organisation«, »Produktion« und »Problemen der Verteilung« (230) zu sprechen, Bewußtseinskategorien in Anspruch nimmt.

Es ist wahrhaft schwierig, mit Rohrmoser ernsthaft zu diskutieren, weil er von der Theorie des Marxismus kein Jota begriffen hat. Seinen willkürlichen Auslegungen öffnet er ein breites Tor. Man »muß«, sagt er, »erfahren, daß der Umgang mit den Texten von Marx heute ... fragwürdig geworden ist.« Was soll das anderes heißen, als daß man mit ihnen nach Herzenslust umspringen kann, wenn es das »konservative Selbstverständnis« erfordert?

Die verzweifelte konservative Kulturkritik, die auf dem Boden des Kapitalismus Erlösung sucht, hat auch einige Lichtblicke: »Pornographie wird als dürftiger Ersatz für Nietzsches dionysischen Orgiasmus angeboten und paßt das entfesselte Leben der Öde und Langeweile technologischer Zivilisation an.« (293) Aber ist diese »technologische Zivilisation« nicht von jenen gewollt und mit allen Mitteln verteidigt (geistigen und auch Atomraketen), die Geist vom Geiste Rohrmosers sind, nämlich des antimarxistischen und konservativen?
Leo Kofler (Mülheim)

Lorenz, Konrad, und Franz M. Wuketits (Hrsg.): Die Evolution des Denkens. R. Piper Verlag, München/Zürich 1983 (393 S., br., 48,- DM)

In den 12 Beiträgen des Buches geht es, anders als der Titel suggeriert, nicht in erster Linie um eine Analyse der phylogenetischen Entwicklung des Denkens aus biologischer bzw. biochemischer Sicht, sondern um eine auf diese Analyse aufbauende neue »evolutionäre Erkenntnistheorie«, die von einem ihrer Vertreter als »wahrhaft kopernikanische Wende in der Erkenntnistheorie« (44 — gegen Kants »antikopernikanische Gegenrevolution«) apostrophiert wird. Grundgedanke dieser Theorie ist, daß die spezifischen Strukturen der Wahrnehmung, des Denkens, schließlich Bewußtsein und menschliche Vernunft sich im Laufe der Evolution des Lebens durch die Interaktion von genetisch vorgegebenem Erkenntnisapparat, Problemdruck der Umwelt und »lernender« organischer Anpassung herausgebildet haben und daß daher, wenn man die Entwicklung der biologischen Grundlagen des menschlichen Erkennens erforscht, auch zentrale Einsichten in die Verarbeitungsweisen menschlicher Erkenntnis zu erzielen seien. Menschliches Wahrnehmen und Denken beruhe auf phylogenetisch entwickelten, ontogenetisch aber angeborenen Bahnen, gleichsam auf naturgeschichtlich erworbenen »Hypothesen«

des dem Denken zugrundeliegenden »ratiomorphen Apparates« (R. Riedl), die die Wahrnehmung und Erkenntnis der »Wirklichkeit« steuern (ein Kurzreferat findet sich bei R. Kaspar, 125-145).

Den erkenntnistheoretischen Gedanken, Kants apriorische Kategorien ließen sich als evolutionär erworbene, also aposteriorische Formen möglicher Erfahrung deuten und rekonstruieren, brachte als erster Konrad Lorenz in seiner 1941 erschienenen, damals wenig beachteten und hier (95-124) wiederabgedruckten Arbeit über »Kants Lehre vom Apriorischen im Lichte gegenwärtiger Biologie« in die Diskussion. Systematisch wurde dieser Ansatz erst in den 70er Jahren von Rupert Riedl und Gerhard Vollmer aufgegriffen und theoretisch ausgebaut. Gegenwärtig, unter dem Eindruck neuer Erkenntnisse der Anthropologie, der Verhaltenstheorie, der Gehirnforschung, der Genetik und der biologischen Evolutionstheorie (vgl. F. Seitelbergers Zusammenfassung der »neurobiologischen Aspekte der Intelligenz«, 167-196) erlebt die Theorie der Evolution des Denkens einen Aufschwung (auch in propagandistischer Hinsicht), den der vorliegende Band in all seinen Stärken und Schwächen dokumentiert.

In zwei Einleitungsaufsätzen von F. Wuketits und G. Vollmer wird der Rahmen der »evolutionären Erkenntnistheorie« zum Teil detailliert vorgestellt (9-92). Der zweite, biologisch und evolutionstheoretisch gehaltvollste Teil des Buches (93-196) umfaßt neben den schon genannten Beiträgen von Lorenz, Kaspar und Seitelberger eine kurze Darstellung der Entwicklung seiner Theorie durch R. Riedl. Es folgen vier sehr ungleichwertige Untersuchungen über die logischen Grundlagen der Theorie (G. Wagner), über Kausalität und die spieltheoretische Rekonstruktion des Evolutionsprozesses (W. Leinfeller), über die Evolution der wissenschaftlichen Methode (E. Oeser) und über die Vereinbarkeit der »evolutionären Erkenntnistheorie« mit dem »Ethos der Wissenschaft« (H. Mohr). Den Abschluß bildet eine scharfe Kritik an den philosophischen Ansprüchen der neuen Theorie aus der Spaemann-Schule (R. Löw) und ein davon unberührter Epilog (F. Wuketits).

Die »evolutionäre Erkenntnistheorie« beruht auf den Ergebnissen (nicht nur) der naturwissenschaftlichen Forschung, sie ist aber selbst keine naturwissenschaftliche Theorie (vgl. 207) und arbeitet auch nicht »mit naturwissenschaftlichen Methoden«, wie der Klappentext publikumswirksam behauptet. Mangels einer besseren Bezeichnung könnte man sie als philosophische Theorie bezeichnen, die für einen Teilbereich der Realität eine kohärente Synthese des vorliegenden Wissens versucht. Die neue Theorie ist zunächst noch nicht mehr als ein paradigmatisches Programm, an dessen Ausführung zahlreiche Wissenschaftler mit höchst unterschiedlichen Methoden arbeiten (vgl. etwa die beiden längsten Beiträge: G. Vollmer, Mesokosmos und objektive Erkenntnis, 29-92; W. Leinfeller, Das Konzept der Kausalität und der Spiele in der Evolutionstheorie, 215-260 miteinander). Die populärwissenschaftliche Resonanz der »neuen Wiener Schule« (bis auf zwei Ausnahmen lernten, lehrten oder lehren alle in diesem Buch versammelten Vertreter in Wien) sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch zahlreiche unbeantwortete Fragen und zahllose Spekulationen den »harten Kern« des Theorieprogramms umranken und zur kritischen Diskussion und zur Weiterarbeit einladen (vgl. zur Unabgeschlossenheit des Konzepts die Bemerkung von R. Kaspar, 142; im Buch selbst ist die Kritik durch den Beitrag von R. Löw, 331-360, vertreten). Für diejenigen, die mit der Marxschen Analyse der Geschichtlichkeit der Menschengattung und mit den Ergebnissen der modernen Evolutionsforschung einigermaßen vertraut sind, wird der Ansatz der »evolutionären Erkenntnistheorie« nicht allzu absonderlich erscheinen, auch die Menschen besäßen bestimmte angeborene, die »Realität« spezifisch verarbeitende Formen der Erkenntnis. Ge- und betroffen sind eher Theorien des Leib-Seele-Dualismus (religiöser oder erkenntnistheoretischer Art) bzw. — wegen der zugrundeliegenden Ontologie — subjektiv-idealistische oder solipsistische Theorien (vgl. die kritischen Bemerkungen

von R. Löw) und behavioristische Theorien des Wahrnehmens, Denkens und Lernens. Wie bei allen Theorieprogrammen wird die weitere Ausführung zeigen müssen, wie weitreichend und tragfest die Grundgedanken der Theorie sind. Um weiter wissenschaftlich ernst genommen zu werden, sollten sich die Vertreter dieser Theorie allerdings vor allzu vollmundigen Propaganda-Schaumschlägereien wie etwa der hüten, die Theorie weise »den Weg zu einem neuen Realismus, zum objektiven Wissen und zur rationalen Kalkulation der Welt« (363). Die Straße zum Obskurantismus ist mit solchen Versprechungen gepflastert.

Drei Problemkreise möchte ich benennen, die von der »evolutionären Erkenntnistheorie« noch nicht oder noch ungenügend analysiert worden sind: Unklar erscheint mir die Darlegung des Übergangs zur menschlichen Erkenntnis und zur Vernunft und der Rolle, die die Vernunft (was ist das?) im Verhältnis zum »ratiomorphen Apparat« spielt (daß sie den »angeborenen Lehrmeister« »sozusagen überformt« — 362 —, sagt mir überhaupt nichts). Mit diesem Problembereich steht und fällt der philosophische Anspruch der Theorie: bleiben »Natur« und »Vernunft« geschieden, oder gelingt eine naturgeschichtlich tragfähige Auflösung dieses klassischen Dualismus? Weiterhin: Der schrittweise Übergang vom Affen zum homo und vom homo zum Menschen war zugleich ein schrittweiser Übergang zur Gesellschaftlichkeit und damit zur Ausweitung sozialer Beziehungen. Die phylogenetische Konstitution der menschlichen Erkenntnis ist gebunden an diese sozialen Beziehungen, an ihre spezifischen Formen, an Sprache und Intersubjektivität. Welche Rolle spielt dieser entscheidende Sachverhalt im Rahmen der »evolutionären Erkenntnistheorie«? Und drittens: Kann die »evolutionäre Erkenntnistheorie« zur Erhellung des »ideologischen Bewußtseins« beitragen? Das Schimpfen auf »ideologische Roßtäuscherei« und »kollektive Verdummung« (145) bleibt ohne Sinn, solange die Vertreter der Theorie die »menschliche Vernunft« ohne die Formen »kollektiver Verdummung« analysieren.

Notabene: Mit der neuerdings grassierenden Ideologie der Soziobiologie (Dawkins et al.) hat die evolutionäre Erkenntnistheorie nichts zu tun; es wäre fatal, wenn die Erkenntnisse dieser Richtung mit der durchaus erklärbaren Renaissance sozialdarwinistischer Dummheit amalgamiert würden (vgl. 349ff.). Wilfried Kunstmann (Marl)

Dux, Günter: Die Logik der Weltbilder. Sinnstrukturen im Wandel der Geschichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1982 (361 S., br., 16,- DM)

»Die sinnhafte Daseinsweise des Menschen, sein Leben in soziokulturellen Formen, [läßt] sich als Resultat der Evolution aus einer vollständig sinnfreien Natur erklären« (294). Dies ist Dux' Generalthese. In der Tat schwebt ihm »nichts Geringeres vor, als zum erstenmal (sic!) das, was in der abendländischen Tradition als Geistesgeschichte bezeichnet wird, auf streng empirischer Basis darzulegen« (Klappentext). Es gibt eine logisch erklärbaren Anfang der kulturellen Existenz (15, 25) und vor allem einen »anthropologisch-biologischen Organisationsplan« (22), der die »Richtung« (25) im Sinne einer stringenten Entwicklungslogik angibt. Die daraus folgende Angebarkeit des Endes der Geschichte macht die Rede von der »Einheit des modernen Weltbildes« (21) wieder möglich. Dux möchte zeigen, um es recht schlicht zu sagen, was die Welt im Innersten zusammenhält.

Für Dux ist »die alles entscheidende Frage«: »wie stellt der Mensch es aufgrund seines anthropologischen Organisationsplanes an«, zu lernen, »Verhaltensformen zu entwickeln, die er von Natur aus nicht schon mitbekommen hat?« (52). Die Antwort hierauf verblüfft: die Ausbildung der »kognitiven Schemata erfolgt, weil anders mit der vorfindlichen Wirklichkeit nicht umzugehen ist« (96). »Sie sind ein Produkt der Verarbeitung von Erfahrungen, die jeder beim Zusammenstoß mit der vorfindlichen Wirklichkeit macht« (101).

Damit aber scheinen mir die drängenden Fragen keineswegs beantwortet. Denn: was heißt »vorfindliche Wirklichkeit«, was überhaupt ist »Erfahrung«, wie ist eine »Verarbeitung« von Erfahrung möglich, wenn nicht unter Benutzung eben der »kognitiven Schemata«, die es doch in diesem »Zusammenstoß« mit der »Welt« allererst auszubilden gilt? Dux' Ansatz ist im Kern schlicht der des erkenntnistheoretischen Realismus (298); seine Probleme sind es dann auch. Dux selbst ist dankenswerterweise konsequent genug, dies bei Gelegenheit offen zuzugestehen: »Wir können den Übergang aus der subhumanen Phase in die humane, soweit es den Prozeß der Ausbildung der geistig-kulturellen Lebensformen betrifft, konkret *nicht* rekonstruieren« (74). Eben dies aber müßte er leisten. Solange dieser Nachweis nicht gelingt, hat Dux in seinem Buch keine »Geistesgeschichte auf streng empirischer Basis« dargelegt.

Leider läßt sich auch im folgenden der einmal aus der Flasche gelassene Geist nicht recht in das Prokrustesbett der »strengen Empirie« einpassen: Seiner Meinung nach hat die Menschheitsgeschichte bislang zwei große, übergreifende Schemata der Selbst- und Weltinterpretation gekannt: zunächst das »subjektivische« in Mythen, Magie und Religion, dann in der Neuzeit das des »Konstanzschemas« naturwissenschaftlicher Gesetzeserklärung. Das subjektivistische Schema läßt die Natur nach Analogie des menschlichen Handelns interpretierbar erscheinen. Wie ist dieses Schema entstanden? Dux bedient sich hier einer Parallelisierung von individual-kognitiven und menschheitsgeschichtlichen Entwicklungen: Für das Kind »ist entscheidend, daß das dominante Objekt eine Person ist«, in der Regel die Mutter. Das Schema seiner Wirklichkeitsauffassung ist als »Objektschema« damit zugleich ein »Subjektschema«. Denn: »von allem Anfang an ist die Wahrnehmung der Wirklichkeit durch das Kind noch mit jener Besonderheit verknüpft, die das Besondere des Objekts [der Mutter, R.H.] ausmacht: Es ist Zurechnungspunkt von ihm ausgehender Ereignisse. Alle Erfahrungen werden deshalb im Konnex dieser Handlungsfähigkeit gemacht. Eben deshalb bildet sich das Objektschema in allen seinen Momenten als Subjektschema aus. Da es das erste ist, setzt es sich als operantes Schema aller anderen Objekte in Kraft. Es fungiert als Konstituante und eben dadurch als Paradigma jeglicher Wirklichkeitsinterpretation« (97).

Zunächst einmal habe ich mit dieser Sichtweise das Problem der Übertragbarkeit ontogenetischer Beobachtungen auf die Phylogenese. Das mag manchmal plausibel erscheinen, kommt aber nie über den Charakter des Hypothesischen hinaus. Stimmt aber wenigstens der ontogenetische Befund? Auch da möchte ich Fragezeichen setzen. Woher wissen wir denn so genau, daß das Kind bestimmte Ereignisse als von der Mutter »ausgehend« interpretiert? Wenn *einige* als von der Mutter ausgehend interpretiert werden, warum werden dann »alle Erfahrungen im Konnex dieser Handlungsfähigkeit« gemacht? Und wieso wäre dann das ein Grund dafür, allen Veränderungen der Umgebung ein handelndes Agens zu supponieren? Und schließlich: wenn diese durch die Mutter-Kind-Relation dem Kind »naturhaft« aufgezwungene subjektivistische Interpretation schon »die erste« ist, warum folgt *daraus*, daß dies konstituierend sein soll für »jegliche Wirklichkeitsinterpretation«? All diese Zusammenhänge ergeben sich keineswegs »nahtlos« (23). Wie auch immer ihr Verhältnis zueinander ist (ich weiß es nicht), eine nahtlose Übergangsmöglichkeit vom »biologischen Organisationsplan« zur »kulturellen Lebensweise« ist jedenfalls *nicht* herstellbar.

Dux' Versuch, den entscheidenden Umschwung des Weltbildes weg vom »subjektivistischen Schema« hin zum »Konstanzschema« der Gesetzesforschung und der strikten Trennung von Naturbereich und Sozialbereich zu erklären, verläuft nach derselben Strategie. »Das Bemühen, die menschliche Arbeitskraft durch Naturkräfte zu ersetzen, führte zunächst dazu, Naturkräfte auf einfache Weise maschinell auszunutzen, um dann die Natur insgesamt nach dem Muster der Maschine zu begreifen.« (282f.) »Der Mensch braucht Wissen um ihre regelhaften Ereignisabläufe; und er bekommt es. Diesen Pro-

zeß setzt er fort. Das ist fast schon alles.« (285) Auch hier bleibt letztlich unerfindlich, welche spezifischen, »geistesgeschichtlich« zu beschreibenden Momente es denn gewesen sind, die das »anthropologische Interesse am besseren Wissen« (284) haben auf das naturwissenschaftliche Interpretationsmuster kommen lassen. Die bloße Natur der Dinge erklärt gar nichts. Sie kann man nur beschreiben. In Wirklichkeit ist die von Dux vorgeführte »Entwicklungslogik« der Sinnstrukturen keine Entwicklungslogik im Sinne einer Erklärung, sondern eine Beschreibung von bestimmten, für sich genommen interessanten historischen Veränderungen im Selbst- und Weltverständnis der Menschen. Sie als Beschreibung zu lesen, d.h. losgelöst von ihrem eigenen Anspruch, ist lohnend und anregend. Es gibt eine Vielzahl erhellender Erkenntnisse; Zusammenhänge scheinen auf, die man nie so gesehen hat; Positionen philosophischer Kontrahenten werden verstehbar vorgeführt und plausibel gestützt oder kritisiert. Die Reihe der Autoren bzw. Diskussionskontexte, die dabei behandelt werden, ist lang: M. Weber, Winch und die neuere angelsächsische Anthropologie allgemein, Kuhn, Descartes, Luhmann, Durkheim, um nur einige Namen zu nennen. Erfrischend ist die relative Unbekümmertheit und die große Konsequenz, mit der Konfrontationen ausgetragen werden.

Reinhard Hesse (Insel Reichenau)

Grabsch, Renate: Identität und Tod. Zum Verhältnis von Mythos, Rationalität und Philosophie. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1982 (195 S., br., 36,- DM)

Der wohl beliebteste Mythos unserer Kultur ist der des Denkens, von dem wie selbstverständlich angenommen wird, daß es eben so funktioniert, wie es funktioniert, d.h. auf der Basis eines Daseins, das gespalten ist in sinnliche Unmittelbarkeit und distanzierte Betrachtung. Renate Grabsch geht es darum, zu zeigen, daß dieses binäre Schema der Welterfassung keineswegs naturgemäße Voraussetzung menschlicher Reflexion ist, sondern selbst Ergebnis einer historischen Entwicklung. Beginnend mit der Ilias und der Odyssee unternimmt sie einen spurensichernden Streifzug durch das Denken der Antike; Homer, Aischylos, Sophokles, Euripides und Platon sind die Stationen, an denen sie den jeweiligen Stand kultureller Selbstreflexion untersucht und so Schritt für Schritt den immanenten Entwicklungszusammenhang der entsprechenden Denkweisen rekonstruiert.

Es wird von der Annahme ausgegangen, daß die Entwicklung der Reflexion beginnt mit dem Heraustreten des Menschen aus einem Zustand mythischen Weltumganges, wo der einzelne und das Ganze als Kategorien des Bewußtseins noch nicht existieren, wo es weder eine Vorstellung von linearer Zeit noch vom Tod gibt. Diese Einheit des Lebens selbst entzieht sich allerdings der auf Spaltung beruhenden Reflexion, kann nur behutsam anhand einiger historischer »Reste« ex negativo rekonstruiert werden. Die Entwicklung des (nicht-mythischen) Bewußtseins vollzieht sich als fortschreitende Unterwerfung des Daseins unter ein zweckbestimmtes Handeln, das die Welt in zwei Teile spaltet. Auf der einen Seite findet sich dann all das, was dem angestrebten Ziel dient und als »Leben« definiert wird; von der anderen Seite her droht ständig das Überflüssige, Störende: der »Tod«. Entsprechend findet der Mensch seine Identität im Kampf gegen diesen überall lauernden Feind, und zwar sowohl in der Innen- als auch in der Außenwelt. Da die »Zukunft« allein der Erfüllung angestrebter Zwecke vorbehalten sein soll, die »Gegenwart« dem entsprechenden Streben selbst, bleibt für das gezeugnete Potential »unbrauchbarer« Möglichkeiten nur die »Vergangenheit« als Aufenthaltsort, die ja immer angeblich längst überwunden ist.

Der entstandene unüberbrückbare Gegensatz zwischen Zukunft und Vergangenheit macht die Gegenwart doppeldeutig; nichts ist genau das, was es zu sein scheint, wenn man ständig mit Gezeugnetem zu rechnen hat, das wirkungsvoll, aber irrational ist. Um die so heraufbeschworene Anarchie des Daseins in den Griff zu bekommen, wird in ei-

nem ersten Schritt die Außenwelt auf Vertragsbasis organisiert. Erst durch die Schaffung eines derartigen Maßstabes wird dauerhaft die Möglichkeit eröffnet, daß Handlung und Betrachtung in einem vernünftigen Reflexionszusammenhang bestehen können. Nachdem das Leben nun allgemeinverbindlichen Zwecken untergeordnet ist, bleibt allerdings die Frage, was denn den einzelnen und seine Möglichkeiten mit dem Ganzen verbindet, außer der Notwendigkeit, sich bestimmten Gesetzen anzupassen. Kurz, es stellt sich die Frage nach dem Gesamtzweck des Daseins. Eine Antwort innerhalb der entwickelten Vernunft ist nicht denkbar, denn alle Begründungszusammenhänge sind bezogen auf irdische (eindimensionale) zeitliche Zwecke. Daher kann eine Sinngebung nur von außerhalb kommen. Der einzelne muß also wieder mit der Sphäre des Todes verbunden werden. Damit schlägt die Geburtsstunde der Seele als Maßstab allen Handelns. Der Leib, ganz dem Leben verhaftet, Sitz des vertragsfähigen Individuums, wird zum untergeordneten Bereich der Reflexion. Aus einem immerhin denkbaren Aufstand des einzelnen gegen die vertragliche Ordnung unter Rückgriff auf das gelegnete historische Potential wird ein innerer Konflikt zwischen Seele und Trieb, von dem erst der Tod erlöst.

Die Spaltung des Daseins und die damit verbundene Unterdrückung der sinnlich erfahrbaren Unmittelbarkeit habe Auswirkungen bis heute, so erklärt Renate Grabsch und erweckt den Anschein, als sei dieses Problem nach wie vor ungelöst, da eben das Denken nicht seine eigene Grundlage aufheben könne. Das ist jedoch ein Trugschluß, zu dem man nur unter der Voraussetzung gelangt, daß dieses Denken die treibende Kraft der historischen Entwicklung sei. Damit erliegt man jedoch der Spaltung selbst, indem man die eine Seite, nämlich die planende Vernunft, erneut der anderen vorzieht, womit die bestehende Entfremdung weiter verstärkt wird. (Der Begriff »Entfremdung« taucht übrigens bezeichnenderweise bei Renate Grabsch nicht auf.) Der erste Schritt, dem Dilemma zu entkommen, ist die Aneignung des gelegneten Potentials im Rahmen einer historischen Betrachtungsweise allen Daseins; die Vergangenheit wird gegen die scheinbar unausweichliche Zukunft aktiviert, d.h. in einem dialektischen Prozeß werden Aktualität und Potentialität zueinander so in Beziehung gesetzt, daß sowohl die historischen Bedingungen des Hier und Jetzt als auch seine Möglichkeiten sichtbar werden. Damit wendet sich das Denken der Seite des Todes zu und holt sie ins Leben herein. Und es zeigt sich, daß der Sinn des menschlichen Daseins weder auf der seelischen Seite noch auf der materiellen liegt, sondern vielmehr in der produktiven Verknüpfung, genannt »Arbeit«, wo unter bestimmten Bedingungen »Sinn« (»Tod«) und »Ziel« (»Leben«) zu einer Einheit werden.

Diesen Schritt, den Übergang vom Denken zum politischen Handeln, vollzieht Renate Grabsch jedoch nicht. Man vergleiche in diesem Zusammenhang nur einmal mehr die Ausführungen des Herrn Marx (dessen Theorien von der Autorin mit einem Satz abgetan werden): »Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp., aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs bis zu seinen weitesten Formationen hinauf. Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.« (Karl Marx, Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW 3, 26) Die Ausblendung ökonomischer Machtstrukturen ist wohl der Hauptfehler der Arbeit von Renate Grabsch, was angesichts der aktuellen Mythendiskussion z.B. in der Frauenbewegung (»Matriarchat«!) etwas verwundert. Trotzdem ist das Buch als immanente Darstellung der Entwicklung des Denkens durchaus zu empfehlen, vor allem für Leser, zu deren täglicher Arbeit nicht unbedingt die Beschäftigung mit philosophischen Werken gehört.

Lutz Flörke (Hamburg)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Bentele, Günter (Hrsg.): Semiotik und Massenmedien. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 7. Verlag Öhlschläger, München 1981 (400 S., br., 65,- DM)

Straßner, Erich: Fernsehnachrichten. Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1982 (531 S., br., 128,- DM)

Hoffman, Rolf-Rüdiger: Politische Fernsehinterviews. Eine empirische Analyse sprachlichen Handelns. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1982 (202 S., br., 54,- DM)

Zu besprechen sind drei Veröffentlichungen zum Thema Sprache und Kommunikation in den Massenmedien. Die erste versammelt 28 Referate einer Tagung, die im Februar 1980 an der FU Berlin stattgefunden hat. Die zweite berichtet über die Ergebnisse eines DFG-Projektes zu den Fernsehnachrichten, das von 1975 bis 1980 in Tübingen durchgeführt wurde; da E. Straßner die sonstige Literatur zum Thema umfassend eingearbeitet hat, gewinnt das Buch handbuchartigen Charakter. Die dritte Veröffentlichung beruht auf der linguistischen Dissertation, mit der der Autor 1980 in Hamburg promovierte.

In dem Sammelband »Semiotik und Massenmedien« kommen die Beiträger, entsprechend der Zielsetzung, das Thema »interdisziplinär und womöglich etwas systematischer anzugehen, als das bislang der Fall war« (Vorwort des Hrsg., 9), aus verschiedenen Wissenschaften (Publizistik/Kommunikationswissenschaft, Linguistik, Literaturwissenschaft, Filmwissenschaft, Soziologie, Medienpädagogik) und sind auch innerhalb der einzelnen Disziplinen unterschiedlichen Forschungstraditionen verpflichtet. Die Aufsätze sind daher auch keineswegs alle »semiotisch« orientiert. Manche von ihnen sind unter den Tagungs- und Buchtitel nur dann subsumierbar, wenn man aus der Bestimmung, die Semiotik sei die Wissenschaft von den Zeichen und Zeichenprozessen, umgekehrt folgert, daß alle Wissenschaftler, die sich mit Zeichen und Zeichenprozessen beschäftigen, Semiotiker sind, gleichgültig, ob sie das wissen (und wollen) oder nicht. Richtet sich ihr Interesse auf die Massenmedien, dann sind sie speziell Mediensemiotiker. Aufgabe der Tagung und des Sammelbandes war es, den Stand dieser Teildisziplin dokumentierend festzuhalten und Perspektiven für die Weiterarbeit zu entwickeln.

Das Buch ist, parallel zu den Tagungsschwerpunkten, in fünf Abteilungen gegliedert, deren Inhalt wenigstens angedeutet sei. Die erste (»Semiotik und Publizistikwissenschaft«) enthält eine weit ausgreifende und programmatisch gemeinte »Problemskizze einer Mediensemiotik« des Herausgebers G. Bentele und zwei Aufsätze zu den Beziehungen zwischen Semiotik und Publizistik (U. Saxer, H. Pross). Die zweite versammelt Heterogenes zu »Sprache und kommunikatives Handeln« in den Massenmedien, ohne daß der Leser einen Eindruck von der Forschungslage oder den zu lösenden Forschungsproblemen bekäme: einen Literaturbericht über linguistische Veröffentlichungen (E. Straßner), zwei kurze Beiträge mit Fragen und Forderungen an die Wissenschaften (J. Wilke, J. Prott) und drei Einzelanalysen, deren Gegenstände die Interaktion zwischen Moderator und Hörer bei der Vorbereitung einer Radiosendung mit Hörerkontakt (M. Troesser), Dialogsteuerungsversuche interviewter Politiker (J. Schwitalla) und die Dramaturgie von TV-Nachrichten (W. Jüngst) sind. Die dritte Abteilung (»Inhaltsanalyse und Semiotik«), mit neun Aufsätzen die umfanglichste, behandelt Probleme der Inhaltsanalyse aus dem Blickwinkel verschiedener Wissenschaften. Zwei führen eine empirische Analyse vor bzw. berichten darüber; die anderen sind theoretisch-methodologisch orientiert. Die vierte Abteilung enthält sieben wiederum thematisch und methodisch recht unterschiedliche Aufsätze zur »Film- und Bildsemiotik«. Abschließend findet man drei Beiträge zu »Semiotik in der Ausbildung« (E. Koller, E. Zeitler, J. Kriz), von denen allerdings strenggenommen nur der erste unter den Obertitel paßt. Abgesehen von einem semiotischen Generalisten dürfte es nicht viele Leser geben, für die alle Beiträge des Ban-

des gleicherweise von Interesse sind. Ich umgehe das Problem der Auswahl, indem ich noch einmal das allgemeine Tagungsziel ins Blickfeld nehme: Dokumentation des Forschungsstandes in der »Mediensemiotik«, Entwicklung von Perspektiven und semiotische Grundlegung.

Obwohl die Autoren von verschiedenen Disziplinen und verschiedenen theoretischen und methodologischen Positionen her argumentieren, ergibt sich ein gewisser Diskussionszusammenhang, weil in vielen Beiträgen ausdrücklich auf eine oder mehrere der jeweils anderen beteiligten Wissenschaften Bezug genommen wird. Das geschieht allerdings meist so, daß der Vertreter der einen Disziplin glaubt, einer anderen etwas Nützliches anbieten zu können. Nur der Medienpädagoge sucht händeringend Hilfe für sich selbst. Wenn die Mediensemiotik mehr sein soll als ein *organisatorisches* Dach für die verschiedenen sprach- und kommunikationsbezogenen Untersuchungen in den einzelnen Wissenschaften, wenn sie also als (Teil-)Disziplin mit einem Minimum an grundlegend einheitlicher Theorie und Methodologie verstanden werden soll, dann gibt es eine Mediensemiotik bislang nicht. Versuche, die anvisierte Mediensemiotik auf ein bestimmtes Verständnis von »Semiotik« zu verpflichten, stießen offenbar schon während der Tagung auf Widerstand; vgl. dazu den letzten Beitrag des Bandes, in dem J. Kriz sich rückblickend gegen die »Gralshüter der 'wahren' Semiotik« zur Wehr setzt.

Das Buch von E. Straßner über die Fernsehnachrichten trägt den Untertitel »Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse«. Diese Charakterisierung ist insofern gerechtfertigt, als in der Tat der gesamte massenmediale Kommunikationsprozeß behandelt wird. Straßner legt aber nicht *eine* durchgehende und systematische Analyse vor, und auch die einzelnen Teile kann man nicht ohne Einschränkungen *Analysen* nennen. Der Autor hat das empirische oder quasi-empirische Wissen gesammelt, das hier oder da — in dieser oder jener Wissenschaft, in den Fernsehanstalten oder in den eigenen Forschungsprojekten Straßners — über Fernsehnachrichten erarbeitet worden ist, und stellt es in den folgenden Kapiteln dar: 1. Programmgeschichte, Materialbasis, Konzeption; 3. Inhalte, Materialverarbeitung, Sendungsanalysen; 4. Zuschauerforschung. (Das zweite Kapitel »Kommunikative Maximen für die Berichterstattung« hat eine Sonderstellung, weil es normativ Forderungen entwickelt, an denen die Wirklichkeit der Fernsehnachrichten kritisch gemessen wird.) — Ist ein Teilstück des Prozesses oder ein bestimmter Aspekt genauer untersucht, wird auch in Straßners Buch genauer darüber berichtet. Bestehen weiße Flecken, bleiben sie bei Straßner nicht schlicht weiß, können aber nur durch das Wissen und die Erfahrungen geschlossen werden, die Straßner selbst in mehr als zehnjähriger Auseinandersetzung mit dem Thema und auch in intensivem Kontakt mit den Medienpraktikern mehr oder weniger systematisch erworben hat. Herkunft, Status und Verlässlichkeit des in dem Compendium präsentierten Wissens sind also in den einzelnen Teilen unterschiedlich; es wird vom Autor aber so dargestellt, daß der Leser im allgemeinen selbst einschätzen kann, worauf er sich verlassen kann.

Einen theoretischen Anspruch hat der Verfasser nicht; doch ist das Buch natürlich nicht theorieelos. Straßner beruft sich im zweiten Kapitel auf die in der Linguistik verbreiteten Kommunikationsmaximen von Grice, die — als Aufforderungen formuliert — lauten: »Sei verständlich!«, »Sei informativ«, »Sei relevant!« und »Sei aufrichtig!«. Diese allgemeinen Maximen konkretisiert er für die Mediennachrichten mit Bezug auf den gesetzlichen Auftrag der Medien in Verfassung und Rundfunkgesetzen und dem Anspruch, den die Institution selbst erhebt. Vor diesem normativ gestützten Hintergrund bekommt seine Darstellung kritische Impulse, sowohl in Hinblick auf die Faktizität der Nachrichten als auch in Hinblick auf die rezipierte Sekundärliteratur. — Der Nutzen der Veröffentlichung liegt vor allem darin, daß sie den, der sich von dieser oder jener Fragestellung her den Fernsehnachrichten nähert, über die bisherige Beschäftigung mit dem Thema und die Ergebnisse informiert, und daß sie nicht nur die wissenschaftli-

chen Untersuchungen vermittelt, sondern in großem Umfang auch die praktischen Probleme der Nachrichtenproduktion und -rezeption und das Erfahrungswissen der Medienpraktiker ins Blickfeld bringt. Ein Nachteil der kompendienartigen Darstellung ist, daß die empirischen Fallstudien, die im Rahmen der Tübinger Forschungen entstanden sind, in dem voluminösen Band etwas verlorengehen, weil man sie in einem Handbuch nicht erwartet und also auch nicht sucht. Dazu gehören die Studien zur inhaltlichen Verarbeitung von Agenturmeldungen am Beispiel der Portugal-Berichterstattung v. 27.5.-17.6.75 und der sprachlichen Verarbeitung am Beispiel der Namibia-Berichterstattung vom 19.10.78 (vgl. Kap. 3.2), die Text- und Bilduntersuchungen in Kap. 3.3 und die Rezeptionsanalysen in 4.2. Mir scheint, sie hätten besser neben der Überblicksdarstellung jeweils separat veröffentlicht werden sollen.

Medieninterviews sind in den letzten Jahren, vor dem Hintergrund des verstärkten linguistischen Interesses an mündlich-dialogischer Kommunikation, verschiedentlich zum Gegenstand sprachwissenschaftlicher Analysen gemacht worden. Die Wahl gerade von Medieninterviews hatte im Rahmen der neuentwickelten Forschungsrichtungen der Konversations-, Gesprächs-, Diskursanalyse zum Teil jedoch eher forschungspraktische Gründe: Mediensendungen sind für Tonbandaufnahmen leicht verfügbar, vergleichsweise einfach zu transkribieren und somit der Untersuchung ohne große Probleme zugänglich. Das Untersuchungsinteresse richtete sich dann aber gelegentlich nicht primär auf das Medieninterview, sondern auf das Medieninterview als Gespräch. Weitergehend kann man sagen, daß Sprachwissenschaftler manchmal kontrafaktisch so taten, als seien die Gespräche keine Medieninterviews, sondern alltägliche Gespräche zwischen zwei Personen, die sich von sich aus etwas zu sagen haben.

Die Dissertation von Hoffmann unterscheidet sich in dieser Hinsicht grundlegend von den Voruntersuchungen, weil sie konsequent die Faktoren, die das Gespräch auf dem Fernsehschirm erst zu einem politischen Fernsehinterview konstituieren, in den Beschreibungsansatz integriert, insbesondere den rechtlichen, politischen, institutionellen und materiellen Handlungsrahmen, in dem die Gesprächsteilnehmer sprachlich handeln und den Hoffmann anhand der entsprechenden Sekundärliteratur rekonstruiert (Kap. 1). Aus dem Handlungsrahmen leitet der Autor erkenntnisleitende Hypothesen zur Funktion und zur sprachlichen Gestaltung der Interviews ab, die dann im weiteren Verlauf der Arbeit sprachwissenschaftlich überprüft werden.

Untersucht wird ein nach Repräsentativ Gesichtspunkten ausgewähltes Korpus von 163 politischen Fernsehinterviews im zweiten Halbjahr 1978. Im Zentrum der sprachwissenschaftlichen Analyse stehen die Argumentationshandlungen, wobei »Argumentieren« als »Begründen von Behauptungen« begriffen wird, ohne daß der Begriff das Merkmal »Rationalität« oder andere normative Implikationen enthielte. Weitere Analyseschwerpunkte sind die »Kategorisierung der Befragten und der Thematik«, eine Systematisierung der »Frageziele« nach den Kategorien »Information«, »Meinung« und »Problemmatisierung«, eine Analyse der »Beziehungshandlungen«, insbesondere Vorkommen und Formen der Anrede und metakommunikativer Äußerungen, die Kategorisierung der Äußerungen nach »Dissens-, Konsens- und Teilkonsensäußerungen« und Teilkapitel zur Kohärenz und Kohärenzherstellung, zur »Referenz auf den Rezipienten« und zum Bezug des Interviews zum politischen Handeln. — Im wesentlichen bestätigt die sprachwissenschaftliche Analyse die aus der sekundäranalytischen Rekonstruktion des Handlungsrahmens gewonnenen Hypothesen, also z.B., daß eine der wesentlichsten Funktionen für den Politiker »in der institutionell garantierten Chance positiver Selbstdarstellung liegt« (150), daß eine »personalisierende Sichtweise politischer Handlungen« (151) vorherrscht, daß der Interviewer »in der Mehrzahl der Interviews auf die Tätigkeit als Moderator des Politikers« beschränkt ist (150) etc. Man könnte daher versucht sein, zu sagen, daß die sprachwissenschaftliche Analyse etwas bestätigt, was man auch vorher

schon wußte; doch wird diese Einschätzung der Arbeit nicht gerecht. Zunächst einmal bestätigt die sprachwissenschaftliche Analyse nicht nur, sondern führt zum Teil zu wesentlich genaueren und differenzierteren Aussagen; zum anderen macht die Arbeit deutlich, daß man in der Tat auch von der Sprache her den institutionellen Sinn des Fernsehinterviews erfassen kann, wenn man eine institutionalisierte Form von Sprechfähigkeit wie das politische Fernsehinterview als umfassenden Handlungstyp, d.h. als einen »Komplex materieller und sozialer Bedingungen, normierter Erwartungen, bestimmter Konventionen, charakteristischer Intentionen und spezifischer sprachlicher Gestaltung« (3) versteht.

Medieninterviews und auch andere Formen institutionalisierter Sprechfähigkeit wurden bisher meist so untersucht, daß die verschiedenen Wissenschaften jeweils den Faktor des Komplexes mehr oder weniger isolierten, für den sie in besonderer Weise verantwortlich sind, und daß die Ergebnisse (manchmal) im zweiten Schritt oberflächlich miteinander korreliert wurden, ohne daß die intensiven Wechselbeziehungen zwischen den Komplexfaktoren auf der Beschreibungsebene erkennbar wurden. In Hoffmanns Ansatz unterscheiden sich die verschiedenen Wissenschaften nicht so sehr im Gegenstand, sondern in der Art und Weise, in der sie Zugang zu ihm gewinnen. Die Sprachwissenschaft untersucht nicht die sprachliche Gestaltung, sondern wählt die Ebene der sprachlichen Gestaltung, um über sie Zugang zu dem umfassenden Handlungstyp »Politisches Fernsehinterview« zu bekommen. Entsprechendes ließe sich für die anderen relevanten Wissenschaften formulieren. Die Dissertation zeigt, wie weit eine so konzipierte sprachwissenschaftliche Analyse kommt, und gibt auch ausdrücklich die Punkte an, wo die pragmatische Sprachanalyse ihre Grenzen erreicht und von anderen Seiten her ergänzt werden muß.

Walther Dieckmann (Berlin/West)

Lange, Klaus: Das Bild der Politik im Fernsehen. Die filmische Konstruktion einer politischen Realität in den Fernsehnachrichten. Haag + Herchen Verlag, Frankfurt/M. 1983 (229 S., br., 30,- DM)

Lange will ein »Interpretationsschema« entwerfen und erproben, das die »Nachrichtenproduktion in den übergeordneten Zusammenhang vom politischen System und Massenkommunikationssystem« einordnet (189). Besonderes Gewicht legt er auf die Analyse der »Nachrichtenproduktion«, wobei die entsprechenden Produktionsbedingungen »durch die Interaktion von medialen und politischen Akteuren strukturiert« werden (2). Mit dieser Zielsetzung kann Lange zwar die Produktion von Nachrichten forschungsstrategisch eingrenzen, aber dies geschieht aufgrund einer weitgehenden Ausblendung der vermittelnden Effekte seitens sozialer Herrschaft, politischer Macht und der Rezipientenverfassung. Das Publikum wird aus der verkürzten Perspektive der Wirkungsforschung betrachtet, so daß die »Massenloyalität« (13, 134) zu wenig mit sozioökonomischen Strukturen und politisch-sozialen Deutungsmustern verbunden wird.

Langes Forschungsplan fragt in demokratietheoretischer Hinsicht nach der Rolle von Nachrichten und entsprechender Massenkommunikation; die Frage bewegt sich zwischen den Polen »einer soziopolitischen Integration qua aktivem, bewußtem Konsens« und der Annahme, »daß symbolische Befriedigungsstrategien über Fernsehnachrichten realisierbar sind« (134). Vom Ergebnis her gelangt Lange zu dem Befund, Massenmedien seien systemstabilisierend, Nachrichten verhielten sich funktional zur Selbstdarstellung von Politikern, gleichwohl aber gebe es eine »Autonomie des Massenkommunikationssystems« (39) auf Grundlage berufsspezifischer und situativer Zwänge und Routinen bei der Nachrichtenproduktion. Die Orientierung an M. Edelmanns Begriff von Politik als symbolischer Aktion und Ritual führt dazu, daß die kritische Attributierung dieses Befundes zu sehr unterbleibt; in systemtheoretischer Hinsicht ist Lange der Ansicht, daß »ein gewisses Maß an politischer Apathie durchaus systemfunktional sein kann«

(130, 12, vgl. auch 15). Bedeutsam ist Langes eigene Inhaltsanalyse, die dem Konzept eines vielschichtigen Protokollbogens/Codeplans folgt (152). Untersucht werden 200 Filme (zum Begriff 151) mit einer Länge von 4,3 Stunden, die aus Fernsehnachrichten des Zeitraumes von März bis Oktober 1980 ausgemacht worden sind (142, relativierend zur Samplegröße vgl. 192). Diese Inhaltsanalyse zeichnet sich gegenüber anderen Arbeiten durch ihre zahlreichen Variablen und durch Fragen nach »Produktionsroutinen«, Bearbeitungsweisen und Kommentierungen (169ff., 176ff., 187f.) aus. Anwendungen aus der Inhaltsanalyse von H. Schatz u.a. (Fernsehen und Demokratie, 1981) werden aufgegriffen und im Sinne einer Produktionsanalyse weitergeführt. (vgl. 4).

Langes Untersuchung ist anregend: Sie verdient sowohl eine Problematisierung ihrer symbolisch-interaktionistischen wie systemtheoretischen Ausgangsprämisse als auch eine Weiterführung, für die Lange selbst eine Verbindung des in der Bundesrepublik von Renckstorf propagierten uses-and-gratifications-Ansatzes (vgl. 116 ff.) mit einer von Salje in Anlehnung an Leithäuser und Lorenzer alltagstheoretisch konzipierten Filmanalyse (vgl. 130ff.) anregt (193f.) — In ihrer Konsequenz dürfte diese weiterführende Forschungsfragestellung zu einer kritisch-demokratiethoretischen Uminterpretation der Befunde Langes führen.

Eike Hennig (Kassel)

Linz, Martin: High Noon. Literaturwissenschaft als Medienwissenschaft. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1983 (145 S., br., 58,- DM)

Als omnipräsente Chiffre hat sie sich fast selbstverständlich eingraviert: »High Noon« — die ultima ratio des amerikanisierten Krisenbewußtseins. Solchen Medienphänomenen nachzuspüren und ihre vielfältigen Wechselwirkungen in den verschiedenen Medien, aber auch im mediatisierten Alltagsbewußtsein aufzudecken, hält M. Linz in dieser Berliner Dissertation zu Recht für einen wesentlichen Erkenntnisauftrag einer sich zur Medienwissenschaft wandelnden oder wenigstens erweiternden Literaturwissenschaft. Vor allem in drei Dimensionen sucht er sich zu rekonstruieren: »in *mediengeschichtlicher* Hinsicht« daraufhin, »was an kultureller, von den Massenmedien assimilierter Tradition mannigfach verändert in literarischen Texten heimisch geworden ist; des weiteren in *medienästhetischer* Hinsicht, welche literarästhetischen Neuerungen die literarisierte Kultur aufgrund der darin wirksamen massenmedialen Präsentationstechniken entfaltet; schließlich in *bewußtseinsgeschichtlicher* Perspektive, welche sozio-kulturellen Strömungen solcherart zum Ausdruck kommen« (17).

Wer nun freilich erwartet, daß diese noch reichlich komplexen und kryptischen Forschungszugänge weiter differenziert und der methodisch gesicherten Überprüfung zugeführt werden, Stück für Stück im Sinne eines transparenten und nachvollziehbaren Arbeitsprozesses, sieht sich bald enttäuscht, genauer: verwirrt. Allzuviel vermeintlich einschlägiges oder auch nur marginales Material, allzu viele angelegte oder anknüpfbare Wissenskontexte, aber auch allzu ungebändigte Kritik an Methoden und Selbstverständnis der Literaturwissenschaft hindern den Autor an einer soliden Vorgehensweise, assoziative Extensionen oder dem Testierungsritual womöglich geschuldete Bildungsexkursionen brechen häufig dazwischen. So häufen sich in dem knappen Band zahlreiche methodische Ansätze und Fallstudien: Willkürlich gegriffene Etüden über mediale Interferenzen von Zola bis Achternbusch und der »Poplyrik« präludiven zu Beginn, abgelöst dann von einem kursorischen Abriss der Gattungsgeschichte des Western, in den freilich noch viele Anleihen bei der Literaturgeschichte, vom Abenteuerroman des 18. Jahrhunderts bis zu Handke, A. Schmidt, Härtling oder Schlöndorff, eingewoben sind.

Auch das nun folgende Kapitel »Exemple 'High Noon'« begnügt sich nicht mit einem banalen Ablauf: Die »Rekonstruktion der 'High-Noon'-Semantik« beginnt mit einer Fallstudie zur bundesdeutschen Medienkritik (1978 bis 1980), also mit einem Stück Rezeptionsgeschichte. Kaum ausgebreitet, wird sie von einem »Methoden-Intermezzo« un-

terbrochen, das ein kritisches Streiflicht auf die verschiedenen rezeptionstheoretischen Fraktionen der Literaturwissenschaft wirft. Es endet sodann mit der kaum verblüffenden Einsicht, daß für die Analyse der Rekonstruktions- und Rezeptions-Zeugnisse »Verfahren der empirischen Sozialforschung« geeigneter seien. Doch auch sie werden nur sporadisch und arbiträr verwendet, denn die erste Untersuchung der Filmkritik ist ja bereits abgeschlossen, der letzte Blick auf das Medienphänomen, eine fündige »High-Noon«-Blütenlese kommt ganz ohne expliziten methodischen Filter aus, paraphrasiert und interpretiert in herkömmlicher Manier. Aber zuvor, um den Kanon-Restaurationen der Literaturwissenschaft noch entgegenzuhalten, findet sich ein nun ausdrücklicher »Exkurs« über »Poplyrik als 'präreflexives' Medium ästhetischer Kanonbildung« eingeschoben.

Das »High-Noon«-Panorama setzt sich dann — endlich! — fort mit der Aufdeckung von »Schlüsselkonnotationen«, etwa den Oppositionen von »civilization« versus »wilderness«, von männlicher Heroisierung und ideologischer Wertegemeinschaft, von »fair virgin« versus »black lady« etc., nicht aber ohne von einem »Exkurs« über die »Deutschland-Besuche des High-Noon-Stars Gary Cooper im Premierenjahr des Films (1953)« alsbald unterbrochen zu werden. Es kompletziert sich mit der Analyse von »Schlüssel-Motiven« (was unterscheidet diese von jenen?), vor allem der sogenannten »Bedeutungs-Struktur«. Und erst dabei bekommt der Leser einen (interpretativen) Begriff von Film bzw. von der Wahrnehmung des Films durch den Autor, freilich wiederum auf ganz schlichte hermeneutische Weise, ohne explizite methodische Verrenkungen. Dennoch (oder vielleicht gerade deshalb) zählen diese knapp zwanzig Seiten zu den ergiebigsten und plausibelsten des Buches; sie hätten meines Erachtens viel früher plaziert gehört. Ihnen folgt noch ein »Auszug (!) aus der Rezeption«, eine Fragebogenaktion unter 95 Berufsschülern, 76 Schülern und 11 Studenten, um herauszufinden, ob die ehemals oder in der Presse ventilerten Mythen auch unter den sogenannten normalen Kinogängern virulent sind. Sie sind es, wie zu erwarten, mit vielen individuellen Nuancen natürlich. Diese methodische Fingerübung zur »im statistischen Sinne repräsentativen« Wirkunsforschung zu adeln, verrät allerdings einige Chuzpe und hebt nicht gerade den Ruf der Medienwissenschaft als seriöse Disziplin.

So verhakt und ruiniert sich ein im Grunde wichtiges Unterfangen an seiner selbstgesteckten methodischen Vielfalt (oder Unentschlossenheit) und an seinem Wissensfundus: nämlich ein ergiebiges und rezeptionsgeschichtlich gesättigtes Medien-Exempel als »Prüfstein für eine medienwissenschaftlich eingestellte Literaturwissenschaft« zu statuieren und zu durchleuchten. Weder der methodisch schon weiter gediehenen Filmanalyse noch einer wie immer zu definierenden Medienwissenschaft generell wird mit einem solchen analytischen Kaleidoskop gedient. Eine klärende, selegierende Durchsicht wäre der Arbeit sehr bekommen: »Sinnlichkeit« wurde zweifelsohne freigesetzt, aber nicht »Sinn« — um ein Motto der beschriebenen Poplyrik abzuwandeln und ins Gegenteil zu verkehren.

Bleibt noch nachzutragen, daß Verlag und Herausgeber der Arbeit offenbar nicht *comme il faut* behilflich waren. Möglicherweise gehen einige der Sinnsprünge auf das Konto der spürbar rigorosen Kürzungen, und wenige Wochen nach der Auslieferung wird ein Korrigenda-Blatt nachgereicht, auf dem sich der Autor über »die offene Obstruktion der mit der Abschrift des Manuskripts für den Druck beauftragten Person« beschwert. Ob dies der angemessene Umgang bei der Produktion eines Buches ist, ob sich darin der Übergang zum Medienzeitalter nicht markanter manifestiert?

Hans-Dieter Kübler (Werther)

Kübler, Hans-Dieter (Hrsg.): Massenmedien im Deutschunterricht. Lernbereiche und didaktische Perspektiven. Haag + Herchen Verlag, Frankfurt/M. 1981 (404 S., br., 38,-DM)

Auch zwei Jahre nach Erscheinen hat die vorliegende Sammlung von Beiträgen zur Medienpädagogik als Organ eines produktiven, d.h. die Handlungsfähigkeit bildenden Deutschunterrichts nichts an Aktualität und Informationswert eingebüßt. Eher umgekehrt: spricht der Herausgeber im Vorwort noch von »zu erwartenden kommunikationstechnologischen Umwälzungen« (8), so sind diese inzwischen in vollem Gang. Mit der Verwertung technologischer Wandlungen ist eine qualitativ neue Offensive massenkultureller, ideologischer Vergesellschaftung von oben eingeleitet worden, der theoretisch manches, praktisch aber noch wenig von seiten demokratischer Gegenkultur entgegengesetzt worden ist. Ein möglicher Ansatzpunkt, Abhilfe zu schaffen, ist mit einer schulischen Medienpädagogik, die »Emanzipation, selbstbestimmtes Lernen und selbsttätiges Handeln von Lehrern und Schülern ernst nimmt« (9), gegeben. Aus dem Zustand, daß »die medientheoretische Herausforderung auf wenige 'Exzentriker' beschränkt (bleibt)« (6), herauszukommen, hierzu leistet der vorliegende problemfacettierte Übersichtsband ein erfahrungsgestütztes Informations- und Diskussionsangebot, indem er auf »Fortführung oder eigentlich Wiedereröffnung der medienpädagogischen Diskussion innerhalb der Deutschdidaktik« (9) sinnt.

Der Band versammelt vierzehn je für sich lesenswerte Beiträge zu vier zentralen medienpädagogischen Feldern. Durch den Einleitungsbeitrag des Herausgebers, worin knapp und übersichtlich die mediendidaktische Diskussion während der abgelaufenen Dekade nachgezeichnet, schulalltagsnah aneignungstheoretische Positionen bestimmt und »Perspektiven des praktischen Einsatzes von Medien im Deutschunterricht« (30ff.) skizziert werden, erfahren die durchgängig als didaktische Exempel entworfenen Beiträge ihre Ortsbestimmung innerhalb einer Konzeption, die von der medienpolitischen Verteidigung des pädagogischen Anspruchs auf Herausbildung von emanzipatorischer Handlungsfähigkeit impulsiert ist. Unter den zentralen Rubriken »Literatur und ihre Medien«, »Printmedien und ihre Formen«, »'Mediale Moloche': Comics und Werbung« sowie »Vom Hören und Sehen: Audiovisuelle Medien« wird die Skala medien-spezifischer Lernfelder und der in ihnen verdichteten gesellschaftlichen Wirklichkeitsausschnitte eingehend durchbuchstabiert. Die Verschränkung von schul-, d.h. umsetzungsnaher Problementfaltung und theoriefreundlicher Diskussionsform qualifiziert ausnahmslos alle Beiträge, die sich zudem in der Regel durch eine anschauliche Aufbereitung (Schaubilder, faßliche Schemata und Bildbeispiele) auszeichnen.

Eine Schwäche freilich kann nicht übersehen werden. Wenngleich Kübler in seinem Vorwort für eine medienpädagogische Betrachtungsweise votiert, die »die Einflüsse und Einflüsterungen der medialen Angebote« (10) sowohl im Gesamtzusammenhang je sozialtypischer Erfahrungs- und Lebensformen als auch im biografischen Gesamtkontext der »Schülerpersönlichkeit« (10) zur Sprache bringt, so tendieren doch die nachfolgenden Einzelbeiträge dazu, die außerschulischen, häuslichen wie außerhäuslichen Prägestätten in ihrer kovarianten Determinationskraft unzureichend in Rechnung zu stellen. Eine Reinterpretation der medienpädagogischen Befunde im Lichte der kultursoziologischen Diskussion zur Entwicklung einer materialistischen Theorie der Lebensweise(n) würde die genannte Tendenz zur konzeptiven Blickverengung ertragssteigernd bannen. Davon unbeschadet: die vorliegende Sammlung exemplarischer Analysen und Praxisempfehlungen zur Medienpädagogik, die zu einer Art Handbuch verfügt sind, birgt den Kenntnisgewinn, den sie verspricht.

Friedhelm Kröll (Nürnberg)

Soziologie

Jaeggi, Urs und Manfred Fasser: Kopf und Hand. Das Verhältnis von Gesellschaft und Bewußtsein. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1983 (192 S., br., 19,- DM)

Dieses Buch mußte irgendwann einmal geschrieben werden. Es ist so etwas wie ein linkes Pendant zu Peter Bergers erfolgreicher »Einladung zur Soziologie« aus den 60er Jahren: eine unprätentiös geschriebene, den Leser ohne Vorkenntnisse ansprechende Einführung in die Soziologie. »Gelernt werden soll, wieso (?) soziales Handeln, soziale Normen und Institutionen zusammenhängen, d.h. wie sie funktionieren. Dabei ist der Mensch nicht bloß ein 'kommunikatives' Wesen, das denken und sich verhalten kann; mittels Arbeit muß die Gesellschaft ihre Existenz sichern.« (15) Die Autoren versuchen zunächst, von der Alltagserfahrung ausgehend, theoretische Positionen zur Erklärung zwischenmenschlichen Verhaltens in Situationen der personalen Interaktion zu entwickeln, wobei sie v.a. die Arbeiten von Alfred Schütz zugrundelegen. Dann versuchen sie zu zeigen, daß dieser Ansatz nicht ausreicht, weil soziales Verhalten stets von den Anforderungen der Naturaneignung, der gesellschaftlichen Arbeit also, überformt ist — hier gehen sie natürlich in erster Linie vom Marxschen Arbeitsbegriff aus. Die Integration der beiden Ansätze ist sicher nicht überall gleich gut gelungen — am besten wohl in dem Kapitel über die »Industrialisierung der Hoffnung«: »Das Dilemma ... lag in dem 'Vertrauensvorschuß', den Theoretiker der Arbeiterbewegung und Arbeiter selbst den *industriellen Institutionalisierungen* entgegenbrachten. Indem sie deren 'Entwicklung' vertrauten, lösten sie sich aus ihren sozialen Entstehungszusammenhängen und machten sich selbst zum abhängigen Arbeitskörper.« (141). Anderswo wirkt vieles eklektizistisch — und auch hierin liegt eine Parallele zu Peter Berger. Andererseits kann man von einer Einführung sicher auch keine Lösung des Problems einer Integration von System- und Handlungstheorie verlangen — wo doch die »Große Theorie« selbst seit Jahrzehnten daran kaut, ohne bisher zu befriedigenden Ergebnissen gekommen zu sein. Stattdessen besitzen wir in dem Buch von Jaeggi und Fasser endlich eine kritische Einführung in die Soziologie auf dem gegenwärtigen Diskussionsstand, die man Laien und absoluten Anfängern guten Gewissens empfehlen kann.

Gerhard Hauck (Landau)

Blaschke, Jochen: Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallersteins »Das Moderne Weltsystem«. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1983 (256 S., br., 29,50 DM)

In dem Band werden die Beiträge zu einer vom Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung veranstalteten Konferenz über Wallersteins »Weltsystem-Perspektive« veröffentlicht. Dies ist deshalb sehr verdienstlich, weil die Debatte um Wallerstein trotz seines gewaltigen Einflusses auf die entwicklungspolitische Diskussion auch in der bundesdeutschen Linken bisher fast ausschließlich in englischer Sprache geführt wurde. Das Elend mit allen derartigen Konferenzen ist aber, daß trotz der thematischen Festlegung jeder der Referenten über Gott und die Welt reden kann. So befassen sich auch hier außer Wallerstein selbst nur zwei der Autoren (Peter Worsley und Robert Brenner) direkt mit seinem Ansatz — dies allerdings auf höchstem Niveau. Wallerstein benennt in einer sehr gedrängten Zusammenfassung Staaten, Klassen, Statusgruppen und Haushalte als die Elemente des Weltsystems. Zwischen ihnen spiele sich der Kampf um die weltweite Verteilung des Mehrprodukts ab. Autonom determinierende Bedeutung komme aber keinem von ihnen zu, sondern nur dem System als ganzem, dessen Entwicklung seinerseits durch die langen Kondratieff-Zyklen bestimmt sei. Brenner wie Worsley kritisieren an Wallersteins Konzeption vor allem die mangelnde Berücksichtigung der Produktionsverhältnisse, insbesondere der je spezifischen Formen der Surplus-Abschöpfung. Bren-

ner weist nach, daß die für den historischen Ursprung des Kapitalismus entscheidende Revolutionierung der Produktivkräfte im Gegensatz zu Wallersteins Thesen mit der Ausbreitung der im Doppelsinn freien Lohnarbeit kausal verbunden ist. Worsley zeigt historisch vom anderen Ende her, welch enormen Unterschied es macht, ob der Surplus über den Markt oder durch politisch bestimmte Planungsinstanzen abgeschöpft wird. Insbesondere der Arbeit von Brenner kann man weiteste Verbreitung wünschen; es ist bezeichnend, daß seine vernichtende Kritik, die zum ersten Mal schon 1976 formuliert worden war, von Wallerstein bis heute nicht beantwortet worden ist.

In dem Artikel von Kuchenbuch wird mit Hilfe von interessanten Fallbeispielen die »internalistische« These begründet, die Entstehung des Kapitalismus sei ohne »die radikale Privatisierung der Grundelemente der Produktion (...) auf dem Lande« in der europäischen Feudalgesellschaft nicht möglich gewesen. Menzel und Senghaas entwickeln eine Typologie der autozentrierten Entwicklung. Krippendorf zeigt den Zusammenhang zwischen Krieg und kapitalistischer Entwicklung auf, sowie den qualitativen Sprung, den die Kriegsführung in der kapitalistischen Epoche erfahren hat — eine wichtige Argumentationshilfe für die Friedensbewegung. Frank gibt eine lesenswerte Rundumschau über »Die gegenwärtige Krise und die Perspektiven des Weltsystems«. Die Einleitung von Blaschke präzisiert die Themenstellung und liefert dem ganz eiligen Leser noch Kurzzusammenfassungen der einzelnen Beiträge.

Insgesamt: ein nützliches Buch. Um Möglichkeiten und Grenzen der Weltsystem-Perspektive erfassen zu können, wird man aber auch weiterhin Dutzende von englischsprachigen Zeitschriften studieren müssen.

Gerhard Hauck (Landau)

Schluchter, Wolfgang (Hrsg.): Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus. Interpretation und Kritik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1983 (416 S., br., 24,- DM)
Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus bildet den ersten Teil seiner vergleichenden Versuche über die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Die Unterschiede zwischen der Entwicklung des Okzidents und der des kaiserlichen China, d.h. letztlich die Frage nach dem Ausbleiben einer kapitalistischen Entwicklung in China, spezifiziert Weber in drei Hinsichten: »In Hinsicht auf die geistige Kultur, in Hinsicht auf die materiellen und ideellen Interessen der diese Kultur prägenden Trägerschichten und in Hinsicht auf die Ordnungsfiguration, in die beide eingebettet sind.« (7) Gerade wegen dieser vergleichenden Perspektive hält Wolfgang Schluchter die Webersche Studie bis heute für eine Herausforderung an Soziologen und Sinologen gleichermaßen: »Für Soziologen deshalb, weil sie ein Beispiel für eine historische und vergleichende makrosoziologische Analyse darstellt; für Sinologen deshalb, weil sie eine für dieses Fach nicht selbstverständliche Fragestellung propagiert.« (7) Entsprechend sind in dem Band Beiträge von Vertretern beider Disziplinen zusammengestellt. Überdies befaßt sich ein Aufsatz von Arnold Zingerle gesondert mit Problemen der Verständigung beider Fachrichtungen. Die versammelten Beiträge gehen — mit geringen Abweichungen — auf Ergebnisse einer internationalen Konferenz zurück, die 1980 mit Unterstützung der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg abgehalten wurde.

Die Anordnung der einzelnen Aufsätze folgt im wesentlichen der Kapiteleinteilung der Weberschen Studie. Nach einem den Band einleitenden »Versuch einer Einordnung« von Webers Arbeit durch den Herausgeber problematisiert Wolfram Eberhard den Weberschen Ansatz auf Basis neuerer archäologischer Forschungsergebnisse mit Weber selbst: China könne mit Beginn der Han-Dynastie (seit 206 v. Chr.) »nicht mehr als Staat mit 'traditioneller Herrschaft' betrachtet werden ..., sondern (müsse) als Staat mit 'rationaler Herrschaft' bezeichnet werden ...« (72) Sibylle van der Sprenkel setzt sich mit der politischen Ordnung Chinas auf lokaler Ebene auseinander. Die Beiträge von Mark Elvin und Karl Büniger befassen sich mit den Besonderheiten der chinesischen Entwick-

lung auf dem Gebiet der Ökonomie und des Rechtes. Fragen des Literatenstandes und der konfuzianischen Lebensordnung werden in den Arbeiten von Peter Weber-Schäfer und Thomas Metzger beleuchtet. Der einzige Beitrag des Bandes, der nicht auf Webers Studie bezogen ist, greift ein Thema auf, das bei Weber eine Rolle spielt, aber nur kurzweilig behandelt wird: Tu Wei-ming beschreibt die Eigenart chinesischer Philosophie im Unterschied zu wichtigen philosophischen Strömungen im Westen. Helwig Schmidt-Glintzer setzt sich mit dem Verhältnis von Orthodoxie und Heterodoxie (Taoismus) auseinander und führt den Begriff der konfuzianischen Orthopraxie ein. Zu einer Gesamteinschätzung der Weberschen Studie tragen abschließend Nathan Sivin mit einem Vergleich der Ansätze von Max Weber und Joseph Needham anhand der Arbeit von Benjamin Nelson sowie Samuel N. Eisenstadt bei, der das Problem der innerweltlichen Transzendenz in den Mittelpunkt rückt.

Im Anschluß an Metzger kritisiert Eisenstadt, daß Weber in den Details seiner Arbeit (im Unterschied zu ihrem theoretischen Rahmen) davon ausging, daß eine Spannung zwischen transzendenter und weltlicher Ordnung in China gefehlt habe, während in der Tat im konfuzianischen Denken diese Spannung im Rahmen einer innerweltlichen Orientierung gelöst werde. »Daß Weber den Unterschied zwischen dem *Fehlen* eines transzendent begründeten Spannungsverhältnisses und einer innerweltlichen *Lösung* dieser Spannung nicht erkannt hat, gibt uns einen Hinweis darauf, wie wir sein Werk bewerten, seine Irrtümer wie seine Einsichten verstehen sollten. Die innerweltliche *Lösung* war für die chinesische Zivilisation kennzeichnend und sie bietet den Schlüssel zur Neuinterpretation sowohl der Gesamtgestalt der chinesischen Gesellschaft und Zivilisation als auch der Eigenart ihrer wesentlichen Komponenten.« (369) Weitere Kritikpunkte betreffen vor allem den zeitlichen Rahmen der Studie (Weber springt von der Han-Dynastie ins 17. Jahrhundert und vernachlässigt dabei gerade die Zeit, in der China dem Westen auf nahezu allen Gebieten überlegen war, d.h. zwischen 1000 und 1500 n. Chr.) (41/42) sowie, am heutigen Forschungsstand gemessen, unzulängliche Vereinfachungen in den Weberschen Formulierungen (45). Trotz dieser Mängel, die historisch kritisiert werden, bleibt die Relevanz der Weberschen Fragerichtung jedoch von den Autoren unbestritten.

Zweifellos hat Schluchter mit seinem Band sowohl für Sinologen wie für Soziologen eine Lücke gefüllt, dennoch scheint mir das Ziel einer *Verständigung* beider Disziplinen nach Lektüre des Buches nicht näher gerückt zu sein. Dies mag an der spröden Form der Aneinanderreihung von Kongreßbeiträgen ebenso liegen wie am fachwissenschaftlichen Revierbewußtsein einzelner Autoren. Zu einer solchen Annäherung hätte möglicherweise eine von beiden Disziplinen getragene kritische Aktualisierung der Weberschen Studie beitragen können: Von soziologischer Seite wäre eine stärkere Problematisierung kulturvergleichender Analyse wünschenswert gewesen, die nicht bei der Aussage stehenbleibt, daß Vergleichspunkte und Begriffe eben jener Kultur entstammen, um deren Erkenntnis willen der Vergleich letztlich angestellt wird (46); von sinologischer Seite fehlt ein verstärkter Einbezug von Problemen des heutigen China, wie er sich in dem streitbaren letzten Satz des Buches (Eisenstadt) andeutet: »So paradox dies auch klingen mag: Erst die kommunistische Revolution hat den vielleicht gelungensten Versuch in der Geschichte Chinas hervorgebracht, die Welt aus dem im Konfuzianismus angelegten Geist der innerweltlichen Transzendenz zu rekonstruieren.« (402) Bettina Gransow (Berlin/West)

Buer, Ferdinand, Alfons Cramer, Eckhard Dittrich, Roland Reichwein und Hans-Günter Thien: Zur Gesellschaftsstruktur der BRD. Beiträge zur Einführung in ihre Kritik. Edition Westfälisches Dampfboot, Münster 1982 (476 S., br., 25,- DM)

Diese Einführung in die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik ist zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit den Sozialwissenschaften, soweit sie theoretisch und empirisch

risch die Verhältnisse unseres Landes zu begreifen den Anspruch erheben. Sie ist aus gemeinsam konzipierten und durchgeführten Lehrveranstaltungen der 5 Autoren an der ehemaligen PH Münster (heute Teil der Universität) entstanden.

Die Autoren haben sich die Aufgabe gestellt, die Darstellung der westdeutschen Sozialstruktur mit einer materialistisch verfahrenen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbinden. Zudem soll, dem Kreis der studentischen Adressaten entsprechend, vor allem eine Orientierung über Arbeitsfelder des Bildungs- und Sektors und deren Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Gesamtstruktur vermittelt werden. Das Buch ist aus Beiträgen aufgebaut, die von einzelnen Autoren geschrieben sind, aber im theoretischen Grundverständnis sich verbindlich aufeinander beziehen. Die Reihenfolge der Kapitel: Zunächst entwickelt *Thien* die »Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft«, sodann *Buer* »Form und Funktion des bürgerlichen Staates«. Das grundlegende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital konkretisiert *Dittrich* nach der Seite der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen: »Gewerkschaften in der Bundesrepublik«. Die konkrete Ausformung der Klassenstruktur nimmt sodann *Cramer* mit dem empirisch orientierten Beitrag »Soziale Ungleichheit am Beispiel der Einkommensverteilung« auf. Derselbe Autor leitet die Analyse der für das angezielte Berufsfeld wesentlichen gesellschaftlichen Sektoren mit einer Studie über »Die Stellung der Kernfamilie in der bürgerlichen Gesellschaft« ein. Es folgen *Reichwein* (»Das Schulsystem im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft«), *Thien/Reichwein* (»Jugend in der Gesellschaftsstruktur der BRD«) und abschließend *Buer* mit einer Abhandlung über »Form und Funktion des Sozialarbeitssektors«.

Wenngleich in den letzten Beiträgen die Spezifik der ausgewählten Gegenstandsbereiche den besonderen Ausbildungsauftrag der Autoren widerspiegelt, halte ich die Einführung in ihrer Gesamtanlage für eine interessante, in mancher Hinsicht den sonstigen sozialwissenschaftlich orientierten »Sozialkunden der Bundesrepublik« überlegene Alternative. Geglückt erscheint mir vor allem die Wahl der Abstraktionsebene und die durchgängige methodische Reflexion des Vorgehens in Analyse und Darstellung. Die Autoren unterstellen zu Recht, daß es in einer wissenschaftlichen, kritischen Einführung in die modernen gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik nicht um die Vermittlung üppigen Detailwissens, um »Stoffhuberei« gehen kann. Sie verbinden vielmehr empirische Grundinformationen über die Klassenstruktur, über die Einkommensverteilung oder über die Bildungschancen im Schulsystem mit einer methodisch-fundierten Kritik an dem, was bürgerliche empirische Wissenschaften (Sozialstatistik und empirische Sozialforschung) auf der Ebene der bloßen Erscheinungen bereithalten und zugleich an Erkenntnissen über wesentliche gesellschaftliche Zusammenhänge vorenthalten. Leitfaden der eigenen Analyse (vor allem in den beiden ersten Beiträgen über die Klassenstruktur und den bürgerlichen Staat) sind die Marxsche Theorie und die wenigen Versuche, auf ihrer Grundlage die Klassenstruktur und die Rolle des Staates empirisch genauer zu bestimmen. Besonders gut gelöst ist m.E. das Problem, vor dem viele Autoren stehen, die dem inhaltlichen und methodischen Verständnis der »Kritik der Politischen Ökonomie« folgen, gleichzeitig aber die Anschaulichkeit der konkreten Erscheinungen nicht dem mühsamen Prozeß der Ableiteri zum Opfer bringen wollen. So sind die materialistischen Erklärungsansprüche einleitend knapp skizziert und werden dann im konkreten Gang der weiteren Untersuchung beispielhaft eingelöst. Sowohl in den Abschnitten über Klassenstruktur und Staat als auch in den anderen Beiträgen werden jene offenen Fragen und Kontroversen auch offen benannt, die in der sozialwissenschaftlichen Diskussion über Reichweite und Anwendungsformen der Marxschen Theorie eine Rolle spielen und die Interpretation der empirischen Zusammenhänge strittig gemacht haben.

Wie alle mir bekannten anspruchsvollen Einführungen in die gesellschaftlichen Verhältnisse — und in die Probleme der Sozialwissenschaften mit diesen Verhältnissen —

kann auch die vorliegende eine Schwierigkeit nicht gänzlich überwinden: sie hebt mit einem Verständnis der Gesellschaft an, das natürlich ein »Vor-Verständnis« der Autoren ist. Daran können auch einige Eingangsfragen zu den jeweiligen Kapiteln nichts ändern, die eher von »gespielter Naivität« sind. Aber die Stärke des Buches in seiner Gesamtanlage besteht darin, daß die Vorgehensweise der Autoren am Gegenstand und an konkurrierenden Erklärungsansätzen beispielhaft entfaltet wird und insofern dem Leser nachvollziehbar ist. Erkenntnisse werden uns nicht um die Ohren geschlagen, sondern zum denkenden Nachvollzug angeboten und überprüfbar gehalten. Leider gelingt es den Autoren nicht immer, die eingangs im Kapitel zur »Klassenstruktur« gewählte Begrifflichkeit, mit der die Klassenstruktur der BRD differenziert eingefangen ist, auch in den folgenden Analysen durchzuhalten. So fällt vor allem auf, daß in den Beiträgen zur Familie, zum Schulsystem und zur Jugend eine Redeweise von »Kleinbürgertum« und »neuen Mittelschichten« ungeklärt umhergeistert, die Hans-Günter Thien in seiner Analyse der Klassenstruktur schon mit überzeugenden Argumenten ad acta gelegt hatte. Derartige Widersprüche schmälern aber kaum meinen Gesamteindruck: der geglückte Versuch einer »Einführung« liegt vor, der weit über Münster hinaus in Lehre und Studium Verbreitung finden sollte.

Ulf Kadritzke (Berlin/West)

Kern, Horst: Empirische Sozialforschung. Ursprünge — Ansätze — Entwicklungslinien. Verlag C.H. Beck, München 1982 (328 S., 6 Abb., br., 39,- DM)

Kern verfolgt die wichtigsten Stationen der Herausbildung empirischer Sozialforschung ausgehend vom 17. Jahrhundert über die Anfänge der Sozialstatistik zur Zeit der Industrialisierung, die ersten Ansätze institutionalisierter Sozialforschung im Vorfaschismus bis hin zu ihrer Etablierung und Kommerzialisierung auf breiter Front in der Bundesrepublik. Die Geschichte einer wissenschaftlichen Disziplin ist immer auch Gesellschaftsgeschichte. In den Universitätsseminaren lernen die Studenten Methoden der empirischen Forschung als ein notwendiges, doch ungeliebtes Handwerkszeug, ohne mit deren Entstehungsgeschichte oder den harten wissenschaftstheoretischen Kontroversen um den Sinn dieser »Techniken« vertraut gemacht zu werden. Tatsächlich fehlte es bislang im deutschen Sprachraum an Literatur, in der die Geschichte der empirischen Sozialforschung umfassend, lesbar und mit notwendiger kritischer Distanz — nicht Ablehnung — präsentiert wurde. Horst Kerns Buch schließt eine große Lücke. Die Darstellung einzelner Methoden wird ausgeklammert. Interviewtechnik, Fragebogenerhebung, Gruppendiskussion usw. werden angeführt, aber stets nur in einem sozialhistorischen Kontext, der erklärt, wann, wer, mit welchem Interesse eine Methode zum ersten Mal eingesetzt hat. Die Kenntnis jeder einzelnen Methode setzt Kern nicht voraus, wohl aber ein grundsätzliches Interesse an der Sozialforschung. In den einleitenden Bemerkungen skizziert er sein Interesse an einer unkonventionellen Beschäftigung mit der empirischen Sozialforschung. »Dieser Zusammenhang, der zwischen bestimmten empirischen Methoden und bestimmten sozialen Problemkonstellationen besteht und der hier auf historischem Weg aufgehellert werden soll, interessiert uns hier nicht aus schlicht facharchivaren Gründen. Ihn zu kennen ist vor allem für das Verständnis verschiedener Methoden selber von großem Wert.«

Empirische Sozialforschung ist kein unschuldiges, jenseits sozialer Interessen stehendes Instrument, Wirklichkeit besser zu verstehen. Ebenso wenig ist sie grundsätzlich nur funktionalisierbar für die »Herrschenden« oder die »bürgerliche Wissenschaft«. Von Anfang an war Statistik eingebettet in das »gewachsene Informationsbedürfnis der politischen Administration«, wie Kern im Kapitel zur Universitätsstatistik im 18./19. Jahrhundert schreibt. Später dann wird Sozialforschung auch privatwirtschaftlichen Interessen dienstbar gemacht. Am Beispiel der Verarbeitung empirischer Arbeiten bürgerlich-liberaler Reformer im England des 19. Jahrhunderts durch Marx und Engels läßt sich

aber auch zeigen, wie »subversiv« die Ergebnisse empirischer Untersuchungsarbeit für eine auf Veränderung bestehender Herrschaft zielende Praxis verwandt werden können. Sei es nur, um der bürgerlichen Gesellschaft ihr eigenes Lied vorzusingen oder ihr die »Maske abzureißen«. »In dem Maße, in dem die Resultate sozialwissenschaftlicher Forschung die Funktion wissensmäßiger Voraussetzungen für die Stabilisierung und Steuerung der bürgerlichen Gesellschaft gewinnen — eine Rolle, die sie bei den englischen Enketen bereits erhalten hatten —, in dem Maße muß bürgerliche Sozialforschung *auch* Richtiges über ihren Gegenstand, die bürgerliche Gesellschaft, sagen.« Kerns eigener Ansatz wird in diesem eher kurzen Abschnitt über Marx und Engels vielleicht am prägnantesten sichtbar. »Kritische Sozialwissenschaft kann sich nicht in theoretischer Kritik erschöpfen. Zu ihr muß immer auch ein Element von kritischer Sozialforschung, Sozialforschung mit den Mitteln der Empirie gehören, weil ohne sie weder eine durch unverrückbare Tatsachen untermauerte Kritik der bürgerlichen Wissenschaften noch eine spekulationsfreie Weiterentwicklung kritischer Gesellschaftstheorie möglich wäre.«

Für die Fortentwicklung und Ausdifferenzierung innerhalb der kritischen, sich auf Marx beziehenden Sozialforschung wird dann in der Zeit des Vorfascismus und der Emigration das »Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt« eine große Bedeutung erlangen. Kern widmet der Arbeit dieses Institutes und den Ideen seiner wichtigsten Repräsentanten ein ausführliches Kapitel. Hier, wie bei der Vorstellung des »Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften an der Universität Köln« und der »Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle« in Wien ist neben der Darstellung der jeweiligen Arbeiten die Beschreibung der Institutionalisierung der Forschung von besonderem Interesse. Die Geschichte der empirischen Sozialforschung ist immer noch eine Geschichte ihrer Institutionalisierung. Die universitäre Forschung ist dabei nur eine, wenn auch die wichtigste Form institutioneller Organisation. Daneben, nicht immer davon abgetrennt, entstehen Institute, die ohne die Schranken des Universitätsbetriebes, aber materiell auch wesentlich prekärer, eigene Forschungsarbeiten unternehmen. Hierfür steht die »Österreichische Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle«, zu deren bekanntesten Vertretern Paul F. Lazarsfeld und Marie Jahoda gehörten. Um eigene Analysen in politischer Absicht durchführen zu können, mußten Aufträge erworben werden, mit der Gefahr, in dieser Auftragsforschung zu versacken. Später in der amerikanischen Emigration ist von dem einst linken Sozialforscher Lazarsfeld nicht mehr viel übriggeblieben. Die Auftragsforschung hat die gesellschaftskritischen Kanten abgeschliffen. — Im abschließenden Teil zur Expansion, Institutionalisierung und Relevanz der Sozialforschung kann Kern auf seine eigenen Erfahrungen aus langjähriger industriesoziologischer Forschungsarbeit zurückgreifen. Er kritisiert den politisch kastrierten Methodenperfektionismus ebenso wie einen realitätsleeren Marxismus. Eine kritisch verstandene Sozialforschung ist mehr als nur Zuarbeit zu staatlichen Planungen oder privatwirtschaftlichen Marktstrategien. Sie kann aber auch nicht ohne eine erkennbare Vermittlung der marxistischen Gesellschaftstheorie einfach als Illustration dienen. — Ausführlich widmet Kern sich der Auseinandersetzung um das, im Zuge der Studentenbewegung aufkommende Konzept der Aktionsforschung, mit dem scheinbar einige Unvereinbarkeiten von empirischer Forschung und gesellschaftskritischer Theorie überwunden werden. Er zeigt die Grenzen von Aktionsforschung am Beispiel industriesoziologischer Forschung auf, ohne das Konzept in toto als untauglich für sozialwissenschaftliche Untersuchungsarbeit zu erklären.

Hervorragend an diesem Text ist, wie locker, eine gelegentliche Anekdote nicht verschmähend und trotzdem solide das Wesentliche der verschiedenen Stadien in der Entwicklungsgeschichte empirischer Sozialforschung herausgearbeitet wird, wie souverän Sozial- und Wissenschaftsgeschichte stets zusammen gesehen werden. So werden Lehrbücher geschrieben!

Carl-Wilhelm Macke (Hannover)

Jansen, Jörn und Wolfgang Richter mit Max Angermaier, Bernd Eisenbach, Wieland Jäger und Rolf Stefaniak: Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter. Veränderungstendenzen unter dem Einfluß bautechnischer Entwicklungen. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1983 (274 S., br., 48,- DM)

Was wissen Wissenschaftler und Studenten über Bauarbeiter und ihre Arbeitsbedingungen? Vermutlich sehr wenig, obwohl dort ca. 1 Mill. Menschen beschäftigt sind. Das vorliegende Buch kann da Abhilfe schaffen. Es enthält den zusammenfassenden Forschungsbericht über eine empirische Pilotstudie, die an der Fachhochschule Dortmund in den Jahren von 1976 bis 1979 von Ingenieuren und Sozialwissenschaftlern in Kooperation mit Bauarbeitern durchgeführt wurde. Die Kooperation mit den Betroffenen und ihrer gewerkschaftlichen Interessensvertretung ist umstritten. Hier greifen die Autoren in die sozialwissenschaftliche Methodendiskussion ein, die mit dem »Werturteilsstreit« und dem »Positivismusstreit« in der Soziologie bereits zwei »heiße« Phasen hinter sich hat, und die in jüngerer Zeit aufgrund neuer Forschungserfahrungen und Problemsichten unter dem Stichwort »Soziologie und Praxis« erneut intensiv geführt wird. Die Erhebungsverfahren und -techniken der herrschenden empirischen Sozialforschung werden radikal kritisiert (9) und alternativ die Methode »Kooperative Sozialforschung« beschrieben. Ein zentraler Gedanke »Kooperativer Sozialforschung« ist, Arbeiter nicht länger als Untersuchungsobjekte zu betrachten, denen man Wissen oder Einstellungen abverlangt — um die Ergebnisse dann möglicherweise noch gegen sie zu verwenden —, sondern den Arbeiter als Kooperationspartner im Forschungsprozeß und damit als Subjekt ernst zu nehmen. Der Forschungsprozeß zwischen den Kooperationspartnern wird als wechselseitiger Lernprozeß begriffen. Nicht das Signifikanzniveau, das in der Fußnote erscheinen soll, steht zur Debatte, sondern die Frage, wie kann man komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge mit ihrer Dynamik empirisch erfassen. Mit der Konzeption »Kooperative Sozialforschung« liegt eine ausdifferenzierte und im Forschungsprozeß erprobte Variante der Ende der 70er Jahre entwickelten Konzeption »arbeitnehmerorientierter Wissenschaft« vor.

Die Studie räumt mit dem verbreiteten Vorurteil auf, die Bauwirtschaft sei durch technologische Rückständigkeit und mangelnde Produktivität gekennzeichnet. Unter Beachtung von drei unterschiedlichen Rationalisierungsstufen: »konventionelle Baustellenfertigung«, »rationalisierte Baustellenfertigung« und »stationäre Vorfertigung« werden erste Ergebnisse über Belastungen für Bauarbeiter, Qualifikationsanforderungen und Reproduktionsbedingungen bzw. Lohn und Leistung vorgestellt (90f.). Besonders aufschlußreich sind die in den Text eingearbeiteten Zitate, weil sie etwas von der Wirklichkeit widerspiegeln, zu der Wissenschaftler häufig keinen Zugang haben. Abschließend weisen die Autoren auf Ansätze für Handlungsstrategien hin, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Baugewerbe bringen könnten. Dabei unterscheiden sie sechs »Handlungsebenen«. Allerdings ist dieser Teil des Berichts knapp gehalten und hat den Charakter einer Defizitbeschreibung. Dem Forschungsbericht ist außerdem ein Material- und Dokumentarteil angefügt worden, der Berichte und Protokolle von neun im Rahmen der Studie durchgeführten Arbeitstagen und zusätzlich eine Tonbildschau enthält.

Prüft man, ob Kollegen vom Bau und Gewerkschaftskollegen sowie Wissenschaftler in gleicher Weise von diesem Buch angesprochen werden, so kann man vermuten, daß für Nichtwissenschaftler die ersten zwei Kapitel nicht so einladend ausgefallen sind, weil sie sich mit Problemen befassen, die Wissenschaftler bei ihrer Arbeit untereinander haben. Besonders für Wissenschaftler, die an der Kooperation mit den Gewerkschaften interessiert sind, bietet dieses Buch einen Beitrag, der die Diskussion und Entwicklung von »Kooperationsforschung« und »arbeitnehmerorientierter Wissenschaft« befördern kann.

Guido Tolksdorf (Bielefeld)

Roscher, Volker (Hrsg.): Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereiches. Christians Verlag, Hamburg 1983 (230 S., br., 30,- DM) Aus Anlaß der Neubesetzung eines vakanten Lehrstuhls für Wohnbau in Aachen entstand dieser Band, dessen Ziel es ist, »relevante Fragen zum Thema Wohnen und Wohnbau (zu) stellen wie auch aus kontextueller Analyse, Antworten oder zumindest Antwortrichtungen auf(zu)zeigen« (11). Neben den städtebaulichen-stadtplanerischen (P. Zlonicky — Städtebauliche Verdichtung — Sechs Annäherungsversuche an Ideologie und Entwicklung eines Konzeptes) und den architektonischen Aspekten (H. Moldenshardt, Zwei Bergarbeitersiedlungen — Gedanken eines Architekten über die Möglichkeiten, einen partikularen Sozialraum gegen den Markt zu verteidigen) sollen hier vor allem die soziologischen und politisch-ökonomischen Dimensionen von Wohnen interessieren.

D. Ipsen (Segregation, Mobilität und Chancen auf dem Wohnungsmarkt) widerlegt in seinem Beitrag die Filtering-Theorie, die »theoretische« Grundlage der derzeitigen Wohnungspolitik, die behauptet, »daß Stufe für Stufe eine Wohnungspolitik für die gehobenen Schichten auch den unteren Einkommensgruppen von Nutzen ist« (79). Voraussetzung des Funktionierens von Filteringprozessen ist eine freie Mobilität von Nachfragern, eine Nichtexistenz von sozialer Segregation und eine Nichtabschottung von Teilmärkten. Ipsen weist demgegenüber nach, daß »Filtering-Prozesse, soweit sie sich empirisch überhaupt nachweisen lassen, an den sozialpolitisch relevanten Teilmarginalgrenzen abbrechen« (80). Damit wird bei der derzeitigen Förderung oberer Einkommensschichten die strukturelle Benachteiligung unterer Schichten erhöht. — A. Evers/T. Harlander (Kommunale Wohnungspolitik und Wohnungsnot — Zwischen Wachstumszwang und Wachstumskrise) untersuchen anhand der Städte München, Köln und Frankfurt/M. die Frage, ob es einen Typus kommunaler Wohnungspolitik in Großstadträumen gibt (86). Es stellt sich heraus, daß die Unterschiede der wohnungspolitischen Praxen in den Vergleichsstädten geringer sind, »als die parteipolitischen Konzepte und die Debatten um die Rolle von Markt und Staat vermuten lassen würden« (103). Der Wohnungsbau ist das Schlüsselproblem, und Kennzeichen der wohnungspolitischen Ansätze in den drei Städten ist der »grundsätzliche Vorrang ökonomischer Sachzwangspolitik« (104). — Hartmut Frank untersucht den Zusammenhang von Finanzkapital und Wohnungspolitik. Hier werden Interessen untersucht, die trotz der zentralen Bedeutung des Finanzkapitals für die Wohnungsversorgung immer Domäne von Technokraten und Betriebswirten waren und sind, zumal »das Finanzkapital nicht als gesellschaftlich faßbarer Handlungsträger unmittelbar« auftritt (136). — H. Häußermann analysiert die Perspektive der Amerikanisierung deutscher Städte. I. Krau stellt Ergebnisse einer Studie über Wohn- und Arbeitsbedingungen von Stahlarbeitern vor und W. Siebel kritisiert die Bedürfnisforschung in seinen »Überlegungen zum bedürfnisgerechten Planen«. — V. Roscher (»Sozialer Alltag und lokale Wohnchancen«) geht von der These aus, daß mit »fortschreitender Entwicklung der Gesellschaft der lokale Raum an Einfluß und Bedeutung verliert« (195). Er weist nach, daß lokale Gestaltungen und Ausstattungen lediglich Gelegenheiten bereitstellen, daß aber zwischen Aktivitäten und Gelegenheiten kein kausaler Zusammenhang besteht (223).
Dirk Schubert (Hamburg)

Fuhrich, Manfred, Ingrid Lau, Christel Neusiß, Beata Rindelaub, Renate Petzinger und Dirk Schubert: Neue Heimat, Gewerkschaften und Wohnungspolitik. VSA Verlag, Hamburg 1983 (231 S., br., 16,80 DM)

Die Neue Heimat (NH) verfügt gegenwärtig über ca. 320.000 eigene Wohnungen, davon sind 280.000 Sozialwohnungen. Der Anteil der NH-Wohnungen am Bundesbestand beträgt ca. 2%, jedoch in einigen Städten bis zu 14%. Entsprechend hoch sind auch die Gewinne und ebenso die alltäglichen ökonomischen und sozialen Lasten der NH-Mieter.

Diese ergeben sich aus der rein marktwirtschaftlichen Ausrichtung dieses weltgrößten Wohnungsunternehmens, das sich trotzdem gern als »Selbsthilfeorganisation« der Arbeiterschaft tituliert wissen möchte. Also ein Wohnungsunternehmen von der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft? Verträgt sich das mit marktwirtschaftlicher Organisation? Hilft die Gemeinnützigkeit, wenigstens eines Teils des Unternehmens, gegen Marktgesetze? Drückt sich der gewerkschaftliche Anspruch in der Struktur des Unternehmens aus, in überschaubaren Entscheidungen für Mieter und Arbeiterschaft, in einem hohen Grad an Mietermitentscheidung vielleicht schon vor Standort- und Grundrißplanung? Der NH-Skandal 1982 war den Autoren ein Anlaß, der gewerkschaftlichen Wohnungs- und Konzernpolitik nachzugehen. Die Behandlung der Thematik ist prekär, da die Autoren, alle sind selbst Gewerkschafter, auf der Seite der Arbeiterschaft stehen, jedoch notwendigerweise deren Organisation kritisch beleuchten.

Die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema erfordert genaue Analysen der Aktivitäten der NH im Bau- und Bodengeschäft, im Verwalten des Bestandes, der Einbindung des Konzerns in die Basis; ihrer historischen Wurzeln, ihres Verhältnisses zur staatlichen Wohnungsbaupolitik und ihrer Unterscheidung zu marktwirtschaftlichen Wohnungsbauunternehmen. Letzteres leistet das vorliegende Buch leider überhaupt nicht. Es finden eben keine Vergleiche mit anderen Unternehmen statt; z.B.: »die Gemeinnützigen haben eine 3/4 Mio. Wohnungen« (wieviele gibt es und wieviele besitzen andere?), »in den letzten Jahren bauten die gemeinnützigen Unternehmen 30.000 bis 60.000 Wohnungen« oder es gab Mieterhöhungen von 1,82 auf 4,31 DM. Fragen nach dem allgemeinen Problem der Gemeinnützigkeit, wie nach der Besonderheit der NH, werden nicht behandelt. Auf der anderen Seite gibt es jedoch einige wichtige Beiträge: *Renate Petzinger* gibt einen Überblick über die Wohnungspolitik der BRD von den Anfängen bis heute. *Christel Neusiß* — nicht zuletzt bekannt durch ihren frühen Artikel zur »Sozialstaatsillusion« — schildert anhand von DGB-Beschlüssen und -anträgen den gewerkschaftlichen Weg der NH seit 1945. Es ergeben sich interessante Parallelen zur CDU-Politik während deren Regierungszeit. So bereitet der »Lücke-Plan« 1960 (Weiße Kreise) dem DGB wenig Kopfzerbrechen, wohl aber einem Teil der DGB-Basis. Der Beitrag zeigt die Anpassung der NH — bereits in den 50ern — an den Kapitalmarkt (Realkreditinstitute), indem die Zentralisierung des Unternehmens beschlossen wird »zur Erschließung von Kreditmöglichkeiten«. 1954/55 ist bereits die Grundlage zum Eigenheimbau geschaffen. Die Gründung der »freigemeinschaftlichen« Unternehmen, wie NH-International (1962), NH-Kommunal (1964), NH-Städtebau (1969), wie auch die Zuarbeit der GEWOS werden erörtert. *Dirk Schubert* stellt die Geschichte gemeinnütziger Wohnungsunternehmen dar und rückt die gern von DGB und NH beschworene Tradition in ein neues Licht. Der eigentliche Urvater der gemeinnützigen Bewegung ist der »konservative Reaktionär« Victor Aimé Huber, dessen Sorge nicht etwa dem Wohl der Arbeitermassen und ihrer Wohnungsnot galt, sondern dem Bestand des frühkapitalistischen Staatswesens und dem Erhalt von »Zucht und Ordnung«. Nach diesem Modell entwickelte sich dann auch das Baugenossenschaftswesen. Schubert schildert die Entwicklung durch die Geschichte der 20er Jahre bis zur Gleichschaltung der Genossenschaften unter die Deutsche Arbeitsfront (DAF) bei den Nazis 1933 und zur Umbenennung der »Gemeinnützigen Kleinwohnungsbaugesellschaft mbH Großhamburg« in »Neue Heimat, gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront im Gau Hamburg mbH« 1939. Skizziert wird die Kontinuität des Unternehmens nach dem Krieg. Der knappe Beitrag von *Beata Rindelaub* behandelt die Personal- und Geschäftspolitik der NH. Die Siedlung Hamburg-Mümmelmannsberg (24.000 Einwohner) dient als Beispiel. Die Fläche war landwirtschaftlich genutzt und sollte von der Stadt auch so erhalten werden, dies aus Immissions-, Nahverkehrs- und Landschaftsproblemen. Trotzdem kaufte die NH seit 1965 vermehrt Boden in dieser Lage auf und versuch-

te, die Stadt umzustimmen unter Hinweis auf das städtische Wohnungsbauprogramm, welches 30.000 Wohnungen ausweist. Die NH erreichte 1968 die beschränkte Ausschreibung eines städtebaulichen Wettbewerbs. Vorsitzender des Gutachtergremiums war Prof. Farenholtz, der damalige technische Bürgermeister von Stuttgart. Die NH, die vom Wettbewerb ausgeschlossen war, konnte ihre Interessen über den Wettbewerbsgewinner einbringen. 1970 wurde der B-Plan verabschiedet. Im selben Jahr war Grundsteinlegung. Prof. Farenholtz wurde Chef der NH-Tochter GEWOS, der die NH-Handlungen wissenschaftlich legitimiert. Die Autorin verschweigt, daß er heute Städtebauprofessor an der neu gegründeten TU-Hamburg-Harburg ist. Für die »Entwicklungslinien im Städtebau« ist gesorgt.

Das Buch sei hier empfohlen, besonders in den Teilen, die Fakten und Kontexte liefern und auch, weil systematische Untersuchungen bisher noch nicht vorliegen.

Volker Roscher (Aachen)

Medizin

Paczensky, Susanne von und Renate Sadrozinski (Hrsg.): Die neuen Moralisten. §218 — Vom leichtfertigen Umgang mit einem Jahrhundertthema. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1984 (156 S., br., 7,80 DM)

Der neue Band in der Reihe »Frauen aktuell« widmet sich aus leider hoch aktuellem Anlaß dem Paragraphen 218; denn die alten Feinde der Frauen, die »Neuen Moralisten«, haben sich neu formiert und betreiben massive Hetzkampagnen gegen abtreibende Frauen. Das Buch behandelt mehrere Aspekte der Abtreibung. Beschreibungen der Angriffe von Kirche, Regierung und Teilen der Ärzteschaft auf die ohnehin eingeschränkten Abtreibungsmöglichkeiten, die seit der politischen Wende mit unglaublicher Heftigkeit auf alle Frauen einprasseln, stellen einen Schwerpunkt dar. So bekannt wie die Argumentation der alten wie der neuen Abtreibungsgegner der Argumentleserschaft sein mögen, so neu ist die Stoßrichtung mit der Klerus und Rechtsradikale »das Lebensrecht der Ungeborenen« klammheimlich nur den deutschblütigen Embryos zugesteht« (10).

Die detaillierte und faktenreiche Beschreibung in den beiden Aufsätzen von *Paczensky* und *Rühmkopf* über die Kampagnen international zusammenarbeitender »Lebensretter«, führt deren Motive letztendlich auf reine Machterhaltung und -ausübung sowie auf eine verstärkte Entmündigung von Frauen zurück. Gleichzeitig werden in diesen Beiträgen, wie auch in dem von *Sadrozinski*, Teile der Frauenbewegung angeklagt, deren negative Sicht von Abtreibung, deren Einstellung zu neuer Körperlichkeit und neuer Mütterlichkeit, bestens — wenn auch ungewollt — mit den reaktionären Argumenten harmonieren.

Ein anderer, hier behandelte Aspekt der Abtreibung ist der juristische. Das Gutachten für das Bundesverfassungsgericht von Karl-Jürgen *Bieback* läßt sich erstaunlich leicht lesen und ist äußerst informativ. Alle von den Abtreibungsgegnern scheinbar sachlich vorgebrachten Argumente werden von ihm als verzerrte Darstellungen, moralisch-religiöse Überzeugungen oder schlicht als nicht zutreffend entlarvt. Ebenso eindeutig wird nachvollziehbar, daß hier nicht juristische sondern politische Entscheidungen anstehen. Ebenfalls mit Rechtsbedingungen, besser mit dem im Bundesgebiet herrschenden Unrechtsgefälle zwischen den Bundesländern, befaßt sich der Beitrag von *Müller-Bon*. Daß und welche Differenzen zwischen dem überall gleichlautenden Paragraph und den jeweiligen Umsetzungsmöglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs bestehen, weist die Autorin empirisch nach. Die Benachteiligung der Frauen aus den südlichen, überwiegend katholischen und/oder den christlich regierten Bundesländern ist unübersehbar. An diesem Aufsatz wird auch deutlich, daß Gesetzesänderungen alleine, ja nicht

einmal die erstrebenswerte ersatzlose Streichung des §218, ausreichen, um die problemlose Durchführung von Abtreibungen zu gewährleisten. Ein internationaler Vergleich rechtlicher Bedingungen der Abtreibung stellt *Randzio-Plath* vor. Hier erfahren wir, welche Gründe die Regierenden hatten, Abtreibungen zuzulassen oder zu verbieten, und welche Konsequenzen die Entscheidungen für die Frauen haben.

Betroffenheit ist ein weiterer Schwerpunkt des Buches. Auf fast 40 Seiten sind die Interview-Ergebnisse von 38 Frauen enthalten, die abgetrieben haben und kurz danach mit den gängigen Schuldvorwürfen bzw. dem Adoptionsvorschlag konfrontiert wurden. Die Äußerungen der Frauen, die — direkt zitiert — den Hauptteil dieses Aufsatzes ausmachen, zeigen in sehr intensiver und nahegehender Weise, daß eine ungewollte Schwangerschaft immer noch beschämend und als persönliches Versagen der Frau eingeschätzt wird. Die Abtreibung löst häufig Schuldgefühle und den Zwang zur Rechtfertigung aus. Die drei beteiligten Forscherinnen (*Meyer, Sadrozinski, v. Paczensky*) verzichten auf einen gemeinsamen, nichtssagenden Konsens und veröffentlichen ihre persönlichen jeweils unterschiedlichen Stellungnahmen. Diesem Beitrag steht der von Dieter *Schnack* ergänzend gegenüber; dieser schildert aus männlicher Sicht die Bedeutung(slosigkeit) der Männer in der Abtreibungsdebatte. Es ist wohltuend, einmal die Stellungnahme eines gewöhnlichen Mannes zu lesen, der als betroffener Verhüter, Erzeuger, Abtreiber und Vater andere gewöhnliche Männer (im Gegensatz zu »so erlesene[n] Exemplare[n] wie Kardinäle, Familienminister, Juristen oder Frauenärzte« [146]) auffordert, sich ihre Verantwortung an der Schwangerschaft und folglich ihren Einfluß als Abtreiber oder Vater bewußt zu machen.

Es ist schade, daß das Ziel dieses Buches realistischer Weise so niedrig gesteckt werden mußte: die Erhaltung des status quo in der Abtreibungsfrage. Auf dem Hintergrund der wirtschafts-, bevölkerungs-, ausländer- und allgemein-politischen Konstellationen, die Anlaß der frauenfeindlichen Hetzkampagnen sind, wird von den Abtreibungsgegnern als einzige Lösungsmöglichkeit der drängendsten Fragen, die Umkehr der »unmoralisch« handelnden Frauen gesehen. Das Buch macht deutlich, wie wichtig es ist, die Abtreibungsfrage von allen fortschrittlichen Gruppen und allen Fraktionen der Frauenbewegung wieder als gleichgewichtiges Problem neben anderen aktuellen Problemen auf die Tagesordnung zu setzen.

Christa Leibing (Berlin/West)

Schaps, Regina: Hysterie und Weiblichkeit. Wissenschaftsmythen über die Frau. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (212 S., br., 28,- DM)

Hysterie — ein großes Rätsel für Medizin, Psychiatrie, Psychologie und Philosophie bis heute. All diese Disziplinen mußten vor dieser weiblichen Ausdrucksform kapitulieren, die sich einem klaren ätiologischen, diagnostischen und therapeutischen Zugriff entzog. Sich an Susan Sontags Gedanken der »Krankheit als Metapher« anlehnend, kommt es Schaps weniger auf eine medizingeschichtliche Untersuchung der Hysterie an als vielmehr auf den »semantischen und metaphorischen Gehalt« (8) dieser rätselhaften Krankheit. »Mit dem Begriff der Hysterie verknüpfen sich manifoldige Vorstellungen, Analogien und Bilder, die nicht nur die medizinische Geschichte der Hysterie begleiten, sondern auch mit der populären Vorstellungswelt tief verwachsen sind.« (8f.) Sie begreift das Konzept der Hysterie als »kulturelles Deutungsmuster« (11), als Orientierungsrahmen, der Frauenbilder und vor allem die Abweichung davon (normal-anormal) mitkonstituiert.

Schaps geht dann auf die historische Entwicklung des Krankheitsbildes ein. Schon ca. 2000 v. Chr. kannte man körperliche Beschwerden von Frauen, die mit der Bewegungsfähigkeit des Uterus in Zusammenhang gebracht wurden. Hippokrates (460-377 v. Chr.), Begründer der traditionellen Medizin, nahm diese Vorstellung des »wandernden Uterus« auf und prägte den Begriff »Hysterie« (hystera = Gebärmutter), die er für eine

durch die Gebärmutter hervorgerufene Erstickung hielt. Hierbei kommt ein Mythos vom sexuell unbefriedigten Organ zum Ausdruck, der sich bis zur Erstarkung der klerikalen Medizin im Mittelalter halten sollte. Diese sah die hysterische Frau im Bunde mit dem Teufel, sie trug ein »stigma diaboli«. Im 19. Jahrhundert setzte mit der Entstehung der Disziplin Psychosomatik und den Anfängen der Psychoanalyse ein Paradigmenwechsel ein. Statt Uterus-, Hirnpathologie- und Degenerationstheorien begann sich ein psychologisches Verständnis hysterischer Phänomene durchzusetzen.

Diese »Königin der Neurosen« (Charcot), die sich in so vielfältiger Weise ausdrücken, ihr Erscheinungsbild wechseln konnte, entzog sich immer noch einer Erklärung. Dies förderte eine moralisierende Betrachtungsweise, derzufolge sie als willentliches Verhalten sozialer Abweichung betrachtet wurde. Lüge und List der Hysterikerin, ihr Wille zur Krankheit und ihre schauspielerischen Fähigkeiten wurden gerne allgemein als Charakteristika aller Frauen und als besonders verwerflich betrachtet. Selten wurde proletarischen Frauen die Diagnose der Hysterie zuteil. Hingegen wurde der »Mythos der bürgerlich-aristokratischen Frau ... zur Folie dichterischer Leistungen«. Diese entwickelten die Bilder von der »femme fragile« und der »femme fatale«. Die Hysterikerin war beides. Schaps weist auf die Entpersönlichung auch der bürgerlichen Frau hin, die sich mit der Etablierung der bürgerlichen Kleinfamilie und zunehmender Industrialisierung einherging. Ihre Arbeit (Ausgestaltung des Heims u.ä.) wurde zunehmend konsumtiv reproduktiv, sie wurde zur Trophäe ihres Mannes, der Zugang zu beruflichen Erwerbsquellen und Ausbildungsinstitutionen war ihr versperrt. Die Tabuisierung der weiblichen Sexualität wuchs. Das Bild der Frau konzentrierte sich zunehmend auf ihre Geschlechtslosigkeit, ihre Passivität und Geistlosigkeit. Dies beschwor, schreibt Schaps, unweigerlich seelische Konflikte herauf, da ihre familiären und gesellschaftlichen Aufgaben und ihre darüber hinaus gehenden Bedürfnisse diesem Bild widersprachen. Die Antwort vieler Frauen sei die Hysterie gewesen, die »sowohl die Krise einer kulturell entworfenen Feminität kennzeichnet als auch die von sich selbst entfremdete Frau repräsentiert« (16). Deute man die Krankheit als Widerstandsform, so könne man sie auch als Ausdruck eines Geschlechterkampfes interpretieren, der nicht nur im Kreise der Familie stattfand, sondern auch in der psychiatrischen Klinik.

Freud neutralisierte den klassischen Hysteriebegriff, als er sich von diesem geschlechtsspezifischen kulturellen Deutungsmuster abwandte und mit seiner Theorie des Unbewußten und seiner allgemeinen Neurosenlehre den Anspruch auf ein geschlechtsunspezifisches Menschenbild erhob. Feministische Wissenschaftlerinnen, wie etwa Irigaray kehren aus diesem Grunde zur Hysterieproblematik zurück und betrachten die Hysterikerin als eine »ganz Andere«, d.h. sie versuchen eine Neubestimmung von Weiblichkeit, indem sie sich von anderen wissenschaftlichen Ansätzen dazu — auch von dem psychoanalytischen Diskurs — abgrenzen.

Die Soziologin Regina Schaps hat ein spannendes und für die feministische Forschung wichtiges Buch geschrieben, weil sie in disziplinübergreifender Weise vorführt, wie durch diesen Krankheitsbegriff Frauenbilder und deren Abweichung mitkonstituiert werden. Ich hätte mir allerdings manchmal mehr Strukturierung der Materialfülle gewünscht.

Birgit Jansen (Marburg)

Zettel, Ortrud (Hrsg.): Gesundheitsberufe. Studien zu ihrer Entwicklung und Veränderung. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1983 (167 S., br., 26,- DM)

Wenn wir die neuere Geschichte der kritischen Medizin (seit den 60er Jahren) betrachten, fällt rückblickend auf, daß meist wie selbstverständlich das Ärztliche mit dem Medizinischen ineingesetzt wurde. Zwar waren Arzt und ärztliche Tätigkeit von Anfang an Gegenstand der Kritik und als politischer Gegner wurde eben gerade die berufsständische Organisationsform des Arzttums begriffen — dennoch galt der Arzt zugleich als

Träger der Veränderung, an ihn richteten sich die Appelle, um seine Ausbildung kreisten die Überlegungen, er allein wurde als Gesundheitsforscher gedacht, von seinen Handlungen schienen Fortschritt oder Rückschritt abzuhängen. Diese Arztzentriertheit fand sich selbst dort, wo die Arbeitsteilung zwischen Ärzten und Schwestern impliziter Gegenstand ist, wie z.B. im *Jahrbuch für kritische Medizin 8* (Argument-Verlag 1983): Der Titel »Pfleger und Medizin im Streit« signalisiert die Identität von Arztum und Medizin. Zu diesem Problemkomplex arbeitet das hier vorgestellte Buch. Es fragt — die Literatur neu sichtigend — nach der Genese des medizinischen Berufsfeldes unter der Vorstellung, daß es auch hier »verschüttete Alternativen« gab. Wie entstand das um den Arzt »zentrierte Berufsfeld«, mit den ihm kompetenzmäßig und arbeitsorganisatorisch zugeordneten nichtärztlichen Berufen? Aus der historischen Konstruktion der Berufe und den nichtgegangenen möglichen anderen Wegen müßten sich die bereits gestellten Weichen im Hinblick auf die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Berufe erkennen lassen. Wir haben das Buch gelesen mit dem Wunsch, auch die Voraussetzungen für eine Veränderung des Feldes unter dem Aspekt der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu erfahren.

Im ersten Kapitel führen Rainer Hampp und Ortrud Zettel die Geschichte des Arztberufes vor als Kampf um dessen *Einheit*, welche die Voraussetzung ist für die spätere Dominanz der Ärzteschaft in der Gesundheitsversorgung bei gleichzeitiger Vernachlässigung gesellschaftlicher Gesundheitserfordernisse. Kirche und Staat, welche im Mittelalter scharfe Trennlinien zwischen der wundärztlichen Heilkunde handwerklich ausgebildeter Chirurgen und der akademischen (inneren) Medizin zogen, waren es zugleich, die über Ausbildungsordnungen und die Errichtungen modernerer Krankenhäuser die strukturellen Voraussetzungen für die Zusammenfügung beider Bereiche zu der Einheit »Medizin« im 19. Jahrhundert schufen. Als Druck auf die Verbindung beider Wissensgebiete und Praxen traten militärmedizinische Erfordernisse und schließlich industrielle Krankheiten aufgrund von Verstädterung und Proletarisierung mit einer durch die Krankenkassen ermöglichten massenhaften Arztnachfrage hinzu. (Leider fehlt in dieser Darstellung die Verschiebung — Vertreibung und Neuansiedlung — der Frauen im Bereich der Heilkunde, die in die Konstituierung der Medizin als Profession eingeschrieben ist.) Der zweite Teil des Kapitels schildert die Lösung des ärztlichen Einheitsstandes aus staatlicher Bevormundung bei zu erhaltender Privilegierung durch den Staat: Die Kämpfe tobten anlässlich der »Gewerbefreiheit« von 1869 um die Befreiung von der *Kurierpflicht* unter Beibehaltung der staatlich geschützten Monopolstellung in der Gesundheitsversorgung, verhandelt als »*Kurpfuscher-Frage*«. Dieselbe widersprüchliche Struktur — Monopolisierung von Versorgungsrechten aber Befreiung von Versorgungspflichten — kann der sich inzwischen in mächtigen Verbänden gestärkt habende Einheitsstand auch im 20. Jahrhundert gegenüber den Krankenkassen in Form des sogenannten *Sicherstellungsauftrages* durchsetzen. Hiernach ist die niedergelassene Ärzteschaft allein zuständig für die ambulante Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, ohne dies praktisch realisieren zu können oder zu wollen. — Das arztzentrierte Berufsfeld mit der Zuarbeitung aller Gesundheitsberufe unter Anordnung der Ärzte kann als strukturelle »Lösung« dieses Widerspruchs begriffen werden.

Noch grotesker ist das Mißverhältnis von Versorgungsanspruch und Versorgungsrealität bei den Apothekern. »Auf der Suche nach einem verlorenen Berufsbild« — so der Titel des Kapitels von Ingrid Schubert — geht es nicht nur um deren ökonomische Existenzsicherung, sondern um ihre Existenzberechtigung. Wie kommt es, daß diese Frage, die doch nur das Problem des öffentlichen Apothekers darstellt, der auf den akademischen Verkäufer einer von ihm nicht mehr hergestellten und nicht mehr kontrollierbaren Ware Arzneimittel sich reduzieren ließ, zur Bedrohung eines ganzen Berufsstandes wurde? Auch hier scheint die Problematik in der historischen Konstruktion des Einheits-

standes zu liegen. Was den Ärzten jedoch zur Durchsetzung ihrer Partialinteressen verhalf, erwies sich für die Apotheker als eine Schwächung. Indem sie ihre Einheit um den historisch zunächst privilegierten Apothekenbesitzer bauten und trotz Industrialisierung der Arzneimittelherstellung daran festhielt, ohne für sich die Rolle der Analytik und Kontrolle zu besetzen oder aber für eine Verstaatlichung der industriellen Produktion unter Leitung verbeamteter Apotheker sich einzusetzen, »verpaßten« sie »historische Chancen« (Hickel). Zwei Wege nach vorn scheinen sich heute anzubieten, beide stoßen aber auf den Widerstand beruflicher Einheitsstände: Der Weg zum Arzneimittelfachmann als Berater von Ärzten und Patienten hinsichtlich der Arzneimittelwirkungen führt in den Konflikt mit der Ärzteschaft; der andere Weg des Ausbaus bereits vorhandener Tätigkeitsfelder innerhalb der Apothekerschaft wie Krankenhausapotheker und Industrieapotheker, um die beiden wichtigsten zu nennen, übte Kritik an der um den Apothekenbesitzer gebauten Politik des Apothekereinheitsstandes.

Der zweite Teil des Buches von Ortrud Zettel und Ute Hoffmann befaßt sich mit der Entstehung und Entwicklung einiger um den Arzt herum konstruierter Berufe. Nachdem Diagnose und Behandlung allein Sache des Arztes geworden war, wurden die verbleibenden Tätigkeitsbereiche klar als nichtärztliche definiert. An den Berufen medizinisch-technische Assistenten, Sozialarbeiter und den Gesundheitshandwerken lassen sich nach Ansicht der Autorinnen die Interessengegensätze und unterschiedlichen Durchsetzungsmöglichkeiten besonders gut zeigen.

Mit Entstehung der Medizintechnik wurde der Beruf der MTA geschaffen. In der vom Letteverein in Berlin konzipierten Ausbildung mit relativ hohem Niveau im technischen Bereich — gedacht als Berufsmöglichkeit für Frauen aus bürgerlichen Schichten — wird gleichzeitig die Erwartung der Ärzte nach weiblichen Zuarbeitern und die der Frauen, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagieren zu können, berücksichtigt. Im Rahmen der Ausweitung der Medizinwissenschaft zeigten sich mögliche Ansätze zu Höherqualifizierung und Entwicklung eines eigenständigen Berufsbildes z.B. durch selbständige Führung von Laboratorien. Die Auseinandersetzungen zwischen Ärzteschaft, Reglungsbehörden und Berufsverbänden bewirkten jedoch — z.B. durch Berufsteilungen und Zurücknahme von Tätigkeiten, die ihnen bisher vorbehalten waren — eine Einschränkung ihres Kompetenzbereichs. Anders verlief die Entwicklung der Gesundheitshandwerksberufe (z.B. Orthopädiemechaniker), einem männlichen Berufsfeld. Hier wurden Ausgrenzungsstrategien angewandt, die sie von einer Mischform aus Heil- und Handwerksberufen zu rein handwerklichen werden ließen und damit zu einer selbständigen Berufsausübung. Zwar nicht als Gesundheitsberuf, aber in diesen Bereich hineinreichend wird das Berufsfeld des Sozialarbeiters untersucht. Den Einbezug des sozialen Kontextes in die Krankheitsgeschichte des Patienten sieht er als seine Aufgabe an. Er will den Arzt ergänzen und mit ihm kooperieren. Ärzte erkennen zwar die Wichtigkeit dieser bisher für sie vernachlässigbaren Randbedingungen, fühlen sich aber nicht zuständig und überlassen den Sozialarbeitern die Kompetenz in diesem Bereich. Durch die fehlende Kooperation verhindern sie aber den von den Sozialarbeitern geforderten Austauschprozeß, der zu einer neuen, umfassenden Wahrnehmung des Patienten führen könnte. Die Handlungsmöglichkeiten des Sozialarbeiters beschränken sich dadurch auf vorgegebene Maßnahmen, wie z.B. die Vermittlung von materiellen Hilfen. Seit Anfang der 70er Jahre drängt die Ärzteschaft auf eine Berufsteilung und Ausbildung einer sozialmedizinischen Helferin. Die Sozialarbeiter sehen hier eine Chance, sich von Routinearbeiten zu entlasten und sich über diese Spezialisierung zum psychosozialen Expertenberuf besser in das arbeitsteilige Gefüge im Gesundheitsbereich einbringen zu können. Problematisch wird für sie die Einengung ihrer umfassenden Grundqualifikation.

Im nächsten Kapitel von Ute Hoffmann wird an drei Organisationsformen (Einzelpraxis, ärztliche Gruppenpraxis und berufsübergreifende Gruppenpraxis) der kooperati-

ve Arbeitszusammenhang der ärztlichen Praxis als Betrieb unter sozialen und zeitlichen Gesichtspunkten untersucht. In der Einzel- und in der ärztlichen Gruppenpraxis (gemeinsame Nutzung von zwei oder mehreren Ärzten) wird unter »Arbeit« nur die Tätigkeit des Arztes verstanden. »95% der niedergelassenen Ärzte arbeiten allein in ihrer Praxis.« (Zitat: Schagen 1980) Die berufsübergreifende Gruppenpraxis grenzt sich durch Einbezug des Assistenzpersonals mit neuen Formen beruflicher Aufgabenteilung und Kooperation davon ab. Hier findet ein ständiges Experimentieren an der Arbeit statt. Das Abstreifen und Erweitern herkömmlicher Berufsrollen ist von einem Prozeß des Austastens und gegenseitigen Aushandelns von Kompetenzbereichen und Grenzen begleitet. Das Zentralproblem des Ärztestandes, die Zeitnot, ist Gegenstand des letzten Abschnittes. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß klare Aufgabenteilung und Zeitdisziplin der zuarbeitenden Personen in Einzel- bzw. ärztlichen Gruppenpraxen einen reibungslosen Ablauf der Arbeitsorganisation schaffen. Berufsübergreifende Arbeitsformen erfordern Zeit, die nicht eingespart werden kann, ohne die teamartige Kooperation einzuschränken. Das bedeutet für berufsübergreifende Gruppenpraxen unter den gegebenen Finanzierungsbedingungen, Einkommen gegen Zeit zu tauschen.

Obwohl dieses Buch — mit Ausnahme dieses letzten Abschnittes — nicht explizit das Verhältnis der Berufe zueinander und insbesondere nicht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die daraus resultierenden Erklärungsmöglichkeiten für Professionalisierungstendenzen behandelt, so scheint es uns doch wichtige Grundlagen für die weitere Forschung zum Umbau der Arbeitsteilung im Feld Gesundheit zu liefern. Die hier vorgelegte historische Untersuchung zur Konstruktion der Berufe macht eines ganz deutlich: daß nämlich die Befreiung — i.S. einer sinnvollen Arbeitsteilung in produktiven Kompetenzen zur optimalen Gesundheitsversorgung — eine Forschung und Politik an den »Rändern der Berufe« braucht. Was wir angesichts der Ärztemacht immer schon gewußt haben mögen, zeigt sich als Problem auch bei den zu- und untergeordneten Berufen wie z.B. den MTAs: Die Zukunft kann nicht in einer Wahrung der Berufsidentität und einer »Sicherung der Grenzen« liegen, sondern vielmehr, wie das Beispiel der Sozialarbeiter ansatzweise zeigt, im Kampf gegen die falschen Grenzziehungen, gegen die Verberuflichung selber, in Verfolgung der Fragen produktiver Kooperation, gegen Kompetenz-Inkompetenz-Verhältnisse, die alle fesseln.

Ursula Czock und Barbara Nemitz (Berlin/West, Hamburg)

Schmidbauer, Wolfgang: Helfen als Beruf. Die Ware Nächstenliebe. Rowohlt Verlag, Reinbek 1983 (256 S., br., 26,- DM)

In seinem neuen Buch versucht Schmidbauer den Mangel der psychologischen Einseitigkeit seines Bestsellers »Die hilflosen Helfer« (1977) aufzuholen; denn gesellschaftliche Bedingungen der Arbeit helfender Berufe wurden dort nur am Rande thematisiert. Es mag kein Zufall sein, daß der Untertitel »Die Ware Nächstenliebe« an »Die Ware Liebe« aus Brechts »Der gute Mensch von Sezuan« anknüpft. Die Ergänzung des lebensgeschichtlichen Gesichtspunktes der Helfer durch einen sozialpsychologischen macht Schmidbauer sich zur Aufgabe. Dabei will er den Leser anstoßen, sich selbst Gedanken gegen den Strich der Schulweisheiten zu machen, will (Selbst-?)Kritik an der Herrschaft der Experten üben (bevor diese von oben herunter verordnet wird) [9] und den Finger in die offene Wunde des tabuisierten Themas »Nächstenliebe« legen.

Schmidbauer gliedert sein Buch in sechs weitgehend voneinander unabhängige Teile. Im ersten Teil über »Die 'neuen' Helfer« führt er die Unterscheidung zwischen diesen (Vertreter der Psychologie, Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Psychotherapie, Heilpädagogik [35]) und den klassischen »alten Helfern« (Ärzte, Pädagogen, Theologen, Juristen) ein. Dabei unterscheiden sich die »neuen« darin von den »alten« Helfern, daß sie ihre Beziehung zum Klienten auch als persönliche, intime Beziehung sehen wollen, deren

Warencharakter ihnen deswegen Schwierigkeiten bereitet (20). Schmidbauer knüpft an seine Theorie der hilflosen Helfer an, die der »Droge« Nächstenliebe mit allen Merkmalen eines Süchtigen verfallen sind. Aus der Sicht der Klienten beschreibt er die Gefahr der Abhängigkeit von Experten, die »Professionalisierung jener Dienstleistungen, die lange Zeit in den Familien autonom und ohne Verwissenschaftlichung geleistet wurden« (24). Auf der anderen Seite schildert er die Gefahr für die »neuen« Helfer, die sich oft noch in der Tradition der 68er Jahre sehen (93), mit der Professionalisierung von Intimität auch ihr Innerstes zu taylorisieren (29), obwohl sie sich in der modernen Berufsfelderlandschaft eigentlich in eine anti-profit-orientierte ethische Nische flüchten wollten.

»Arbeit in der Intimsphäre«, der zweite Teil, zeigt idealtypisch verschiedene Helferpersönlichkeiten aus dem Gesichtspunkt ihres Umgangs mit der Trennung oder Verknüpfung von Arbeit und Privatleben. Das »Opfer des Berufs« hat keinen Raum für ein Privatleben. Hier dient die (religiöse) Tradition, den Beruf als »Berufung« aufzufassen, als ein Beispiel. Die Droge »Helfen« wirkt als schmerzstillendes Mittel, das es dem Helfer ermöglicht, weitgehend auf private Wünsche (Ehe, Kinder) zu verzichten (52f.). Der »Spalter« dagegen versucht Privatleben und Beruf völlig zu trennen. Die Familie ist für ihn »Gegenraum« zu seinem emotionalen beruflichen Engagement; er verlangt seinen Familienangehörigen oft unzumutbare Opfer ab, weil er »erwartet, daß sie sich um völlige Einfühlung in ihn bemühen« (57). Im Gegensatz zum »Spalter« strebt der »Perfektionist« nach Vollkommenheit im Beruflichen wie im Privaten und gerät in schwere persönliche Krisen, weil er nicht fähig ist, seine intimen Beziehungen so zu gestalten, »wie es das professionell verfeinerte Ideal vorschreibt« (61). Der Idealtyp »Pirat« endlich nützt seine beruflichen Möglichkeiten, um seine Selbstwertproblematik auch im Privatleben zu bearbeiten. Er versucht, zur einzigen positiven Gestalt im Leben seines Schützlings zu werden und ihn für seine Zwecke auszubeuten.

Nach der Beziehung der Helfer zu den rationalen, bürokratischen Institutionen der Gesellschaft fragt Schmidbauer in Teil III »Anpassen oder Aussteigen?«. Er malt die beruflichen Aussichten vor allem der »neuen« Helfer in düstersten Farben, wobei er das offensichtliche Nichtfunktionieren des Marktes nach dem Angebot-Nachfrage-Prinzip damit begründet, daß hier noch andere Werte vermittelt werden als die, eine geeignete Tätigkeit aufgrund einer bestimmten Berufsausbildung zu finden: Hinter dem »Wunsch, anderen zu helfen« verbirgt sich der »Wunsch, sich selbst zu helfen und zu erkennen« (90). Durch den Einstieg in einen Beruf, der Nähe, Wärme und narzistische Bestätigung verspricht, träumt der Helfer davon, modifiziert aussteigen zu können aus der entfremdend kalten industriellen Gesellschaft, ohne auf persönliche und finanzielle Anerkennung verzichten zu müssen. Der Kampf ums Überleben wird zuerst unter den »neuen« Helfern, aber dann auch von den »alten«, etablierten Professionen gegen die »Neuen« ausgetragen werden, wobei die Siegerseite klar feststeht. Beiden Gruppierungen aber wird der Neid der übrigen Berufsgruppen um das Privileg, einen heilenden Beruf in einer kranken Welt ausüben zu dürfen, sicher sein.

Im vierten Teil »Helfer-Ideologien im Wandel«, beschreibt Schmidbauer das Bedingungsgefüge zwischen der gesellschaftlichen Rolle der Helfer und den Theorien, die ihre Handlungsgrundlage bilden. Die Tendenz der Helferinteressen, weg von der intellektuellen Auseinandersetzung mit den Klienten, hin zum emotionalen Kontakt, versucht er anhand der Entwicklung der psychoanalytischen Theorie nachzuweisen, wobei er davon ausgeht, daß der Theoriewandel nicht nur die sich wandelnden Bedürfnisse der Klienten, sondern auch die Entwicklung der Bedürfnisse der Therapeuten (136) und allgemeine gesellschaftliche Veränderungen (157) widerspiegelt.

Die beiden abschließenden Teile »Die unheilbaren Widersprüche der Medizin« (V) und »Helfer, Erfolg und Macht« (VI) greifen auf bekannte Schmidbauer-Themen zurück. Für den unheilbaren Widerspruch im Helferberuf gibt der Arzt als »alter« norma-

tiver Helfertypus das publikumswirksamste Beispiel ab. Durch die naturwissenschaftlich orientierte, »seelenlose« Sozialisation des Medizinstudenten lernt der Arzt einerseits, Wissen als Macht zu begreifen, sieht sich und seine Tätigkeit aber andererseits unter ständigem Objektivierungszwang. Das Schlagwort »Bei Schmidbauer nichts Neues« trifft sicher nur auf größere Passagen der beiden letztgenannten Teile zu. In dem Kapitel über »Das Dilemma der Familientherapie« (III, 117ff.) wie streckenweise im psychoanalytischen Theorienteil (IV) — viel Freud, viel Ehr' — entsteht der Eindruck, daß das Interesse des Autors, (bereits vorliegende ?!) Manuskripte einzubringen, mit dem Ziel einer kohärenten Bearbeitung des Themas »Helfen als Beruf« kollidierte. Die anhängende Dokumentation macht einen eher zufälligen Eindruck. Trotz dieser Uneinheitlichkeit verdient Schmidbauers neues Buch, gelesen zu werden. Durch seine vielen anschaulichen Fallbeispiele und die gewandte, teilweise blumige Sprache, gewürzt mit dem populären Vokabular der sozialwissenschaftlichen Szene, ist es auch gut lesbar. Die im Vorwort beklagten Kränkungen, die ihm die Kritiker seiner »Hilflosen Helfer« zugefügt haben (7), hat Schmidbauer produktiv umgesetzt zu einer komplexeren Sicht der Situation der modernen Helfer. So darf man gespannt sein auf die noch ausstehende Beantwortung der Frage, wie nun ein fähiger Helfer und richtiges Helfen (9), eben wahre Nächstenliebe, auszusehen haben.

Elisabeth Wacker (Tübingen)

Albrecht, Hans, Edith Büchner und Dirk R. Engelke: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in Berliner Krankenhäusern. Berlin Verlag, Berlin/West 1982 (270 S., br., 28,- DM)

Der vorliegende Bericht stellt in einem ersten größeren Teil eine Problemanalyse der Arbeitssituation des Pflegepersonals in Berliner Krankenhäusern dar, die auf vielerlei Quellen beruht: Kernstück ist die Befragung von 170 Pflegepersonen unterschiedlicher Ausbildungsdauer und unterschiedlichen Geschlechts zu Belastungen und Beanspruchungen, die auf 17 Stationen relevanter Fachdisziplinen aus 6 Berliner Krankenhäusern verschiedener Träger arbeiten (1980). Zur Analyse qualitativer Aspekte der Dienstzeitregelung wurden Dienstpläne derselben Stationen herangezogen. Informationen zur Verweildauer und Fluktuation geben Ergebnisse einer Studie über die Arbeitsmarktbewegungen der Krankenpflegepersonen in 14 Berliner Krankenhäusern für den Zeitraum eines Jahres (1979). Schließlich werden 91 arbeitslos gemeldete Pflegepersonen nach Belastungen und Tätigkeitswünschen befragt; eine Gruppe, die sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzt, obwohl 17% aller Pflegepersonen in Berlin Männer sind. In einem zweiten Teil enthält der Bericht ausführliche, stark praxisbezogene Maßnahmenvorschläge, deren Ausführung Arbeitsabläufe im Krankenhaus im vorgegebenen Rahmen möglichst kostenneutral personal- und teilweise auch patientenfreundlicher gestalten soll.

Die Belastungsanalyse beleuchtet einmal mehr die Probleme von Krankenschwestern, die bedingt sind durch besonders ungünstige Arbeitszeiten (Nacht- und Schichtarbeit), durch hohe physische und psychische Belastungen, durch die kaum mögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch wenn die Autoren offenbar nicht die neueren Untersuchungen über Krankenschwestern verarbeitet haben (z.B. Ostner u.a. 1979, vgl. Rezension in Argument 136), bringen ihre Daten über Personalfuktuation und Berufsdauer präzise Informationen, die bisher in dieser Art nicht zugänglich waren. Ihr Belastungs- und Beanspruchungskonzept entnehmen sie arbeitsmedizinischen Modellen, wobei die seit Jahren geführte Diskussion um Bewältigungsmöglichkeiten ebenso wie die Frage sozialer Eingebundenheit zu kurz kommen. Das wirkt sich für die empirische Problemanalyse nicht störend aus, könnte aber bei den Maßnahmenvorschlägen ausführlicher berücksichtigt werden.

In den Krankenpflegeverbänden und in der soziologischen Literatur über Krankenschwestern wird seit Jahren immer wieder das Problem der Professionalisierung disku-

tiert, also der Stellung des Berufes innerhalb der Gesundheit- und speziell Krankenhausberufe, seine Abhängigkeiten und seine Emanzipationsbedürfnisse. Dieses Thema kommt bei der Belastungsanalyse im vorliegenden Bericht gar nicht zum Tragen, obwohl die hohe Fluktuation gerade der Jüngeren und die kurze Verweildauer mit Sicherheit eng damit verbunden sind und nicht nur auf die konkreten Arbeitsbedingungen zurückzuführen sind. Ebenfalls nicht thematisiert wird der Praxisschock der Berufsanfänger/innen, der gleichfalls zu den Problemen der unter 25jährigen beitragen dürfte. Informativ ist der Abschnitt über die gesundheitliche Lage des Pflegepersonals, weil sie bisher kaum untersucht wurde.

Wertvoll für die Praxis ist der Bericht wegen der konkreten Maßnahmenvorschläge, die von einer äußerst genauen Kenntnis des Krankenhausalltags zeugen. Die Vorschläge beruhen auf der Prämisse, daß motivationale Aspekte durch Faktoren in der Arbeit und betriebliche Strukturen bedingt sind, Veränderungen also bei letzteren ansetzen müssen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen tasten allerdings nicht die gegebenen Berufs- und Hierarchiestrukturen im Krankenhaus an, sie befassen sich ebenso wie bei der Problemanalyse nicht mit möglichen Veränderungen des Berufes selbst. Wenn auch nicht alle Vorschläge sinnvoll umgesetzt werden können oder sollten, so können sie doch als Ausgangspunkt für Innovationen dienen. Problematisch erscheint mir allerdings der Vorschlag, die jüngeren Krankenschwestern (unter 25jährigen) vom Schichtdienst auszuschließen. Damit wäre jede fünfte Pflegeperson davon verschont, das würde aber auch bedeuten, daß alle anderen umso stärker belastet werden müssen. Problematisch erscheint mir auch die Empfehlung von Job-sharing, wobei hier weder eine klare Definition dieser Arbeitsplatzteilung gegeben wird, noch die äußerst kritische Diskussion um diese Arbeitsform aufgegriffen wird. Hervorragend dagegen ist die Diskussion von Vorschlägen zur Arbeitsablaufgestaltung im Stationsalltag, bei denen Vorzüge und Nachteile zur jetzigen Regelung aufgeführt werden. Trotz der Darstellung einiger Tätigkeitsbereiche für Krankenschwestern ohne Nacht- und Schichtarbeit ist auch hier das Problem der so stark beanspruchenden und mit Familienarbeit kaum zu vereinbarenden Schichtarbeit nicht gelöst. M.E. wird es sich für die Krankenpflege im Krankenhaus auch nicht lösen lassen, sofern man nicht eine überproportionale Arbeitszeitverkürzung für Nacht- und Schichtarbeitende als Lösung betrachtet.

Die tabellarische Auflistung der Problembereiche als abschließende Zusammenfassung mit den daraus abgeleiteten Maßnahmenvorschlägen erleichtert die Übersicht. Für den ganzen Bericht gilt, daß die Problemanalyse und die Maßnahmenvorschläge nicht nur Berlin-spezifisch sind. Sie könnten allgemein auf Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland übertragen werden.

Sabine Bartholomeyczik (Berlin/West)

Geschichte

Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949. Bearbeitet von Heinrich Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel. Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 1, Hrsg. Hans Booms und Rudolf Morsey. Droste Verlag, Düsseldorf 1983 (476 S., Ln., 98,- DM)

Wer bisher sozialhistorische und politikgeschichtliche Studien zum Zeitraum nach 1945 betrieb, war oft selbst für wesentliche Grund- und Rahmendaten auf eigene Quellenarbeit verwiesen. Mit dem hier anzuzeigenden Handbuch, dem ersten Band der neuen Reihe »Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien«, wird der historischen Forschung eine zuverlässige Hilfe zuteil; ein Nachschlagewerk für Ämter und Organisationen des »staatlichen Interregnum« sowie wesentlicher gesellschaftlicher Organisationen der Westzonen und frühen Bundesrepublik. Gegliedert ist

das Handbuch in fünf Teile: 1. Staatliche Institutionen auf Länderebene, 2. zonale und überzonale Organe, 3. Parteien, 4. Wahlen und Abstimmungen, 5. Verbände, Kammern und Kirchen. Wie Potthoff (er zeichnet verantwortlich für Einleitung und Bearbeitung der Hauptteile 1, 3, 5, Wenzel für 2 und 4) ausführt, ist durch die Aufnahme des Teils über Verbände, Kammern und Kirchen neben der Begrifflichkeit von der »Stunde Null«, die unter »institutionellen Gesichtspunkten« eine »gewisse Berechtigung« hat, auch die sowohl strukturell wie personalpolitisch »ausgeprägte Kontinuität von der Weimarer Republik über die nationalsozialistische Herrschaft bis in die Nachkriegszeit« (33) dokumentiert. Besonderes Interesse dürfen dabei aus naheliegenden Gründen die Industrie- und Handelskammern beanspruchen. Gewünscht hätte man sich in diesem Teil allenfalls eine noch detailliertere personelle Aufschlüsselung anderer Arbeitgebervereinigungen. Allerdings umfaßt das Personenregister des Bandes ohnehin bereits schätzungsweise knapp 4000 Namen. Angemerkt werden soll noch, daß das Handbuch durch eine übersichtliche Untergliederung der genannten fünf Hauptteile recht benutzerfreundlich ist.

Axel Schildt (Hamburg)

Marbolek, Inge: Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945-1948). Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1983 (299 S., br., 54,- DM)

»Revolution wird nicht geduldet«, erklärte ein Vertreter der Militärregierung einer Delegation von Bergarbeitern im April 1945. Zwar liefern die meisten neueren Untersuchungen zur Nachkriegsgeschichte kaum Anhaltspunkte für die Berechtigung einer solchen Warnung, andererseits erfreut sich der »Restaurations«-Vorwurf doch nach wie vor einiger Beliebtheit. Kann eine regionalgeschichtliche Studie angesichts dieser widersprüchlichen Tendenzen zur Aufhellung der Ursachen für das Scheitern der in der unmittelbaren Nachkriegszeit zweifellos weit verbreiteten Neuordnungsvorstellungen beitragen?

Die Autorin konzentriert ihre Studie auf die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal — drei traditionelle Hochburgen der sozialistischen Arbeiterbewegung seit Mitte des 19. Jahrhunderts, die ersten beiden mit einem Übergewicht der KPD, letztere ein Zentrum der SPD. Die zentralen Fragestellungen gelten den »Ansätzen einer autonomen Basisbewegung«, dem Potential für »alternative Entwicklungen« und dem Ausbleiben einer »nennenswerte(n) Opposition« gegen die Reorganisation der alten Führungsapparate und die Wiederbelebung der alten Organisationen (13). Nach einem umfangreichen, zur Verdeutlichung personeller, organisatorischer und politisch-ideologischer Kontinuitätslinien aber hilfreichen Rückblick auf die Zeit vor 1945 beschreibt die Verfasserin knapp die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bei Kriegsende, um sich dann den »Antifaschistischen Ausschüssen« zuzuwenden. Während sich die Solinger »Antifa« stärker auf proletarische Kräfte stützen konnte, die teilweise schon in der Endphase des Krieges zusammengefunden hatten (79ff.), ergriff in Remscheid das Bürgertum die Initiative zur Zusammenfassung der Antifaschisten (94ff.); auch in Wuppertal gelang es Industrievertretern, rasch ein enges Verhältnis zwischen ernanntem Oberbürgermeister, Handelskammer und Militärregierung herzustellen (100ff.). Gemeinsam war den Ausschüssen das Bestreben, das »Überleben« zu sichern, die Entnazifizierung durchzuführen und, in eng begrenztem Rahmen, politische Aufgaben wahrzunehmen (106f.). Übergeordnetes Ziel war die Bekämpfung des Faschismus; ob die daraus abgeleitete Charakterisierung der »Antifas« als »klassenunspezifisch« (105) zutreffend ist, muß allerdings bezweifelt werden, und zwar nicht allein deswegen, weil »die Vertreter der Arbeiterbewegung in ihnen dominierten« (107). Den Aktivisten der Antifabewegung schwebte keinesfalls die Wiedergründung der traditionellen Arbeiterparteien vor, sie wollten die »Einheit der Arbeiterbewegung«. Mit der »von oben« eingeleiteten Reorganisation der traditionellen Parteien wurde jedoch den »Antifas« rasch »ihre eigentliche politische Ba-

sis entzogen« (107), und auch die teilweise spontanen Gewerkschaftsgründungen konnten sich nicht gegen diejenigen Kräfte behaupten, die sich an der früheren ADGB-Führung orientierten (108ff.). Nach einer kurzen Phase der »Unsicherheit der politisch Aktiven« obsiegt sehr schnell, wie andernorts auch, die traditionellen Konzepte und Kräfte: »Dadurch war die Hoffnung auf eine erneuerte Arbeiterbewegung zunichte gemacht, denn den Keimen einer autonomen Organisation war die dringend notwendige, politische Unterstützung versagt ... worden« (143). In der Folgezeit konnten die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, einen rapiden Mitgliederzuwachs verzeichnen (158f.), allerdings hatten KPD und SPD »Schwierigkeiten in der Gewinnung neuer Mitglieder« (192). Mit Marshallplan und Währungsreform sieht die Verfasserin das Ende der Nachkriegszeit gekommen, das Kräfteverhältnis zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse stabilisierte sich — zuungunsten der Arbeiterklasse. Während mit der Einbindung der Westzonen in den Marshallplan die Rolle der SPD als immerhin gewichtige Oppositionspartei vorgezeichnet war, geriet die KPD in zunehmende Isolierung, und zwar selbst in ihren ehemaligen Hochburgen Remscheid und Solingen (102): »Bei ihrem Verbot war die KPD eine fast einflußlose Splitterpartei« (206).

Da die Autorin die Arbeiterorganisationen, vor allem die Ebene der lokalen und regionalen Funktionäre, als Untersuchungsgegenstand gewählt hat, müssen alle Aussagen zum »alternativen Potential« — nach eigenem Eingeständnis — letztlich »spekulativ« bleiben (14). Damit aber können so wichtige Fragen wie die nach dem Potential für Veränderungen, für die nicht geduldete »Revolution« oder nach den Gründen für die Isolierung der KPD nicht oder nur im Rückgriff auf allgemeine Erklärungsmuster (beispielsweise für den Rückgang der KPD) beantwortet werden, was gerade bei einer Regionalstudie wenig befriedigt. Vermutlich trug auch der (vielleicht zu) vorsichtige Umgang der Verfasserin mit »oral-history«-Methoden zu diesem eher enttäuschenden Ergebnis bei. Zwar erfährt der Leser viele Details in diesem gut lesbaren Buch, doch wesentliche neue Erkenntnisse werden nicht vermittelt — dazu wäre es, wie es in der Einleitung heißt, »notwendig, Lebensformen und Bewußtsein der Arbeiter zu untersuchen, und zwar nicht nur der radikalisierten, sondern auch der reformistischen und 'unpolitischen' Arbeiter. Dies müßte nunmehr in einem zweiten Schritt getan werden« (14). So ist es.

Werner Bührer (Hamburg)

Grebing, Helga (Hrsg.): Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 23. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983 (404 S., br., 48,- DM)

Diese Edition von Briefen deutscher Sozialisten aus der unmittelbaren Nachkriegszeit sucht ihresgleichen. Neben den eigentlichen Dokumenten umfaßt sie eine Einleitung der Herausgeberin, die detailliert über die Entstehungsgeschichte der Briefe und darüber, wie die Auswahl (von ca. 600 vorhandenen Briefen wurden 128 von 71 verschiedenen Briefschreibern abgedruckt) zustande kam, Auskunft gibt. Ein Überblick über gemeinsame Charakteristika der Briefschreiber und ihre Sicht der Nachkriegszeit wird komplettiert durch Ergebnisse der historischen Forschung. Es folgen rund 160 Kurzbiographien der Briefschreiber und der für das Verständnis der Briefe wichtigsten Personen, in vielen Fällen mit Literaturangaben. Das »Abkürzungsverzeichnis und Organisationsregister« am Schluß ist schon eher ein kleines Glossar, ein Personenregister und eine entsprechende Markierung von Namen erleichtern Querverbindungen.

Die Briefe, in der Mehrzahl an Josef und Erna Lang gerichtet, sind zunächst einmal Dankbriefe. Das Ehepaar Lang war 1940 nach New York emigriert und organisierte seit 1945 den Versand von Paketen an notleidende Antifaschisten in Deutschland, hauptsächlich an Genossen aus dem Umkreis von KPO (Kommunistische Partei-Opposition), SAP (Sozialistische Arbeiterpartei) und ISK (Internationaler Sozialistischer Kampf-

bund). Die Empfänger der Pakete wohnten hauptsächlich in der Amerikanischen und Britischen Besatzungszone. Zuweilen kannten sie »Jola« und Erna Lang näher, und die meisten schilderten bereitwillig ihre persönliche Situation und ihre politische Arbeit.

Die Auswahl eröffnet damit einen Einblick in den Alltag der Nachkriegszeit — auch unter regionalgeschichtlichen Aspekten — und in das Denken engagierter Sozialisten. Unter großer Not hatten fast alle zu leiden. Von der Anstrengung der illegalen Arbeit und der Verfolgung durch den NS-Staat gezeichnet, begrüßten sie dankbar die Hilfssendungen als Zeichen der Freundschaft und als Ansporn für ihre vielfältigen politischen Tätigkeiten, durch die sie vielfach an die Grenzen ihrer physischen Möglichkeiten gestoßen waren. Ihre Hoffnung richteten sie auf die Einheit der Arbeiterklasse und auf die aufzubauende sozialistische Gesellschaft. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland konnte daher ihre Zustimmung nicht finden. Sie beklagten unter anderem die Schiebereien und Betrügereien im Großen und Kleinen, die mangelhafte Entnazifizierung in Behörden und in der Wirtschaft (an der manche Betriebsräte nicht unschuldig waren), die Uneinigkeit der Arbeiterparteien und die sich verhärtenden Fronten.

Was die Briefschreiber mitteilen, macht oft betroffen und nachdenklich. Sie urteilen nicht von oben. Einer schreibt: »Man kann wohl Einzelerscheinungen beschreiben und beobachten, aber alles, was sich hier und da tut, zu einem Gesamtbild zusammenzufassen und darin eine allgemeine Entwicklungsmöglichkeit zu entdecken, ist fast unmöglich. Zudem steht man hier mit beiden Beinen so tief im Alltag und füllt mit der Regelung der kleinsten Dinge, die sich früher von selbst erledigten, den Tag aus, daß man kaum zum Nachdenken kommt.« (118) Wenn in dieser Besprechung nur das Allgemeine angedeutet werden kann, so liegt der Wert der Briefe gerade auch darin, daß aus ihnen die konkreten Menschen sprechen, die sich helfen, beraten, sich sehen wollen, sich bei aller Unterschiedlichkeit solidarisch verbunden wissen. Der Leser wird aufgefordert, sich in ihr Leben zu versetzen, ihre Erfahrungen solidarisch und kritisch zu teilen.

Werner Köhler (Freiburg i.Br.)

Preuss-Lausitz, Ulf u.a.: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1983 (222 S., br., 28,- DM)

Ihre »Irritationen mit dem Verhalten heutiger Jugendlicher und Kinder« (7) führte die Autoren 1980 im Rahmen der Sektion »Bildung und Erziehung« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zusammen. Gemeinsam sollten für bestimmte Jahrgänge »besonders typische« (12) lebensgeschichtliche Erfahrungen erforscht werden. Dazu dienten vor allem Diskussionen mit größeren Gruppen einer bestimmten Generation, die allerdings jeweils sozial relativ homogen akademisch bzw. gymnasial zusammengesetzt waren (29).

Vorausgesetzt wurde, daß die Typik einer Generation — der verwendete Generationsansatz lehnt sich auch an K. Mannheim an — »erst im Vergleich erkennbar« (13) wird. Entsprechend teilen die Autoren ein: die 40er Generation (die um 1940 Geborenen) als »Kriegskinder«, die 50er Generation als »Konsumkinder«, die 60er Generation als die »eigentlichen Konsumkinder« (13), die 70er Generation als »Krisenkinder«, wobei offen gelassen wird, ob man bei letzteren schon von einer neuen Generation sprechen kann. In der weiteren Betrachtung — bis auf den Beitrag von Preuss-Lausitz — wird die 50er Generation allerdings nicht mehr behandelt. Wenn man die oben erwähnten »Irritationen« der Autoren als Ausgangspunkt bedenkt, vor allem also die Schwierigkeiten der »Generation, die Ende der 60er Jahre ihre akademischen Berufe erstmals ergriff« (19), mit akademischem Nachwuchs und eigenen Kindern, wird dies nachfühlbar, müßte aber wohl begründet werden.

Bestimmend für die Sichtweise der Autoren sowohl im gemeinsam verantworteten Eingangsbeitrag (21) wie auch in den einzelnen Artikeln (39, 61 u.ö.) ist die These vom »Kontroll-Loch«. Danach hatte (Schütze/Geulen, 30ff.) die 40er Generation aufgrund der Nachkriegssituation — fehlende Väter, Trümmerumwelt etc. — beträchtliche Freiräume, die ihr erst mit der Ordnung der Verhältnisse seit 1950 wieder entzogen wurden. Von diesem Erlebnishintergrund verlorener und verschütteter Freiräume aus wird — partiell etwas gezwungen deduktiv — etwa die Halbstarkenbewegung 1958 und die Studentenbewegung 1968 betrachtet (Fischer-Kowalski, 53ff.). Lediglich in einem Beitrag des Bandes (Seidl, 127ff.) wird Unbehagen an der weitgespannten »Kontroll-Loch-These« artikuliert. Am Beispiel religiöser Erziehungseinflüsse wird deutlich, daß der vorherrschende Blickwinkel der Forschergruppe noch etwas eng ist. Der durch Kriegserlebnisse und verlorene Nachkriegsfreiräume geprägten 40er Generation wird gegenübergesetzt die 60er (Konsumkinder)generation (Schütze/Geulen, 40ff.), wobei die Ergebnisse hier die einschlägige Shell-Studie von 1981 bestätigen.

Aus den einzelnen Beiträgen über Veränderungen des Protestverhaltens Jugendlicher (Kulke), über das Aufwachsen mit Rockmusik (Zimmermann) und besonders über Veränderungen jugendlichen Sexuallebens (Preuss-Lausitz) sowie auch aus den Beiträgen über »Kindheit heute«, die durch Massenkonsum und Massenmedien (Rolff), Verwaltetheit (Rabe-Kleberg), gewandelte räumliche Bedingungen (Zeiber) sowie veränderte Verhaltensstandards und Umgangsformen (Bücher) charakterisiert sei, lassen sich für die sozialgeschichtliche Erforschung der Bundesrepublik zum Teil interessante Anregungen entnehmen. Es soll auch zugestanden werden, daß wissenschaftliches Neuland — und darum handelt es sich hier über weite Strecken — partiell in essayistischer Form betreten wird, daß durch salvatorische Eingangsklauseln sehr weitreichende Thesen abgedeckt werden — z.B. »Die 40er Generation ist unstreitig eine rebellische Generation.« (23) Dies regt zu differenzierendem Widerspruch an und ist insofern nützlich.

Ein Literaturverzeichnis erschließt dem Leser auch die jugend- und familiensoziologischen empirischen Untersuchungen der 50er Jahre, wobei leider einige Standardwerke (v.a. die Emnid-Umfrage von Fröhner/Stackelberg/Eser, aber auch Arbeiten von Baumert, Schelsky, Ronge), die reichhaltiges Material bieten, nicht herangezogen wurden.

Axel Schildt (Hamburg)

Küsters, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1982 (569 S., Ln., 119,- DM)

Groeben, Hans von der: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958-1966). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1982 (404 S., Ln., 68,- DM)

Um »Europa« ist es seit geraumer Zeit nicht besonders gut bestellt, negative Schlagzeilen dominieren: Hohe Arbeitslosigkeit, die Vernichtung »überschüssiger« Lebensmittel, kleinliche Händel um Stahlquoten und Beitragszahlungen und, als Folge, »Europa-Müdigkeit« prägen das Bild. Periodisch wiederkehrende Initiativen und feierliche Deklarationen zur politischen Einigung vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen. Dabei sollte doch die (west)europäische Integration nach dem Willen ihrer Initiatoren solche Fehlentwicklungen gerade verhindern helfen. Läßt man allerdings die ursprünglichen Ideen und Ziele als Bewertungsmaßstab beiseite, ergibt sich das Bild eines vergleichsweise erfolgreichen Projekts. Jedenfalls scheint der Austritt aus der EG für die Mitgliedsstaaten, von — bislang — unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, keine ernsthafte Option darzustellen, vielmehr hat sich ihre Zahl seit den Anfängen erhöht.

Beide anzuzeigenden Untersuchungen entstanden im Rahmen eines von Hans-Peter Schwarz und Hans von der Groeben betreuten Forschungsprojekts. Als Quellengrundlage dienten vor allem das Privatarchiv von der Groeben, der an den EWG-Verhand-

lungen maßgeblich beteiligt und später EWG-Kommissionsmitglied war, sowie zahlreiche Interviews mit damals handelnden Politikern und Beamten. Küster empirisch-deskriptiv angelegte Arbeit behandelt den Zeitraum vom Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bis zur Ratifizierung des EWG-Vertrages im Dezember 1957, wobei das Schwergewicht auf der Darstellung des Verhandlungsverlaufs, der verschiedenen Vorschläge und Zielsetzungen der einzelnen Regierungen liegt. Beeinflussungsversuche beispielsweise von Unternehmerverbänden oder Gewerkschaften und Einwirkungen der internationalen Politik werden nur am Rande gestreift. Daß der Einigungsprozeß Mitte der fünfziger Jahre — trotz des Scheiterns der EVG und des Fehlens dringender außenpolitischer und ökonomischer Gründe — überhaupt weiterlief, führt der Autor auf das Zusammentreffen verschiedener günstiger Faktoren zurück: Die sicherheitspolitischen Probleme in Westeuropa seien durch den NATO-Beitritt der Bundesrepublik gelöst gewesen, die Bedrohung durch die Sowjetunion habe »unvermindert« angehalten, und die USA hätten alle Tendenzen zur Einigung und damit zur »Stärkung des Westens« unterstützt. Daneben seien aber auch die wirtschaftlichen Probleme, insbesondere die Restriktionen des Handels- und Kapitalverkehrs, keineswegs gelöst gewesen. Schließlich habe sich eine kleine Gruppe überzeugter »Europäer« die Absicherung und Weiterführung der bisherigen Integrationsschritte zur Aufgabe gemacht. Dabei waren die Zielsetzungen der einzelnen Regierungen durchaus unterschiedlich, teilweise sogar gegensätzlich: während es für Frankreich und die Beneluxstaaten darauf ankam, für die Bundesrepublik »einen Rahmen (zu schaffen), in dem ihre Expansion begrenzt bleibt« (216), sah die Bundesregierung in der Erschließung neuer Absatzmärkte in Westeuropa gerade die Voraussetzung für eine erfolgreiche Offensive der heimischen Industrie, auch über die westeuropäische Region hinaus. Über das Wie bestanden auf deutscher Seite sehr unterschiedliche Auffassungen, am Ende stimmte aber auch Wirtschaftsminister Erhard trotz seiner ablehnenden Grundeinstellung zu — er beschwor die Gefahr eines europäischen Dirigismus — den Verträgen »aus politischen Erwägungen« zu. Diese Position vertrat übrigens auch der Bundesverband der Deutschen Industrie, der, wie überhaupt die Unternehmerverbände, an den Verhandlungen nicht beteiligt worden sei, jedoch vor Beginn der entscheidenden Verhandlungen Adenauer »die volle Unterstützung der deutschen Industrie« (260) zugesichert hatte.

Küsters hat eine sehr gründliche und genaue Darstellung des Entscheidungsprozesses auf Regierungsebene vorgelegt. Mit seiner Sympathie für das »marktwirtschaftliche System« hält er dabei nicht hinter dem Berg: eine Einigung auf anderer Grundlage erscheint ihm deshalb schlechterdings unmöglich (436). Auffallend ist, daß er die national-egoistischen Motive vor allem der französischen Europapolitik sehr penibel registriert, hingegen der CDU konzedierte, die europäische Integration sei für sie »ein Ziel sui generis« gewesen (425). Zweifel sind auch erlaubt, wenn er Adenauer zum Supranationalisten stilisiert (323), nachdem er zuvor ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß dem Kanzler »alle Methoden und Instrumente recht waren, sofern sie dem angestrebten Ziel einer politischen Union dienen« (43). Und schließlich, läßt sich aus dem Fehlen eigens institutionalisierter Kontakte zwischen Industrie und Verhandlungsdelegation bzw. Ministerialbürokratie schließen, daß der Einfluß der Industrie »sehr begrenzt« (275) war, daß hinter der deutschen Position »also hauptsächlich die Interessen der Bonner Ministerialbürokratie« (276) standen?! Einmal abgesehen davon, daß Küsters wiederholt die *unterschiedlichen* Positionen innerhalb der Administration hervorhebt, wird »der« Ministerialbürokratie auch nicht entgangen sein, daß, wie er beiläufig selbst vermerkt, das Gelingen des Gemeinsamen Marktes »wesentlich vom Verhalten der Unternehmer« abhing (164).

Von der Groebens problemorientierte, mit eigenen Erfahrungen und Eindrücken angereicherte Studie umfaßt die Phase des Aufbaus und der Stagnation der EG. Das Ver-

tragswerk, so seine Ausgangsüberlegung, ließ sich sowohl statisch-restriktiv als auch dynamisch auslegen, es kam folglich darauf an, welche Variante sich durchsetzen würde. Erste wirtschaftliche Erfolge sowie die Konsolidierung der Gemeinschaftsorgane, dazu der »Glaube« an ein Gelingen des Gemeinsamen Marktes (125) schienen gute Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der EWG zu bieten. Als jedoch in dieser Phase der französische Staatspräsident de Gaulle, seit 1958 wieder im Amt, eine Initiative zur politischen Zusammenarbeit startete, brachen die alten Meinungsunterschiede wieder auf, mit dem Ergebnis, daß mit dem Scheitern dieses Vorstoßes jegliche engere Zusammenarbeit der sechs EWG-Staaten »für lange Zeit auf Eis gelegt« (169) war. Hinzu kam, daß sich im Bereich der Agrarpolitik bereits erste Fehlentwicklungen ankündigten — für von der Groeben übrigens Folge des Abweichens vom marktwirtschaftlichen Pfad. Die Krise der Integration, die de Gaulle aus Enttäuschung über den Mißerfolg seiner Politik eines »europäischen« Europa und größerer Unabhängigkeit von den USA ausgelöst habe, so der Verfasser, ließ die zweite Hälfte der sechziger Jahre zu einer »Periode der Alleingänge« (356) werden, in der die »Priorität der Nationalstaaten« (357) obsiegt habe. Von der Groeben zieht für den wirtschaftlichen Bereich zwar eine durchaus positive Bilanz, die Bemühungen um die politische Integration sieht er aber als — zumindest vorläufig — gescheitert an.

Wie wird es mit »Europa« weitergehen? Von der Groeben wagt keine sehr optimistische Prognose. Welche Faktoren den Integrationsprozeß im ersten Jahrzehnt begünstigt, welche ihn behindert oder aufgehalten haben, dies jedenfalls beschreiben beide Autoren aus konservativer Sicht, mit spürbarer Sympathie für die europäische Einigung, für die Ebene des Regierungshandelns sehr detailliert. Werner Bührer (Hamburg)

Soziale Bewegungen und Politik

Wippermann, Wolfgang: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1983 (318 S., Ln., 84,- DM)

Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels erlangte sozialwissenschaftliche Bedeutung in zweierlei Hinsicht. Einerseits begründet sie ein klassenanalytisches Muster, innerhalb dessen nicht nur die gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen autoritärer und totalitärer Regime, sondern auch deren Herrschaftsmechanismen plausibel gedeutet werden können. Andererseits stellt sie einen authentischen Beitrag zur Erhellung der parteipolitischen Aspekte klassenkämpferischer Auseinandersetzungen dar, d.h. sie zeigt am Beispiel der 48er Revolution in Frankreich, wie wirtschaftliche Interessenlagen in politisches Handeln umgesetzt werden. Weniger bekannt ist indes der Stellenwert, den die Bonapartismustheorie von Marx und Engels im zeitgenössischen Kontext hatte und welche historiographische Relevanz sie heute beanspruchen kann. Auch blieb in der Forschung bisher das Verhältnis ungeklärt, in dem die heteronomistische Sicht des bürgerlichen Staates im »Kommunistischen Manifest« zur Bestimmung seiner Funktionen innerhalb der Bonapartismus-Analysen stand. Der in Berlin lehrende Historiker Wolfgang Wippermann hat nun in seiner Habilitationsschrift diese Fragen zum Gegenstand einer umfassenden Untersuchung gemacht.

Bekanntlich haben sich zeitgenössische Autoren wie Victor Hugo, Lorenz von Stein, die Gebrüder Gerlach, Constantin Frantz, Wilhelm Heinrich Riehl u.a. intensiv mit dem aus der 48er Revolution hervorgegangenen bonapartistischen Regime in ihren Schriften auseinandergesetzt. Auch wenn bei diesen liberalen und konservativen Schriftstellern, insbesondere bei Victor Hugo und Lorenz von Stein, »bestimmte Elemente der Bonapartismustheorie von Marx und Engels« (173) anzutreffen sind, läßt sich, wie die Untersuchung Wippermanns zeigt, mangels einschlägiger Belege eine wechselseitige Beeinflus-

sung nur vermuten. In minutiösen Rekonstruktionen versucht Wippermann ferner, den historiographischen Wert der Bonapartismusschriften von Marx und Engels dadurch zu ermitteln, daß er deren zentrale Aussagen an den Resultaten der neueren historischen Forschung überprüft. Er kommt zu dem Schluß, »daß die historiographische Bedeutung der Bonapartismusschriften von Marx und Engels geringer ist, als innerhalb der marxistischen und in Teilen der bürgerlichen Geschichtsschreibung angenommen wird« (220). So hätten zwar Marx und Engels den ambivalenten Charakter des Regimes Napoleons III. zutreffend beschrieben, »aber die Bedeutung des Lumpenproletariats und der Bauernschaft, der Gesellschaft des 10. Dezember und der Armee deutlich überschätzt« (72). Auch seien von ihnen die staatsinterventionistischen und zugleich liberalen Wirtschaftspolitiken sowie die damals neuartige Fiskalpolitik in ihrer die Klassenantagonismen der französischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entschärfenden Wirkung von Marx und Engels nicht hinreichend erkannt worden. Gravierende Fehleinschätzungen seien ihnen auch bei ihrer Analyse des »preußisch-deutschen Bonapartismus« unterlaufen (86-111).

Andererseits betont Wippermann wiederholt, daß sich »die Rezeption der Bonapartismustheorie von Marx und Engels im Rahmen einer vergleichenden Faschismusforschung« als »besonders nützlich« erweise (223). Auch hebt er deren theoriegeschichtliche Bedeutung für das marxistische Staatsverständnis hervor. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie des Kaiserreichs, aber auch im Unterschied zu einschlägigen Kontroversen über das »adäquate« marxistische Verständnis des bürgerlichen Staates in den 70er Jahren geht Wippermann von der These aus, die heteronomistische Struktur der bürgerlichen Exekutivgewalt, wie sie im »Kommunistischen Manifest« von Marx und Engels ihren »ideologisoziologischen« Ausdruck gefunden habe, werde durch die »realsoziologischen« Analysen der Bonapartismusschriften kontinuierlich korrigiert zugunsten eines relativ autonomistischen Staatsverständnisses. So gesehen, stellen die Bonapartismusschriften »gewissermaßen das 'Gelenk' oder 'Zwischenstück' zwischen den Ausführungen der Frühschriften und den ebenfalls tendenziell autonomistischen Bestimmungen des Staates dar, wie wir sie in den 'Grundrissen', an einigen Stellen des 'Kapital' und in Engels 'Antidürring' finden konnten« (222).

Wird dergestalt das relativ autonome Staatsverständnis von Marx und Engels als deren »letztes Wort« (vgl. 162) verstanden, so ist freilich die Frage zu stellen, weswegen Marx nach der Niederschlagung der Pariser Kommune in seiner Schrift »Der Bürgerkrieg in Frankreich« darauf bestand, daß der bürgerliche Staat nicht vom Proletariat instrumentalisiert werden könne, sondern als ein das solidarische Gattungsleben verhin- dernder Ausbeutungs- und Entfremdungszusammenhang zerschlagen werden müsse — ein Diktum, an das bekanntlich Lenin in »Staat und Revolution« anknüpfte. Vielleicht sollte man vorsichtiger formulieren, daß bei Marx und Engels sowohl relativ autonomistische als auch heteronomistische Deutungen des bürgerlichen Staates zu finden sind, ohne daß sie sich definitiv auf eine dieser beiden Deutungsvarianten festgelegt hätten. Auch handelt der Verfasser die Rezeptionsgeschichte des theoretischen Modells des »Gleichgewichts der Klassenkräfte« nur sehr verkürzt ab: Dessens unterschiedliche Rezeption in der deutschen Sozialdemokratie und im Austromarxismus nach dem 1. Weltkrieg wird z.B. nicht thematisiert. Doch muß Wippermann trotz dieser Einschränkungen attestiert werden, daß er eine materialreiche Arbeit vorgelegt hat, die der Forschung zweifellos neue Fragestellungen erschließt.

Richard Saage (Göttingen)

Saage, Richard: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1983 (282 S., br., 14,- DM)
Der Göttinger Privatdozent, Schüler von Helga Grebing, Iring Fetscher und Walter Euchner, hat in dem vorliegenden Band mehrere Abhandlungen zu Problemen der Kon-

servatismusforschung vorgelegt. Die Zusammenfassung der zum Teil schon älteren Artikel zeigt die große Kontinuität, in der sich Richard Saage seit zehn Jahren von einem expliziten Wertstandpunkt des demokratischen Sozialismus in der Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit den in der politischen und wissenschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik häufig verharmlosten Konservativen und Rechtsradikalen herumschlägt. Das Spezifikum seines Ansatzes, etwa im Gegensatz zu simplifizierenden »Neofaschismustheorien«, liegt im differenzierenden Blick auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Faschismus und Konservatismus in Weimar und Bonn. Im Zentrum seiner Analysen stehen Auseinandersetzungen mit Ernst Forsthoff, Carl Schmitt und Hans Freyer, deren ungebrochene Bedeutung über 1945 hinaus für die wissenschaftliche Diskussion den Verfasser zurecht beunruhigt. Am Beispiel vor allem von Ernst Forsthoff erläutert Richard Saage seine These über die Schwankungen des Konservatismuskonzeptes innerhalb der säkularen Kontinuität: In der wirtschaftlichen Prosperitätsphase der Bundesrepublik, die auch mit einer beachtlichen politischen Stabilität der Bonner Demokratie einhergeht, verändert sich der politische Fluchtpunkt der rechtsradikalen Argumentation vom »totalen Staat« zum »Staat der Industriegesellschaft« (Ernst Forsthoff) bzw. zum »Sekundären System« (Hans Freyer). Des Verfassers Argumentationsziel liegt darin, nachzuweisen, daß die Abkehr von der Argumentation für den »totalen Staat« bei diesen rechtskonservativen Autoren keineswegs eine Anerkennung der demokratischen Republik oder gar des Sozialstaates bedeutet. Vielmehr sehen sie die wesentliche Funktion der Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik auch ohne den starken Staat gewährleistet.

Einen interessanten Abschnitt machen die drei Untersuchungen zum Vergleich der Situation der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich zwischen 1918 und 1934 aus. Saage argumentiert hier gegen alle Thesen vom Verrat der (vor allem sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung, die an dem Sieg des Faschismus Schuld sein solle. In differenzierter Anwendung eines historisch-materialistischen Ansatzes versucht er nachzuzeichnen, wie limitiert die Handlungsspielräume der Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung durch objektive Strukturen und Systemprozesse gewesen seien. Zwar wird die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen, aber ihre Grenzen angesichts der sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen werden gerade in dem spannenden Vergleich zwischen Deutschland und Österreich überaus sichtbar. Die genannten Beiträge werden ergänzt durch Reflexionen über Franz Neumanns »Behemoth« sowie den schon älteren Aufsatz zum Begriff der Parteien bei Carl Schmitt und Gerhard Leibholz.

Die vorgelegten Studien sind in ihren gründlichen und kenntnisreichen Argumentationen außerordentlich lesenswert und informieren zuverlässig über die anstehenden Probleme. In eine kritische Diskussion wäre mit dem Verfasser aber über seine unbefragt unterstellten Prämissen, aus denen sich sein eigener wertender und analytischer Bezugspunkt ergibt, einzutreten. Ist die Frage der »Rückkehr zum autoritären Staat?« wirklich nur an die alten und neuen Konservativen zu stellen, oder haben wir nicht auch in der sogenannten sozialliberalen Ära genug Entwicklungen erlebt, die zum Beispiel die Frage nach einem genuin sozialdemokratischen oder linken Paradigma des autoritären Staates angemessen erschienen ließen? Kann es angesichts der politischen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung wirklich ein blindes und unbefragtes Vertrauen auf die demokratische Arbeiterbewegung geben oder sind nicht zum Beispiel im Kontext der Korporatismusdiskussion zahlreiche Überlegungen aufgetaucht, die auf eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Etablierung autoritärer und etatistischer Strukturen verweisen? Schließlich: gibt es nicht eine Entsprechung zwischen dem »sekundären System« eines Hans Freyers, den Thesen über den »Staat in der Industriegesellschaft« eines Ernst Forsthoffs und zum Beispiel der »Eindimensionalen Gesellschaft« und der Parlamentarismus- bzw. Demokratiekritik, wie sie von Kritischer Theorie und Neuer Linker in den

sechziger und siebziger Jahren formuliert worden ist? In der Ausblendung solcher Fragestellungen, in der Konzentration auf den »traditionellen Konservatismus von Rechts« liegt meines Erachtens eine Begrenzung des Blickfeldes von Richard Saage, die zwar angesichts der »Wende« von 1982 scheinbar wieder einen klaren Blick auf klare Rechts-Links-Verhältnisse erlaubt, die aber ungeeignet erscheint, jene Entwicklungstendenzen zum »autoritären Staat«, wie sie auch unter sozialdemokratischer Regierung und auch im internationalen Vergleich sichtbar sind, zu analysieren.

Diese Überlegungen und Fragen sollen das positive Urteil über das vorgelegte Buch von Richard Saage insgesamt nicht beeinträchtigen; sie zeigen meines Erachtens nur die Richtung einer unbedingt notwendigen Ergänzung an sowohl bei der Frage, von welcher Seite der autoritäre Staat droht, als auch bei der Frage, wo die Kräfte für Gegenentwicklungen liegen.

Michael Th. Greven (Marburg)

Ökonomie

Kahn, Hermann: Der kommende Boom. Programm für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Geldpolitik. 2. Aufl., Scherz Verlag, München 1983 (300 S., Ln., 34,-DM) Dies ist die Offenbarung (und zugleich das Vermächtnis) des notorischen Zukunftsforschers Hermann Kahn. Auf einen Begriff gebracht, ist ihre Botschaft: Optimismus. Damit trifft sie präzise den konservativen Zeitgeist, dem es — nach langer Wartezeit endlich an die Macht gekommen — darum geht, seine politisch-ideologische Hegemonie auszubauen. Kahns Buch, ein besonderes Loblied auf das Reagan-Programm, liest sich wie das Brevier des westlichen Konservativismus allgemein, in seiner »modernistischen« Version: alte Werte + neue Technologien = blühender Kapitalismus. Präsentiert wird die »leuchtende« Vision kommender Boomzeiten ungeahnter Dimension. Eine »zukunftsorientierte Wirtschafts- und Geldpolitik« gehört zwar auch dazu, doch steht sie eigentlich nicht im strategischen Zentrum: Konservative Alternativmodelle »müssen sich nicht nur auf praktische, rein rechnerische, pragmatische Ansätze zur wirtschaftlichen Entwicklung konzentrieren (was sie heute zu tun beginnen), sondern auch ein erregendes, plausibles und realistisches Zukunftsbild propagieren — z.B. so etwas wie die »Große Wende« (255). Beides gehört zusammen — ohne politisch-ideologische Euphorie läßt sich die ökonomisch-ökologische Brutalität der Wende kaum durchstehen. »Schreckgespenster« wie: eine ökologische Katastrophe durch Schädigung der Biosphäre; ein genetisches Desaster durch Tausende neuer Chemikalien mit unbekannter Langfristwirkung; das Auftreten von resistent gewordenen Schädlingen und Viren; die Gefahr weltbedrohender Atomkriege — sie und die alltäglichen Grausamkeiten eines zunehmend darwinistischen Existenzkampfes sind wegzustecken. »Guter Instinkt«, »gesunder Menschenverstand«, »robuster Individualismus«, »animalischer Schwung« — solche zeitgemäß vitalen Charakter-Züge gedeihen nur aus ungebrochenem Fortschrittsglauben und im geeigneten Milieu: befreit »von der Wirtschaftsmisere, von hohen Steuern, Kriminalität, Pornographie, Scheidungen, Rauschgift, Defaitismus und schlechten öffentlichen Schulen« (68). »Moral majority« und »high technology« verbinden sich zu einem explosiven Gemisch, das, gezündet von neu erwachtem Pionierunternehmertum, die depressive Wirtschaft in eine »superindustrielle« Revolution treibt — wenn alles gut geht. Keine Wende oder ein schlimmes Ende: beides kann passieren; dort ist »Mismanagement« schuld, hier »Pech«; gegen diese Unsicherheit hilft alleine Optimismus; gegen jene Unfähigkeit sind rechtzeitig, also hier und heute, Vorkehrungen zu treffen. Darum enthält Kahns Boom-Rezept neben viel Futuristischem auch manches Analytische, vor allem eine amerikanische Lageskizze des politischen Kräftespektrums, besonders seines rechten

Rands, wo innere Risse den konservativen Machtblock noch daran hindern könnten, mit dem korruptierten Status quo ante konsequent genug zu brechen. Immerhin, Reagan Clique — und in ihrem Gefolge die rechte Internationale — hat weiterhin gute Absichten, »die wichtigste Koalition seit 50 Jahren zusammenzuschmieden — die Wirtschaftskonservativen (freier Markt, freies Unternehmertum), die Verteidigungskonservativen (ein starkes Amerika, außen wie innen) und die Sozialkonservativen (traditionelle Werte)« (66). Diese Fraktionen bilden nicht in jeder Hinsicht eine natürliche Allianz; was sie aber über materielle Konflikte und ideelle Distanzen hinweg vereint, ist ihr — Optimismus. Ihn bei Laune zu halten, wird daher wichtigste Staatsaufgabe, alles weitere folgt dann praktisch von selbst. Kahns konservative Vision entpuppt sich als »self-fulfilling prophecy«-Kalkül (8); funktioniert es, tritt der »Boom« ein — oder das »Pech«. So oder so würden die meisten Menschen unter den Rädern des Fortschritts landen.

Wolfgang Fach (Konstanz)

Esser, Josef, Wolfgang Fach und Werner Väth: Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1983 (279 S., br., 14,- DM)

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Frage nach den Strategien und Erfolgsbedingungen der nationalen Regulierung der weltweiten Wirtschaftskrise seit 1974 am Beispiel der Stahlindustrie (7). Nach einer knappen, auf Poulantzas basierenden staatstheoretischen Skizze untersuchen Esser/Fach/Väth Umstrukturierungsprozesse des Stahlweltmarkts, die eine Überproduktion und Preiskämpfe zur Folge haben und als Ursache der westdeutschen Stahlkrise gelten. Eine allgemeine Darstellung der Entwicklung der deutschen Stahlbranche und Stahlpolitik leiten über zu Untersuchungen der Fälle Saarland und Ruhrgebiet. Gemeinsam ist beiden das hohe Ausmaß des Sanierungsbedarfs, der im Verbund von Unternehmen, Staat und Gewerkschaften erbracht wird. Unterschiedlich sind sowohl die Ausgangsbedingungen als auch der Zeitpunkt des Auftretens der Krise, die sich auf den Regulierungsprozeß auswirken. Kann im Falle des Saarlandes von einem »funktionierenden Kartell« gesprochen werden, so zeigen sich die dort erst aktuell auftretenden Risse im Ruhrgebiet dagegen von Beginn an und verhindern bislang eine Übertragung des Saarmodells. Eine ähnlich negative Prognose wie für das Ruhrgebiet gilt den Reorganisationsbestrebungen im Bereich der gesamten deutschen Stahlindustrie. Dabei stellt die Ausweichstrategie der Unternehmenseite das Haupthindernis dar und zeigt so die Grenzen politischer Krisenregulierung durch Kartellbildung auf (158, 265). Für die Gewerkschaften droht durch die Teilnahme am Regulierungskartell eine Schwächung ihrer Basis und eine Begrenzung alternativer Strategien: die Betonung der Schutzfunktion gefährdet ihre Gestaltungsfunktion (108).

Ein Perspektivenwechsel zur Krisenerfahrung unten, an der Basis, soll erhellen, wieso Gewerkschaftsmitglieder Sanierungskonzepte mit — zwar sozial abgefederten — Massenentlassungen mittragen und die betroffenen Belegschaften dies ohne größere Konflikte über sich ergehen lassen: Während im Normalfall das Arbeiterbewußtsein im Bezug auf den Betrieb instrumentell (Tausch von Arbeit gegen Lohn) und zu Interessenvertretungsorganisationen (Partei, Gewerkschaft) bürokratisch (Pflichtgefühl) reagiert, kehren sich im Krisenfall die Verhältnisse um. Eine fast beamtenhafte Dienst- und Treuebeziehung wird auf den Betrieb übertragen und enttäuscht, während als Tausch für jahrelange Beitragszahlungen nunmehr Schutzleistungen von den eigenen Organisationen erwartet werden, alles in allem Zeichen der eigenen Hilflosigkeit und Abhängigkeit (206ff.). Neben einer Fülle von Informationen über die Stahlkrise an Saar und Ruhr, die die Arbeit liefert, können die beschriebenen Reaktionsmuster und Probleme auch als typisch für eine Reihe weiterer, dem strukturellen Wandel unterworfenen Branchen betrachtet werden. Daß dabei nicht nur die Perspektive der handelnden Akteure

(Unternehmen, Staat, Gewerkschaften) zum Zuge kommen, sondern auch die der Betroffenen, steigert neben der politischen Aktualität den Wert des gut gegliederten Buches, dem leider ein Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder fehlt.

Josef Schmid (Konstanz)

Gretschmann, Klaus: Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat. Grenzen und Möglichkeiten einer Alternativ-Ökonomie. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/M. 1983 (128 S., br., 7,80 DM)

Alternative Unternehmen schießen überall aus dem Boden; im Köln-Bonner-Raum gibt es allein 530 und auch die diversen alternativen Stadtführer belegen die Rührigkeit ihrer Initiatoren. Mit den Motiven ihrer Gründung, ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit und ihrem Verhältnis zur »regulären Ökonomie«, insbesondere unter aktuellen Krisenerscheinungen, befaßt sich Gretschmann sehr eingehend. Gretschmann greift den pauschalisierenden Begriff »Schattenwirtschaft« auf, »verstanden als eine Ansammlung von Wirtschaftsformen, die im Schatten der institutionalisierten Wirtschaftssektoren Markt und Staat, jener dominierenden Ökonomie, stehen, überdeckt und in ihrer Bedeutung bewußt kleingehalten« werden (18). Im Unterschied zur etablierten Wirtschaftstheorie differenziert er jedoch den Bereich der Schattenwirtschaft noch einmal in das Gegensatzpaar Ausweichwirtschaft und Alternativökonomie, da sich im Bereich der Ausweichwirtschaft gerade die illegalen Wirtschaftsaktivitäten zum Zwecke größtmöglichen Profits finden. Von der herrschenden Profitorientierung setzen sich die Alternativen jedoch gerade ab, um andere Motive zur Geltung zu bringen: sinnvolle Arbeit, sinnvolle und ökologische Produktionsziele, solidarische Arbeitszusammenhänge etc. Die Unterscheidung trifft Gretschmann unter Zuhilfenahme dreier Dimensionen: (1) Grad der Eingebundenheit bzw. Autonomie gegenüber Staat und Markt, (2) Grad der Selbstversorgungs- versus Profitorientierung, (3) Grad der Legalität/Illegalität. Danach »ist die Alternativökonomie weitgehend legal, mehr auf Eigenversorgung und Subsistenz gerichtet denn auf Profit und ist — relativ gesehen — vom privatkapitalistischen Marktsystem so weit wie möglich abgekoppelt. Demgegenüber liegt die Ausweichwirtschaft, wenn nicht jenseits der Legalität, so doch zumindest auf der Grenze zum Illegalen, ist gewinnorientiert und stark in Vorleistungs- und Absatzmärkte der Normalwirtschaft eingebunden« (22).

Die Borniertheit der etablierten Wirtschaftstheorie deckt Gretschmann immer dort auf, wo sie wesentliche Aspekte der Alternativökonomie nicht oder nur defizitär erfassen kann. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß der herrschenden Theorie das Profitmaximierungsprinzip als einzig rationales Wirtschaftsmotiv gilt und sich für alle anderen Motive als unzuständig erklärt und dies zugleich als wirtschaftlich irrational einordnet. Gretschmann hingegen versucht Kriterien zu entwickeln, die eine ökonomische Einschätzung der Alternativökonomie ermöglichen, und die die Rationalität dieser Wirtschaftsweise bestimmen können. Weiterhin versucht er sowohl die Ausweichwirtschaft wie die Alternativökonomie in ein erweitertes Kreislaufmodell einzuordnen und ihr Verhältnis zueinander gerade in der Krise einzuschätzen, insbesondere, welche Leistungen der alternative Sektor für eine tendenzielle Behebung der ökonomischen Krise erbringen kann. Interessant sind die Überlegungen für das Problem der Arbeitslosigkeit, da eine Investition in der Alternativwirtschaft aufgrund ihres geringen Kapitalisierungsgrades mehr Arbeitsplätze schaffen kann als im regulären Sektor. Aus dieser Überlegung heraus gibt er Anregungen, wie die Wirtschaftspolitik durch Unterstützung des alternativen Sektors die Krise bekämpfen könnte. Obgleich Gretschmann auch das Problem der Vereinnahmung des alternativen Sektors in den regulären Sektor diskutiert, bleibt er in seinen wirtschaftspolitischen Überlegungen illusionär und staatsoptimistisch, da er nicht erklärt, wie eine solche Politik bei den bestehenden Herrschaftsverhältnissen realisiert

werden könnte. Die Untersuchung der Bedeutung der Alternativökonomie zur Veränderung der herrschenden ökonomischen Verhältnisse wird auch methodisch nur im Lichte der herrschenden Wirtschaftstheorie vollzogen, da seine Überlegungen nur auf »politisch-technische« Möglichkeiten abzielen unter Abstraktion von den herrschenden Klassenverhältnissen. Entsprechend wird auch das Verhältnis der Alternativökonomie zur traditionellen Arbeiterbewegung nur nebenbei gestreift. — Das widersprüchliche Verhältnis zwischen Einbindung und Abkopplung von Markt und Staat wird auch an der Finanzierungsproblematik der alternativen Betriebe reflektiert und dargestellt, welche grundsätzlichen Möglichkeiten der Eigen- und der Fremdfinanzierung zur Verfügung stehen. Da der alternative Sektor für die meisten Forscher bzw. deren Auftraggeber nicht interessant ist, kann auch Gretschmann nur mit wenig statistischem Material aufwarten; dennoch, einige aufschlußreiche Zahlen werden gegeben. Neben der Frage, welches die optimale Betriebsgröße, gemessen an den alternativen Motiven und wirtschaftlichen Mindestanforderungen, sei, beschäftigt sich Gretschmann eingehend auch mit den internen Zusammenhängen und Problemen der alternativen Betriebe, nämlich wie sie Entscheidungen fällen, wie die Produktionsergebnisse verteilt werden und wie das Verhältnis zwischen Leben und Arbeit geregelt ist. Der geschichtliche Hintergrund der Alternativwirtschaft, den die heutigen Alternativen selbst oft vergessen haben und infolgedessen historische Fehler wiederholen, wird ebenfalls von Gretschmann skizziert.

Die dargestellten und diskutierten Probleme stellt Gretschmann exemplarisch an fünf sehr unterschiedlichen Varianten dar: an dem französischen Forschungsinstitut *Synopsis*, an der baskischen Genossenschaft *Mondragon*, an einem am *Fabianismus* orientierten gesellschaftsweiten Reformentwurf, an einem alternativen Projekt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nämlich dem kanadischen LIP, und letztendlich an einem Negativbeispiel, dem amerikanischen *Enterprize Zoning*.

Ulf-H. Brockner (Bergisch-Gladbach)



Frank Heidenreich:
Arbeiterbildung und Kulturpolitik

Kontroversen in der
sozialdemokratischen Zeitschrift
»Kulturwille« 1924-1933
Vorwort von Walter Fabian
Argument-Studienheft SH 58
160 Seiten, 9,80 DM



Marxismus und Theorie der Parteien

Marx/Engels, Lenin, Gramsci,
Poulantzas. Das kleine Einmaleins der
Macht und die Integrationsfunktion der
Parteien. Staatsgenese und Parteien.
Argument-Sonderband AS 91
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

Verfasser/innen

A: = Arbeitsgebiete; V: = Veröffentlichungen; M: = Mitgliedschaften

- Albert, Claudia*, 1953; Dr.phil., Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. V: *Der melancholische Bürger* (1982). A: Konstitution bürgerlicher Identität, Exil, Weimarer Republik, Heine. M: GEW.
- Anders, Günther*, 1902; promovierte 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internationalen Anti-Atombewegung. V: *Der amerikanische Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in *Argument* 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen*, 2 Bde. (1956 und 1980); *Kezereien* (1982).
- Andresen, Sünne*, 1958; Soziologie-Studium; V: *Frauengrundstudium I*, SH 44 (1980); Frauen-Opfer oder Täter? Diskussion, SH 56 (Mitautorin, 1982). A: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung. M: Sozialistischer Frauenbund Hamburg.
- Bartholomeyczik, Sabine*, 1944; Dr.rer.pol., wiss. Angest. im Inst. für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes, Krankenschwester. V: *Krankenhausstruktur, Stress und Verhalten gegenüber den Patienten*. A: Soziale und psychische Bedingungen von Krankheiten, Frauengesundheitsforschung; Berufe des Gesundheitswesens.
- Brandt, Peter*, 1948; Dr.phil., Hochschulass., Historiker. V: *Antifaschismus und Arbeiterbewegung* (1976), *Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19* (Mitautor, 1980), *Preußen — Zur Sozialgeschichte eines Staates* (1981). A: Geschichte der Arbeiterbewegung; Die »deutsche Frage«; Bürgertum und bürgerliche Umwälzung in Deutschland seit Ende des 18. Jh. M: ÖTV, SB, AL.
- Brockner, Ulf-H.*, 1948; Dipl.-Päd., Bildungsreferent beim Berufsbildungswerk des DGB und Mitarbeiter im Kölner Wissenschaftsladen. A: Probleme der Arbeitslosigkeit; Nahverkehr; Bewußtseinsphänomene bürgerlicher Praxis; Wissenschaftstheorie. M: GEW, HBV; BdWi, Öko-Institut.
- Bührer, Werner*, 1950; Dipl.Pol., Doktorand. A: Europäische Integration nach 45, Geschichte der Arbeiterbewegung.
- Czock, Ursula*, 1940; Studium der Sozialpädagogik; Krankenschwester. M: ÖTV, SFBW.
- Dieckmann, Walther*, 1933; Dr.phil., Prof. f. Sprachwiss. an der FU Berlin. V: *Sprache in der Politik* (1975), *Politische Sprache — Politische Kommunikation* (1981). A: Sprache und Kommunikation in Institutionen, Sprache in der Politik. M: BdWi, Deutsche Ges. f. Sprachwiss. (DGfS).
- Ernst-Poerksen, Michael*, 1951; Dr.rer.pol. V: *Staatsschuldtheorien* (1983), *Alternativen der Ökonomie — Ökonomie der »Alternativen«*, AS 104 (Hrsg., 1984).
- Fach, Wolfgang*, 1944; Dr.rer.soc. V: *Krisenregulierung* (Mitautor, 1983). A: Staatstheorie, Konservatismus.
- Flörke, Lutz*, 1956; Dr.phil., Studienreferendar. A: Literaturwissenschaft, Philosophie, Politik, Soziologie.
- Fröbel, Volker*, Dr.phil., Jürgen Heinrichs, Dr.phil. und Otto Kreye, Dr.sc.pol., Mitarbeiter des Starnberger Instituts zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen e. V. V: *Die neue internationale Arbeitsteilung* (1977); *Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft* (Hrsg., 1981)
- Gdaniec, Claudia*, 1949; Linguistin. V: *Einführung in die engl. Syntax und Semantik* (1980); *Sprache und Konstituierung von Geschlecht*, in: *Das Subjekt des Diskurses*, AS 98 (1983). A: Frauenforschung in der Sprachwissenschaft. M: Neue Deutsch-Britische Gesellschaft.
- Gransow, Bettina*, 1949; Dr.phil., Lehrbeauftragte am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin. V: *Soziale Klassen und Schichten in der VR China* (1983), *Beschäftigungspolitik in der VR China* (1983), *Soziologie in der VR China* (1982). A: Wirtschaft und Gesellschaft des modernen China; Vergleich soz. Gesellschaften. M: ÖTV.
- Greven, Michael*, 1947; Dr.phil., Prof. f. Politikwiss. und Soziologie an der Univ. Marburg. V: *Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse* (1974); *Parteien und politische Herrschaft* (1977); *Essays on History and Policy of Science* (1982).
- Grlickov, Aleksandar*, 1923; Dr.rer.pol., Prof. an der Universität Belgrad. V: *Ökonomische Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern; Europa aus der Sicht der Kommunisten; Der Sozialismus und die Welt heute*. A: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Fortschrittsparteien und soziale Bewegungen. M: KP Jugoslawien.
- Hauck, Gerhard*, 1939; Dr.phil.habil., Hochschullehrer. V: *Geschichte der soziologischen Theorie* (1984), *Von der klassenlosen zur Klassen-Gesellschaft* (1979), *Indien* (Mitautor, 1976). A: Soziologische Theorie, Ethnosozologie, Entwicklungsländer. M: GEW, BdWi.
- Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, ⁸1983); *Bestimmte Negation* (1973); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, ²1976); *Theorien über Ideologie* (Mitautor, ²1982); *Warenästhetik und kapitalist. Massenkultur I* (1980); *Der Zeitungsroman oder Der Kongress der Ausdrucksberater* (Realsatire, 1980). A: Projekt Ideologietheorie. M: GEW.
- Heinrich, Gisela*, 1954; Studium der Pädagogik. A: Kritische Psychologie, Projekt Arbeiterbewegung — Frauenbewegung. M: GEW und Sozialistischer Frauenbund.
- Heinrichs, Jürgen*: s. Fröbel, Volker
- Hennig, Eike*, 1943; Dr.phil., Prof. für Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Kassel. V.: *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland* (²1982). A: Faschismusanalyse, Neonazismus/Extremismus.

- Hesse, Reinhard**, Dr.phil., Akad.Rat Philosophie. V: *Geschichtswissenschaft in praktischer Absicht* (1979), *Abermals: Kampf dem Atomtod* (Mitautor, 1982). A: Sozialphilosophie, Kulturkritik.
- Kadritzke, Ulf**, 1943; Dr.rer.pol., Prof. an der FHW Berlin. V: *Angestellte — Die gedulden Arbeiter* (1975). A: Sozial- u. Klassenstruktur, Soziale Bewegungen, Gewerkschaftsprobleme. M: GEW, BdWi.
- Köhler, Werner**, 1954; Studium der Geschichte/Anglistik. Doktorand. A: Nachkriegsgeschichte.
- Kofler, Leo**, 1907; Prof. Dr., seit 1971 Ltg. des Lehrstuhls f. Soziologie an der Univ. Bochum, z.Zt. Honorarprof. V: *Die Wissenschaft von der Gesellschaft* (1944); *Zur Geschichte der bürg. Gesellschaft* (1948 und weitere 7 Aufl.); *Der Konservatismus* (1984).
- Kreye, Otto**: s. Fröbel, Volker
- Kröll, Friedhelm**, 1945; Dr.phil.habil.; Soziologe. V: *Gruppe 47* (1977); *Rechtspopulistischer Kommunalismus*, in: AS 51 (1980); *Vereine* (1982). A: Literatur- und Kultursoziologie, Biographie-Forschung.
- Kubler, Hans-Dieter**, 1947; Dr.rer.soz., Wiss.Ass. und Privatdozent an der Univ. Münster. V: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975); *Massenmedien im Deutschunterricht* (1981). A: Kommunikationsforschung; Kulturwissenschaft; Medienwissenschaft und Medienpädagogik. M: GEW, Kulturpolitische Gesellschaft, DGPuK, Tübinger Vereinigung für Volkskunde, Studienkreis Rundfunk und Geschichte.
- Kunsmann, Wilfried**, 1949; Wiss. Mitarbeiter. V: *Gesellschaft — Emanzipation — Diskurs* (1977); *Kritische Theorie von der Geschichtstheologie bis zur Evolutionstheorie* (Hrsg., 1981). A: Kritische Gesellschaftstheorie, Erwachsenenbildung, Elternbildung, Militärpolitik.
- Leibing, Christa**, 1952; Dipl.-Soz. A: Epidemiologie chronischer Krankheiten.
- Lüdemann, Margret**, 1956; Soziologie-Studium. V: *Frauen — Opfer oder Täter*, SH 46 (Mitautorin, 1980). A.: Methoden der Frauenforschung; M: Sozialistischer Frauenbund Hamburg.
- Macke, Carl-Wilhelm**, 1950; Dipl.-Päd., wiss. Angestellter. A: Sozialpolitik, Katholizismus, Mafia-Forschung. M: Redaktion »Widersprüche«, Sozialistisches Büro.
- Magdoff, Harry**, 1913; Mithrsg. von *Monthly Review*. V: *Das Zeitalter des Imperialismus* (1970)
- Mattfeldt, Harald**, 1943; Dr.rer.pol., Prof. an der Hochschule f. Wirtschaft und Politik, Hamburg. V und A: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Geldtheorie, Konjunkturpolitik, Wirtschaftswissenschaften im Faschismus.
- Neiman, Susan**, 1955; Magister in Philosophie, Harvard University; Doktorandin in Philosophie. A: Der Begriff der Vernunft.
- Nemitz, Barbara**, 1949; Dr.med., Ärztin. V: *Arbeit und Gesundheit*. 2 Kurseinh. für die Fernuniv. Hagen (1982); *Frauenformen*, AS 45 (1980); *Sexualisierung der Körper*, AS 90 (1983). A: Arbeitsmedizin, v.a. Gesundheitsprobleme bei Automationsarbeit; Frauen. M: ÖTV, Sozialistischer Frauenbund.
- Niehoff, Erika**, 1951; Studium der Soziologie. V: *Frauengrundstudium*, SH 44 und 57 (Mitautorin, 1980). A: Frauenbewegung, Arbeiterbewegung. M: Sozialistischer Frauenbund.
- Räthzel, Nora**, 1948; Dipl.-Päd. V: Mitautorin von *Automationsarbeit: Empirie*, 3 Bde. (1980f., AS 43, 55 und 67); Aufsätze zur Bildungsreform und Hochschulsozialisation. A: Automationsforschung, Frau und Arbeit. M: ÖTV, SFBW.
- Roscher, Volker**, 1948; Dipl.-Ing. Wiss.Ass. an der RWTH Aachen. V: *Wohnen* (Hrsg., 1983). A: Stadt- und Planungssoziologie.
- Ruoff (Kramer), Karen**, 1945; PhD, Direktorin des Berlin Study Center der Stanford University. V: *Tui oder Weiser? Zur Gestalt des Philosophen bei Brecht*, AS 11 (1976); *Aktualisierung Brechts*, AS 50 (Mithrsg., 1980); *Rückblick auf die Wende zur Neuen Subjektivität*, in: *Argument* 142 (1983); *New Subjectivity: Third Thoughts on a Literary Discourse* (Ph.Diss., Stanford 1983).
- Saage, Richard**, 1941; Dr.phil., Dr.disc.pol.habil., Privatdozent in Politikwissenschaft an der Univ. Göttingen. V: *Faschismustheorien* (21981); *Herrschaft, Toleranz, Widerstand* (1981), *Rückkehr zum starken Staat?* (1983). A: Geschichte der politischen Theorien; Geschichte der Arbeiterbewegung, Konservatismus, Faschismus. M: SPD, GEW.
- Schildt, Axel**, 1941; Dr.phil., Mitarbeiter am Hist. Seminar der Univ. Hamburg. V: *Militärdiktatur mit Massenbasis?* (1981). A: Arbeiterbewegung, Faschismustheorie, politische und soziale Geschichte der Nachkriegszeit.
- Schubert, Dirk**, 1947; Akademischer Rat an der TU Hamburg-Harburg. V: *Lesebuch zur Wohnungsfrage* (Mitautor, 1983); *»Neue Heimat«* (Mitautor, 1983). A: Wohnungspolitik, Stadtgeschichte.
- Sweezy, Paul M.**, 1910; Ph.D., Ökonom, Hrsg. von *Monthly Review* seit 1949; deutschsprachige V: *Der Sozialismus* (21970); *Theorie der kapitalistischen Entwicklung* (1971); *Sozialismus in Kuba* (Mitautor, 1971); *Monopolkapital* (Mitautor, 1973).
- Tolksdorf, Guido**, 1947; Dipl.-Soz., wiss. Mitarbeiter an der Univ. Bielefeld. A: Industriesoziologie und Wissenschaftssoziologie.
- Wacker, Elisabeth**, 1954; Dipl.-Theol., stell. wiss. Leiterin des HdA-Projektes »Modellversuche zur Verbesserung der Arbeitssituation der Betreuer geistig Behinderter« am Soziologischen Seminar der Univ. Tübingen. A: Humanisierung des Arbeitslebens, Soziologie der Sozialarbeit, Religionssoziologie.
- Zimmer, Gerhard**, 1943; Dipl.-Psych. und Ing.grad., Mitglied im Projekt Automation und Qualifikation. V: *Automationsarbeit* (Mitautor, 1975ff.); *Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit im Schulalter* (Hrsg., 1981). A: Arbeitswissenschaft; Bildungsforschung; Gesundheitsforschung.



**betrifft:
erziehung**

3 '84

Journal

A. Belk-Schmehle: Einstellungsverfahren:
Bonus-Kniffeleien

G. Cannon: BBC London: Schule des
Äthers

A. Belk-Schmehle: Neonazis an Schulen

Titelthema

L. Scherf: Menschenrechte im Unterricht:
Betroffenheit statt Sensationslust

Beiträge

H. Grau, B. Seidler: Abschied, Trauer,
Trennung: Lehrer in schulischen Endsitu-
ationen

4 '84

Journal

A. Bäuerle: Gesamtschule: »Wiederverei-
nigung«

W. Nieke, K. Beck: Ausländerpädagogik:
Neue Studienangebote

H.-G. Rolff: Schwerstbegabte: Elitelförde-
rung für Privilegierte

Titelthema

L. v. Dick: Lernen in der Friedensbewegung

K. Rutschky: Friedenserziehung im Erzie-
hungskrieg

Beiträge

H. Essinger: Interkulturelle Erziehung:
Fremde Werte lernen

W. Popp: Verbotene Literatur im Bücher-
schrank

K.P. Creamer: »Vielleicht gibt es eine
Hoffnung für die Zukunft«

17. Jg. 1984

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120,
6940 Weinheim - Einzelheft DM 6,-; Jahresabo DM
62,-; für Studenten und Referendare ermäßigter Preis
DM 52,- (Studienbescheinigung bzw. einfache Erklä-
rung beilegen); jeweils plus Versandkosten. Referen-
dar-Angebot befristet auf zwei Jahre.

Demokratie und Recht

1 '84

E. Schmidt: Die Verhandlungsmaxime als
Methodenproblem

F. Hase: Das Recht auf »informationelle
Selbstbestimmung«

H. Klenner: Der rechtsphilosophische
Denk-Einsatz von Karl Marx

Kommentare und Berichte

U.F.H. Rühl: Von der prinzipiellen Be-
deutung formaler Freiheitsrechte

C. Skrobanek-Leutner: Bemerkungen von
Karl Marx über das Recht

U. Zachert: Zum Anti-Strauß-Plaketten-
Urteil des Bundesarbeitsgerichts

M.H. Bobke u. H. Grimberg: Warn-
streiks, Arbeitsgerichte und »Ultima-
ratio-Prinzip«

K. Dimakopoulos: Überlegungen eines
Griechen über das Schicksal der Freizügig-
keitsbestimmungen des Assoziierungsab-
kommens der EWG mit der Türkei

Entscheidungen

H. Ridder: Anmerkung zum »Stationie-
rungs«-Beschuß des Bundesverfassungs-
gerichts

12. Jg. 1984

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich
— Einzelheft im Jahresabo 7,60 DM, für Studenten
6,55 DM, zuzüglich Versandkosten. Pahl-Rugenstein
Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

JOURNAL FÜR SOZIALFORSCHUNG

L'80

2 '84

Neopopulismus, Neokonservatismus, Alternativbewegungen

H. Dubiel: Neue soziale Bewegungen im Spiegel neokonservativer Kritik

Beamtenlobbies

B. Keller: Verbandsmacht und Interessendurchsetzung in der BRD

Raymond Aron

S. Hoffmann: Raymond Aron 1905-1983

SWS-Meinungsprofile

Empirische Sozialforschung

F. Traxler: Interessenvertretung aus der Sicht des Betriebsrates

Papstbesuch in Österreich September 1983 — Kirche und Politik in Österreich

Bürgerkrieg in Österreich 1934: Das nationale Trauma

24. Jg. 1984

29 '84

Ch. Graf von Krockow: Die Zeit der Auserlesenen und die Zukunft

I. Fetscher: Wo ist sie geblieben? Zum Verschwinden konservativer Moral in der Bundesrepublik

J. Kraft: Direktor Engelhardt. Annäherungen an einen Leitenden Angestellten

H. Bussiek: Ein Gespräch mit Peter Glotz
Ada Brandes: Ein Mann wie ein Fels

F. Hengsbach SJ.: Ein Leben an der Grenze: Pater Oswald von Nell-Breuning SJ.

L. Kopelew: Auf den Trümmern des Zarenreiches

S. Kirsch: Sechs Gedichte

H.C. Buch: Von Hamburg nach Haiti. Romanauszug

J. Strasser: Worum geht der Streit im VS?

H. Schwenger: Die Wende in den Medien - Mythos der Rechten, Legende der Linken

M.-L. Weinberger: Der Fall Härlin/Klöckner. Anfang vom Ende der Pressefreiheit?

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft. Redakt. Leitung u. f. d. Inhalt verantwortl.: Bernd Marin. Erscheinungsweise: Vierteljährlich — Einzelheft ÖS 95,-; Jahresabo: Institutionen, Bibliotheken ÖS 360,-; Einzelpersonen ÖS 300,-; Mitgl. wirtschafts- und sozialwissenschaftl. Berufsvereinigungen, Journalisten/Lehrer ÖS 240,-; Stud. ÖS 120,-. — Redaktionsadresse: Maria-Theresien-Straße 9/8B, A-1090 Wien

Herausgeber: Heinrich Böll, Günter Grass, Tomas Kostka, Carola Stern, Johano Strasser, Heinrich Vormweg. L'80 erscheint viermal jährlich. Einzelband DM 15,-, Jahresabo DM 50,- (zzgl. Versand). — L'80 Verlags-GmbH, Deutz-Kalker-Str. 46, 5000 Köln 21

5 '84

Kommentare

C. Stephan: Frauencoup in Bonn

Krise der Arbeit

A. Gorz: Das Ende der Lohnarbeit

M. Brumlik: Eine konkrete Utopie

L. Ludovico: Vor dem Ende der Lohnarbeit

K.-U. Gerhardt: Garantiertes Mindesteinkommen

W. Fach und G. Simonis: Der neue Liberalismus

Ökologie

P. Kern: Öko-Markt

A. Demirović: Ökolibertäre

Siegfried Heim: Grüne und 35 Stunden-Woche

D. Maier: Coca Cola-Guatemala

H.-E. Schiller: Habermas und die Kritische Theorie

16. Jg. 1984

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach 4. Redaktion: N. Apostolidou, H. Burgwinkel, M. Brumlik, D. Diner, R. Detobel, D. Clausen, J. Esser, H. Grün, J. Hirsch, J. Huhn (presserechtlich verantwortlich), J. Klein, P. Lindloff, D. Maier, L. Ludovico, R. Pusch, F. Schneider, B. Sughoff, R. Roth. — Erscheinungsweise monatlich. Einzel exemplar DM 3,-, Jahresabo DM 35,- einschl. Versand. Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

3 '84

Europa vor der Wahl

N. Kinnock: New Deal für Europa

NG-Gespräch mit Jacques Huntzinger: Die Freiheit der Völker ist die Sicherheit Europas

Th. Schweisfurth: Der franco-germanische Beelzebub

E. Bahr: Deutschland und die Atomwaffen

H. Schumacher: Stichworte einer Realen Utopie für eine europäische Friedensordnung

H.O. Vetter: Arbeitszeitverkürzung in Europa

E. Piehl: Der Kampf für mehr Arbeitnehmerrechte in Europa

K. Wettig: EG-Agrarpolitik

Arbeitszeitverkürzung

P. Glotz: Kompromißlinien im Arbeitszeitkonflikt

F. Scharpf und R. Schettkat: Verkürzung der Wochenarbeitszeit

W. Haller und A. Hoff: Arbeitszeitflexibilisierung oder Verkürzung der Wochenarbeitszeit - eine falsche Alternative!

P. Glotz: Antikommunismus aus Identitätsangst

R. Diehl: Georg Büchners Sozialismus

Berichte aus europäischen Ländern

Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Niederlande.

31. Jg. 1984

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 7,- DM, Jahresabo 57,- DM zzgl. Versand. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2.

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und
 Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

14 '84

Die Dritte Welt und Marx. Nachschläge zur Wiedereröffnung der Produktionsweisen-Debatte

R. Köbler: Asiatische Volksbewegungen, russische Populisten und »Das Kapital«. Über Marxsche Zugänge zu nichtkapitalistischen Gesellschaften

T. Schiel: Marx und die Analyse der Transformation von Gesellschaften. Ein theoretischer Ansatz für die politische Praxis

G. Balzer: Produktionsweisen, Artikulation und periphere Gesellschaftsformationen

L. Klemp: Geschlechterrollen und Grundrisse: Das kolonialspanische Patio-Haus als Lebensraum von Frauen

Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau

4. Jg. 1984

psychosozial

Zeitschrift für Analyse, Prävention und Therapie psychosozialer Konflikte und Krankheiten

22 '84

Ich - 1984. Persönliches, Psychologisches und Politisches zum Orwell-Jahr

H.-E. Richter: Orwell-Alphabet 1984

H.-J. Wirth: Der »Große Bruder« in uns selbst — Gedanken zur psychischen Realität von Orwells »1984«

K.D. Bracher: Die totalitäre Utopie: Orwells 1984

I. Fetscher: Orwells »1984« als schwarze Utopie

H. Becker: Psychoanalyse und Politik

J. Willi: Deutsche - wie lange wollt Ihr noch Liebling Eurer Besieger spielen? - Gedanken eines Schweizers über seine Nachbarn

H.-E. Richter: Unsere Kinder und das Problem des Friedens

H. Strotzka: Ich - 1984 ... am Beispiel Österreich II

E. Ulich: Arbeit in der Zukunft - Szenario 21

A. Uchtenhagen: Annäherung an 1984

G. Erb: Demokratie auf Abruf?

A. Overbeck: 1984: Ein Wochenende im April

E. Jouhy: Eine Auseinandersetzung mit der Resignation

3. Jg. 1984

Herausgegeben von der »wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.« - Redaktion: D. Haude, W. Hein, R. Köbler, I. Lenz, U. Luig, H. Melber, Th. Mutter. - Erscheint viermal im Jahr. - Einzelheft 9,- DM, Jahresabo 30,- DM/Förder/Institutionsabo 60,- DM. - Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5-6, 4400 Münster. - Verlag und Vertrieb: c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

Herausgegeben von H. Becker, D. Beckmann, G. Erb, H. Friedrich, A. Köhl, A. Overbeck, H.-E. Richter, H. Strotzka, A. Uchtenhagen, E. Ulich, J. Willi, H.-J. Wirth, G. Zenz. — Erscheint viermal im Jahr im Rowohlt Taschenbuch Verlag. Preis 9,80 DM. — Redaktion psychosozial, Friedrichstr. 33, 63 Gießen

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

146 '84

IWALEWA - Künstler in der 3. Welt

U. Beier, R. Hiepe und W. Marschall: Iwalewa - ein Experiment n Bayreuth

N. Madhaoul: Die Anfänge der modernen Kunst in Tunesien

T. Alyegbusi: Über Georgina Beier

U. Beier: Yoruba - Malerei von heute und traditionelle Plastik

T. Nickolls: Traumzeit und Maschinenzeit

U. Beier: Sultan Ali - Bilder zum Atomkrieg

V. Sundaram: Engagierte Kunst

H. Yeter: Sich absetzen, das geht nicht!

I. el Salahi: Kalligraphie ist nicht Selbstzweck

U. Beier: Ästhetische Begriffe der Trobriand-Inseln

Chief Narubutau: Trobriand-Schnitzer

R. Abiodun: Der Begriff des iwa in der Yoruba-Ästhetik

25. Jg. 1982

Redaktion: E. Antoni, H.v. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, U. Krempel, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle drei Monate. — Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,— DM (Stud. 27,— DM). — Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 146, 8000 München 40

TEXT+KRITIK

81 '84

Botho Strauß

Botho Strauß: Jeannine. Dialogskizze aus den Vorarbeiten zu »Der Park«

R. Baumgart: Das Theater des Botho Strauß

K. Kazubko: Der alltägliche Wahnsinn. Zur »Triologie des Wiedersehens«

M.-L. Bott: Spuren dieser Zeit. Zu »Kall-dewey, Farce« mit einem Hinweis auf das GRIPS-Theater »Alles Plastik«

M. McGowan: Schlachthof und Labyrinth. Subjektivität und Aufklärungszweifel in der Prosa von Botho Strauß

K. Modick: Das Fragment als Methode. Zum Bauprinzip von »Paar Passanten«

K.-M. Hinz: Der schwatzhafte Physiognomiker. Bemerkungen über ein Leitbild

F. Wefelmeyer: Worauf bei Botho Strauß zu blicken wäre. Hinweise zur Rezeption

H. Wolfschütz: Bibliographie

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, E. Weiss. — Erscheint jährlich in 4 Hefen. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

THEATERZEITSCHRIFT LEIBNIZZEIT BEGRIFFEN

Hefte für Theatertheorie u. -praxis

8 '84

Schwerpunkt: Theaterwissenschaft

J. Berg: Das Autonomie-Mißverständnis der Theaterwissenschaft

R. Bohn: Evaluation der Theaterwissenschaft?

R. Bohn und B. Gruber: Ergebnisse einer Studentenbefragung. Internationaler Vergleich: Dänemark, Italien, DDR, Niederlande, Großbritannien

Weitere Themen

J. Hofmann: 20 Ziele alternativer Kulturpolitik

U.-Th. Lesle: Ohnesorg-Theater - Chancen zu kritischem Volkstheater?

7 '84

Schwerpunkt: Autoren

D. Forte: Warum historische Stücke?

E. Jelinek: Ich schlage sozusagen mit der Axt drein

T. Dorst: Süchtig nach Realität

M. Schindlbeck: Schlechte Zeiten für den Nachwuchs

U. Ahrens: Analyse von 150 Gegenwartsstücken

Weitere Themen

J. Hofmann: Kultur, die - s. auch: Kapital, das

2. Jg. 1984

Herausgeber: Verein zur Erforschung theatraler Verkehrsformen e.V., Berlin. Redaktion: R. Bohn, B. Gruber, H. Hartnack, F. Iversen, J. Rekus, P. Roessler, R. Ruppert, G. Susen, E. Wack. - Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 8,- DM. Jahresabo incl. Versand: 32,- DM, Stud.-Abo 28,- DM. Redaktionsadresse: TheaterZeitSchrift, Großbeerenstr. 13A, 1000 Berlin 61

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

6 '83

Kulturzerstörung & Widerstandskultur

R. Burger: Arbeit ist (nicht) genug

J. Tanner: Modern Times und Arbeiterkultur

R. Heim: Kulturfeindlichkeit oder Sabotage des Schicksals

M. Schäfer: Der Rock als Revolte ist nicht tot

C. Schelbert: Filmisch gesehen ist die Schweiz problemlos

P.M.: Kultur - Heimat - Utopie/Heimat - Utopie - Kultur

Diskussion

R. Fibbi: Die italienischen Vereine in der Schweiz in einer Übergangsphase: einige Fragen für die Linke

Ph. Löpfle: Von Versailles zur Japan GmbH

W. Schöni: Der Schweizerische Kulturimperialismus und die UNESCO

F. Osterwalder: Imperialismus - Motor oder Defekt des Schweizerischen Kapitalismus?

Projekte/Hinweise

M. Peter: Notizen zur FdP-Wahldiskursanalyse

Rezensionen, Zeitschriftenschau

4. Jg. 1984

Herausgeber: Redaktionskollektiv *Widerspruch*. - M. Bondeli, F. Cahannes, P. Franzen, U. Hänsenberger, S. Howald, M. Peter, U. Rauber, C. Schelbert, R. Tognina. - Redaktionssitz: c/o Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Wildbachstraße 48, 8008 Zürich - Redaktionsadresse: Redaktionskollektiv *Widerspruch* Postfach, 8026 Zürich.

Neu 1984

Walter Sauer (Hrsg.)

**Der dressierte
Arbeiter**

Geschichte und
Gegenwart der indu-
striellen Arbeitswelt

1983. 212 Seiten mit 11 Abbil-
dungen und Dokumenten.

Paperback. DM 19,80

(BSR 286) ISBN 3 406 09286 1

Hans Paul Bahrdt

**Schlüsselbegriffe
der Soziologie**

Eine Einführung mit
Lehrbeispielen

1984. 200 Seiten.

Paperback. DM 19,80

(Beck'sche Elementarbücher)

ISBN 3 406 09514 3

Konrad Lotter

Reinhard Meiners

Elmar Treptow (Hrsg.)

**Marx-Engels-
Begriffslexikon**

1984. 390 Seiten.

Paperback DM 25,-

(BSR 273) ISBN 3 406 09273 X

Gesellschaft im Umbruch

**Der Kampf der Arbeiter gegen die
Herrschaft der «Sachzwänge»**

Dieser Band zeigt: Sachzwänge hat es in der Geschichte der Industrialisierung immer wieder gegeben, immer aber auch den Kampf der arbeitenden Menschen gegen eine inhumane Disziplinierung und Dressur und gegen die Abschaffung des Menschen aus dem Produktionsprozeß. So sollte die zunehmende Automatisierung statt zur Arbeitslosigkeit zur Herabsetzung der Arbeitszeit und Arbeitsintensität führen.

**Die Grundlagen des soziologischen
Denkens – eine unterhaltsame Einführung**

Dieses mit zahlreichen Beispielen durchsetzte und oft amüsant geschriebene Buch führt in die Anfangsgründe der Soziologie ein, indem es die zentralen Begriffe ihrer verschiedenen Schulen gegenüberstellt, erörtert und klärt. Da die soziologische Fachsprache längst weit über die Fachgrenzen hinauswirkt, ist dieses Buch keineswegs nur für Soziologen von Interesse, sondern geht alle an, die an gesellschaftlichen Fragen interessiert sind.

**Das Arbeitsinstrument für die
Beschäftigung mit den Werken von
Marx und Engels**

Dieses Lexikon erschließt die Werke von Marx und Engels, indem es zu 249 zentralen Begriffen die jeweils wichtigsten Belegstellen im vollständigen Wortlaut anführt. Das Buch ist ein nützliches Nachschlagewerk für jeden, der rasch in Erfahrung bringen möchte, was ein bestimmter Begriff im Zusammenhang des Marx-Engelsschen Denkens bedeutet.

C. H. Beck

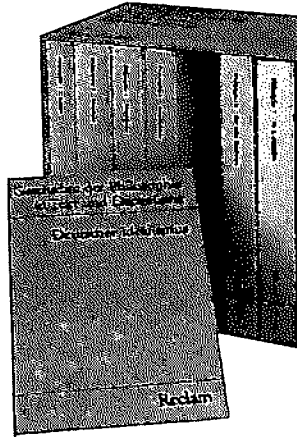
Geschichte der Philosophie in Text und Darstellung

Sie gibt mit ihren etwa 3750 Seiten einen Überblick über 2500 Jahre europäischer Philosophiegeschichte. Acht namhafte Professoren für Philosophie haben die wesentlichen Epochen analysiert und über 100 Philosophen mit mehr als 200 repräsentativen Texten zum Zentrum ihrer Darstellung gemacht.

- Band 1: **Antike.** Hrsg. W. Wieland. 9911 [5]
Band 2: **Mittelalter.** Hrsg. K. Flasch. 9912 [6]
Band 3: **Renaissance und frühe Neuzeit.** Hrsg. St. Otto. 9913 [5]
Band 4: **Empirismus.** Hrsg. G. Gawlick. 9914 [5]
Band 5: **Rationalismus.** Hrsg. R. Specht. 9915 [5]
Band 6: **Deutscher Idealismus.** Hrsg. R. Bubner. 9916 [5]
Band 7: **19. Jahrhundert.** Positivismus, Historismus, Hermeneutik. Hrsg. M. Riedel. 9917 [5]
Band 8: **20. Jahrhundert.** Hrsg. R. Wiehl. 9918 [6]

Jeder Band ist einzeln käuflich.
Je UB-Einheit DM 2,30.

*Jetzt komplett
in Kassette 89,-*



Auswahlverzeichnis Philosophie bei Philipp Reclam jun., Postfach 1149, 7257 Ditzingen

Forum 5

Bernie Zilbergeld

Männliche Sexualität

Was (nicht) alle schon immer über Männer wußten ...

Nachdem sich so viele der weiblichen Sexualität angenommen haben, ist im DGVT-Verlag das längst überfällige Handbuch der männlichen Sexualität für den deutschsprachigen Leser erschienen.

Der Band, der sich sowohl dem Laien als auch dem professionell Interessierten anbietet, beschränkt sich in seinen Informationen und Anleitungen nicht auf bloße Regieanweisungen, sondern stellt mit teilweise drastischen Veranschaulichungen gängige Stereotypen in Frage, konfrontiert den Leser mit den überraschend durchsetzungsstarken Leistungsnormen der pornographischen Literatur und versucht, denen ein differenziertes (Manns-)Bild der sexuellen Genußfähigkeit entgegenzusetzen.

Ein Buch, das verständlich geschrieben ist und sich so auch als therapiebegleitende Lektüre eignet.

Tübingen 1983, 280 Seiten, DM 29,- ISBN 3-922686-64-8

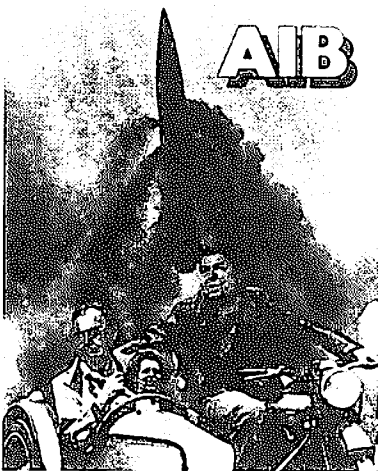
Sie können die Ausgabe über die dgvt-Geschäftsstelle (gegen Vorkasse - Deutsche Bank Tübingen Kto. 154 777 710) oder über den Buchhandel beziehen.



AIB-Sonderheft 2/1984

AIR LAND BATTLE

und die Rolle der Bundesrepublik



„Air Land Battle“, oder kurz ALB, ist seit 1982 die verbindliche Kampfdoctrin der US-Streitkräfte für Europa und die 3. Welt. Die ALB-Konzeption eines präventiven Angriffskrieges sieht den frühzeitigen Einsatz chemischer und atomarer Waffen vor.

Als Stationierer der Pershing II und Cruise Missiles, als einziger Mitunterzeichner des Perspektivkonzeptes ALB 2000 und als Drehscheibe für eine U-Intervention im Nahen Osten spielt Bonn eine Schlüsselrolle im ALB-Konzept. Das AIB-Sonderheft 2/1984 dokumentiert das ALB-Konzept und analysiert erstmals umfassend seine Bedeutung für die BRD und die 3. Welt.

Inhalt: Einschätzung des ALB-Konzepts und seiner Auswirkungen für die Welt • Standort der BRD im NATO-Konzept gegenüber der 3. Welt • **Dokumentation:** Originalfassungen von ALB 1986 und ALB 2000 • Stimmungen aus dem Pentagon und von NATO-Militärs • Beiträge zum BRD-Engagement im Nahen und Mittleren Osten von J. Reents (Grüne), H. Hoffmann (SPD), H. J. Wischniewski (SPD) und A. Mertes (CDU)

Umfang ca. 48 Seiten, Preis 4 DM. 33% Rabatt ab 10 Ex. Sonderhefte, AIB-Jahresbox (25 DM) und kostenlose Probehefte können direkt bezogen werden bei:

AIB. Die Dritte-Welt-Zeitschrift
Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Peripherie soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten siegreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

Nr. 5/6: Entwicklungstheorien

Nr. 7: Entwicklungspolitik

Nr. 8: Kultur

Nr. 9: Afghanistan, Brasilien, Peru, u.a.

Nr. 10/11: Befreiungsbewegungen an der Macht

Nr. 12: Religion und religiöse Bewegungen

Nr. 13: Frauen und Entwicklung

Nr. 14: Theoriediskussion

In Vorbereitung:

Nr. 15/16: Internationalisierung und Krise

Nr. 17: Landwirtschaft
Nation und Nationalismus

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen, Resümees in Englisch

Vierteljahrszeitschrift

Einzelheft: DM 9.-

Abonnement: DM 30.- Förder-/Institutionen-
abo DM 60.-

Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5 - 6, D 4400 Münster

Verlag und Vertrieb: PERIPHERIE, c/o FDCL,
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2,
D 1000 Berlin 61

Telos

A Quarterly Journal of Critical Thought

Issue No. 58

SPECIAL ISSUE ON
RELIGION AND POLITICS

Winter 1983-84

Articles:

Notes and Commentary:

PARINETTO: *The Legend of Marx's Atheism*

GORZ: *Security*

VAN DÜLMEN: *History of Religion as Social Science*

KEANE, HELD: *Interview with Claus Offe*

GERSHENZON: *The Destinies of the Jewish People (1922)*

CASANOVA: *Conversations with Maduro*

KOVACS: *The Jewish Question in Hungary*

ELSHTAIN: *The Vexation of Weil*

CHIARANTE: *From Pius XII to John Paul II*

LUKE: *From Fundamentalism to Televangelism*

HUGHES: *Church Renewal in Brazil*

HELLMAN: *John Paul II*

LIPSITZ: *American Religion Since 1945*

MC GOVERN: *John Paul II on "Human Work"*

SIEBERT: *Adorno's Theory of Religion*

Reviews:

WOLIN: Scholem, *Walter Benjamin*

SCHULER: Tipton, *Getting Saved from the '60s*

ZIPES: Hudson, *Ernst Bloch's Marxism*

MURRAY: McGovern, *Marxism: A Christian Perspective*

SYMPOSIUM ON RELIGION AND POLITICS

Subscriptions cost \$22 per year for individuals; \$50 for institutions. Foreign orders add 10 percent. Checks must be in U.S. funds. No Canadian checks can be accepted. Back issues prior to No. 50 cost \$5.50 each; No. 50 and subsequent issues are \$6.00 each. Institutions pay \$15.00 for all back issues. For a full list of available back issues and to subscribe, write:

Telos, Box 3111, St. Louis, MO 63130 USA.

horizont

Sozialistische Monatszeitung
der DDR für internationale
Politik und Wirtschaft

weltweit, informativ, konkret, lebendig

»horizont«
vermittelt Ihnen Interessantes
und Wissenswertes
aus allen Kontinenten

Journalisten aus der DDR und
anderen Ländern informieren
Sie in Tatsachenberichten,
Reportagen und
Dokumentationen zu
Fragen der internationalen
Politik und Weltwirtschaft

Übersichten, Grafiken, Karten,
Schaubilder und Diagramme
ergänzen Ihre Nachschlagwerke.

Ein Probeexemplar kann vom Verlag
direkt angefordert werden.

Berliner Verlag
DDR - 1026 Berlin
Karl-Liebknecht-Str. 29

Ich möchte »horizont« zum
Jahresabonnement von 15,60 DM zzgl.
Portgebühren von 2,40 DM beziehen.

Ich bitte um Zusendung eines
kostenlosen Probeexemplares.



Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Senden Sie den Kupon als
Bestellung an

Gebr. Petermann
Buch + Zeitung international
Kurfürstenstr. 111
1000 Berlin 30

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Bentele, Günter (Hrsg.): Semiotik und Massenmedien (W. Dieckmann)</i>	463
<i>Straßner, Erich: Fernsehnachrichten (W. Dieckmann)</i>	463
<i>Hoffmann, Rolf-Rüdiger: Politische Fernsehinterviews (W. Dieckmann)</i>	463
<i>Lange, Klaus: Das Bild der Politik im Fernsehen (E. Hennig)</i>	466
<i>Linz, Martin: High Noon. Literaturwissenschaft als Medienwissenschaft (H.-D. Kübler)</i>	467
<i>Kübler, Hans-Dieter (Hrsg.): Massenmedien im Deutschunterricht (F. Kröll)</i>	469

Soziologie

<i>Jaeggi, Urs, und Manfred Fassler: Kopf und Hand. Das Verhältnis von Gesellschaft und Bewußtsein (G. Hauck)</i>	470
<i>Blaschke, Jochen: Perspektiven des Weltsystems. Materialien zu Immanuel Wallersteins »Das Moderne Weltsystem« (G. Hauck)</i>	470
<i>Schluchter, Wolfgang (Hrsg.): Max Webers Studie über Konfuzianismus und Taoismus (B. Gransow)</i>	471
<i>Buer, Ferdinand, u.a.: Zur Gesellschaftsstruktur der BRD (U. Kadritzke)</i>	472
<i>Kern, Horst: Empirische Sozialforschung (C.-W. Macke)</i>	474
<i>Jansen, Jörn, u.a.: Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter (G. Tolksdorf)</i>	476
<i>Roscher, Volker (Hrsg.): Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereiches (D. Schubert)</i>	477
<i>Fuhrich, Manfred, u.a.: Neue Heimat (V. Roscher)</i>	477

Medizin

<i>Paczensky, Susanne von, und Renate Sadrozinski (Hrsg.): Die neuen Moralisten. § 218 — Vom leichtfertigen Umgang mit einem Jahrhundertthema (C. Leibing)</i> ...	479
<i>Schaps, Regina: Hysterie und Weiblichkeit (B. Jansen)</i>	480
<i>Zettel, Ortrud (Hrsg.): Gesundheitsberufe (U. Czock und B. Nemitz)</i>	481
<i>Schmidbauer, Wolfgang: Helfen als Beruf. Die Ware Nächstenliebe (E. Wacker)</i>	484
<i>Albrecht, Hans, u.a.: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals in Berliner Krankenhäusern (S. Bartholomeyczik)</i>	486

Geschichte

<i>Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949 (A. Schildt)</i> ...	487
<i>Maršolek, Inge: Arbeiterbewegung nach dem Krieg (W. Bühner)</i>	488
<i>Grebing, Helga (Hrsg.): Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949 (W. Köhler)</i>	489
<i>Preuss-Lausitz, Ulf, u.a.: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg (A. Schildt)</i>	490
<i>Küstners, Hanns Jürgen: Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (W. Bühner)</i>	491
<i>Groebe, Hans von der: Aufbaujahre der EG (W. Bühner)</i>	491

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Wippermann, Wolfgang: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels (R. Saage)</i>	493
<i>Saage, Richard: Rückkehr zum starken Staat? (M.T. Greven)</i>	494

Ökonomie

<i>Kahn, Hermann: Der kommende Boom (W. Fach)</i>	496
<i>Esser, Josef, Wolfgang Fach und Werner Váth: Krisenregulierung (J. Schmid)</i>	497
<i>Gretschmann, Klaus: Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat (U.-H. Brockner)</i>	498

Summaries

Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs, Otto Kreye: *The Third World in the Crisis*

The current crisis of the capitalist world system has brought many developing countries to the verge of economic bankruptcy. At the same time, the crisis has seen a sharpening of the conflict over the greater integration of the developing countries into the world market or their delinking from it. New alliances which might prove capable of changing the given pattern of national and international production and distribution are emerging.

Harry Magdoff, Paul M. Szezy: *Listen, Keynesians!*

»Talk of old-fashioned Keynesian stimulus turns out to be as irrelevant as the nonsensical chatter of the monetarists and the supply-siders. But this doesn't mean that Keynes is irrelevant. His *General Theory* of 1936 set the stage for a sweeping reconsideration of the whole theory of investment. Unfortunately, this reconsideration never materialized. Keynes saw clearly that capitalism contained what in the long run was a potentially fatal flaw, and he wanted to eliminate it, not merely patch it over with a band-aid.«

Harald Mattfeldt: *Keynesianism, Monetarism, and Democracy*

It is stated that Keynesian and monetarist conceptions of economic policy are not neutral concerning the qualities of the political system of a parliamentary democracy. Monetarism practiced during a longer period of economic crisis may lead to a process of setting free potentials of de-democratization of the political system. For that reason Keynesian economic policy strategies should be sought for not only because they are more successful in diminishing unemployment but also because they better preserve democratic options in the economic and political sphere of a capitalist society.

Michael Ernst-Poerksen: *Keynesianism and the »Position of the Left«*

The author presents a criticism of Mattfeldt's article in this issue. He regards Keynesianism as being unable to serve as a platform against the neo-classic formation of economics. He apprehends that the search for »political implications« will hinder theoretical debates and the development of a superior theory. He criticizes a conception of the relation between economics and politics, where politics seems to be nothing but a realized theory.

Aleksander Grlićkov:

The Early Socialist Countries and the Necessity of an Open Marxism

This speech of a Yugoslavian politician is unusual in its frankness. Grlićkov names problems which in the official communist discourses are normally passed over in silence. The limitations and contradictions of the socialist state power are articulated by the concept of »early socialist states (countries)«. The relative autonomy of theoretical work within marxism is not only accepted but even recognized as being necessary in the well understood interest of the socialist state power.

Buchhandlungen

die das Argument-Verlagsprogramm vollständig am Lager haben

- Aachen:** babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
- Augsburg:** »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
- Berlin 12:** autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesbeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Klepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
- Berlin 15:** Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
- Berlin 19:** Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
- Berlin 33:** das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Klepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
- Berlin 41:** Wohlthät'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
- Berlin 45:** Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962
- Berlin 62:** Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel.: 030/784001
- Bielefeld:** Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Fallenstr. 10; Tel.: 0521/63518
- Bochum:** Politische Buchhandlung, Unistr. 26; Tel.: 0234/300266
- Bonn:** Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
- Bremen 1:** Georg-Böchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
- Dortmund:** Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
- Duisburg:** buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
- Essen:** Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebknicht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
- Frankfurt:** Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4; Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräfeistr. 77; Tel.: 0611/777303
SOFA, Ohmstr. 14; Tel. 0681/74934
- Fulda:** Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
- Göttingen:** ARGUMENTE, Rappstraße 2
- Hamburg:** Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
- Hannover:** Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
- Heidelberg:** Buchhandlung kollektiv, Plöck 64a; Tel.: 06221/12633
- Kassel:** Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
- Köln 41:** Der Andere Buchladen, Zölpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
- Mainz:** Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
- Marburg:** Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknicht, Wettergasse 19; 06421/63662
- München 40:** BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
- Münster:** Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
- Nürnberg:** Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036
- Oldenburg:** Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
- Schwerte:** Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
- Stuttgart:** Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
- Tübingen:** aktion politischer buchladen, Naukierstr. 20; Tel.: 07071/212929
- Schweiz**
Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7; Tel.: 01/2512674
- Niederlande**
Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
- Österreich**
Wien 1: Buchhandlung Heinz Kollsch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221
Wien 10: Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel.: 0222/421234